

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

43

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am 6. April 1922.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters, sowie des stenographischen Berichterstatters.
3. Beitritt des Leiters des städtischen statistischen Amtes zum Verbands deutscher Städtestatistiker.
4. Umlegung der Straßenbahnlinie 7.
5. Teilweise Aufhebung eines Interessentenweges.
6. Einbau einer Rutschstange für eine Dienstwohnung am Feuerlöschgebäude.
7. Erweiterung der VERORDNUNG
BERUFSFEUERWEHR
BRAUNSCHWEIG *Wissen =*
8. Erhöhung der Vergütungssätze für wirtschaftlichen Hilfsunterricht.
9. Versuchsweise Änderung der Müllabfuhr.

Registrierung 13.149

10.



10. Antrag auf pachtweise Überlassung der Wirtschaft am Bürgerpark.
11. Antrag L e h n e r t , betreffend die Behandlung der an dem lebenskundlichen Unterricht teilnehmenden Schulkinder.
12. Antrag M e s s e n i u s auf Einrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder am Löwenwall.
13. Anfrage J a h n s , betreffend die Abänderung der Straßenpolizeiordnung.
14. Anfrage S t e i n e r t , betreffend den Schutz der Pfleglinge des städtischen Pflegehauses vor Überanstrengung.
15. Anfrage G a r t u n g , betreffend die letzte Mehloverteilung.
16. Bewilligung von Baukostenzuschüssen.
17. Aufstellung eines Transformators seitens des Elektrizitätswerkes auf dem Kohlmarke..
18. Legung der Wasserleitung in 3 Straßen der Siedelung Altpetritor.
19. Aufstellung von 3 ^{Laternen} ~~Leitern~~ in der Siedelung Altpetritor

tritor

tritor.

20. Erweiterung des Schalterraumes im städtischen Schlachthause.
21. Errichtung eines Schalthauses auf dem Hagenringe.
22. Erhöhung der Kosten für Reinigung der Schulräume.
23. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Schlachthausausschusses.
24. Einstellung eines vereidigten Landmessers.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e -
t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadtrat
v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat G e -
b e n s l e b e n , Stadtrat S e h a p e r , Stadtrat
V o g l e r , sowie die Stadträte F i n n o w und
R ü t e r .

Es fehlen die Herren Stadtv. M a r t h , M u n t e ,
S c h m i d t und S t u k e n b e r g . Stadtv. Dr.
J a s p e r erscheint später.

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.

~~Der~~ Altersvorsitzender Stadtv. S c h m e r b a c h:
Meine Damen und Herren! Ich bin im Jahre 1857 geboren;
ist ein älteres Mitglied im Hause vorhanden? Das
scheint nicht der Fall sein. Ich eröffne die Sitzung
und werde als ältestes Mitglied der Stadtverordneten-
versammlung die Geschäfte des Hauses bis zur Wahl des
Vorsitzenden leiten. Es hat bis jetzt als erster Vor-
sitzender Herr Stadtv. F r e d e , als 2. Vorsitzender
Herr Stadtv. S t e g m a n n , als 3. Vorsitzenden Herr
Stadtv. M u n t e und als 4. Vorsitzender Herr Stadtv.
Dr. J a s p e r fungiert. Ich bitte um Vorschläge
für die Wahl des 1. Vorsitzenden.

Stadtv. F a y : Herr F r e d e !

Altersvorsitzender: Wer für die Wiederwahl des
Herrn F r e d e ist, den ersuche ich, eine Hand zu
erheben. Ich danke Ihnen, das ist die Mehrheit. Ich
ersuche Herrn F r e d e , den Platz hier einzunehmen
zu wollen.

Stadtv. F r e d e : Meine Herrschaften. Ich nehme das Amt mit schwerem Herzen an. Ich hatte die Absicht, eine Wiederwahl nicht anzunehmen, aber der Umstand, daß der Vorschlag zur Wiederwahl von den Herren Demokraten ausgegangen ist, bringt mich dazu, das Amt des Vorsitzenden wieder anzunehmen. Ich danke Ihnen für das gezeigte Vertrauen und bitte die Versammlung, mir die Geschäftsführung im kommenden Jahre leichter zu machen, als es bisher geschehen ist.

Stadtv. F r e d e nimmt den Platz des Vorsitzenden ein.

Vors. F r e d e : Es sind nunmehr die Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Der erste Stellvertreter ist Herr Stegmann,. Ich bitte um Vorschläge. (Zuruf: Herr Stegmann!) Es ist Wiederwahl beantragt. Ist jemand dagegen? - Herr Stegmann, nehmen Sie die Wiederwahl an? (Zustimmung des Stadtv. Stegmann.)

Der zweite Stellvertreter des Vorsitzenden war Herr Munte; er ist heute nicht anwesend. (Zuruf: Wieder vorgeschlagen!) Ist jemand gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wir dürfen wohl annehmen, daß Herr Munte

die *Wiedewahl* annehmen wird.

Herr Dr. Jasper ist der folgende Stellvertreter des Vorsitzenden. (Zuruf: Wird wieder vorgeschlagen!) Wer ist gegen diese Wahl? Niemand. Ich darf wohl annehmen, daß auch Herr Dr. Jasper die Wahl annimmt.

2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters sowie des stenographischen Berichterstatters.

V o r s i t z e n d e r : Der Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung ist Sekretär Müller und zweiter Schriftführer Herr Sekretär Kühne. Ich denke, es wird dabei bleiben. Sind andere Vorschläge zu machen? Das geschieht nicht; dann sind die beiden Herren wieder gewählt.

Nun der Stenograph Reinhard. Man darf wohl annehmen, daß die Herren auch damit einverstanden sind. Sind andere Meinungen da? Das ist nicht der Fall.

Ich gebe der Versammlung Kenntnis von einem Schreiben unseres Kollegen Schmidt. Es lautet:

Meine geschäftliche Inanspruchnahme vergrößert
sich

vergrößert sich derartig, daß es mir nicht mehr möglich ist, die Sitzungen der Deputation und die Stadtverordneten mitzumachen. Zahlreiche Reisen, die mir bevorstehen, werden mich April und Mai bis Anfang Juni viel von Braunschweig fernhalten. Ich lege deshalb mein Amt als Stadtv. hiernit nieder und bitte alles weitere veranlassen zu wollen."

Ich überweise das Schreiben dem Rechtsausschuß.

Sodann ist mir eben ein Schreiben einer Frau Hörnlein, Jahnstraße 17, überreicht, in dem sie sich um Zulassung zu dem städtischen Milchhandel bewirbt. Ein gleiches Ersuchen ist an den Rat noch nicht eingegangen, ich übergebe das Schreiben dem Rat der Stadt.

Außerdem sind eingegangen: Ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Regner, der lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den von der Verwaltungsdeputation willkürlich festgesetzten Preis für Gaskoks für alle Scorfen um 4 M herabzusetzen."

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag, ebenfalls von

Herrn

Herrn **R e g e n e r** , lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Armenbezirksvorsteher anzuweisen, den Personen, welche Armenunterstützung beziehen und eine Rentennachzahlung erhalten haben, die Armengeldbezüge in einer Höhe von mindestens 50 % aus=zuzahlen.“

Am Schlusse der Tagesordnung werden wir auf diese Anträge zurückkommen.

3. Beitritt des Leiters des Städtischen Statistischen Amtes zum Verbands Deutscher Städtestatistiker.

Stadt v. S a u e r b i e r : Der Direktor des Städtischen Statistischen Amtes hat an den Rat der Stadt den Antrag gerichtet, seinen Beitritt zum Verbands Deutscher Städte-Statistiker gut-zu-heißen und die Beitragszahlung bis auf Weiteres aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Nach Mitteilung des Vorstandes des genannten Verbandes beträgt der Jahresbeitrag für ordentliche Mitglieder zur Zeit noch 30 M., wird aber für das nächste Jahr auf etwa 100 M. erhöht werden müssen.

Die Mitgliedschaft für den Vertreter unserer Stadt würde wegen der Lieferung der Verbandszeitschriften, sowie wegen der Möglichkeit der Rateinholung und des Besuches der Statistiker-Konferenzen von großem Wert sein. Deshalb hat sich der Rat der Stadt mit diesem Antrage einverstanden erklärt und ersucht auch die Stadtverordnetenversammlung, ihre Zustimmung zu erklären, daß stadtseitig an den genannten Verband ein Jah-

resbeitrag

resbeitrag von 30 M und später von 100 M bis auf Weiteres gezahlt werden. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, diesem Ersuchen stattzugeben.

*Die Versammlung mit dem Antrage des Rates
eingerstanden.*

(Punkt 3.)

4. Umlegung der Straßenbahnlinie 7.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Punkte der Tagesordnung um die Umlegung der Straßenbahnlinie 7 in dem Teile, der über die Helmstedterstraße, Landstraße, Alteviekering, Grünstraße führt und im Hopfengarten an der Kastanienallee mündet. Die auf dieser Strecke liegenden Gleise sind schlecht geworden, sodaß eine Erneuerung derselben vorgenommen werden müßte, und hierbei ist von der Straßenbahn in Erwägung gezogen worden, diese Endstrecke so zu führen, daß sie von der Einmündung der Kastanienallee in die Helmstedterstraße an in die Kastanienallee verlegt und bis zum Frinz Albrechtark weitergeführt wird. Es sind für diese Veränderung von der Straßenbahngesellschaft verschiedene Entwürfe vorgelegt worden, die vom städtischen Tiefbauamt geprüft worden sind. In dem ersten Entwurf sind die Gleise in der bisher üblichen Bauart in das Pflaster auf der Südseite des Fahrdammes angenommen, während in dem zweiten Entwurf die Gleise an der Südseite und dem ^{drillen} ~~derjenigen~~ auf der Nord-

seite der Straße geführt werden, und zwar unter Abtrennung eines Teils der Bürgersteige und Entfernung einer Baumreihe, um dadurch zu verhindern, daß der Fahrdamm der Kastanienallee zu sehr eingeengt wird. Die Polizeidirektion hat einen vierten Entwurf in Vorschlag gebracht, wonach die beiden Baumreihen entfernt werden sollen, von beiden Bürgersteigen etwas abgenommen und ^{die} durch Gleise in der Mitte der Straße gelegt werden.

Der promenadenartige Charakter der Straße sollte ~~da-~~ durch gewahrt werden durch Anpflanzung kleiner Bäume, wie Rotdorn oder dergleichen. Durch ^{Ausführung} ~~Prüfung~~ dieses Projekts würden jedoch ungeheuerere Kosten verursacht werden, sie würden sich auf über 1 Million Mark belaufen, und deshalb scheidet dieses Projekt von vornherein aus. Der Rat der Stadt hatte sich zuerst für das erste Projekt entschlossen, bei dem unter Belassung der beiden Baumreihen und der Bürgersteige in der bisherigen Weise die Gleise auf der Südseite der Straße geführt werden. Er ist aber nachträglich dazu übergegangen, die Verlegung der Gleise nach der Nordseite

der

der Straße für besser zu halten, und zur Begründung wird angegeben, daß diese Lage der Gleise wegen der verschiedenen Einfahrten zu den Privathäusern der Straße eine geeignetere sei.

Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache beschäftigt und bittet die Stadtverordnetenversammlung, dem von mir zuletzt erwähnten Entwurf, nach dem ^{das} die Gleise auf die Nordseite der Straße hingelegt wird, zuzustimmen. Bei der Beratung der Angelegenheit sind im Bauausschuß einige Wünsche laut geworden, so der, da doch an eine Umänderung der Linie herangetreten würde, möchte man eine Schleife am Ende dieser Straßenbahnstrecke einrichten und weiter man möchte über den Ridagshäuserweg diese Straßenbahnlinie mit der Linie 4 in Verbindung setzen, doch können diese Wünsche im Bauausschuß nicht berücksichtigt werden, sondern müssen an die Straßeneisenbahngesellschaft gerichtet werden. Ich bin also vom Bauausschuß beauftragt worden, Ihnen zu empfehlen, dem Beschlusse des Rats beizutreten, wonach die Linie so gelegt wird, daß die Wagen

- 15 -

an der Nordseite der Kasta nienalle entlang fahren.

Stadt. H e r b e t : Meine Damen und Herren! Ich hatte mir schon in der vorigen Sitzung dem Planne angesehen und habe mit Bedauern festgestellt, daß die Linie nicht durch den Park weitergeführt wird. Aber diese Fortführung durch den Park ist eine Angelegenheit des Staates, sie betrifft uns also nicht. Ich habe mich jedoch gefragt, ob es nicht zweckmäßiger ~~ist~~ wäre, wenn man die Linie nicht die Kastanienallee hinauf und hinunter führte, sondern sie die Helmsiedterstraße weiter hinauf um den Riddagahöuserweg zu führen, ^{oder} ~~also~~ mit ihr die Kastanienallee hinauf, die Herzogin Elisabethstraße entlang zu gehen und der Linie Anschluß an die Linie 6 zum Stadtpark zu geben. Die Kosten für diese Linienführung würden allerdings groß sein, das ist ohne weiteres zuzugeben, aber man muß in dieser Sache großzügig denken. Der ganze Stadtteil dort wird stark bewohnt und infolgedessen wird die Benutzung der Linie eine große sein. Ich möchte deshalb bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, eine Weiterführung dieser Straßenbahnlinie über die Herzogin-Elisabethstraße oder eine andere Querstraße zu ermöglichen.

Stadtbaurat C e b e n s l e b e n : Meine geehrten Herrschaften! Im Aufsichtsrat der Straßenbahngesellschaft ist über diese Angelegenheit eingehend verhandelt worden. Wir alle wissen, daß die Linie 7 nach der Kastanienallee außerordentlich große Mängel aufweist. Sie ist in früheren Jahren aus bestimmten Gründen nicht von vornherein in die Kastanienallee gelegt, sondern auf Umwegen bis zur Kastanienallee an der Ecke des Hopfengartens herangeführt. Augenblicklich ist das Gleis so ausgeführt, daß es entweder erneuert werden muß, ^{oder} ~~oder~~ die Linie in die ursprüngliche für sie geplante Straßenstrecke verlegt werden ^{kann} ~~muß~~. Der Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft ist der Ansicht, daß es jetzt zweckmäßig wäre, auf den ursprünglichen Plan zurückzugreifen. Nun ist im Aufsichtsrat darüber gesprochen worden, wie weit die Linie geführt werden sollte, vielleicht nur bis zum jetzigen Endpunkte der Linie 7, also nicht bis zum Prinz Albrecht-park, sondern nur bis zum Hopfengarten. Man war aber doch der Ansicht, es würde zweckmäßig sein, die

Linie

Linie bis zum Prinz Albrechtspark zu bauen. Es ist auch beraten worden, ob nicht eine Veränderung ^{hinauf} der Linie 7 mit einer anderen Linie herbeigeführt werden sollte, so mit der Linie 6 oder 4, und in der Öffentlichkeit ist darüber geredet worden, anzuregen, die Linie 7 bis nach Riddagshausen zu verlängern. Derartige Ziele jetzt zu verwirklichen, ist nicht angängig, weil augenblicklich die Baukosten ganz gewaltige sind. Allein die Kosten des Baues für eine Strecke von 1 Kilometer Länge betragen mindestens 1 1/2 Millionen Mark, und dazu kommen die gewaltigen Betriebsaufgaben für Werkstatt, Wagen usw., die auch größer würden, wenn man die Linie verlängerte. Wir müssen uns unter allen Umständen darauf beschränken, ~~die~~ das Allernotwendigste auszuführen, und deshalb ist davon Abstand genommen, eine Verbindung mit den Linien 6 oder 4 herbeizuführen. Allerdings wäre es ^{unangenehm} ~~nötig~~, eine Verbindung mit der Linie 6 vorzunehmen, indem man eine Schleife herrichtet von der Kastanienallee über die Herzogin Elisabethstraße nach der Husarenstraße; das

würde

würde einfacher sein, ^{aber} auch dafür würden ganz erhebliche Kosten aufzuwenden sein. Außerdem würde es augenblicklich den großen Mangel haben, daß man eine zweigleisige Linie mit einer eingeleisigen kombiniert, und dadurch würden alle Verzögerungen und Mißstände, die auf der eingeleisigen Linie entstehen, auf die zweigleisige übertragen werden, und Sie werden zugeben, daß das nicht gerade wünschenswert ist. Im Aufsichtsrat der Straßenbahn werden wir demnächst außerordentlich große Ausgaben zu decken haben, unter anderem werden wir vor die Frage gestellt werden, ob es nicht dringend notwendig ist, ^{umfangreiche} ~~außerordentliche~~ Erweiterungen der Werkstatteinrichtungen und des Bahnhofes in Richmond vorzunehmen. Wahrscheinlich wird der Aufsichtsrat morgen zu diesen Fragen Stellung nehmen, und ich muß bemerken, daß es sich dabei um Millionenobjekte handelt, daß 5 - 6 Millionen Mark für diesen Zweck aufzuwenden sein werden. Außerdem wissen Sie wohl alle, daß die Straßenbahn sich absolut nicht rentiert; sie

arbeitet

arbeitet mit Fehlbeträgen, die allerdings dadurch, daß die Gesellschaften Straßeneisenbahn und Lichtwerk ein ganzes bilden, wieder eingebracht werden. Die Straßenbahn würde noch viel unrentabler sein, wenn man bei ihr noch Erweiterungen vornehmen wollte. Aus dem Grunde möchte ich bitten, alle die Wünsche, die geäußert werden könnten - ^{es mag} ~~das kann~~ zugegeben werden, daß die Braunschweiger Straßeneisenbahn noch vieles zu wünschen übrig läßt - augenblicklich zurückzustellen und ^{dem} ~~dem~~ Rat und dem Ausschuß empfohlenen Entwürfe zuzustimmen.

- 21 -

Die Versammlung beschließt gemäß des Ratsantrage.

(Funkt 4.)

5. Teilweise Aufhebung eines Interessentenweges.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren!
Zwischen der Eomeniusstraße und der Nußbergstraße,
ganz in der Nähe des Prinz Albrechtparkes, liegt ein
Interessentenweg, der früher, bevor die Herzogin
Elisabethstraße ausgebaut war, von den Interessenten
benutzt wurde, um zu ihren Feldern zu gelangen. Seit-
dem die Herzogin Elisabethstraße für den öffentlichen
Verkehr ausgebaut ist, ist dieser Interessentenweg
überflüssig geworden; er wird nur noch von den Inha-
bern der anliegenden Schrebergärten benutzt. Das
Waisenhaus besitzt hier ein Grundstück das an die
Herzogin Elisabethstraße grenzt und will es verkaufen.
Bevor dieser Verkauf stattfindet, soll der Interessen-
tenweg aufgehoben werden, sodaß er dem Käufer des
Waisenhausgrundstückes mit aufgelassen werden kann.
Die Feldmarksinteressentschaft Altewiek hat sich mit
der Aufhebung des Weges einverstanden erklärt,
und der Bauausschuß, der diese Sache vorberaten hat,
beantragt, daß die Versammlung dem Antrage des Rates

bei-

beitreten möge, wonach die auf dem Plane bezeichnete
Teilstrecke dieses Interessentenweges Nummer 175
aufgehoben wird.

- 24 -

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rats zu.

(Punkt 5.)

6. Einbau einer Rutschstange für eine Dienstwohnung
im Feuerlösch-Gebäude.

Stadtv. E f f d n e r : Für die im 2. Stockwerk eingerichtete Wohnung des Feuerwehrfeldwebels Rappe soll eine schnellere Verbindung mit dem Schlafrum der Mannschaften eingerichtet werden und zwar durch Einbau einer sogenannten Rutschstange. Diese soll vom Dachboden aus bis nach dem Flur des ersten Obergeschosses des Mittelbaus führen. Der Rat ersucht, die dazu erforderlichen Kosten in Höhe von 6 000 M zu Lasten des Kapitels XVIII zu bewilligen. Die Feuerlöschdeputation hat diese Einrichtung befürwortet und der Bauausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sie zu ersuchen, dem Antrage des Rats zuzustimmen.

Die **Versammlung** erteilt ihre Zustimmung zu dem
Antrage.

(Punkt 6.)

7. Erweiterung der Berufsfeuerwehr.

Stadto. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren!
Bei diesem Punkte der Tagesordnung handelt es sich um eine Vorlage des Rats die seinerzeit von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt worden ist und nun in etwas veränderter Form den Stadtverordneten wieder vorgelegt ~~worden.~~ wird.

Infolge des Brandes der Jutespinnerei hatte sich der Herr Kreisbranddirektor Lehmann veranlaßt gesehen, eine erhebliche Erweiterung des Personalbestandes der Berufsfeuerwehr zu beantragen. Der Rat hatte in Übereinstimmung mit den Stadtverordneten die Ansicht vertreten, daß trotz ~~vielleicht~~ wünschenswerter Verstärkung der Wehr die Stadt bei ihrer finanziellen Lage außer Stande sei, die seinerzeit auf 137 000 M jährlich berechneten Kosten der vorgeschlagenen Erweiterung zu tragen. Außer der Stadt hat noch eine andere Stelle, nämlich die Landesbrandkasse, ein erhebliches Interesse an dem Vorhandensein einer guten und ausreichenden Berufsfeuerwehr, und es sind deshalb mit der Landesbrand-

kasse

kasse, beziehungsweise mit der Regierung Verhandlungen gepflogen, um die Erweiterungskosten von der Landesbrandkasse übernehmen zu lassen; diese Verhandlungen haben aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis ~~gepflogen~~^{geführt} gen. Es ist nun die Frage der Verstärkung der Feuerwehr sowohl von der Feuerlöschdeputation als auch vom Rate der Stadt eingehend beraten, und zwar unter Voranstellung des Gesichtspunktes, daß eine Lösung gefunden werden müsse, durch welche das angestrebte Ziel ohne Aufwendung so erheblicher Mittel zu erreichen wäre. Das Ergebnis der Beratungen ist folgendes:

Die 80 Mann starke Berufsfeuerwehr ist in 2 Wachabteilungen zu je 40 Mann eingeteilt. Von diesen 40 Mann gehen jedoch außer 1 - 5 Kranken oder Beurlaubten für andere Dienste ab: 2 Telegraphisten, 1 Posten, 6 Mann für den Sanitätswagen, 3 Mann Flugplatzwache, und außerdem vielfach: 1 Mann Feuermeldekontrolle, 3 Mann Telegraphenbau, 2 Mann Hydrantenkontrolle (bei Schneefall sogar 4) und 1 Mann Ordonnanz. So kommt es, daß für den Feuerlöschdienst häufig nur 20 - 25 Mann ver-

bleiben.

bleiben. Dadurch wird ein kraftvoll^{=et}/Auftreter der Wehr an der Brandstätte natürlich stark beeinträchtigt, und es ist deshalb zu prüfen, ob nicht ein Teil der angeführten Nebenbeschäftigungen ohne Beeinträchtigung der Ausbildung und Schlagfertigkeit der Wehr von Nichtfeuerwehrmännern ausgeübt werden kann. Diese Frage ist mit der Feuerlöschdeputation erwogen, und beide glauben diese Frage bejaen zu können. Durch die Heranziehung anderer Personen zu dem Posten-, Ordonanz und Sanitätswagendienste würden 8 Feuerwehrmänner für den Feuerlöschdienst frei werden und die Leistungsfähigkeit der Wachabteilung entsprechend wachsen. Die aus der Durchprüfung dieser Maßnahme erwachsenden Kosten würden dem Feuerlösch^{=et} ja nur wegen der Vergütung für den Posten und die Ordonanz zur Last fallen, und da die Tätigkeit sehr wohl von einem Invaliden ausgeübt werden könnte, so werden sie kaum höher als auf 15 000 M jährlich zu veranschlagen sein.

Weiter wird vom Rat der Stadt für zweckmäßig gehalten, 1) eine Reservefeuerwehr aus früheren Angehö-

rigen

rigen der Berufsfeuerwehr zu bilden, und 2) die Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehr stärker für den Feuerlöschdienst zu interessieren und besser als bisher zu geeigneten Werkzeugen der Feuerwehr heranzubilden.

Die früheren Angehörigen der Berufsfeuerwehr haben sich schon während der Kriegsjahre in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, und sie sind, solches zu tun, auch jetzt unter der Voraussetzung bereit, daß ihnen für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung gezahlt wird. Die Zahlung einer Vergütung ist natürlich auch für die Schaffung einer leistungsfähigen freiwilligen Feuerwehr von der größten Bedeutung. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ohne Zahlung einer solchen eine brauchbare, zuverlässige freiwillige Feuerwehr nicht mehr zu haben ist. Die Ausgaben, welche durch Zahlung dieser Vergütung erwachsen, sind auf etwa 56 000 M jährlich zu schätzen, wenn der Berechnung folgende Annahme zu Grunde gelegt wird:

1) Die Reservefeuerwehr besteht aus 20, die freiwillige Feuerwehr aus 60 Mann. Die Mitglieder

der

der Reservefeuerwehr werden monatlich zu 2, die der freiwilligen Feuerwehr zu monatlich 4 Übungen herangezogen. Für jede Übungsstande wird eine Vergütung von 6 M gewährt, das macht für die Reservefeuerwehr 2 880 M und für die freiwillige Feuerwehr 17 280 M aus, zusammen 20 160 M.

2) Beide Wehren werden im Jahre sechsmal zur Bekämpfung eines Schadenfeuers herangezogen, und zwar jedesmal 5 Stunden. Als Vergütung für diese Tätigkeit wird ein Betrag von 10 für die Stunde gezahlt. Die Ausgabe beläuft sich darnach auf 24 000 M.

3) Zur ^{Erweck.} ~~Erweckung~~ und Aufrechterhaltung des Interesses am Feuerwehrdienst werden vom Branddirektor Monatsversammlungen abgehalten, und dem einzelnen Mitglieder wird für seine Teilnahme eine Pauschsumme von jährlich 150 M bezahlt. Der an Pauschsummen zu zahlende Gesamtbetrag beläuft sich darnach 12 000 M.

die

Die unter diesen 3 Ziffern errechneten Beträge ergeben eine Summe von 56 160 M.

Da sich früher und auch bei dem Brande der Jutespinnerei gezeigt hat, daß die Entfaltung der vollen Leistungsfähigkeit der Wehr unter Umständen dadurch ungünstig beeinflusst ist, daß es an führenden Feuerwehrbeamten gefehlt habe, und mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß nach Schaffung der Reservefeuerwehr der Mangel an Führern sich noch fühlbarer machen wird, so erscheint die Einrichtung einer zweiten Brandmeisterstelle erforderlich. Die durch Einstellung eines zweiten Brandmeisters erwachsenden Kosten werden bei Zugrundelegung der Gruppe VII für das Anfangsgehalt 26 240 M betragen.

Es wird nach diesen Darlegungen vom Rat der Stadt an die Stadtverordneten das Ersuchen gestellt:

1) sich damit einverstanden zu erklären, daß

- a) die mit dem Posten-, Ordonnanz- und Sanitäts-
wagendienst betrauten Feuermänner durch Nicht-
feuermänner ersetzt werden,
- b) daß aus früheren Angehörigen der Berufsfeuerwehr
eine Reservefeuerwehr und daneben eine 60 Mann
starke freiwillige Feuerwehr geschaffen wird,
und

c) eine zweite Brandmeisterstelle eingerichtet wird;

2) die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen
Mittel in dem aus dem vorstehenden sich ergebenden
Umfange zu Lasten der Kapitel XVI beziehungsweise
XVIII des ordentlichen Voranschlages zu bewilligen.

Schließlich bemerkt der Rat, daß er bei Annahme
dieser Vorlage Vorschläge wegen Neuregelung des Sanitäts-
wagendienstes den Stadtverordneten eine weitere
Vorlage zugehen lassen werde.

Diese Angelegenheit ist von der Finanzkommission
eingehend durchberaten worden, die Kommission empfiehlt

Ihnen,

Jhnen, den Vorschlägen des Rats zuzustimmen. Gleichzeitig ist es der Wunsch der Finanzkommission, daß dem Rate der Stadt von der Stadtverordnetenversammlung anheimgegeben wird, die Schaffung einer zweiten Feldweibelstelle bei der Berufsfeuerwehr in die Wege zu leiten. Zur Begründung dieses Antrages habe ich anzuführen, daß bei der Berufsfeuerwehr nur ein Feldweibel eingestellt ist, der durch seine Berufsgeschäfte sehr stark in Anspruch genommen wird. Würde er einmal verreist oder erkrankt sein, dann wäre diese Stelle völlig unbesetzt, und das wäre nicht gut zu heißen, wenn ein Schadenfeuer zu bekämpfen ist. Ich bitte Sie, sich auch diesen Antrage der Kommission anzuschließen und im übrigen zu den Anträgen des Rats Ihre Zustimmung zu erteilen.

Stadtverordn. S c h m e r b a c h : Meine Damen und Herren! In Anbetracht dessen, daß dies eine sehr weitgehende Vorlage ist und man sich wohl mit dem ersten Teil derselben - ^{der} ~~daß~~, wenn ich nicht irre, schon einmal zur Beratung gestanden hat - einverstanden erklären könnte, aber die Punkte b und c weitgehender Natur sind, so möchte ich den Antrag stellen, daß diese Vorlage erst noch einmal zurückgestellt wird bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung, damit man sich mit der Sache eingehender befassen kann.

Stadt v. J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren. Dem Herrn Berichterstatter scheint ein Irrtum unterlaufen zu sein, und ich halte mich für verpflichtet, diesen zu berichtigen. Er hat ausgeführt, daß Verhandlungen mit der Landesbrandversicherung geführt wären, die aber nicht zu dem wünschenswerten Ergebnis geführt hätten. Verhandlungen mit der Landesbrandversicherungsanstalt in dieser Sache haben nicht stattgefunden können und haben auch nicht stattgefunden, denn hier kommt die Regierung in Betracht. Von den Beiträgen zur Landesbrandversicherung werden nur 10 % dem Ministerium zugeführt, und dieses hat darüber zu bestimmen, wir aber haben nur die Kasse zu verwalten. Wenn ausgeführt wurde, daß diese Verhandlungen mit der Regierung nicht zu dem wünschenswerten Ergebnis geführt haben, so kann der Landesbrandversicherungsanstalt durchaus nicht mangelhaftes Interesse für das Feuerweseu der Stadt Braunschweig beigelegt werden.

werden. Der Fonds aus der Landesbrandversicherung ist in den letzten Jahren kolossal herabgemindert worden, denn wir haben für jede Kreishauptstadt eine Überland - Feuerspritze beschafft, was rund 1 Million Mark Kosten verursacht hat, und die Landesbrandkasse hat schon Beträge vorschleßen müssen, um diese Beschaffung zu ermöglichen. Nun ist aber das neue Gesetz im Landtage durchgekommen, wonach auch die Privatversicherungsanstalten in Braunschweig denselben Zuschuß für diese Anschaffungen leisten müssen wie die Braunschweig^{ische} Landesbrandversicherungsanstalt, und man muß dies für gerechtfertigt halten, denn sie haben durch den Schutz des versicherten Mobiliars das gleiche Interesse an dem Vorhandensein der Überlandspritzen wie die Landesbrandversicherungsanstalt. Wenn diese Beträge eingegangen sind, so glaube ich, daß ^{dann} ~~man~~ mehr Mittel der Regierung zur Verfügung stehen, sodaß dann vielleicht der Braunschweigischen Feuerwehr weitere

Zuschüsse

Zuschüsse gewährt werden können, aber nur durch die Regierung. In diesem Falle ist also die Landes-Brandversicherungsanstalt nicht diejenige, welche eine Unterstützung verweigert hat.

Stadtv. L e h n e r t : Vorhin hat unser Vorsitzen-
der gelobt, er wolle sich bessern, sodaß wir am Schlus-
se des Jahres womöglich sämtliche Klagen einstellen
könnten. Ich sehe aber, er ~~wie~~ ist wieder in den
alten Fehler verfallen, und liebenswürdig, wie er nach
allen Seiten ist, hat er erst noch Herrn Johns das
Wort ^{ge-~~spaltet~~} ~~versteht~~. Ich möchte bitten, jetzt erst über
den Antrag des Herrn Schmerbach abstimmen zu lassen.

V o r s i t z e n d e r : (Zu Herrn Stadtverordneten Schmerbach) Sie beantragen also Aussetzung der Beschlußfassung, nicht Zurückweisung an die Kommission?

Stadtv. Dr. S e h u l t z e : Wir haben den Antrag des Herrn Schmerbach so verstanden, daß die Sache abgeteilt werden sollte. Über den ersten Punkt sollte eine Abstimmung erfolgen, nur die weiteren Punkte zurückgestellt werden.

V o r s i t z e n d e r : Mit dem ersten Punkte des Ratsantrages war Herr Schmerbach einverstanden, wonach die Berufsfeuerwehr nicht mehr zum Sanitätsdienst herangezogen werden sollte. Im übrigen soll die ~~Regierung~~ Regelung der Angelegenheit zurückgestellt werden, nicht an die Kommission zurückverwiesen werden.

Stadt v. L e h n e r t : Namentlich die Ausführungen des Herrn Jahns haben noch dazu mit beigetragen, daß in dieser Materie so viel Unklarheit vorhanden ist, daß wir beantragen, daß die ganze Sache vollständig zurückgestellt wird. Es muß geprüft werden, ob das, was der Herr Branddirektor angeführt hat oder das, was Herr Jahns ^{er}berichtet hat, auf Wahrheit beruht.

Bürgermeister M e y e r : Ich halte es doch für notwendig, zu erklären, daß die Einwendungen, die Herr Jahn gemacht hat, an sich richtig waren. Es sind die Verhandlungen der Stadt nicht mit der Landesbrandkasse gepflogen, sondern ~~selbstverständlich~~ mit der Regierung. Der Rat ^{hat} an das Ministerium einen Antrag gerichtet, es möchte der Stadt ^{zu} den Kosten unseres Feuerlöschwesens aus den Mitteln der Landesbrand^dkasse einen Zuschuß geben.

Stadt v. S t e g m a n n : Abgesehen von dem, was Herr Bürgermeister M e y e r eben gesagt hat, bin ich der Meinung, daß die Vorlage zurückgestellt werden kann, und bitte Herrn Schmerbach, seinen Antrag dahin zu ~~platzieren~~^{präzisieren}, daß die gesamte Vorlage an den Finanzausschuß zurückverwiesen wird. Sollte es - was ich nicht annehme - mit unserer Berufsfeuerwehr so schlecht bestellt sein, daß innerhalb vierzehn Tagen unbedingt Remedur geschaffen werden müßte, so wäre das eine Vernachlässigung der Sache durch den Rat. Seit dem Brande der Jutespinnerei, wo zuerst von einer neuen Ordnung der Feuerwehr gesprochen wurde, sind 1 3/4 Jahre verflissen. Da in dieser Zeit die Renovierung nicht stattgefunden hat, so glaube ich, daß unsere Feuerwehr nicht so schlecht ist und wir mit der Erledigung der Vorlage ruhig noch vierzehn Tage warten können. Es liegt noch Material vor, daß im Ausschuß vorberaten werden muß.

Stadt v. F a y (zur Geschäftsordnung): Für die Zurückweisung an die Kommission spricht auch, daß der eine Punkt noch nicht besprochen worden ist: Die Tätigkeit des Branddirektors, und ob die Einstellung eines zweiten Brandmeisters notwendig ist. Ich habe mir erzählen lassen, daß unser Herr Branddirektor im Interesse des Braunschweigischen Staates umfangreiche Reisen im Lande vornimmt unter Benutzung des städtischen Autos, des städtischen Benzin und der Begleitmannschaften. Wenn diese Reisen im Interesse des Landes geschehen, dann müßte der Staat auch zu den Kosten beitragen, und wenn Klarheit darüber geschaffen wird, ob diese Arbeiten eingeschränkt werden könnten, dann könnte über die Notwendigkeit eines zweiten Brandmeisters einzutreffendes Urteile abgegeben werden.

V o r s i t z e n d e r : Zur Geschäftsordnung
~~gefördert~~ ^{wohl} ~~das~~ das nicht alles.

Herr Schmerbach, Sie ziehen Ihren Antrag also zu Gunsten des Antrages Stegmann zurück? - Ich glaube auch, es ist besser, wir machen reine Bahn und verweisen die ganze Sache an die Kommission zurück.

Stadtv. J a h n s : Ich möchte geschäftsordnungs-
mäßig noch zurückweisen, was Herr Fay gesagt hat; ich
kenne die Angelegenheit.

V o r s i t z e n d e r : Darüber können wir eben bei der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Sache nicht sprechen.

Die Versammlung stimmt dafür, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen.

8. Erhöhung der Vergütungssätze für ^{essen} ~~wirtschaftlichen~~ Hilfsunterricht.

Stadt v. G ö t t e : An den Städtischen höheren Schulen werden seit dem 1. April v.J. für Hilfsunterricht, der von nicht festangestellten Lehrkräften, auch von Geistlichen, erteilt wird, für die ^{wissens-} ~~wirtschaft-~~ liche Unterrichtsstunde 12 M und für die technische Unterrichtsstunde 10 M, also für die Jahresstunde 480 und 400 M gezahlt. Nachdem das Staatsministerium mit Wirkung vom 1. Januar 1922 für Aushilfslehrer an staatlichen höheren Lehranstalten 20 M für ^{wissens-} ~~wirtschaft-~~ lichen Unterricht und 18 M für technischen Unterricht festgesetzt hat, wird vom Rat der Stadt anheimgegeben, für die Aushilfslehrer an den städtischen höheren Lehranstalten wie auch an den Mittelschulen die gleichen Sätze mit Wirkung vom 1. Januar d.Js. ab zu bewilligen. Hinzu-gefügt wird noch: Dauert die Aushilfe ein ganzes Vierteljahr und darüber, so werden für die Jahresstunde 800 und 720 M bezahlt.

Außerdem wird noch vom Rat der Stadt beantragt,

für

für seminaristisch oder technisch vorgebildete Hilfslehrkräfte, daß heißt also solche Lehrkräfte, die noch nicht fest angestellt sind und die vorübergehend an den von der Stadt unterhaltenen Schulanstalten beschäftigt werden, an Vergütung für die Einzelstunde 12 M oder für die Jahresstunde 480 M festzusetzen. Die frühere Vergütung betrug 8 M für die Einzelstunde.

Sodann handelt es sich noch um die Erteilung des Schwimmunterrichts, für die bisher die gleichen Vergütungen wie für den technischen Unterricht an höheren Lehranstalten gezahlt worden ~~sind~~. Es wird empfohlen, die Vergütung für den Schwimmunterricht von 10 M auf 18 M vom 1. April d.Js. ab zu erhöhen.

Die Finanzkommission hat diese Vorschläge des Rats angenommen und bittet die Stadtverordnetenversammlung, dies auch zu tun.

*Die Versammlung stimmt den neuen Vergütungs-
sätzen zu.*

(Punkt 8.)

9. Versuchsweise Änderung der Müllabfuhr.

Stadtv. I o s t m a n n : Meine Damen und Herren!
Es soll ein Versuch gemacht werden zur Abänderung des
derzeitigen Müllabfuhrsystems. Sie wissen, daß bei
dem jetzigen System, bei dem der Müll durch Pferdefuhr-
werke abgefahren wird, in daß die als Müllkästen ge-
brauchten Gefäße~~en~~ allerlei Art entleert werden, sehr
viel Staub^{verursacht wird} und nebenbei geschütteter Müll die
Straßen verunreinigt, und wissen weiter, daß man sich
schon jahrelang, bereits vor dem Kriege, damit befaßt^{hat,}
ein anderes Abfuhrsystem einzuführen. Es sind Versuche
gemacht mit dem sogenannten Wechselsacksystem, aber
dies hat sich nicht bewährt, und außerdem würde die An-
schaffung und Instandhaltung der Säcke große Kosten
verursachen, weil das heutzutage sehr teuer ist. Zur
Zeit sind nun von den vorhandenen Abfuhrwagen ein Teil
abgängig geworden, sodaß mindestens 15 Wagen ersetzt
werden müßten, wenn der Müll in der bisherigen Weise
weiter abgefahren werden soll. Die Marstalldeputation
hat sich deshalb in verschiedenen Sitzungen mit der

Frage

Frage befaßt, ob Versuche mit einem anderen System gemacht werden sollen, und ist schließlich dazu gekommen, für diese Versuche das Wechselkastensystem zu empfehlen. Von den für diesen Zweck zu beschaffenden großen Müllkasten soll je einer in jedem Grundstück aufgestellt werden, die Abfälle aus dem ganzen Hause in diesem gesammelt werden, und wenn der Abfuhrwagen kommt, sollen nicht die Bewohner des Hauses oder der Hauswirt den großen Kasten auf die Straße schaffen sondern das soll durch die Begleiter des Abfuhrwagens geschehen. Von den Hausbewohnern kann man dies nicht verlangen, weil die Wechselkasten eine Größe haben, daß sie 100 Liter fassen und gefüllt über einen Zentne wiegen werden, sie also von einer Personen nicht transportiert werden können. Das Personal des Abfuhrwagens wird also die Kasten herausschaffen, auf den Wagen laden und nachdem Abladeplatze bringen, dabei aber einen leeren Kasten für ^{die} nächste Abfuhr in jedem Hause zurücklassen. Ein Abfuhrwagen kann mit 40 Wechselkasten beladen werden, sodaß er mit derselben Last

besetzt

besetzt wird wie die heutigen Abfuhrwagen. Zur Abfuhr ist ein Lastauto vorgesehen, aber nicht ein solches, das mit Benzin angetrieben wird, sondern mit Elektrizität. Das ist von Vorteil, weil der Wagen vor jedem Hause halten muß. Würde man einen Wagen mit Benzinmotor nehmen, so müßte der Motor fortwährend laufen oder vor jedem Hause abgestellt werden müssen, und daß ^{würde} ~~ware~~ mit unnützen Kosten oder mit Umständlichkeit ^{en} ~~verknüpft~~ sein, während der elektrische Motor ohne weiteres an- und abgestellt werden kann. Dabei stellt sich der elektrische Kraftverbrauch auch nicht teurer als die Kosten für Benzin.

Wir haben in Braunschweig etwa 8000 Grundstücke, und wenn wir für die sämtlichen Grundstücke in der Stadt dieses System auf einmal einführen wollten, so würde das ungeheure Kosten verursachen, die augenblicklich die Stadt gar nicht leisten könnte. Es würden mehrere Lastautos und die entsprechende Zahl von Wechselkasten anzuschaffen sein. Ein solcher Kasten sollte ~~8 - 7 00 / M~~ kosten, und wenn er heute ange-
kauft 600 - 700 M

schafft

schafft wird, wird vielleicht das Doppelte dafür aufzuwenden sein. Ein Lastauto für 40 Kästen ist mit 180 - 240 000 M veranschlagt - das ist am 7. April geschehen -, und man kann wohl dreist sagen, daß heute ein solches Automobil 300 - 400 000 M kosten wird. Die für Ausführung der Umänderung des Abfuhrsystems veranschlagte Summe wird also bedeutend höher werden.

Über die Art der Entleerung besteht noch keine Klarheit. Die jetzigen Müllwagen fahren direkt in die Grube, und das Abladen dauert bei der Einrichtung der Wagen nur einige Minuten. Das Automobil kann selbstverständlich nicht in die Grube fahren, sondern muß auf andere Weise entleert werden. Wie ~~der~~ das praktisch geschehen kann, muß erst ausprobiert werden, aber es ist vor auszusehen, daß sich die Kosten der Entleerung der neuen Abfuhrwagen um mindestens 50 % verteuern. Ungeachtet dessen müssen wir doch zu einem anderen System als dem heutigen greifen, wenigstens aber den Versuch machen, es einzuführen, damit endlich die Klagen der Einwohnerschaft über die Müllabfuhr verschwin-

den.

den. Sollte der ^Versuch mit dem Wechselkastensystem ~~fehlschlagen~~
~~vorgeschlagen werden~~, so wird der Stadt dadurch ein
großer Schaden nicht entstehen, weil sie diese Abfuhr-
wagen immerhin noch zu anderen Zwecken verwenden könn-
te und auch die Müllkästen einer anderen Bestimmung
zugeführt werden könnten, sodaß ein großes ^{Risiko}
mit dem Versuch ^{die} für Stadt nicht verbunden ist. Es
wird deshalb vom Rat der Stadt beantragt, sich mit
der Ausführung des Versuchs einverstanden zu erklären
und zu seiner Durchführung die Summe von 500 000 M
aus Kapitel XXIV zu bewilligen.

Schon zu Anfang meines Berichts sagte ich, daß
von den bisherigen Müllabfuhrwagen 15 abgängig gewor-
den sind. Das neue Automobil kann aber nicht die gan-
zen 15 alten Wagen ersetzen, und so muß selbstverständ-
lich ein Ersatz geschaffen werden. Es wird deshalb
vom Rat beantragt, der Neuanschaffung von zunächst 5
Abfuhrwagen der im Gebrauch befindlichen Art zuzustim-
men und die dazu erforderlichen Mittel von rund
125 000 M zu Lasten des Kapitel VII zu bewilligen.

Der

Der Bauausschuß hat sich mit diesen Fragen befaßt, tritt dem Antrage des Rats bei und bittet Sie, gleichfalls dem Ratsantrage Ihre Zustimmung zu~~u~~geben.

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren!
Wir sind wohl alle freudig überrascht gewesen, als
uns eine derartige Vorlage gemacht wurde, wie sie uns
heute zur Beschlußfassung vorliegt. Sie wissen, daß
schon vor dem Kriege die Frage erwogen worden ist und
Versuch^e mit dem Wechselsacksystem ausgeführt werden
sollten. Der Krieg hat einen Strich durch die Rech-
nung gemacht. Endlich soll nun das beste System,
welches es überhaupt gibt, auch für unsere Stadt durch
einen Versuch erprobt werden, und zwar zunächst für
einen Teil der Straßen. Dabei möchte ich die Frage
aufwerfen, ob für den Versuch ein bestimmtes Stadt-
viertel ^{herz}ausgegriffen werden soll oder Straßen aus
verschiedenen Bezirken. Jedenfalls möchte ich den
Vorschlag machen, daß man, wenn man einige Straßen
eines Stadtviertels herausgreifen will, nicht etwa
nur die Kaiser-Wilhelmstraße und derartige Straßen
allein nimmt, wo ohnehin die Häßlichkeit^{en} des alten
Systems nicht so kraß zu Tage treten wie in der In-
nenstadt, denn in den erstgenannten Straßen hat man

zum

zum größten Teil vorschriftsmäßige Gefäße oder Kasten, während in der Innenstadt alle möglichen Gefäße, auch alte Waschschüsseln und ^{Konservenz}~~Körbe~~/Eimer Verwendung zur Müllabfuhr finden. Ich bitte, daß der Versuch gemacht wird an den Straßen, wo der Anblick am häßlichsten ist. Im übrigen bin ich für Ausführung des Versuches und bitte Sie, mit dafür einzutreten, daß der Versuch gemacht wird.

Stadt. T o s t m a n n: Ob der Versuch zuerst in der Innen- oder Außenstadt gemacht werden soll, damit hat sich die Marstalldeputation und der Ausschuß nicht befaßt und scheinbar auch der Rat der Stadt noch nicht, ebenso ist aus den Akten nichts darüber zu ersehen. Immerhin muß ein bestimmter Teil der Stadt dafür ausersehen werden, und welcher dafür genommen wird, muß die Zukunft erst lehren. Da die Kasten auf den betreffenden Grundstücken plaziert werden müssen, so müßte ^{eine} dafür und für den Abtransport der gefüllten ^(aus den Grundstücken) Kasten günstige Gegend ausgesucht werden. Es gibt auch mit vielen Familien besetzte Grundstücke in der Stadt, in denen nicht nur ein Kasten, sondern mehrere aufgestellt werden müssen. Auch der Abtransport der über einen Zentner schweren Kasten aus dem Grundstück heraus wird für die Transporteure ungewohnt sein, und besonders da wird es Schwierigkeiten machen, wo es schwer fällt, mit den großen Kasten durchzukommen, denn es gibt Grundstücke, durch die man kaum mit einem Handkorbe gehen kann. Ich bin der Ansicht,

daß

daß die Frage der Auswahl der Straßen für den Versuch wohl~~erörtert~~erörtert werden muß, damit wir nicht von Anfang an auf Schwierigkeiten durch den Transport der Kasten aus den Häusern stoßen und wir schließlich viel zu früh sagen: „Das System gefällt uns nicht; wir können es nicht gebrauchen, denn es macht uns zu viel Schwierigkeiten.“

Bürgermeister M e y e r : Daß das gegenwärtige Müllabfuhrsystem seine großen Mängel hat, ist ~~uns~~ bekannt. Sie bestehen in der Hauptsache darin, daß die Müllgefäße auf die Straße gestellt ~~werden~~ und dort in den Wagen entleert werden, was eine ziemlich starke Staubentwicklung mit sich bringt. Seit Jahren ist nicht nur bei uns, sondern auch an anderen Orten das Bestreben vorhanden, ein System zu schaffen, das diesen Mangel nicht hat, und es hat sich gezeigt, daß etwas Besseres als das Wechselkastensystem noch nirgend ge-

gefunden worden ist. Für die Haushalte ist der Unterschied zwischen dem, was sie heute zu leisten haben und was ihnen zukünftig obliegt, darin zu erkennen, daß sie die Müllgefäße nicht mehr auf die Straße zu stellen haben, sondern die Gefäße auf dem Grundstück ^{belassen müssen.} ~~selbst stehen bleiben.~~ Es sollen Müllgefäße von einer Größe eingeführt werden, die es nicht zuläßt, von den Hausbewohnern die Herausschaffung zu verlangen, ^{ab} ~~und wie in anderen Städten~~ ^{sich muß} sollen die Personen, die die Müllwagen begleiten, die Gefäße aus den Häusern herausholen. Die Aufstellung dieser ^{großen} Gefäße in

in den Grundstücken selbst wird zweifellos manchmal schwierig sein, aber im übrigen treten wir dieser Frage

nicht ganz ohne Erfahrungen ~~en~~ entgegen, denn wir haben

schon ~~einmal~~ ^{vor einigen} in früheren Jahren den Versuch gemacht,

die gegenwärtig noch im Gebrauch befindlichen Müll-

gefäße ^{aus} ~~in~~ den Grundstücken ^{hervorzuführen} ~~zu befassen~~, allerdings

nicht in der ganzen Stadt, sondern - da es sich nur

um einen Versuch handelt - in einigen Straßen. Wir

haben dazu damals drei Straßenarten ausgesucht:

eine Geschäftsstraße, den Damm, ~~dann~~ eine Straße, in

der die Bevölkerung sehr dicht wohnt und, ^{die} wie der

vulgäre Ausdruck sagt, von kleinen Leuten bewohnt wird
wenn

- wenn ich nicht ihre, die Beckenwerkerstraße -, und schließlich eine Straße, die Vorgärten hat, die Adolf-

straße, ^{in der} ~~wo~~ der Dezernent ~~in dieser Sache~~ wohnt, und

~~die Ausführung aus eigener Anschauung kennen lernen~~

~~Das Ergebnis war sehr befriedigend.~~
~~Die Art der Teilung hat sich bewährt. In Aus-~~

den Grundstücken mit einem Hofe und aus den mit Vor-

gärten versehenen Häusern waren die ^{Gefäße} ~~Sachen~~ von den

Müllwagenbegleitern mit Leichtigkeit herauszuholen,

^{bei den} ~~in der~~ Geschäftsstraße, ^{-läufen, bei denen} ~~wo~~ die Haus-

eingänge vielfach mit Durchfahrten versehen sind,

so daß dort ein immerhin verhältnismäßig großer Raum

für

zur Gefäße
für die vorübergehende Aufstellung zur Verfügung stand.

Am schwierigsten war die Sache auf der Beckenwerker-

war trotz vieler Unzufriedenheit häufig
straße, ~~in einem Hause, wo vielleicht 8 Familien wohn-~~

~~ten und doch nur ein ziemlich enger Hauseingang, und ein~~
kleiner

~~Korridor und Treppenanlage vorhanden waren, so daß~~

den Bewohnern schon nach wenigen Abfuhrtagen es eine

große Last war, die in großer Zahl angesammelten Müll-

im Grünstreifen zur Abfuhr bereit zu fallen.
~~gefäße aufzustellen. An der Stelle haben wir den Ver-~~

~~such bald abgebrochen. Ich bin der Meinung, daß der~~

jetzt geplante
~~demnächstige Versuch ähnlich angelegt werden müßte,~~

~~indem man Straßen mit verschiedenen Arten von~~

~~Bewohnern nimmt, wie ich es eben angeführt habe.~~

Die Aufstellung dieses ^{einen} großen Gefäßes wird leichter

zu bewerkstelligen sein als die der ^{vielen} kleinen, ~~wie sie~~

~~die jetzt im Gebrauch gewesen sind, denn es handelt~~

~~sich immer nur um ein Gefäß für mehrere Familien.~~

Der Versuch wird lehren, ob es nötig ist, die Kasten

zweimal in der Woche zu leeren oder nur einmal; diese

Frage ist natürlich erst ^{nach dem Erfolge} ~~dann~~ endgültig zu beantwor-

~~ten, wenn der Versuch durchgeführt ist, denn jetzt~~

~~ist uns~~ ^{Größe} ~~sind über die Menge~~ ^{von den einzelnen Hausfaltungen} der abzufahrenden Mengen nicht

^{bekannt} ~~so vertraut~~, daß wir schon vorher eine Entscheidung

tref-

treffen könnten.

Ich freue mich, daß bis jetzt keine Gegnerschaft gegen den Antrag, den Versuch zu machen, hervortreten ist, und möchte Sie bitten, die nötigen Mittel zu bewilligen. Es ist allerdings diese Art der Müllabfuhr die teuerste, die es gibt, aber es ist auch ^{war} allgemein ^{Anficht nun auf} ~~unwiderrprochen~~ geblieben, daß es die beste ist. Wenn der Versuch gut ausschlägt und die Anschaffungen nicht allzu teuer werden, wird sich der Rat für Einführung dieses Systems wohl entscheiden. Es ist schon von dem Herrn Berichterstatter gesagt, daß die

die Vorlage vom 7. Februar datiert. Bei dem Steigen
der Preise ~~+++~~ in den letzten 6 - 8 Wochen werden
auch die Anschaffungen, die für den Versuch nötig
sind, sich im Preise höher stellen, und so glaube ich,
daß der Rat bei den Ausgaben für diesen Versuch Ihrer
Nachsicht bedarf. Wenn sich aber herausstellen sollte,
daß die Preise unerschwinglich sind, dann ^{wurden} ~~müßten~~ wir
allerdings auf den Versuch verzichten ^{müssen}.

Stadtv. N 8 1 1: Daß dieser Versuch unternommen werden soll, ist nur zu begrüßen, denn es ist zu hoffen, daß dann endlich die vielen Klagen über die jetzige Müllabfuhr aufhören. Mir sind in letzter Zeit viele Beschwerden gerade über die Müllabfuhr und besonders über unpünktliches Abfahren des Mülls zugegangen. Die Wagen kommen an dem betreffenden Tage zu ganz unbestimmten Zeiten, einmal früh und ein andermal spät, und so ist es vorgekommen, daß die Müll-eimer auf der Straße stehen geblieben sind und die Leute deswegen in Strafe genommen wurden. Im Augusttorbezirk sind die Strafmandate am häufigsten gewesen. Die Leute erklären: Wir haben nach dem Müllwagen aus dem Fensterherausgesehen, er war nicht da, und schon kam der Schutzmann und die Strafe war fällig. Wenn es auch eine minimale Strafe - vielleicht 3 M - ist, so ist das doch für die Leute ärgerlich. Ich bitte den Herrn Dezernenten, darauf einzuwirken, daß die Abfuhr regelmäßig geschieht.

Bürgermeister M e y e r : Ich ^{glaube nicht} ~~kann mir nicht~~

denken, daß - wie ~~aus den Worten des Herrn Vorredners~~
~~offenbar meint,~~

~~hervorleuchtet~~ - die Unpünktlichkeit dem Personal ~~der~~

~~für die~~ Müllabfuhr zur Last gelegt werden darf. Ich

vermute, daß der Grund der unpünktlichen Abholung

des Mülls darin ^{liegt,} ~~zu suchen sein wird,~~ daß der ~~betreffen-~~

~~de~~ Müllwagen früher gefüllt ist, als er das Ende seiner

Tour erreicht hat. Dann ist es natürlich nicht möglich,

daß der Müll von den letzten ~~10~~ Grundstücken noch auf

den Wagen geladen werden kann. ~~Dem kann nur dadurch~~

~~ab-~~

Es bleibt in solchen Fällen nichts anderes übrig als)
~~abgeholt werden~~, daß ein anderer Wagen hinterher

fährt, um die ^{nach gefüllten} ~~restierenden~~ Gefäße zu entleeren.

Die Versammlung stimmt den beiden Ratsanträgen zu.

(Punkt 9).

10. Antrag auf pachtweise Überlassung der Wirtschaft im Bürgerpark.

Stadt v. B u r g d o r f f : Der Kellner Otto S e h u l z e, Wilmerdingstraße 4, hat sich an den Rat der Stadt gewandt mit dem Ersuchen um pachtweise Überlassung der Wirtschaft im Parkhause des Bürgerparks. Der Rat hat auf Grund des bestehenden Pachtvertrages keine Veranlassung gehabt, das bisherige Pachtverhältnis zu lösen, und nun wendet sich der genannte Beschwerdeführer an die Stadtverordneten.

In der Finanzkommission ist über diese Sache gesprochen worden. Wegen des bestehenden Mietverhältnisses ist zurzeit eine Kündigung des jetzigen Pächters nicht möglich, deshalb empfiehlt die Finanzkommission über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, hat dabei allerdings an den Rat der Stadt den Wunsch ausgesprochen, sobald eine Erhöhung des Pachtgeldes möglich ist - ich bemerke dazu, daß das Pachtgeld bereits gelegentlich der letzten Jahresbe-

Erörterung recht

^{lung}
~~rechnung~~ erhöht worden ist -, dann möge man an eine Ausschreibung der Wirtschaftsverpachtung herangehen. Dann steht dem nichts im Wege, daß man dem bisherigen Pächter immer noch die Vorhand läßt, sofern er mit seinem Angebot nicht unter den übrigen Angeboten bleibt. Ich empfehle namens des Finanzausschusses, damit die Angelegenheit als erledigt zu betrachten.

V o r s i t z e n d e r: Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit diesem Antrage des Finanzausschusses an. (Ohne Widerspruch)

(Punkt 10)

11. Antrag Lehnert. betreffend die Behandlung der an
dem lebenskundlichen Unterricht teilnehmenden
Schulkinder.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den am lebenskundlichen Unterricht teilnehmenden Kindern von Seiten der Lehrer keine Vorwürfe und Schwierigkeiten bei bestimmten Lehrfächern gemacht oder ^{sie} ~~darob~~ der Klasse verwiesen werden.“

Stadtver. L e h n e r t (zur Begründung): Meine Damen und Herren ! Als ich vor vierzehn Tagen diesen Dringlichkeitsantrag einreichte, da glaubte ich unbedingt, es wäre möglich gewesen, diesen Punkt noch in der damaligen Sitzung zu erledigen. Da aber die vorige Tagesordnung ein so reichhaltiges Material aufwies, mußte der Antrag doch zurückgestellt werden, und so komme ich erst heute zur Begründung desselben.

Mei-

Meine Damen und Herren ! Es ist festgestellt worden, daß, nachdem der lebenskundliche Unterricht in den Schulen eingeführt ist, ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer sich immer noch nicht von dem alten Dogma loslösen können und daß sie glauben, sie müssen noch unter der mosaïschen Anschauung „am Anfang schuf Gott Himmel und Erde“ den Unterricht erteilen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn es noch derartige Herrschaften gibt, Lehrerinnen wie Lehrer, die sich dem Zuge der Zeit nicht anschließen können, dann mögen sie, wenn sie schon in vorgerücktem Alter stehen, in ein Altmännerasyl gehen und die Damen in ein Beguinenstift, aber das Amt eines Erziehers oder einer Erzieherin ausüben zu können, dazu sind sie nicht mehr fähig. Ich will einige krasse Fälle hervorheben und zunächst an den Fall der Levandowski erinnern. Es berührt eigenartig, wenn man Kinder, die sonst befähigt sind, von Haus aus aber freireligiöse Anschauungen mitbekommen haben, schikanirt nach allen Regeln der Kunst, oder wenn ein Fall vorkommt, wie bei dem Lehrer

Ranke

Ranke in der 2^b Klasse der Mittelschule, in die Kinder hineinversetzt wurden, wo nicht nur die Eltern, sondern schon die Großeltern Freidenker waren. Nachdem Herr Lehrer Ranke gefragt hatte: „Wer ist Freidenker?“ haben sich 2 Kinder gemeldet und Herr Ranke erklärte ihnen: „Ich dulde in meiner Klasse keine Freidenker!“ Diese Kinder mußten, trotzdem sie mit den anderen Kindern die Klassen hinauf durchgemacht hatten und trotzdem es einige sehr gute Schüler waren, die immer mit guten Zensuren versetzt waren, in eine andere Klasse übersiedeln. Ich habe Herrn Stadtrat Schaper in der vergangenen Sitzung die Namen genannt, und Herr Stadtrat Schaper sagte mir darauf, es sei das erklärlich, Herr Ranke sei schon in vorgeschrittenem Alter. Wenn Herr Ranke sich schon in vorgeschrittenem Alter befindet und er nicht mehr so dem Zuge der Zeit folgen kann, dann mag er doch seinen Unterricht aufgeben. Man gibt jetzt als Entschuldigung an, und namentlich der einen Mutter gegenüber hat man das geäußert, daß an dem Tage, wo der K lebenskundliche

Un-

Unterricht erteilt werden soll, Herr Ranke nach dem Schulgarten müsse. Wenn es denn unbedingt nötig ist, daß der Unterricht auf dem Schulgarten erfolgen soll, dann können doch die Stunden verlegt werden; ich habe nichts dagegen, wenn nicht gerade die erste Stunde zur Unterrichtserteilung draußen am Dovesee benutzt werden soll. Man kann vom Augusttorplatze aus sehr leicht nach dem Schulgarten hinauskommen, indem man erst die Linie 1 der Straßenbahn benutzt und dann die letzte Strecke geht. Nachdem durch Verfügung des Kultusministers genaue Richtlinien angegeben worden sind, habe ich gefunden, daß ^{durch} die Versammlung am Dienstag im Altstadtrathause das Landesschulamt seine Pflicht nicht so erfüllt hat, wie es hätte geschehen müssen, wenn die gegebenen^e Anweisungen richtig erfolgt wären. Nach Artikel 135 der Verfassung genießen die Bewohner des deutschen Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, nicht aber wird verlangt, daß die Kinder so erzogen werden, wie in der

Bi-

Bibel steht, ~~aber~~^{während} auf der anderen Seite die Herrschaften ihre Kinder nicht in dieser Richtung erziehen, sondern nach den Universitäten schicken, wo sie hören, wie die Erde entstanden ist von Epoche zu Epoche. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man, wenn man Kinder heranziehen will, unbedingt sich dem heutigen Standpunkt und den heutigen Verhältnissen anpassen muß, und dann sollte man mit den ganzen Glaubensgeschichten brechen und nur für diejenigen, die sich dazu hingezogen fühlen, separate Einrichtungen zu schaffen, so daß es nicht nötig ist, den Kindern mit diesen Mätzchen den Kopf voll zu stopfen. Man soll den Kindern sagen: *Die* Recht und scheue niemand! Wenn das den Kindern recht eingeprägt würde, dann würde das mehr Früchte tragen, als daß es einzelne Institute gibt, wo man mit Beten anfängt und mit Beten schließt und wo die Kinder, wenn sie entlassen sind, auf eine abschüssige Bahn geraten, wohingegen die Kinder, die von Haus aus erzogen sind, daß sie jeden

jeden Menschen als Menschen zu achten haben, viel brauchbarere Werkzeuge in unserer Zeit sind. Ich möchte ersuchen, daß der Rat der Stadt sich die Verfügungen des Kultusministers zu eigen macht und die Lehrerschaft anweist, unbedingt danach zu gehen, so daß den Kindern der Freidenker keine Schikane entstehen. Es ist schade, daß unser Genosse, Herr Stadtrat P i n n o w nicht hier ist, der durch seine Worte beweisen könnte, wie seinem Kinde mitgespielt worden ist, weil er Freidenker ist, nachdem man aber erfuhr, daß der Vater Stadtrat war, pfliff der Wind aus einem andern Loche. Man sieht, wie die Kinder nur nach ihrer Kleidung beurteilt worden sind, man soll doch endlich dazu übergehen, den inneren Menschen zu beachten. Es gibt eine Unmenge Personen außer unserem Genossen Stadtrat Pinnow, die bezeugen können, daß ihre Kinder so in der Schule behandelt werden. Verehrte Anwesende, die Quittung aus dieser Behandlung der Freidenker haben
die

die letzten Massenaustritte aus der Kirche gegeben.
Über kurz oder lang müssen Sie dazu übergehen,
das Muckertum aus der Schule zu verbannen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden beantragt Stadtv.
L e h n e r t auch für heute dringliche Behandlung
des Antrages. Für die dringliche Behandlung
stimmt die Mehrheit.

Stadtrat S o h a p e r: Der Antrag des Herrn L e h n e r t betrifft eine innere Schulangelegenheit und solche innere Schulangelegenheiten gehören nicht zur Zuständigkeit des Rates der Stadt, auch nicht zur Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung. Es ist also ein Unding, wenn Herr Lehnert, wie zuletzt, wünscht, ^{daß} vom Rate aus eine Anweisung ergeht, daß ~~daß~~ der Kulturerlaß - die Ministerialverfügung des Kultusministers G r o t e w o h l - in unseren Schulen durchgeführt werden soll; das können wir nicht. Etwas anderes ist, ob der Rat dem zustimmen wird, daß wir den Antrag an die zuständige Stelle zur weiteren Veranlassung weitergeben.

Zur Sache selbst habe ich folgendes zu erklären: Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß unter keinen Umständen Kindern, die an lebenskundlichen Unterricht teilnehmen, deswegen irgend welche Vorwürfe gemacht werden ~~dürfen~~ oder ihnen irgend welche

-Schwie-

Schwierigkeiten in den Lehrbüchern daraus erwachsen.^{Zurufen}
Ich gebe aber auch der Überzeugung Ausdruck, und
zwar tue ich das auf Grund eingehender Kenntnis
der Lehrerschaft, daß so etwas von Seiten der Leh-
rer nicht geschieht. Ausnahmen mögen vorkommen,
aber es sind eben Ausnahmen.

Herr L e h n e r t hat den Fall Levandowski
erwähnt - ich kann nichts dazu sagen, weil ich ihn
nicht kenne. (Zuruf S i e v e r s: Er hat zehnmal
in den Zeitungen gestanden!) Dann muß er weiter
zurückliegen; es mag sein, daß ich davon erzählen
gehört habe, aber da ich in meinem Amte, ~~wie gesagt~~,
nur für die Schulverwaltung tätig bin, so ist mir
Genaueres darüber nicht bekannt.

Nun der Fall Ranke. Ich habe in der vorigen
Sitzung mit Herrn Lehnert gesprochen, und er war
so entgegenkommend, mi^r den Namen des Lehrers
zu nennen, weil ich die Sache untersuchen lassen
wollte, damit ich den Fall hier klarstellen konnte.
Ich habe zu Herrn Lehnert nicht gesagt, daß der
Lehrer

Lehrer Ramke alt wäre, habe aber gesagt, daß dieser Lehrer wohl leicht erregbar wäre - aber das tut hier nichts zur Sache. Wie liegt dieser Fall Ramke nun. Der lebenskundliche Unterricht wird in zwei Schulstunden in jeder Woche erteilt. Damit nun die Schulkinder, die diesen Unterricht besuchen, an allen übrigen Unterrichtsfächern teilnehmen können, wird in derselben Zeit in allen Klassen Religionsunterricht abgehalten. In den Bürgerschulen läßt sich die Aufstellung des Lehrplanes in dieser Weise durchführen, ~~und~~ undurchführbar aber ist ein solcher Stundenplan in den Mittelschulen, in denen das Fachlehrersystem herrscht und somit der eine Lehrer, der seine Prüfung dafür abgelegt hat oder für diesen Unterricht geeignet ist, in 3 - 4 Klassen Religionsunterricht erteilt. Weil also technische Schwierigkeiten zu überwinden waren, hat man den Ausweg beschritten, alle diejenigen Schüler und Schülerinnen, die am lebenskundlichen Unterricht teil-

neh-

nehmen, in eine ^{der}Parallelklasse^m zu versetzen. Wenn wir 3 Klassen der gleichen Stufe haben, sind alle diejenigen Schüler, die an dem lebenskundlichen Unterricht teilnehmen, me^eistwegen in Klasse 3^b versetzt worden, und in der Zeit, wo die betreffenden Kinder lebenskundlichen Unterricht haben, erhalten die übrigen Schüler der Klasse Religionsunterricht. Nur so ist es zu ermöglichen, daß die Kinder, die am lebenskundlichen Unterricht teilnehmen, in der Teilnahme am übrigen Unterricht nicht geschädigt werden. Ob das in der Knabenmittelschule erst in diesem Jahre so geregelt ist, das kann ich nicht genau sagen. Die Kinder, die aus der 3. Klasse in die zweite Klasse versetzt sind und an dem lebenskundlichen Unterricht teilnehmen, sind also in eine bestimmte Klasse versetzt worden. Ich habe persönlich mit Herrn Ramke über diese Angelegenheit gesprochen und nach dem, was mir Herr Ramke sagte, kann der Ausdruck: „Ich dulde in meiner Klasse keine Freidenker“ nicht gefallen sein. Herr Ramke hat mir sogar

sogar gesagt, daß er die betreffenden Schüler gern behalten hätte. Der eine der Jungen hat den zweiten Klassenplatz ^{inne} gehabt, und solche schickt der Lehrer nicht gern aus seiner Klasse. (Zuruf: Diesen Eindruck haben die Schüler nicht gehabt.) Soweit ich unterrichtet bin, erteilt Herr Ramke keinen Religionsunterricht; die Ausführungen des Herrn Lehnert treffen also auf Herrn Ramke nicht zu. Ich hätte allerdings lieber gesehen, wenn den Schülern die Gründe ihrer ^{Über-}~~Ausführ-~~ung in die andere Klasse mitgeteilt wäre, oder noch besser, wenn den Eltern eine schriftliche Nachricht darüber zugegangen wäre, und ich glaube, daß das in Zukunft auch geschehen wird.

Stadt. M ä d g e: Meine Damen und Herren !
Wenn ich in dieser Angelegenheit überhaupt das Wort
nehme, so möchte ich zunächst klarstellen, daß ich
persönlich in religiöser Beziehung ganz außerordent-
lich liberal bin, und zwar nicht erst seit kurzer
Zeit, sondern schon von jeher. Aber gerade von einem
derartigen liberalen Standpunkt aus muß ich es ganz
entschieden zurückweisen, wenn religiöse Überzeugun-
gen anderer in der Weise herabgesetzt werden, daß man
sie mit „Mätzchen“ bezeichnet ~~werden~~. (Sehr richtig!)
Es ist das ganz bestimmt nicht der Ton der angebracht
ist, um eine religiöse Überzeugung zu charakterisieren.
(Zuruf Regener: Man müßte sagen „Blödsinn“!) So etwas
beweist niemals eine geistige Reife zur Beurteilung
derartiger Fragen, sondern nur, daß ziemlich ver-
ständnislos törichte Schlagworte in die Menge hinein-
geschleudert werden. Es ist deshalb auch absolut un-
richtig, wenn man etwa behaupten will, daß durch den
religiösen Unterricht in der Schule den Kindern
Mätzchen beigebracht werden; es ist das ^{eine} geradezu

gro-

groteske Verkennung des ungeheuren Kulturwertes, den die Religion für das deutsche Volk gehabt hat. (Zuruf: Haben Sie eine Ahnung! - Die Pfaffen im Kriege ! Allgemeine Unruhe. **Stimme des Vorsitzenden.**) Ich glaube mindestens die gleiche Ahnung und Urteilsfähigkeit zu besitzen wie die Herren, die dergleichen Zurufe gemacht haben. Es ist zweifellos, daß durch die Religion und durch die verschiedenen Richtungen in der Religion ungeheuerere Kulturwerte uns gerettet sind (Hört, hört!) und weitgehende Bildung geschaffen ist. Es ist nicht zu verstehen, wenn Leute, die im Allgemeinen dafür sind, daß Bildung in die weitesten Volksschichten kommt, in einer derartigen Weise den Wert der Religion & für das Kulturleben verkennen. Ich sage keineswegs, daß ich jemand es verdenken will, daß er sagt: Ich habe mich aus Überzeugung zu dem Standpunkt durchgerungen, daß ich jede Kirchenlehre verwerfe. Ich achte es durchaus, wenn jemand aus Überzeugung aus der kirchlichen Gemeinschaft ausscheidet und sich zum Freidenker

be-

bekannt, aber ich verurteile es, wenn jemand aus einseitigem Standpunkt die ehrliche Überzeugung anderer verwirft. Ganz unrichtig ist es, wenn von Herrn Lehnert gesagt wird, eine Quittung über den Erfolg, den der Religionsunterricht gehabt hat oder darüber, wie die religiöse Richtung gewirkt hat, sei durch die Austrittserklärungen aus der Kirche gegeben. Seien wir uns doch darüber klar, daß für die meisten, die aus der Kirche ausgetreten sind, der Beweggrund nichts anderes war als die elende Rücksicht auf die geringen Kosten, die für die Kirche aufzubringen sind. Wer aus Überzeugung erklärt: „Ich scheide mich von der Kirche und ^{ihre} ~~Lehre~~“, den achte ich hoch, aber wenn jemand aus Rücksicht auf die paar Groschen handelt, die er als Steuer hergeben muß, dann ist das ziemlich erbärmlich. (Zuruf: Schöne paar Groschen!).

Stadtverordneter S i e v e r s: Der Antrag des Herrn Lehnert war einmal unbedingt und dringend notwendig. Wir haben in der Stadt Braunschweig seit Jahr und Tag den lebenskundlichen Unterricht eingeführt bekommen, und seit Jahr und Tag haben die Freidenker darüber zu klagen, daß Gott sei Dank nicht alle Lehrer, aber immerhin ein gut Teil von Lehrern sich gegen den lebenskundlichen Unterricht wenden, sodaß man von Ausnahmen in dieser Beziehung leider nicht sprechen kann. Die Freidenker haben alle Wege beschritten, um diesem Übelstande abzuhelpfen, den Weg der Beschwerde, der Mitteilung in den Zeitungen, haben die Hoffnung gehabt, daß sich die Lehrerschaft an diese Einrichtung gewöhnen würde, aber es ist nicht dazu gekommen, im Gegenteil, die Lehrerschaft, die diesen lebenskundlichen Unterricht nicht haben will, tritt immer unverschämter gegen die Freidenker auf. Mögen sie so fort/fahren, die Freidenker werden dann zu andern Mitteln greifen müssen, die in anderen Gegenden schon angewandt worden sind. Wir verlangen, daß uns unser

Recht

Recht genau so gewährt wird wie den christlichen Kindern. Wie ein Lehrer im offiziellen Dienst in der Schule nicht dazu kommen kann, die christlichen Kinder her^{ab}zusetzen, so ist es selbstverständliche Pflicht eines jeden Lehrers, ganz in demselben Maße die Auffassung der Freidenker zu achten. Wenn das nicht geschieht und die Behörden sich nicht dahintersetzen, ^{so} werden die Freidenkereltern den Kampf selbst führen müssen auf eine Art und Weise, die den Herrschaften dann vielleicht nicht sehr sympathisch ist.

Es ist von Toleranz die Rede gewesen. Man kann von den Lehrern, die gegen die Freidenkerkinder vorgehen, nicht viel mehr erwarten, wenn man sieht, wie die höchste Spitze der Bürgerschullehrerschaft, Herr Schulrat Appuhn diese religiöse - freidenkerische Frage in der antlichen Schüleröffnungsfeier behandelt hat. Stellen Sie sich folgende Situation vor: Die Direktion der Bürgerschulen veranstaltet in jedem Jahre zu Beginn des Unterrichtsjahrs eine offizielle Eröffnungsfeier.

nungsfeier, bei der gleichzeitig die Einführung der
in die Stadt Braunschweig versetzten Lehrer und die
offizielle Verpflichtung der festanzustellenden Lehrer
vorgenommen wird. Es werden an dieser Feier teil-
zunehmen haben sämtliche Lehrkräfte der Städtischen
Bürgerschulen, auch diejenigen, die Dissidenten sind.
Herr Schulrat Appuhn scheint keine Ahnung von der
Reichsverfassung zu haben oder¹ scheint es nicht der
Mühe wert zu halten, sie zu beachten. Er macht - und
bewußt ist das geschehen, um die Freidenkerlehrer zu
schikanieren - aus einer offiziellen, amtlichen Ein-
führung der neuen Lehrkräfte einen religiösen Zauber.
Die Freidenker^{Lehrer}kräfte sind vorher zum Schulrat Appuhn
gegangen und haben gesagt: „Wir ersuchen darum, daß
nicht - wie das früher geschehen ist - abermals mit
Choralsingen die Feier begonnen und geschlossen wird.
Es handelt sich um eine offizielle Feier, an der wir
pflichtgemäß teilnehmen müssen; wir verlangen, daß unser^{re}
Recht^e,^{die} daß uns durch die Reichsverfassung gewährt
wird, gesichert sind,^{namentlich} amtlich, daß wir nicht gezwungen
sind,

sind, an irgend einer religiösen Feier teilzunehmen." Herr Schulrat Appuhn sagt: „Wenn Ihnen das Singen der Choräle nicht paßt, können Sie für die Zeit hinausgehen." Er mutet den Freidenkerlehrern zu, daß sie anhören; „Ich eröffne die Versammlung. Wir singen den Choral so und so," daß sie dann schleunigst vor die Tür laufen, sich eine halbe Stunde vor die Tür stellen, mit den Ohren lauschen, wann die Herrschaften ihren schönen Choral beendet haben, und dann demütig hereinschreiten, dann einen Handdruck ^{der Amtsanweisung} tauschen mit den ihnen gegebenen Vorgesetzten, darauf schnell wieder verschwinden, denn es wird wieder ein Choral gesungen, und schließlich wieder ^{her-} ~~rein~~stürmen, weil amtliche Nachrichten bekannt gegeben werden. Sie haben wohl Kenntnis davon bekommen, daß die Freidenkerlehrer auf dieses Ansuchen des guten Schulrats Appuhn nicht eingegangen sind. Es ist unser Recht, zu verlangen, daß in amtlichen Feiern irgendwelche religiösen Handlungen nicht vorgenommen werden, und diesem unserm Ersuchen ist man nicht nachgekommen. Als der Schulrat die Feier

mit

mit einem Choral begonnen hat, haben die Freidenkerlehrer den Saal verlassen und die ganze Feier nicht weiter besucht. Nun kommt noch eine andere Sache, die besonders Herrn Mädge, der auf seine Toleranz so wesentliches Gewicht gelegt hat, interessieren wird. Sie setzen sich dafür ein, daß die Überzeugung anderer geschützt und geehrt wird. Was aber sagen Sie dazu, daß in dem Augenblick, als die dissidentischen Lehrer ruhig aus dem Saale gingen, dutzendweise die Lehrer in ein Hottentottengebrüll ausgebrochen sind und dadurch ihre Ehrfurcht vor der Überzeugung der anderen zum Ausdruck gebracht haben. Wenn unter den Augen des Leiters der Städtischen Bürgerschulen es möglich ist, daß Dutzende von Lehrern ein Hottentottengebrüll gegen die dissidentischen Lehrer ausstoßen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn sie in der Schule über die kleinen Kinder herfallen und nach allen Regeln der Kunst sie schikanieren. Solche Zustände sind haarsträubend. Sie werden sich entweder noch weiter verschärfen, dann wird der Kampf mit allen Mitteln geführt werden,

werden, oder die maßgebenden Stellen werden einlenken, und das ist notwendig. Und wenn Herr Stadtrat Schaper gesagt hat, daß dem Rat Eingriffe in den inneren Schulbetrieb ~~nicht~~ nicht zustehen, so ist diese Schuljahreröffnung eine Angelegenheit des äußeren Dienstes, bei dem es dem Rat wohl zusteht, dahin einzuwirken, daß man allmählich zu der Auffassung kommt, daß man die Reichsverfassung, die $2\frac{1}{2}$ Jahre besteht, tunlichst auch einmal zu lesen hat und im Laufe des kommenden Jahres den Gedanken zu fassen, sie auch einmal zu ^{be-}folgen. Unsere Geduld hat $2\frac{1}{2}$ Jahr lang gedauert, sie wird nicht länger dauern, wenn die Zustände, wie sie in unsern Schulen nicht nur ausnahmsweise liegen, nicht geändert werden.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n : Im gro-
ßen und ganzen kann ich mich den Ausführungen der
Herren Lehnert und Sievers anschließen, im besonderen
möchte ich darauf hinweisen, daß wohl der schulentlas-
senen Jugend die Reichsverfassung wie auch die Ver-
fassung des Freistaats Braunschweig in die Hand ge-
drückt wird, daß aber die Herren als Lehrer sich ver-
dammt wenig um die Verfassung kümmern. Die Ausführun-
gen ~~hat~~ hierzu hat Herr Sievers schon gemacht.

Herr Mädge glaubt, durch die Religion sei die
Sittlichkeit und die Bildung gefördert worden. Da möch-
te ich erinnern an die Religionskriege und insbesondere
auch an den letzten Krieg, und möchte fragen, ob die
die Sittlichkeit und Bildung gehoben hat^{ben}. Gerade die
Kirche ist es gewesen, die diesen Krieg gefordert und
gesegnet hat. Wir haben absolut keine Ursache, die Sa-
che der Kirche zu fördern oder sie gutzuheißen. Gerade
die Mittelschule am Augusttore scheint der Hort der-
jenigen zu sein, die sich der Kirche verschrieben haben
Ich selbst als Vater kann ein Lied davon singen, wie

die

die Dissidentenkinder behandelt werden. Auch mein Sohn hat die Mittelschule besucht und war durch die Behandlung dort soweit gekommen, daß er sich das Leben ~~we-~~nehmen wollte, weil er tagtäglich mit Schlägen traktiert wurde, weil er ein Dissidentenkind war (Hört, hört!) Erst auf mein Einschreiten hin hat der Lehrer Siemann unterlassen, mein Kind weiter zu schlagen, sodaß es in den letzten 1 1/2 Jahren keine Schläge mehr bekommen hat. Sie werden den Artikel gelesen haben, daß ein Lehrer in einer Tour einem Kinde 48 Schläge an den Kopf versetzt hat - das war wieder der Lehrer Siemann. Herr Landesschulrat Böse hat sich der Sache angenommen, aber ^{sie} natürlich nicht weiter verfolgt. Ich will wünschen, daß die Versammlung dieser Anregung des Herrn Lehnert beitrifft, damit in dieser Sache eine befriedigende Regelung geschaffen wird und die Kinder aus den Kreisen der Freidenker dasselbe Recht kriegen wie die Kinder ~~der~~ der religionsfreundlichen Eltern.

Stadtverordneter L e h n e r t: Wenn man hier darüber streiten will, was geistig reif ist oder nicht so möchte ich demgegenüber nur bitten, daß die Herrschaften sich den Artikel 136 der Reichsverfassung ansehen möchten, in dem es heißt: „Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.“ Die geistige Reife, ~~hier~~nach zu handeln, Herr Mäde, scheint bei einem großen Teile der Herrschaften noch nicht Eingang gefunden zu haben, die dazu berufen sind, über unsere Kinder zu wachen. Sodann haben Sie von der Anwendung von Schlagworten gesprochen. Ich habe kein Schlagwort angeführt. Wenn ich genau so ~~operieren~~^{operieren} wollte wie Sie, dann könnte ich sagen, es waren juristische Kniffe gewesen, was Sie angeführt haben (Zuruf: Sehr gut!) - ich tue das aber nicht.

Sodann

Sodann haben Sie gemeint, die Religion habe ihr Teil zur Kultur beigetragen. Ja, Herr Mädge, von der Religion zur Kultur, so heißt es. Ich will Sie erinnern an Brümman (?) in Schöningen, und frage, ob es da Religionskultur oder sonst etwas war, was ihn geführt hat. Und wenn Sie sagen, es wäre eine elende Handlungsweise, wegen der paar Groschen aus der Kirche auszutreten, so war dieser Ausspruch, wenn er auf meine Person sich beziehen sollte, ganz und gar deplaziert. Ich kann Ihnen sagen daß ich mit meiner Frau unter der Nummer ~~106~~ und 607 in das ^{en} Dissidentische-Register eingetragen bin, wo man noch nicht anfing, eine Kirchensteuer

ein-

einzuführen. Schon damals habe ich mit der Kirche gebrochen und habe auch erklärt, was Heinrich Heine sagt, ^{an fimmel die ihn den} das man den Engeln ~~den~~ Kindern und Spatzen überlassen solle, und habe mich nach dem gerichtet, was ^{im} ~~an dem~~ Rathaus in *Berlin* steht: Nicht den Blick nach oben, auf der Erde geht der Schuh! Wenn die Kinder von ihren Eltern den Spruch als Leitstern mitbekommen: „Tue Recht und scheue niemand!“ ^{da} dann ist das etwas, was sie im Leben gebrauchen können. Darum ist der Ausdruck, den Sie gebraucht haben, nicht angebracht, daß man aus elender Handlungsweise aus der Kirche ausgetreten ist.

Dann habe ich noch darauf hinzuweisen, daß ich selber erlebt habe, wie meine jüngste Tochter von einem ihrer Lehrer - er ist leider nicht mehr unter den Lebenden - schlecht behandelt worden ist, weil sie bei ihren Personalien kund gab, daß sie zu den Dissidenten

ge-

gehört. Von dem Moment an wurde meine Tochter sehr so schikaniert, daß sie nicht mehr zur Schule gehen wollte und nur dem glücklichen Umstande, daß jener Herr erkrankte und ein anderer Lehrer in die Klasse kam, hat es das Kind zu danken, daß es wieder Freude am Schulunterricht bekam. Ein großer Teil der Lehrer trägt die Schuld daran, wenn unsere Kinder in der Schule vernachlässigt werden und dann keine Lust und Liebe zum Lernen haben. Statt daß man solche Mätzchen treibt, wie Gesangverse und Bibelsprüche lernen zu lassen, sollte man lieber im Lesen oder in Physik unterrichten, das wäre zweckmäßiger. Das andere werfen die Kinder doch einmal über Bord, genau so wie man einen alten Stiefel auszieht und wegwirft.

Während dieser Rede des Herrn Lehnert hat Herr Stadt-
verordneter Stegmann den Vorsitz übernommen.

Stadtverordneter P a y : Meine Damen und Herren!
Daß ich Ihnen mit juristischen Spitzfindigkeiten
komme, werden Sie von mir nicht erwarten. Als einfaches
Mann will ich Ihnen sagen, daß gegen solche Reden,
wie wir sie eben gehört haben, mein Gefühl sich empört,
mein Gefühl, das ^{in einer} ~~ist ein~~ von Religion durchwirkte ^(Ne)
Kindheit mit mir aufgewachsen ist. Diese Religion hat
mich werden lassen zu einem Menschen, der das bißchen
Geist, das in ihm ist, zum größten Teil durch die Ein-
wirkungen der Religion gewonnen hat. (Lachen, ^{Unruhe,} ~~und Ruhe,~~
Zurufe) Lachen, ^{hören} ~~hören~~ Sie nur, auch Sie werden es nicht
ändern, daß Geist ohne sittliche Grundlage leicht ver-
derblich wirkt; mit Ihrem heute bewiesenen Geiste wer-
den Sie die hohen Bildungswerte der Religion nie er-
setzen. Wenn Sie Propaganda machen wollen mit dem Gro-
tewohl'schen Erlaß, dann ist jedenfalls das Sitzungs-
zimmer der Stadtverordneten dazu nicht der geeignete
Ort. Wir von der rechten Seite werden uns es ganz ent-
schieden verbitten, daß dieser Ort zum Tummelplatz Ih-
rer einseitigen Politik gemacht wird. Unerhört ist es,
was Sie sich an provozierenden Reden geleistet haben,
weit

weit unerhörter aber ist die Anmaßung, daß den Freidenkern erlaubt sein soll, die ein Volk zur Höhe führende, Liebe und Humanität predigende Religion zu schmähen und in den Staub zu ziehen. Das kann nur von einer großen Minderheit des Deutschen Volks gebilligt werden. Gottlob hängt noch der weitaus größere Teil unseres Volkes an den Sitten seiner Väter und ehrt, was diese geehrt haben. Daß Sie es wagen, uns als Vertreter dieses größten Teils des Deutschen Volks und mit uns alle, die die Religion als die älteste und heiligste Tradition der Erde ehren und ^{zu} bewahrt wissen wollen, ^{zu} beleidigen und von religiösem Zauber reden, ist unerhört! Ihnen, Herr Sievers, brauche ich das Wort von Hottentottengeheul nicht entgegenzuwerfen, Sie haben es zuerst gebraucht. Wissen möchte ich aber, wie Sie sich die Aufgabe als Lehrer in der Schule denken ohne den ~~Sittenhalt~~ ^{si-Merkel Hall}, ohne die Liebe und Geduld, die ihren Ursprung in der Religion findet.

(Diese Worte des Redners waren von fortwährenden Zwischenrufen der linken Seite des Hauses und von allgemeiner Unruhe und Erregung begleitet, auch die Glocke des Vorsitzenden hatte keinen Erfolg.)

Vorsitzender S t e g m a n n : Ich möchte die
dringende Bitte an die Herrschaften richten, jeden
Redner aussprechen zu lassen. Es hat ja jeder die Ge-
legenheit, nachher das Wort zu nehmen und den Vorred-
ner zu widerlegen.

Stadtverordneter R e g e n e r: Daß eine solche Erregung bei dieser Besprechung ^{möglich} nötig ist, gibt schon den Beweis dafür, daß die Religion an sich gar nicht dazu geeignet ist, zu einem politischen Kampfmittel ausgebeutet zu werden. Es ist auf der anderen Seite gesagt worden, man müsse die Sache tolerant behandeln und Herr Mädge hat sich geriert als ein kirchlich Liberaler, aber hat doch wie ein orthodoxer Pfaffe gesprochen. Er sprach von einer religiösen Überzeugung. Dagegen sage ich: So etwas gibt es nicht. Alle Religion besteht nur auf einer Vermutung, auf einem Glauben, von Überzeugung kann nicht die Rede sein. Die Erregung des Herrn Fray verstehe ich nicht und er hat mich auch nicht überzeugt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ein Unsinn ist, daß es nicht nur Mätzchen sind,

um

um was es sich hier handelt, sondern ein jahrhundert-
und jahrtausendelanges Verbrechen an der Menschheit,
mittels der Religion die Gehirne zu verkleistern und
die Menschen in Abhängigkeit, Unterwürfigkeit und treue^{er}
Pflichterfüllung für den herrschenden Klassenstaat zu
ziehen. Wenn heute der Versuch gemacht wird, gegen diese
Maßnahmen anzulaufen, dann werden Sie alle horstig als
Vertreter des alten Regimes und wollen retten, was noch
zu retten ist. Dabei kommt es dann zu solch erregten
Debatten wie eben. Wenn Sie tolerant sein wollen, dann
wirken Sie gefälligst erst einmal dahin, daß die Lehrer
tolerant sind gegenüber den Kindern, die durch den Va-
ter bestimmt werden, an diesem alten Schwindel nicht
mehr teilzunehmen.

Und

Und wenn Sie einen alten Lehrer nicht aus seinem gewohnten ^lGleis herausbringen können, dann bedenken Sie, daß ein Schulmeister ein Mensch ist, der mit 80 Jahren noch lehrt, was er mit 18 Jahren gelernt hat. Diese Leute haben nichts gelernt und nichts vergessen, sie gehen nach ihrem alten Schema weiter. Namentlich die deutschen Schulmeister haben sich nicht der Gegenwart anzupassen vermocht. Ich erinnere dagegen an die Lehrer in der Zeit der französischen Revolution, die am Tage vor der Revolution noch stramme Royalisten gewesen sind, aber nach der Revolution gute Revolutionäre geworden sind. Das fehlt den deutschen Lehrern. Sie kennen nur ihr „Heil dir im Siegerkranz“ und kommen immer wieder mit ihrem abgestandenen Religionskram, weil sie etwas anderes nicht gelernt haben. Da-

gegen

gegen wehren wir uns, damit unseren Kindern eine andere Behandlung zuteil wird. Wenn die Kinder auch nicht glauben, was ihnen von den Schulmeistern vorerzählt wird, so müssen sie in der Schule doch stillhalten. Bekannt ist der Größenwahn der Lehrer, sind es doch Leute, die immer den kleinen Kindern etwas vorerzählen, während ^{der} ~~die~~ großen, allmächtigen Schulmeister mit dem Knüttel vor ihnen steht. Was er erzählt, das sind ewige Heil^swahrheiten, und wer ~~das~~ nicht glaubt, kriegt die Schwarte vollgehauen. Das wird ganz natürlich bei den Schulmeistern zur Berufskrankheit, aber gegen diese Auswüchse möchten wir unsere Kinder in Schutz nehmen und darum sprechen wir diese harten Worte von dieser Stelle. Wenn es bisher eine evangelische Gemeindegemeinschaft in Braunschweig gab, dann hätte es der Gemeindeverwaltung, insbesondere Herrn Stadtrat Schaper, ge-

lingen

lingen müssen, diese Auswüchse zu beseitigen. So aber , stellt er sich hin und sagt: Auf den inneren Schulbetrieb hat der Rat keinen Einfluß. Ich meine: ~~Oh~~ doch, es ist auf eine ganze Reihe von Auswüchsen sehr wohl von seiner Seite Einfluß auszuüben! Ich erinnere an die Faxerei, wenn in der Schulküche gekocht wird und der Reis oder Grieß zurechtgerührt ist, dann faltet das Fräulein die Hände, winkt mit dem Tack~~st~~ock und alle müssen beten: „Komm, Herr Josu, und sei unser Gast“, und hinterher, wenn der Brei verdrückt ist: „ Herr, habe Dank für Speis und Trank. Amen.“ Das ist ^{Phrase} ~~Frage~~, denn mit Religion hat die ganze Sache nichts zu tun, die Worte werden nur heruntergeleiert. Man sieht, wie schwer es fällt, die jahrtausende alte Tradition aus den Köpfen herauszuhämmern. Wir müssen konstatieren, daß geffließentlich dieser alten Tradition das Wort geredet wird und Sabotage

getrieben wird gegen den Einzug eines besseren Geistes in der Schule.

Stadtverordneter M ä d g e : Nur ein paar kurze Worte. Ich möchte ganz bestimmt erklären, daß ich es für ein kolossales Unrecht halten würde, wenn dieß Dissidentenkinder irgendwie anders behandelt würden wie andere Kinder. Ich trete unbedingt ein für absolute gleiche Behandlung aller Kinder ohne Rücksicht auf irgendwelche religiöse Überzeugung (Zuruf: Wenn es nur so wäre, Herr Mädgel!) Wenn Sie sagen: „Wir fordern die gleiche Behandlung aller Kinder in der Schule!“ so stehe ich durchaus auf ihrer Seite, und ich weiß, daß meine Freunde diese Ansicht teilen.

Herrn Lehnert verstehe ich in sofern nicht recht, wie er meine Ausführungen auf sich persönlich beziehen kann.

Jch habe doch ausdrücklich gesagt, daß ich jeden durchaus achte und ehre, der aus innerer Überzeugung heraus sich zu dem Schritte entschließt, aus der Kirche auszutreten. Herr Lehnert erklärt: „Das habe ich getan“, und so bitte ich, ^{ich} diesen Teil meiner Worte auf seine Person zu beziehen. Aber ich wiederhole auch: Jch finde es erbärmlich, wie jemand ohne innere Überzeugung, nur weil das finanzielle Moment maßgebend ist, der Kirchengemeinschaft den Rücken kehrt. Wer anders denkt, ^{will} der kann es tun. [Herrn Sievers möchte ich erklären, daß wir uns über den Begriff der Toleranz vielleicht nicht ganz einig sind. Herr Sievers berücksichtigt wohl nicht genug, daß lange Jahrhunderte diese kirchlichen Gebräuche bestanden haben und daß es deshalb vielen außerordentlich schwer wird, mit dem einmal Gewohnten zu brechen. (Zuruf Sievers: Seit 2 1/2 Jahren haben Sie Zeit dazu gehabt.) Das ist keine lange Zeit, wenn man bedenkt, wie lange der Brand besteht. Es verbindet sich mit dem alten Brauch für

viele

viele eine bestimmte große Bedeutung und sie sind mit ihrer ganzen inneren Überzeugung dabei. Da kann jemand der wirklich tolerant ist, nicht verlangen, daß es mit einem Mal anders werden soll. Gewiß, ich verstehe es, wenn diejenigen, die eine andere Überzeugung haben, dafür kämpfen, daß diese ^{religiöse Angelegenheit} ~~Sache auf die Ba-~~
~~gründung~~ ^{ein} ~~gesetzt~~ ^{mit ihrer Meinung} wird, ~~wohin~~ es bestimmt einmal kommen muß.
~~muß~~, aber es ist keine Toleranz, wenn man verlangt, es soll das mit einem Schlage fertig sein. Es kann das nur werden, nicht gleich sein. Ich halte es nicht für zweckmäßig, wenn bei amtlichen Handlungen, mögen sie vorgenommen werden, wo sie wollen - abgesehen natürlich von kirchlichen - religiöse Formen angewandt werden. Das Religiöse soll hierbei aus dem Spiele bleiben, damit sich nicht Anders-denkende vor den Kopf gestoßen fühlen. Allerdings muß ich auch sagen: Es ~~war~~
^{wäre}

nur

nur ein Beweis von Toleranz und Einsicht gewesen, wenn die Leute dort den Choral hätten über sich ergehen lassen. Ich kann mir schlechterdings nicht denken, daß irgend einer der Herren, die eine andere, gefestigte Überzeugung haben, dadurch Schaden erlitten hätten. (Zuruf Sievers: Hätten die anderen Schaden gelitten, wenn der Choral weggeblieben wäre?) Die Gegner eines solchen Brauches konnten ja protestieren, konnten sich beschweren, aber eine Störung in die Feier hineinzubringen, das halte ich nicht für ganz taktvoll - ich möchte diesen Ausdruck aber nicht in schärferem Sinne ausgelegt sehen.

Herrn Regener gegenüber möchte ich folgendes erwähnen: Er stellte die Lehrer in der Zeit der französischen Revolution als Musterbeispiel auf, Leute, die ich als Gesinnungslumpen bezeichnen würde. Leute, die an dem einen Tage aus innerster Überzeugung Royalisten sind

sind und am anderen Tage überzeugte Republikner, die sind keinen Schuß Pulver wert. Ich möchte die Sozialisten sehen, was sie zu solchen Anhängern ihrer Partei sagen würden, die morgen auf die Monarchie schwören. Sie alle sind stolz darauf, daß Sie bei Ihrer Überzeugung bleiben. Nehmen Sie es nicht übel, wenn wir Sie auf ^{der} Ernstlichste ersuchen: „Trauen Sie uns solche Gesinnungslumperei nicht zu!“ Glauben Sie, wegen der Revolution wäre ich auch nur ein bißchen weniger monarchisch gesinnt als vorher?! Und was ich von mir sagen kann, das kann ich auch von meinen Freunden sagen. Wir sind ehrlich gewillt, uns den Gesetzen zu fügen, wir richten uns danach mit voller Ehrlichkeit, aber unsere innere Überzeugung wechseln wir nicht wie ein Hemd. Da sind wir so gut wie auch Sie.

Stadtverordneter F r e d e: Es war vorauszu-
sehen, daß der Antrag des Herrn Lehnert die Gemüter
erhitzen würde. Es betrifft der Antrag im Wesentlichen
eine Sache des Gefühles. Aber das Gefühl muß von ~~dem~~^{Herrn Lehnert}
~~Stadtverordneten hier in der Versammlung~~^{erhalten} geleistet
werden, ~~es~~^{es} muß auch darauf ^{sehen}, daß hier nicht Kir-
che mit Religion verwechselt wird. Es tut mir leid,
haben hören zu müssen, welche Beurteilung hier die Re-
ligion gefunden hat. Die Religion sollte von Ihnen
~~durch-~~^{durch-} ~~daraus~~ respektiert werden, denn letztes ⁿ Endes ist
sie gerade das, was Herr Lehnert mit seinen Worten
als etwas ~~Anerkennenswertes~~^{schon im Vorhinein} bezeichnet hat. Die Reli-
gion, wie sie in der Bergpredigt und im Korinther-
briefe 13 ^{hier dargestellt,} ~~aufgeschrieben ist~~, wo Paulus die Nächsten-
liebe ~~erwähnt und~~^{ste} als das höchste Ziel auf der Welt
dargestellt, die können Sie nicht in den Staub zie-
hen, und wenn Religion so gelehrt wird, dann ist es

eine

eine Geschmacklosigkeit, wenn hier das als Mätzchen bezeichnet wird. Sie haben die Religion mit der Kirche verwechselt. Wenn Sie bei Religion an ^{nicht Maßnahme der} ~~die~~ ^{g.h. an Raff.} ~~katho-~~ ^{denken,} ~~lische Kirche~~ ~~und~~ die Inquisition ~~dann~~ werden Sie auch auf dieser Seite keinen finden, der dem Verhalten der Kirche beisteht, und wenn Sie an einen Betrieb der Religion denken, der von ~~der~~ ^{günstigt} einer Richtung der Kirche ~~empfohlen~~ wird, wo be^fohlen wird, es solle eingebleut werden: „Christus ist niedergefahren zur Hölle, am dritte Tage wieder auferstanden von den Toten“ ^{usw.} ~~also~~, dann werden Sie auch bei uns Verständnis für Ihre Ansicht finden. Wer die Aneignung dieser Stelle, wörtlich verlangt und darin seine Größe im Religionsunterricht sieht, der ist ein trauriger Religionslehrer. Aber ich sage: „Wenn das so wäre“, und ich bestreite, daß es so ist. (Widerspruch)

Das

⁴⁸
Das sind Ausnahmen, ^{manu folgt} ~~daß dieser~~ dogmatische Religions-
unterricht geübt wird. Es wäre besser getan, wenn man
mit dieser Fassung des zweiten Artikels früher auf-
geräumt hätte, wenn mit/gegangen wäre mit der Zeit,
aber die moralische Ausbildung des Menschen liegt
doch absolut nicht an solchen Worten, sondern der
Wert der Religion steckt doch ganz anders wo. Wenn in
der Bergpredigt die Selbstverleugnung, die Nächsten-
liebe, die Opferwilligkeit, die Barmherzigkeit als das
Höchste gepriesen wird, dann möchte ich wissen, Herr
Lehnert, ob Sie etwas dagegen zu sagen haben. Das deckt
sich doch mit dem, was Sie als Grundsatz aufgestellt
haben; es ist dasselbe Bild der Vollendung, dem Sie
zustreben. Wenn der Religionsunterricht so erteilt
wird (Zuruf), und mit Begeisterung erteilt wird, dann
ist daran nichts auszusetzen, und auch Ihre Kinder
könnten Sie in solchen Unterricht ruhig hinein-
schicken. Die am lebenskundigen ^{litten} ~~igen~~ Unterricht teilneh-
menden Kinder können nichts Besseres lernen als das,

was

was ich als Höchstes und Schönstes aus der christlichen Religion eben hingestellt habe. Und wenn Herr ~~F~~ay die hohen Bildungswerte der Religion hervorgehoben hat, so hat er es ^{in diesem Sinne} ~~ebenso~~ gemeint wie ich. Es ist nicht schön, daß die Debatte auf eine solche niedriges Niveau heruntergegangen ist. Darin sind wir uns doch alle einig, daß der Wert des Menschen durch Selbstverleugnung, Barmherzigkeit, Entsagung erhöht wird, und danach wollen wir streben. ~~Lassen Sie diesen Streit doch begraben sein, denn in diesen Prinzipien sind wir alle eines Sinnes. Sie müssen respektieren, wenn wir dieses als hohes Ziel der Menschheit hinstellen, und wenn Sie auch in einer anderen Unterrichtsmethode das Heil sehen, so sind Sie doch im Ziel nicht von uns verschieden. Wenn sich Lehrer finden, die Zwang in diesen Sachen ausführen, so bedauern wir das auch, aber ich bestreite das entschieden, daß eine Menge Lehrer vorhanden sind, die ^{mit ihrer Lebensbefähigung, Landbau} ~~solche~~ Dinge ausüben oder Religion in solch armseliger Weise darstellen.~~

Stadtverordneter Frede übernimmt den Vorsitz wieder.

Stadtverordneter Lehnert wünscht das Wort, und der Vorsitzende stellt auf eine diesbezügliche Bemerkung aus der Versammlung fest, daß Herr Lehnert nach Eröffnung der Besprechung des Antrags erst einmal das Wort erhalten hat.

Stadtverordneter L e h n e r t: Werte Anwesende! Herr Frede ist so liebenswürdig, die Bergpredigt und Korinther 13 heranzuziehen. Wenn den Kindern, diese Lehren beigebracht würden und man würde in der Weise fortfahren, so würde nicht viel dagegen zu sagen sein, denn in den zehn Geboten steht auch: Du sollst nicht töten! Herr Mädge sagt nun aber: „Ich bin Monarchist.“ Wenn nun aber von einem wahn-sinnigen Monarchisten gesagt wird: „Wenn ich befehle, auf Vater und Mutter zu schießen, so hast du zu gehorchen,“ dann kann ich dieses System nicht verherrlichen. Kommt da nicht Zwietracht in die Kirche hinein, wenn von ^{der} ~~einen~~ Seite gesagt wird: „Du sollst nicht töten, und von der anderen Seite: „Ich bin das Instrument des Himmels, und wenn ich befehle, hast du auf Vater und Mutter zu schießen.“ So etwas sollte man den Kindern nicht mehr ~~lernen~~ lehren, sondern sie lehren,

frei

frei zu denken, und ihnen sagen: Alles, was wir besitzen, hat die Natur hervorgebracht. Es würde das genau so gut gehen. Durch die Presse ging die Erzählung von einem Prediger, der zu einem Bauer, der ein gutes Roggenfeld hatte, sagte: „Hier ruht Gottes Segen auf dem Acker“, worauf der Bauer erwiderte: „Nein, nicht deshalb wächst es hier so gut, sondern der Dung macht es, den ich in das Feld hineingebracht habe.“ - Ich möchte darum ersuchen, daß von Seiten des Rats, soweit die verhältnisse es gestatten, darauf eingewirkt wird, daß kein Zwang auf die Kinder ausgeübt wird in Sachen des kirchlichen Unterrichts und daß sie nicht unter diesen Verhältnissen zu leiden haben. Herr Stadtrat Schaper hat konstatiert, daß es befähigte Kinder gewesen sind, die nicht mit den anderen Kindern in die höhere Klasse aufgenommen sind, sie haben bis in die Oberklasse hin den 1. bis 2. Platz inne gehabt.

Da

Da stellt sich der Lehrer hin und sagt: „Ich dulde in meiner Klasse keine Freidenker! “ Bei solch einer Behandlung haben wir die Pflicht, die Sache an der Stelle, wo es angebracht ist, zum Austrag zu bringen.

Stadtverordneter R e g e n e r: Ich hätte zu dieser Angelegenheit nicht gesprochen, wenn nicht gerade durch die Gegenseite die Religionen und kirchlichen Fragen ^{in die Debatte} geworfen wären. Ich will jetzt nicht weiter darauf eingehen und mich auch insonderheit nicht mit Herrn Frede auseinandersetzen. Ich möchte aber dem Rat der Stadt etwas vortragen, das betrifft die Kinder, die nicht getauft sind, nicht konfirmiert sind und überhaupt nicht der Kirche angehören, und die doch einen Steuerzettel über vielleicht 14 M Kirchensteuer bekommen. Eigentlich ist das ein Unsinn, wenn Menschen, die niemals der Kirche angehört haben, Kirchensteuer bezahlen sollen. Reklamiert dann der junge Mann beim Rat oder bei dessen Beamten, dann heißt es: Ja, dann mußt du ins Dissidentenregister eingetragen werden. Gehen dann die Betreffenden zu dem Amte und wollen sich als Dissidenten eintragen lassen, dann wird geantwortet: Um Gottes Willen, ich trage Sie nicht ein, Sie sind ja kein Mitglied der

Kirche

Kirche." Ich möchte bei Gelegenheit dieser Aussprache dem Rat einmal Anlaß geben, darüber nachzudenken, wie eigentlich eine Regelung dieser Angelegenheit eintreten soll. Ich kann mir nicht denken, daß die ganze Sache nur eine Sabotage bedeutet, um der Kirche den Peterpfennig zuzuschustern. Ein Mensch, der kein Mitglied der Kirche ist, müßte doch von der Kirchensteuer ohne weiteres frei sein oder er müßte wenigstens von den Beamten in das Register aufgenommen werden.

Stadtrat Schauer: Schon in meiner ersten Rede habe ich darauf hingewiesen, daß Herr Ramke mir gesagt hat, er habe keineswegs den Ausdruck gebraucht: „Ich dulde in meiner Klasse keine Freidenker!“ Er hat den beiden Schülern einfach mitgeteilt, daß sie in die andere Klasse versetzt würden, weil sie Freidenker sein. Das ist nicht als Strafe anzusehen, denn die Kinder sind in der anderen Klasse ebenso gut untergebracht, und nur aus schultechnischen Gründen ist die Überweisung in eine andere Klasse geschehen.

Herr Sievers hat Herrn Schulrat Dr. Appuhn vorgeworfen, er hätte gewußt die Freidenkerlehrer Schi

kaniert.

kaniert. Wer Herrn Schulrat Dr. Appuhn kennt, der weiß auch, daß ihm die Ausübung von Schikane vollständig fern liegt. In dieser Sache stehe ich auf dem Standpunkt, wie ihn Herr Stadtverordneter Mädge schon dargelegt hat: Es wäre keine große Sache für die Freidenker gewesen, wenn sie den Choral angehört hätten. Sie verlangen, daß die Schuleröffnungsfeier nach ~~dem~~^{ihm} Wunsche der Freidenker eingerichtet werden soll; ich bitte ~~auch~~^{aber} zu bedenken, daß die ~~gute~~^{größte} Anzahl der Lehrer ~~Anlaß zu einem~~^{unwillig} Anstoß daran ~~gefunden~~^{genommen} hätte, wenn kein Choral gesungen worden wäre. Es wäre wirklich kein Unglück gewesen, wenn die Herren aus den Reihen der Freidenker den Choral ruhig angehört hätten (Zuruf und ~~und Ruhe~~^{Unruhe}.)

Herr Regener hat die Lehrer in einer Weise dargestellt, die mir beweist, daß er den Kern der Lehrerschaft wirklich nicht kennt. Ich verzichte deshalb darauf, auf seine Ausführungen über die Lehrerschaft einzugehen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Auf die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Regener wegen der Kirchensteuer möchte ich erwidern, daß es selbstverständlich dem Rat der Stadt/^{nicht} möglich ist, aus den Namenslisten ohne weiteres zu ersehen, ob es sich um Dissidenten oder nicht handelt, und daß wir von jemand, der zu Unrecht zur Kirchensteuer veranlagt zu sein glaubt, in der Folge die Einsprache erwarten dürfe. Weiter habe ich zu bemerken, daß die Führung des Dissidentenregisters nicht dem Rat der Stadt, sondern dem Amtsgericht obliegt, und wenn seitens eines Gerichtsbeamten ein Mißgriff in dieser Sache vorgekommen sein sollte, Beschwerde an die amtsgerichtliche Stelle sich empfehlen wird.

Nachdem der Vorsitzende noch einmal darauf hingewiesen hat, daß nach der Auskunft des Herrn Stadtrat Schaper ein direktes Eingreifen des Rats der Stadt nicht möglich ist, wird der Antrag Lehnert von der Mehrheit der Versammlung angenommen.

12. Antrag Nessenius auf Einrichtung eines
Spielplatzes für kleine Kinder am Löwen-
wall.

Wortlaut des Antrages: „Liegt es im Bereiche der Möglichkeit für den Rat der Stadt, auf dem Löwenwalle an der Seite der Oker die Fahrstraße zu sperren und für die Sommerzeit einige große Sandkasten aufzustellen zum Tummeln für unsere kleinsten Mitbürger, dann wären die dafür notwendigen Mittel im Interesse des Volkswohls gut angelegt. Der Sand kann im Winter dann zum Bestreuen der Steige benutzt werden.“

Stadt v. N e s s e n i u s : (Zur Begründung):
Verehrte Anwesende! Mit Recht werden von allen möglichen Vereinigungen Sportplätze zu Wasser und zu Lande gefordert. Ich sehe aber, daß für die Kleinsten in Braunschweig ganz stiefmütterlich gesorgt wird und speziell für diejenigen, die in Gegenden wohnen,

wo die Bevölkerung dicht beieinander wohnt. Ich erinnere z.B. an die Eltern aus der Ritterstraße, Kuhstraße usw., die nicht viel Gelegenheit haben, ihre Kindchen in den Sand zu setzen und im Freien dort spielen zu lassen, was ein wunderbares Mittel ist, sie an die Natur zu gewöhnen und sie in frischer Luft zu ertüchtigen, damit sie später als Jugendliche einmal Sport treiben können. Nun weiß ich wohl, daß wir von seiten der Stadt über den Monumentsplatz kein Bestimmungsrecht haben, aber es liegt doch auch im Interesse des Staates, wenn wir ihn veranlassen, einen der Wege um den Löwenwall, und zwar den, wo die Kuranstalt steht, zu sperren und den Kindern freizugeben. Es ist mir aufgefallen, daß dort ab und zu auch etliche Wagen fahren. Die Mütter und Kinderfräulein ergehen sich im Schatten, die Kindchen laufen dort umher und kommen durch die Wagen in Gefahr. Zum Fahren für Wagen ist der Weg nicht unbedingt nötig. Wenn man durch eine Kette auf beiden

den

den Seiten den Weg abgrenzt, so könnten hier die kleinen Kinder ruhig spielen, und wenn man dann noch Sandkasten aufstellt, so würde das keine große Ausgabe bedeuten, aber für die Anwohner der Umgegend eine sehr gute Gelegenheit geben, ihre Kinder im Freien spielen zu lassen. Der Sand selber könnte dann im Winter immer noch zum Bestreuen der Fußsteige benutzt werden. Wenn irgend eine Möglichkeit wäre, diese Stelle in der angegebenen Weise herrichten zu lassen - die geringen Kosten könnten wir ja auf die Stadt übernehmen - so wäre das für die Stadt ein Segen. Man könnte den Antrag ja auch noch ausdehnen, z.B. könnte man dasselbe, was in dem Antrage gewünscht wird, auch auf dem Schloßplatze machen, wo ein solcher Kinderspielplatz dann in der Nähe des großen Straßenverkehrs ganz sicher läge und die Kinder sich ungestört im Sande tummeln könnten. Auf die Herrichtung dieser Sandkasten lege ich großen Wert.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung.

(Antrag Hessenius, Löwenball).

13. Anfrage Jahns, betreffend die Abänderung
der Straßenpolizeiordnung.

Wortlaut der Anfrage: „Der Rat der Stadt wird um Auskunft ersucht, wie weit die seit langem geplante Abänderung der Straßenpolizeiordnung vorgeschritten und ob baldigst eine Vorlage zu erwarten ist ?

Stadtv. J a h n s : (Zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Die Straßenpolizeiordnung, nach welcher heute von der Behörde verfügt und gehandelt wird, ist sehr veraltet; ich glaube, sie ist aus den siebziger Jahren. Ich hatte Gelegenheit wegen einer Sache, die diese Straßenpolizeiordnung betrifft, zu verhandeln, und erlaubte mir die Anfrage, ob diese veraltete Straßenpolizeiordnung noch zu Recht bestände, worauf mir geantwortet wurde, das sei allerdings noch der Fall; es sei

schon

schon seit langem eine Reform geplant, aber die
läge beim Rat der Stadt, und auf eine Anfrage der
Polizeidirektion sei die Antwort gekommen, daß eine
Entschließung darüber noch nicht gefaßt sei. Ich
halte es doch für dringend geboten, daß die Straßen-
polizeiordnung einmal erneuert wird, denn es sind
manche Sachen aus der alten Ordnung der Abänderung
bedürftig. Die Einwohner der Stadt scheinen die
Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung gar nicht
zu kennen; vielfach wird aus Unkenntnis dagegen ge-
sündigt und auch deshalb, weil den Bestimmungen von
alters her nicht mehr Bedeutung für die heutige
Zeit zugemessen wird. Ich habe mir deshalb die
Anfrage erlaubt, wie weit die Abänderung der Stra-
ßenpolizeiordnung vorgeschritten ist und ob wir
eine baldige Vorlage zu erwarten haben, damit end-
lich die Einwohnerschaft Braunschweigs sich in der
Straßenpolizeiordnung auf zeitgemäße, gesunde Para-
graphen stützen kann.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Über der Reform der Straßenpolizeiordnung herrscht ein Unstern. Allerdings stammt die jetzt gültige nicht aus so alter Zeit, wie der Herr Vorredner erwähnte, sondern im Jahre 1909, also vor 13 Jahren, haben ^{mit} sie nach eingehenden Verhandlungen ^{der} ~~die~~ städtischen Behörden mit Genehmigung des Ministeriums in Kraft treten lassen. Als dann weitere 5 Jahre ins Land gegangen waren, hat der Magistrat den Stadtverordneten unter dem 9. März 1914 eine Vorlage über eine Reihe von Änderungen in der Polizeiordnung gemacht und ^{dabei} ~~begründet~~, warum nach 5 Jahren des Bestehens der Straßenpolizeiordnung schon Änderungen notwendig erschienen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich dann auch mit löblichem Eifer der Durchberatung der Vorlage gewidmet, ist dann aber, als der Krieg ausbrach, wegen der dringenden anderen Aufgaben in der Erledigung stecken geblieben und so ruht, formell genommen, die Angelegenheit noch

bei

bei der hochgeehrten Versammlung. Aber die Sache ist zu ernst, als daß wir sie aus einem solchen Grunde auf die lange Bank schieben, sondern ich bin auch der Ansicht, daß es zweckmäßig sein wird, an eine Neugestaltung der Straßenpolizeiordnung zu gehen. Ich bitte deshalb die Herrschaften, die Änderungswünsche haben, sie mir persönlich mitzuteilen. Wir werden uns aufs neue mit der Polizeidirektion in Verbindung setzen und mit aller Sorgfalt diese wichtige Angelegenheit vorbereiten, so daß die Versammlung demnächst^{zu} dem neuen Änderungsentwurf Stellung nehmen kann. Mit Rücksicht darauf, daß mit dem 31. März nächsten Jahres nach der neuen gesetzlichen Bestimmung das Mandat der jetzigen Stadtverordnetenversammlung abläuft, wird es zweckmäßig sein, entweder vor ~~dem~~ diesem Zeitpunkt die Beratung über die Straßenpolizeiordnung hier zu erledigen oder unmittelbar nach den Neuwahlen, also im April 1923 der neuen Versammlung diese Sache zu unterbreiten. Wel-

cher

cher von diesen beiden Wegen beschriftet wird, hängt davon ab, wie rasch diejenigen Behörden, mit denen wir die Sache vorzubereiten haben, uns bei unseren Vorbereitungen unterstützen, im besonderen, wie schnell die Vorschläge des Amtsgerichts und der Polizeidirektion eingehen. Der Herr Anfragende kann überzeugt sein, daß dann so schnell wie möglich die Vorlage der Versammlung unterbreitet werden wird.

14. Anfrage Steinert, betreffend den Schutz
der Pfleglinge des Städtischen Pflege-
hauses vor Überanstrengung.

Wortlaut der Anfrage: „Wie aus Zeitungsnotizen hervorgeht, ist am 9. dieses Monats ein Pflegling des Städtischen Pflegehauses beim Kohlenabladen auf dem Nordbahnhofe von einem Blutsturz befallen, derweil ein anderer Pflegling bei derselben Beschäftigung an einem Schlaganfall verstorben ist. Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die Pfleglinge vor zu großer Überanstrengung zu schützen?“

Stadtv. S t e i n e r t : (Zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß diese Meldung durch die Zeitungen gegangen ist, wie sie in dem Antrage bezeichnet ist. Nun wissen wir alle, daß Kohlen^{ab}laden keine ~~leichte~~ leichte Beschäftigung ist, daß dazu Körperkräfte gehören, die nur ein Mensch ausüben kann, der im Vollbesitz seiner

seiner körperlichen Kräfte ist, nicht aber solche Menschen, wie sie im Pflegehause untergebracht sind. Solche, die während ihres ganzen Lebens ihre Arbeit getan und sich geschunden haben, werden hier in ihren alten Tagen gezwungen, derartig schwere Arbeiten auszuführen, weil sie bei der heutigen Gesellschaftsordnung nicht in der Lage gewesen sind, für sich einen Notgroschen zusammenzubringen oder sich in ein Heim einzukaufen, wo sie derartige Arbeiten nicht auszuführen brauchen. Es ist ein Mißstand, der abgeschafft werden muß, daß die Pfleglinge des Städtischen Pflegehauses benutzt werden, derartige Arbeiten auszuführen. Es kommt noch ein Weiteres hinzu: Es scheint mir eine Lücke in den Bestimmungen vorhanden zu sein, die das Sanitätswesen angeht. Nach dem Blutsturz ist der Sanitätswagen alarmiert worden, er ist angekommen, aber man hat abgewinkt und gesagt: „Den Mann aus dem Pflegehause nehme ich nicht mit“ - der kann also

ruhig

ruhig auf der Stelle sterben. Man hat den Mann auf eine dreirädrige Karre aus dem Pflegehause gehoben und ihn so nach dem Pflegehause gebracht, also auf einem ganz unvorschriftsmäßigen Beförderungsmittel. Es ist ein Wunder, daß der Blutsturz nicht noch einmal aufgetreten und der zweite Pflegling nicht auch zu Tode gegangen ist. Dem anderen, der an dem Schlaganfall gestorben ist, hat der Inspektor Ludwig seine große Menschenfreundlichkeit damit gezeigt, daß er gesagt hat: „Hierfür wird ein Ackervagen zurecht gemacht, es kommt ein Bündel Stroh darauf und so wird der Burdach nach dem Pflegehause transportiert.“ Andere sind dann menschenfreundlicher gewesen; Unbeteiligte haben ein Beerdigungsinstitut herangeholt.

Auch im allgemeinen lassen gerade die Angelegenheiten des Pflegehauses sehr viel zu wünschen übrig, und der Pflegehausdeputation möchte ich hier einige Winke mit auf den Weg geben, damit sie weiß,

an

an welchen Stellen sie hintergreifen kann. Ich sprach eben davon, daß die Pfleglinge des Pflegehauses zu allen möglichen, auch zu Arbeiten herangezogen werden, wozu ihr Körper nicht mehr fähig ist. So weiß ich auch von einer siechen Frau, von der verlangt wird, daß sie Strümpfe stopfen soll. Dazu ist sie aber gar nicht instande, weil sie ihre Hände fortwährend bewegt, so daß sie Löffel und Messer nicht in der Hand halten kann. Aber sie soll arbeiten, und so wird von ihr verlangt, mit ihren Fingern eine Nadel zu halten, was sie gar nicht kann. Auch sonst läßt die Behandlung der Pfleglinge durch den Inspektor Ludwig viel zu wünschen übrig. Mir ist der Fall einer Amme bekannt geworden, die im ganzen Monat 20 M bekommen hat, für den März jetzt allerdings 50 M. Für den Monat Februar aber, wo sie einige Tage krank gewesen ist, sind ihr schlankweg 16 M abgezogen und nur 4 M gezahlt. Nun ist sie an Herrn Inspektor Ludwig herangetreten und hat verlan^{gt}

man

man solle ihr das gleiche zahlen, was im Säuglingsheim bezahlt wird, nämlich für ein Liter Milch 10 M. Es ist nachgewiesen, daß sie im März über 16 Liter hergegeben hat; was aber hat sie bekommen? 50 M, wie ich schon sagte. Wenn sie mit ihrer Milch zu Ende ist, dann ist sie gar nicht in der Lage, irgendwelche Erwerbstätigkeit aufzunehmen, weil sie dort ihr ganzes Zeug herunterreißen muß, und so steht sie, wenn sie aus dem Pflegehause entlassen wird, mittellos da und weiß nicht, was sie beginnen soll. Das ist ein Zustand, den unbedingt abgeholfen werden muß.

Auch über das Essen wird im Pflegehause viel geklagt, z.B. ist mir von den verschiedensten Seiten versichert worden, daß es am Sonnabend Bohnen gibt, die aus der Büchse riechen. Das ist ein gesundheitsschädigender Zustand und hier muß vom Rat der Stadt oder von der Pflegehausdeputation ganz energisch dahintergegriffen werden, damit solche Zustände verschwinden.

schwinden. Herr Inspektor Ludewig scheint auf jede Weise zu sparen, aber am verkehrten Ende. So sind mit einige Fälle bekannt, wo er das Personal, das er gekündigt hatte, entlassen hat, bevor ihre Zeit um war, bloß um die Nachzahlungen zu hintertreiben. So ist es mit einer Köchin geschehen, die er 8 Tage zu früh entließ und sie dadurch um 300 M geschädigt hat, weil sie aus dem Grunde die Nachzahlung nicht bekam. In einem anderen Falle ist eine Köchin um 1200M geschädigt, weil sie früher entlassen wurde, als ihre Kündigungsfrist abgelaufen war. Das sind Sachen, die so nicht weitergehen können. Hier ist Rat und Pflegehausdeputation verpflichtet, einzugreifen, um die Übelstände - ich habe nur einige geschildert von vielen, die angeführt werden könnten - in Zukunft zum Verschwinden zu bringen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Was zunächst die beiden bedauerlichen Unfälle auf dem Nordbahnhofe betrifft, so kann ich mitteilen, daß die Pflegehausdeputation eine sehr gründliche Untersuchung veranlaßt hat, die im besonderen unter Mitwirkung unserer beiden leitenden Ärzte, des Geh. Sanitätsrats Dr. von Holwede und des Sanitätsrats Dr. Robert Müller, die Frage erörtert hat, ob vielleicht irgend jemand ein Vorwurf deshalb trifft, daß diese Unfälle sich zugetragen haben und wie Wiederholungen für die Zukunft entgegengetreten werden kann. Die Sache hat sich folgendermaßen ereignet: Der Aufseher Burdach, ein Invalide, hatte die Aufsicht über das Abladen zu führen, ohne beim Abladen selbst teilnehmen zu sollen. Als er mit den beiden Leuten, die das Abladen zu bewerkstelligen hatten und gegen deren Verwendbarkeit zu dieser Arbeit bisher von keiner Seite Bedenken geltend gemacht sind, auf dem Bahnhofe war, wurde der Pfleg-
ling

ling Meyer unerwartet von einem Blutsturz befallen, aber noch ehe er an die Arbeit herangegangen war, also aus Ursachen heraus, die mit der Tätigkeit des Abladens und einer eventuellen Anstrengung dabei in keinem Zusammenhange standen. Es ist deshalb nach dem Pflegehause gesprochen worden, und das Unglück hat gewollt, daß Herr Inspektor Ludwig, der in sorgfältigster Weise für die Leute einzutreten pflegt, nicht am Telephon war. Infolgedessen ist durch eine Hilfskraft leider nicht der Sanitätswagen, der in diesem Falle wohl am Platze gewesen wäre, sondern eine allerdings gut abgefederte Sitzkarre, ein Fahrstuhl, verwendet worden, und in diesem ist der Pflegling Meyer - dem es im übrigen jetzt so gut geht, daß er aus dem Krankenhaus alsbald ins Pflegehaus zurückzukehren hofft - nach dem Pflegehause transportiert worden. Dann ist der Pflegling Burdach im Übereifer, ohne dazu verpflichtet zu sein, mit auf den Wagen gestiegen und hat beim

Abladen

Abladen der Kohlen geholfen. Dabei hat er sich offenbar zu viel getan und ist von Herzschnage ereilt worden. Es ist durch die Sektion festgestellt, daß er an Verkalkung der das Herz umgebenden Gefäße gelitten hat. Es wird aber von ärztlicher Seite versichert, daß ähnliche Unfälle auch bei verhältnismäßig geringfügigen anderen Bewegungen sich ereignen können. Als der Pflegling umgefallen war, ist der Sanitätswagen herbeigerufen. Da es sich aber herausstellte, daß der Tod schon eingetreten war, so konnte und durfte der Sanitätswagen seiner Anweisung nach den Verstorbenen nicht befördern, er konnte auch nicht den Kranken aus dem Sitzwagen aufnehmen, weil bekanntlich die Bestimmung besteht, daß immer erst von ärztlicher Seite festgestellt werden muß, ob der Kranke nicht an einer ansteckenden Krankheit leidet. Würde dieser Vorschrift nicht gefolgt, so würde die Ansteckung durch Benutzung des Sanitätswagens leicht übertragen werden können. Herr Inspek-

tor

tor Ludwig ist weit davon entfernt, von seinen Pfleglingen etwas über Gebühr zu verlangen oder irgend jemand zurückzusetzen. Er wie auch der Aufseher haben erklärt, daß sie bitter beklagen, wie der Pflegling Burdach ein Opfer seiner Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue geworden ist. - Was die Tätigkeit der Pflegehausinsassen bei derartigen Arbeiten betrifft, so haben uns die Ärzte erklärt, daß selbstverständlich eine gewisse Auswahl für die Teilnahme an den Arbeiten erforderlich sei, daß aber an dem bisherigen Verfahren festzuhalten sei. Ich glaube, die Pfleglinge sind ganz zufrieden damit, wenn sie sich nützlich machen können, wofür sie dann eine kleine Vergütung zu bekommen pflegen.

Was die mit dem besprochenen Falle nur in rechtlosem Zusammenhange stehenden anderen Beschwerden betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß sich um die Bereitung des Essens unter anderem auch Frau Professor Götze in sorgsamster Weise gekümmert hat, daß Frau Schulze und Frau Graf ohne Ankündigung und

uner-

unerwartet in der Pflegehausküche aufgetaucht sind, um sich zu überzeugen, wie dort gekocht wird und daß sie durchaus mit dem dort Gebotenen einverst^{an}den genesen sind. Es wird in großen Betrieben immer einmal vorkommen, daß beim Kochen etwas verdorben wird, aber wir haben in dem Umstand, daß das Personal des Pflegehauses selbst mit beköstigt wird die beste Gewähr dafür, daß nicht etwas Minderwertiges oder Schlechtes in die Speisen hineinkommt.

Was die Abzüge betrifft, so ist es unser gesetzliches Recht, die Hälfte der Renten bei dauernder Inanspruchnahme des Kranken- und Pflegehauses einzubehalten; gleichwohl haben wir aber Sorge getragen, daß ein bescheidenes Taschengeld den Pfleglingen zur Verfügung steht und haben diesen Betrag neulich erhöht.

Bezüglich der Ammen habe ich mitzuteilen, daß eine bedeutende Aufbesserung ihrer Bezüge von uns beschlossen ist. Wir haben aber auch festgestellt, daß das Landessäuglingsheim so erhebliche Bezüge an die

Ammen

Amnen zählt, daß Herr Geh. Sanitätsrat Dr. von Holwede es übernommen hat, mit dem Leiter des Landessülingsheims in Verbindung zu treten und dort der Eröägung anheimzugeben, ob in dieser Beziehung das Landessülingsheim, das sehr über Finanznot zu klagen hat, sich nicht eine gewisse verständige Einschränkung angelegen sein lassen sollte. Frau Professor Götze wird bestätigen, daß wir über diesen Punkt in der letzten Sitzung der Pflegehausdeputation uns sehr eingehend unterhalten haben.

Vor allen Dingen gestatte ich mir, den Inspektor Ludwig vom Städtischen Pflegehause auf das nachdrücklichste gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die in den Worten des Herrn Steinert zu liegen schie-
nen, wenn sie auch in dem Umfange, wie sie hier in Erscheinung getreten sind, nicht beabsichtigt waren. Einen erfahreneren, gewissenhafteren und gerechteren Vorgesetzten können die Angehörigen des Pflegehauses sich nicht wünschen. Ich bin in jeder Beziehung damit
einver-

einverstanden, daß er aufs nachdrücklichste für seine Leute eingetreten ist. Und was den einzelnen Fall, nämlich die Nachzahlung, betrifft, so hat Herr Inspektor Ludwig sich auf das lebhafteste bemüht, zu retten, was zu retten war. Da aber der Beschluß der Lohndeputation vorlag, daß diejenigen, die an dem Stichtage ausgeschieden waren, nicht berücksichtigt werden sollen, so hat der Rat gemäß der Stellungnahme der Lohndeputation beschlossen, daß in dem Falle nichts nachgezahlt werden sollte, obwohl Herr Inspektor Ludwig dringend gebeten hat, die Nachzahlung vorzunehmen. Als ihm das nicht gelungen war, hat er mich gebeten, zu prüfen, ob nicht in anderer Weise geholfen werden könnte, und das ist geschehen: wir haben die Möglichkeit gefunden, der Betreffenden ein Pflaster aufzulegen. So sieht die Ungerechtigkeit des Inspektors Ludwig aus!

Stadtv. S t e g m a n n beantragt **Besprechung**
der Anfrage. Der Antrag findet die genügende Un-
terstützung. (Punkt 14).

Stadtv. S t e g m a n n: Herr Stadtrat von Frankenberg hat eben entgegen der Darstellung meines Freundes Steinert den Fall so hingestellt, als ob er auf nichts zurückzuführen wäre und hat dabei Herrn Inspektor Ludewig in Schutz genommen. Dazu habe ich folgendes zu sagen: Es ist mir gestern ein Brief von einer Frau Schmitz zugestellt worden - es ist das wohl die, von der das ^dStopfen verlangt wird. Sie stößt in dem Schreiben einen Notschrei aus. Seit 10 Jahren sei sie nervenleidend, sie hat sich ärztlich untersuchen lassen und dabei sei festgestellt, daß ihr Nervenleiden chronisch sei. Trotzdem habe sie die Pflegerin Fräulein Henze zwingen wollen, Strümpfe zu stopfen. Die Frau zittert am ganzen Körper, da kann man doch nicht zu einer solchen Arbeit zwingen, noch dazu, wenn eine ärztliche Untersuchung ergeben hat, daß die Frau tatsächlich leidend ist. Ich meine, es sollte doch dahinter gegriffen werden

werden,damit es nicht vorkommt, daß eine solche Frau gepiesackt wird. Sie schreibt in dem Briefe, was das Essen anbelange, so sei es oft nicht zu genießen.Jeden Sonnabend gebe es die verdorbenen Bohnen,und doch müßten sie aus Todesangst runter gegessen werden, um den Hunger zu stillen. Sie fragt an, ob es nicht möglich wäre,daß diese Büchsenbohnen beschlagnahmt werden könnten,damit sie endlich aus dem Pflegehause verschwinden. Übrigens ist mir gestern mitgeteilt worden - die Klage ist wohl Herrn Inspektor Ludewig zu Ohren gekommen- daß jetzt diese Bohnen aus dem Pflegehause verschwunden sind.

Weiter hat Herr Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen,daß Herr Ludewig zweifellos für seine Leute eintreten würde,wenn das angebracht sei. Im Kinderheim mag das wohl der Fall sein,aber es ist mir berichtet worden,daß er seinen Arbeitern gegenüber eine andere Ansicht vertrete. Wenn er,

hinter-

hintertreiben könnte, daß die Löhne erhöht würden, so setze er seine Kräfte dafür ein und als die Lohn-erhöhungen gekommen seien, habe er sofort Kündigungen vorgenommen. Das sieht anders aus, als es von Herrn Stadtrat von Frankenberg dargestellt wurde.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Auf die Angelegenheit der Frau, die hat stopfen sollen und nicht hat stopfen können, gehe ich eben hier nicht ein, weil ich es für zweckmäßig halte, wenn man sich wegen Regelung dieses Falles an die Pflegehausdeputation wendete. Im Übrigen steht diese Angelegenheit nur in sehr losem Zusammenhange mit der Anfrage. Ich habe kein Interesse daran, den Faden der nicht stopfen wollenden Frau hier noch weiter zu spinnen.

15. Anfrage G a r t u n g, betreffend die
letzte Mehlerteilung.

Der Vorsitzende verliest folgende beiden in der vorigen Sitzung eingegangenen Anfragen:

Anfrage G a r t u n g : Kann der Rat Auskunft geben, welche Gründe ihn veranlaßt haben, daß das zur Verteilung an die Bevölkerung unserer Stadt gelangende Ostermehl nur 12 Händlern überwiesen wurde?

Anfrage B u r g d o r f f: Warum ist die Mehlerteilung für das Osterfest so ungleichmäßig an die Händler erfolgt? Gernoh soll z.B. 180 Zentner erhalten haben, während eine Anzahl Händler überhaupt nicht berücksichtigt sind.

Vorsitzender: Die beiden Anfragen behandeln denselben Gegenstand. Herr Gartung hat die Begründung übernommen.

Stadtv. G a r t u n g (Zur Begründung): Meine Damen und Herrern ! Mit Freuden war es zu begrüßen, daß auch zu Ostern wieder billiges Weizenmehl an die Bevölkerung hier in Braunschweig zur Verteilung gelangt ist. Daß aber bei ^{der} Verteilung dieses Mehles nur 12 großen Firmen, meistens Großhändlern, überwiesen worden ^{ist} sind, hat in den Kreisen der Lebensmittelhändler mit Recht große Entrüstung hervorgerufen, denn auch sie hätten gern an ihre Kundschaft dieses billige Weizenmehl abgegeben. Jeder Gewerbetreibende ist heute derartig steuerlich belastet, daß es seine Pflicht ist, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um seine Existenzmöglichkeit aufrecht zu erhalten. Es ist deshalb zu begreifen, wenn in den Kreisen der Kleinhandlerner eine starke Erbitterung darüber herrscht, daß nur diese Großhändler berücksichtigt worden sind, die doch schon sowieso bevorzugt sind, und daß man ihnen

ihnen nun noch diese Sondervorteile bietet. Da auf den einzelnen Händler 80 Sack und auf einige von ihnen sogar 100 Sack bei dieser Verteilung gekommen sind, so kann man sich denken, daß der Verdienst dieser Herren bei Absatz des Mehls ein recht ansehnlicher war. Das kaufende Publikum wird durch diese Art Zuteilung gezwungen, nach diesen Geschäften zu gehen, und es kommt dann leicht dazu, daß sie nicht so schnell bedient werden können, denn diese paar Geschäfte sind garnicht imstande, die Käufer so zu bedienen, wie es bei einer anderen Zuteilung der Fall gewesen wäre. Und wenn der Rat gemeint hat, aus Sparsamkeitsrücksichten eine solche Verteilung vornehmen zu sollen, so muß ich das zurückweisen, denn die Verteilung an die Kleinhändler hätte der Verband der Lebensmittelhändler kostenlos übernommen, wenn der ganze Foston Mehl an einer Zentralen Stelle zur Verfügung gestanden hätte, und jeder Kleinhändler wäre bereit gewesen,

das

das Mehl so wie in der Kriegszeit dort selbst abzuholen.

Wir wollen wünschen, daß es noch öfter vorkommt, daß solches billiges Mehl zur Verteilung bereitgestellt wird, dann möchte ich aber bitten, daß der Rat der Stadt mehr Rücksicht auf die Wünsche der Kleinhändler und das kaufende Publikum nimmt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: In dieser Sache ist der Rat der Stadt das Opfer seines Entgegenkommens geworden gegenüber den Wünschen, die vor zwei ^{unz} Sitz^{en} in dieser geehrten Versammlung geäußert worden sind. Sie erinnern sich jedenfalls, daß Fräulein Wolters ganz am Schlusse jener Sitzung an den Rat mit dem Wunsche herantrat, man möge vor der Einsegnung oder Konfirmation - ohne mit diesem Ausdruck eine kirchliche Erörterung heraufbeschwören zu wollen - das billige Weizenmehl zur Verteilung bringen. Ich habe darauf erwidert, daß das nicht leicht auszuführen sei, daß ich aber den Versuch machen wolle. Wir wären zweifellos mit der Durchführung der schnellen Verteilung gescheitert, wenn wir an alle sonst für die Verteilung in Frage kommenden Geschäfte die Zufuhr bewerkstelligt hätten. Infolgedessen haben wir aus der Not eine Tugend gemacht und haben 12 verschiedene Mehlhandlungen ausgewählt, denen wir vor

Toresschluß

Torresschluß die Sachen noch zuführen konnten. Als die Verteilung bewilligt^{rkt} war, ist der von Herrn Gartung erwähnte Verein der Lebensmittelkleinhändler an uns herangetreten und hat ~~sich~~ in dankenswerter Weise für die Zukunft das Angebot gemacht, ohne Mehrkosten für uns die Verteilung an seine Mitglieder zu bewerkstelligen. Ich trage keine Bedenken, zuzusagen, daß in Zukunft die Verteilung so ausgeführt werden könnte. Wir wollen hoffen, daß wir in Zukunft nicht wieder in eine solche Klemme wie dieses Mal gebracht werden. Es wird sich in Zukunft auch darum handeln, eine Menge außerhalb dieses Vereins stehender Kleinhändler mit zu berücksichtigen, und ich hoffe, daß sich die Verteilung im ganzen glatt und gleichmäßig vollziehen wird und daß allen Anforderungen genügt wird, wenn der Verein der Kleinhändler mitwirkt. Herr Gartung sprach von Großhändlern; er meinte damit größere Geschäfte ~~einer Kleinhändlers~~^{des Kleink Handels}, z. B. Zörner, Säuberlich und andere. Das sind aber keine Großhandlungen

wie

wie Moser und Sievers. Alles Allen recht zu machen, ist unmöglich. Diesmal wollten wir es der Stadtverordnetenversammlung recht machen; wenn wir es dabei nicht ganz getroffen haben, bitte ich, den guten Willen für die Tat zu nehmen.

16. Bewilligung von Baukostenzuschüssen.

Stadtv. R a s c h e : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Gewährung von Baukostenzuschüssen für dieses Jahr von seiten des Staates gibt ein Schreiben des Staatsministeriums vom 17. März, unterzeichnet vom Herrn Minister Steinbrecher Auskunft. Es lautet:

„ Nachdem trotz mehrfacher Verhandlungen eine Einigung über die Aufbringung des Gemeindeanteils an den Baukosten Darlehen bei den in den Vorortsgemeinden im Jahr 1921 errichteten Bauten, die von Stadt-Braunschweigern bezogen sind, nicht erzielt ist, habe ich diese Darlehen in Höhe von rund 2 Millionen Mark aus Staatsmitteln an die betreffenden Siedlungsgesellschaften zahlen lassen. Durch die Verfügung vom 4. November 1921 sind für die Stadt 6 500 000 Mark als Baukostendarlehen für das Jahr 1922 in Aussicht gestellt. Um eine Deckung des
für

für die Gemeindeanteile in den Vorortgemeinden gezahlten Betrages zu haben, sehe ich mich gezwungen, die für die Stadt in Aussicht genommenen Mittel um 2 Millionen Mark zu kürzen. Rechnet man für eine Wohnung ein Stadtdarlehen von rund 50 000 Mark, so lassen sich mit den verbleibenden 4 500 000 Mark rund 90 Wohnungen herstellen.

Ich ersuche nunmehr, im Rahmen der für die Stadt bereit-gestellten 4 500 000 Mark umgehend Anträge auf Gewährung von Beihilfen vorzulegen."

Gemäß diesem Schreiben ersucht der Rat, zur ~~Bewilligung~~^{Gewährung} von städtischen Darlehen in gleicher Höhe wie die staatlichen Darlehen ebenfalls 4 500 000 Mark zu bewilligen.

Der Bauausschuß bedauert selbstverständlich, daß nicht die ganzen 6 1/2 Millionen vom Staat für die Stadt bewilligt sind, bittet Sie aber, dem Antrage des Rates zuzustimmen. Seitens des Finanzausschusses wird über die gleiche Sache Herr Steinert berichten.

Stadtv. S t e i n e r t: Meine Damen und Herren! Auch der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt, denn es handelt sich dabei um eine bedeutende finanzielle Belastung der Stadt, die wir aber wegen der Wohnungsnot auf uns nehmen müssen. Allgemeine Unzufriedenheit aber herrschte im Finanzausschuß über die Kürzung der von Staate für Bauten in der Stadt zur Verfügung gestellten Summe. Obgleich die Stadt als solche bestrebt sein muß, immer mehr Wohnungen zu schaffen, um die Wohnungsnot einigermaßen zu mindern, so wird es nach dem Vorgehen des Herrn Ministers Steinbrecher nicht möglich sein, das durchführen zu können, was unbedingt an Neubauten ausgeführt werden müßte. Es heißt in dem Schreiben des Ministers, daß mit den 4 1/2 Millionen Mark Zuschuß des Staates und dem gleichen Zuschuß der Stadt es möglich wäre, rund 90 Wohnungen herzustellen. Das ist ein Rechenexempel, wie es bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr maßgebend ist. Wir sind mit

der

der vom Ministerium vorgenommenen Kürzung des Betrages für die Stadt allerdings nicht einverstanden, können aber als Stadtverordnete nicht anders, als die gleiche Summe zu bewilligen, damit in der Bautätigkeit weitergeschritten werden kann, denn nach dem Gesetze sind wir zur Bewilligung der gleichen Zuschüsse wie der Staat verpflichtet. Der Finanzausschuß schlägt Ihnen also vor, diese 4 1/2 Millionen Mark stadtseitig zu bewilligen.

Stadtv. L e h n e r t :Ich hätte nicht geglaubt daß ich schon heute wieder in die Lage käme, ein ähnliches Urteil über einen Minister auszusprechen, wie in der vorigen Sitzung. Ich habe in der vorigen Sitzung gesagt, die Durchbrechung der sozialistischen Grundsätze durch einen unabhängigen sozialistischen Minister wäre/ eine Eserei, aber dieses Schriftstück, das der heutigen Vorlage zugrunde gelegt wird, ist durch einen Minister aus der Mehrheitssozialistischen Partei unterzeichnet, und dafür habe ich denselben Ausdruck. Wir sind also quitt, Herr Doktor Jasper, und zwar insoweit, als die beiden Minister sich die Hände drücken können. Wenn wir uns vor Augen führen, daß in Betreff der Baukostenzuschüsse sich der Minister Steinbrecher von einzelnen Räten so hat einwickeln lassen, daß er nicht darüber hinwegsehen konnte, so muß ich als Praktikus das bedauern. Ich weiß, Herr Rasche und ich gehen in dieser Sache konform. Weil diejenigen, die außerhalb der

Peri-

Peripherie der Stadt gesiedelt haben, von uns keine Zuschüsse bekommen haben, werden zur Strafe der Stadt 2 Millionen Mark abgezogen! Das erinnert an den Streich des sächsischen Schulmeisters, der den Jungen zur Strafe das Butterbrot weggenommen und selbst gegessen hat. Was wird denn mit einer solchen Maßnahme erreicht? Das Gegenteil von dem, was man erreichen möchte, Das Wohnungsamt und der Wohnungsausschuß haben durch den Schildbürgerstreich des Herrn Minister Steinbrecher am meisten zu leiden. Wenn gesagt wird, mit 4 1/2 Millionen stadtseitig und 4 1/2 Millionen städtischem Zuschuß ist es möglich, 90 Wohnungen zu schaffen, so hätte man das wohl im Anfang vorigen Jahres machen können, aber nicht mehr momentan bei den heutigen Preisen. Auch Herr Sekretär Müller hatte ins Auge gefaßt, sich ein Haus zu bauen, und da war die Rechnung aufgestellt, zu welchem annähernden Preise er es haben würde. Wenn er jetzt die Rechnung machen wird, dann wird er sagen: Es geht mir so, wie den

Lohgerber

Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Eine Wohnung herzustellen ist heutzutage unter 200 000 Mark nicht möglich, und wenn ein Satz zugrunde gelegt wird, daß 110 000 Mark für die Wohnung bewilligt werden und 40 000 Mark soll der Inhaber der Wohnung aufbringen und verzinsen, so ist das ein Unsinn. Wenn die Preise so bleiben, wie sie jetzt sind, so wäre das vielleicht noch möglich, bleiben sie aber nur noch ein Vierteljahr in dem Tempo des Steigens wie in der letzten Zeit, dann sind alle früheren Berechnungen überholt. Vor einem Jahre kostete ein qm Glas 45 M, der heutige Preis ist 200 M, Fußboden konnten Sie vor einem Jahre das qm mit 72 M kaufen (Zuruf: Anfang des Jahres zu 28 M!), jetzt kostet er 200 M. Wie man da mit 110 000 M für die Herstellung einer Wohnung rechnen kann, das verstehe ich nicht; die Berater des Ministers sollten sich man ihr Schulgeld wiedergeben lassen. Dafür die Stadt zu bestrafen, weil sie die Besiedlung außerhalb der Stadt nicht unterstützt hat, das ist ein Unrecht, und so etwas sollte von einem sozialistischen Minister nicht unterstützt werden.

Stadtv. S t e g m a n n: Den Worten des Herrn Vorredners kann ich mich im ganzen anschließen. Auch im Finanzausschuß hat man über diese Entziehung der 2 Millionen Mark die schärfste Sprache geführt. Ich möchte beantragen, daß die Stadtverordnetenversammlung eine Entschliebung annimmt, in der der schärfste Protest gegen diese Maßnahme des Herrn Ministers Steinbrecher ausgesprochen wird. Es ist doch unerhört, daß in einer Zeit wo die Wohnungsnot in Braunschweig kolossal ist, die Bautätigkeit in der Stadt durch Entziehung von 2 Millionen Mark Baukostenzuschüssen zum Teil unterbunden wird. Ich sollte meinen, etwas mehr soziales Verständnis müßte man von einem solchen Minister erwarten können, nicht aber sollte man befürchten müssen, daß er eine solche verwerfliche Bosheitspolitik ^{Arbeits} wie gegen die Stadt Braunschweig

Ich möchte bitten eine Protesterklärung anzunehmen, deren Wortlaut ich noch einreichen werde.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Zur Sache selbst will ich eben mich nicht äußern, aber Herr Lehnert hat es für geschmackvoll gehalten, in die Debatte hineinzurufen: „Wir sind quitt, Herr Dr. Jasper!“ Ich weiß nicht, was ich mit dieser Sache zu tun habe; ich habe doch eine derartige Redewendung, wie die von Herrn Lehnert über die sozialdemokratische Regierung in seiner blumigen Ausdrucksweise beliebte, nicht gebraucht. Wenn, wie Herr Lehnert behauptet, ein Mißgriff vorgekommen sein sollte, so braucht man deshalb doch nicht den Stab zu brechen über alle Handlungen, die von diesem Minister vorgenommen sind oder nicht vorgenommen sind. Wenn ich aus den Vorgängen im Untersuchungsausschuß über die Minister Ihrer Partei und frühere Angehörige Ihrer Partei allgemeine Schlußfolgerungen ziehen würde, so glaube ich, Sie würden nicht von einer Quittung reden. Ich muß Ihren Angriff als zu unrecht gemacht zurückweisen.

Stadtbaurst G e b e n s l e b e n: Es ist heute dasselbe Bild wie früher: Wenn man bereits mit dem Bauen angefangen haben sollte, steckt man noch in Erwägungen. Seit Monaten wird beraten, ob und in welcher Höhe Baukostenzuschüsse bewilligt werden sollen - die Herren, die dem Siedlungsausschuß angehören, werden darüber zu reden wissen. Es war vorgesehen, es sollten der Stadt Braunschweig, seitens der Regierung Baukostenzuschüsse in Höhe von 6 1/2 Millionen bewilligt werden, und man hatte damals angenommen, man würde für jede Wohnung mit einem Staatszuschuß von 25 000 Mark und mit einem Stadtzuschuß in gleicher Höhe, also mit in Summa 50 000 Mark Zuschuß auskommen, sodaß man unter Be-
im Betrage
zuschussung von 6 1/2 Millionen Mark seitens des Staates 250 Wohnungen herstellen könnte. Das war im Dezember, aber seitdem hat sich das Bild radikal geändert. Man hat eingesehen, daß mit einem Zuschuß in der genannten Höhe nicht auszukommen ist, daß er erheblich

erheblich höher sein muß. Nun liegt es nicht in erster Linie an der Braunschweigischen Regierung, daß die Zuschüsse nicht höher genommen werden können, sondern der Reichsarbeitsminister in Berlin hat noch Mitte Januar Vorschriften erlassen, wonach die Zuschüsse (im vergangenen Jahre 25 000 Mark) nur um 50% erhöht werden dürfen. Das würden für eine Wohnung an Staats- und Stadtzuschuß 75 000 Mark, mit Stallgebäude 80 000 Mark sein. Das sind die Zahlen, die noch vor wenigen Wochen vom Reichsarbeitsminister angenommen worden sind. Im Siedlungsamt haben darüber Beratungen stattgefunden, und die Siedlungsgesellschaften erklärten, zunächst müßten die Beuten aus den vergangenen Perioden abgerechnet werden und die Siedlungsgesellschaften müßten klar sehen, wie sie in der Bauperiode 1921 gefahren sind. Auch da waren die Baukostenzuschüsse auf Grund des Kostenanschlages vom Frühjahr bewilligt, aber als sie im Laufe des Jahres zur Ausführung gekommen sind, haben sich

sich gewaltige Erhöhungen ergeben, und die Siedlungsgesellschaften verlangen mit Recht, daß ihnen Nachschüsse bewilligt werden. Soweit ich unterrichtet bin, sind sie zum Teil bewilligt, zum Teil noch nicht, weil die Abrechnungen noch nicht vorliegen. Bei dieser Gelegenheit wurde dann auch die Frage angeschnitten, wie es in der zukünftigen Bauperiode gehandhabt werden solle, und da erklärten die Baugenossenschaften, daß mit so niedrigen Zuschüssen nicht auszukommen wäre, auch nicht mit denjenigen, die im Januar vom Reichsarbeitsminister festgesetzt seien, ~~mit einem Zuschusse von 60 - 80 000 Mark.~~ Es müßten für jede Wohnung wenigstens 110 000 Mark bewilligt werden. Nun ist ~~von~~ Ministerium vorläufig angenommen, daß mit 100 000 Mark Zuschuß, dem doppelten Betrage des Vorjahres, gerechnet werden könne, und davon würde das Land 50 000 Mark und ebenso die Stadt 50 000 Mark beizusteuern haben. Daraus ergibt sich natürlich, daß ^{man} von den 6 1/2 Millionen Mark Zuschüssen

sen

sen - da man die Unterstützung pro Wohnung doppelt so hoch angenommen hat - nur die Hälfte der Wohnungen erstellen kann. Die Regierung hat uns mitgeteilt, wir möchten nach Maßgabe dieser Sachlage ihr Anträge auf Bankkostenzuschüsse einreichen, und dabei hat sie betont, wir bekämen aber keine 8 1/2 Millionen, sondern 2 Millionen Mark ^{würden} abgezogen. Dafür können wir natürlich nur 90 Wohnungen erstellen. So ist diese Vorlage Ihnen unterbreitet, da wir dieselben Zuschüsse wie der Staat aus städtischen Mitteln gewähren müssen. Es hat Mißfallen im Rat und in den Ausschüssen (Finanzausschuß und Bauausschuß) erregt, daß diese Kürzung vorgenommen ist. Die Verhandlungen mit der Regierung haben in diesem Jahre schriftlich und mündlich stattgefunden. Wir hatten vom Ministerium eine Verfügung bekommen, daß wir für diejenigen Bauten, die im vergangenen Jahre in den Vorechtsgemeinden erstellt waren, auch die Bankkostenzuschüsse soweit sie auf die Gemeinde entfallen, unsererseits zuzuzahlen

anzuzahlen hätten. Das haben wir abgelehnt, weil uns die Bauvorhaben überhaupt nicht zur Stellungnahme und Genehmigung unterbreitet waren. Wir haben die Zahlung dem Ministerium gegenüber abgelehnt, weil keine Notwendigkeit für uns vorlag, für diese Bauten Baukostenzuschüsse zu bewilligen. Das wäre höchstens anzuerkennen, wenn innerhalb des Stadtgebietes kein Platz mehr vorhanden gewesen wäre, um Wohnungen herzurichten. Wir haben aber an fertig ausgebauten Straßen Bauplätze in Hülle und Fülle, allerdings nicht solche, wo jedem Hause ein 1/2 Morgen großer Garten zugelegt werden kann, wo aber doch gesunde Wohnungen gebaut werden könnten. Wir haben uns gesagt: Wenn wir unsere Baukostenzuschüsse für Bauten in den Vorortsgemeinden verwenden, dann werden ^{Gemeinden} diese überhaupt nicht mehr geneigt sein, der Eingemeindungsfrage näher zu treten. Wir liefern ihnen schon Wasser und Gas, Kanalisation wollen sie wohl auch haben, und Straßenbahn haben sie zum Teil ebenfalls.

Liefern

Liefern wir nun auch noch das bare Geld zu Bauten, wie sollten sie dann dazu kommen, sich eingemeinden zu lassen. Schon aus dem Grunde dürfen wir keine Baukostenzuschüsse nach dahin bewilligen, um auf diese Weise einen Zwang auszuüben, in die von uns ersehnte Eingemeindung der Vororte endlich einzuwilligen.

Nun ist es bedauerlich, daß die Regierung uns auf indirekte Weise diese 2 Millionen Mark abknöpft, indem sie die Baukostenzuschüsse für die Stadt um 2 Millionen kürzt. Zwar werden die Baukostenzuschüsse zunächst vom Landtage bewilligt, aber wir haben sie mit aufzubringen, wir selber, wir Einwohner der Stadt, in Gestalt der Mietabgabe. Diese Abgabe wird zu einem gewissen Prozentsatz der Miete erhoben und wird abgeführt an den Staat, ein gleicher Prozentsatz wird erhoben, der der Gemeinde zufließt. Was der Staat für uns an Mietabgaben erhebt, wird also mit anderen Worten zu einem Teil uns vorenthalten. Das ist

ist doch zweifellos unrecht, und aus dem Grunde vertritt der Rat der Stadt die Ansicht, daß wir deswegen beim Ministerium vorstellig werden und darum bitten müßten, daß diese Kürzung nicht Platz greift, sondern uns die vollen Beträge zugewiesen werden. Die Regierung begründet ihr Vorenthalten damit, daß in diese Wohnungen, die in den Vorortgemeinden neu entstanden sind, in der Regel Leute aus dem Stadtbezirk ziehen und dadurch Wohnungen für die hiesige Einwohnerschaft frei werden. Das ist an und für sich ja sehr schön, und das Wohnungsamt rechnet auch damit, daß dann und wann Leute nach außerhalb ziehen oder aus anderen Gründen ihre Wohnung in der Stadt aufgeben. Andererseits aber sind wir außerordentlich belastet durch hinzuziehende Personen. Denken Sie an die Beamten des Finanzamtes, der Kreisdirektion und der staatlichen Behörden, alle wollen sie im Stadtbezirk wohnen; denken Sie an die Sipo, Schupo und wie sie noch heißen. Meistens sind diese Leute ver-
heiratet

heiratet, und wir müssen dafür sorgen, daß sie Wohnung bekommen. Aus dem Grunde würden wir es mit Freuden begrüßen, wenn der Staat die Stadt entlastete, nicht aber uns Millionen vorenthält, sodaß die Bautätigkeit nicht so fortschreitet, wie es wünschenswert wäre.

Ich bitte Sie, dem Antrage des Rats zuzustimmen, also die 4 1/2 Millionen zu bewilligen. Andererseits aber würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn Sie auch Ihrerseits der Stellungnahme des Rats wie ich sie gekennzeichnet habe, beitreten würden.

Vorsitzender: Zu dem Antrage der beiden Kommissionen, die 4 1/2 Millionen Baukostenzuschüsse zu bewilligen, hat Herr S t e g m a n n einen Anhang in folgender Fassung eingehen lassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die einer Bestrafung der Stadt Braunschweig gleichkommende Streichung von 2 Millionen Mark Baukostenzuschüsse seitens des Staatsministeriums, weil dadurch der dringend nötige Wohnungsbau in der Stadt Braunschweig wesentlich unterbunden wird.

Stadtv. N e s s e n i u s: Vorweg möchte ich
als überzeugter Anhänger ^{der} Republik erklären, daß es
mich peinlich berührt, wenn ein Minister, gleichwohl
welcher Richtung er angehört, hier herabgewürdigt
wird. Wir durften das früher auch nicht machen, in
keinem Stadtparlamente ist das geschehen, und ich
für mein Teil sehe in solchen Vorgängen das Zeichen
einer wenig guten Erziehung. Doch möchte ich mei-
nerseits nicht auf die „Eseleien“ eingehen, sondern
auf die zwingenden Gründe, die diese Leute bestimmt
haben, anders zu beschließen, als es dem Räte der
Stadt genehm ist. Man sagt, daß es eine Strafe für
die Stadt Braunschweig ist, wenn sie die 2 Millionen
Mark nicht bekommt. Ich behaupte, eine Strafe für
die Braunschweiger, die verziehen, ist es, wenn sie
in Verhältnisse hineinkommen, die nicht zu ändern
möglich gewesen sind, weil, trotzdem wir nicht nur
Braunschweiger, sondern auch Deutsche sind, Land und

Kreis

Kreis sich nicht zusammenfinden können. Kein Kreis findet sich, der diese Geschichte ^{regelt.} ~~erhält~~. Ich will nicht darauf eingehen, wie man hätte bauen können, als es billiger war. Zum Teil sind die neuen Häuser nur gebaut, weil viele Leute ihre Spargfennige mobil machen, auch manche Wohnungen in der Stadt wären nicht geschaffen worden, wenn nicht durch die Spargelder der Grundstein dazu gelegt wäre. Jedenfalls dürfte dem Rate der Stadt bekannt sein, daß die ersten 30 Millionen nicht gezogen haben, daß aber durch die zweiten 30 Millionen Mark, die bewilligt werden, doch die Stadt Braunschweig eine ganze Portion Häuser bekommen hat, 60 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Wenn es nicht möglich war, daß die Stadt alles bekam, so muß sie jetzt warten können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man in der Stadt eben garnicht mehr bauen müßte, so unangenehm es ist, daß so schöne Straßen nicht weiter bebaut werden. Es gibt genügend Menschen die in den Kaser-
nen-

nenbauten der Stadt sich wohl fühlen, nun sollen auch andere einmal zu ihrem Rechte kommen. Das Recht der Stadt wird nicht dadurch geschmälert, daß man auch der näheren Umgebung der Stadt einen Teil der Baukostenzuschüsse zukommen läßt. Es wird auf die Eingemeindung hingewiesen. Ich meine, die Eingemeindungsfrage wird vielleicht der Stadt einmal unangenehme Dinge zu kosten geben. Ich bin heute schon gewiß, daß die Eingemeindung manches bringen wird, was nicht ganz Ihren Wünschen entspricht, und ob mit gutem Fug und Recht, das weiß ich nicht. Manchmal kriegen Sie auch etwas eingemeindet, was Ihnen nicht genehm ist. Es wird in der Stadt Braunschweig viel mehr gebaut, als in den Landkreisen rund um Braunschweig herum. Warum wollen wir dem Minister, der es nicht leicht hat, noch größere Schwierigkeiten machen, wenn wir nicht mit praktischeren Vorschlägen kommen als bis jetzt. Daß wir sagen, wir könnten nicht bauen, weil die Kosten für Baumaterial und

und Löhne so rapide steigen, das wäre verkehrt. Wir würden durch solche Untätigkeit nur Arbeitslosigkeit in die Welt setzen und Wohnungen würden nicht geschaffen werden. Deshalb müssen wir hier einmal Vogel-Straußpolitik treiben gegenüber der Höhe der Baukosten, müssen dafür sorgen, daß gebaut wird auch außerhalb der Stadt und auch Vorschuß dazu hergegeben wird, dann kriegen wir Wohnungen, die mehr oder weniger jedem gerecht sind.

Stadtv. L e h n e r t: Unbedingt notwendig ist es daß der Stadt Mittel zur Verfügung gestellt werden, um einigermaßen die Wohnungsnot zu beheben. Es kann nicht angehen, wenn ^{Herr Stadtkommandant} Nessenius meint, in der Stadt brauche nicht mehr gebaut zu werden. Ich möchte den Sturm auf ^{das} ~~den~~ Wohnungsamt sehen, wenn nicht mehr Hoffnung vorhanden ist, ^{innerhalb der Stadt liegenden} durch Herstellung von Neubauten Wohnungen frei zu bekommen. Von Kasernenbauten kann wohl bei uns keine Rede sein, für diesen Ausdruck müßte Herr Nessenius doch erst den Beweis antreten. *(ohne Orbfatz weiter)*

8 Familienhäuser sind keine Kasernen; in den feinsten Stadtgegenden stehen Häuser, in denen 8 Familien wohnen. Bei einer Kaserne muß man das Bild vor Augen haben, das am Fellerslebertore zu sehen ist, aber nicht Häuser, in denen 8 Familien wohnen.

Herr Dr. Jasper meinte, ich hätte in geschmackloser Weise seinen Namen in die Besprechung gebracht, er hätte Gelegenheit gehabt, in den 3 oder 4 Tagen

über

über die Handlungen einzelner sozialistischer Minister allerlei Ungünstiges zu erfahren. Ich mache diesen ~~alten~~ Weiberklatsch nicht mit! Wenn die Herren etwas mehr **Männer** gewesen wären, so wäre manches nicht geschehen. Ich habe damals gesagt, daß die Durchbrechung des Prinzips des Achtstundentags von einem Minister gekommen sei, worauf Herr Doktor Jasper rief: „Und das war ein unabhängiger Minister!“ ^{und} darauf habe ich reagiert, indem ich gesagt habe: Derjenige Minister, der das heute besprochene Schreiben erlassen hat, das war ein Mehrheitssozialistischer Minister. Nun seien wir quitt.

Stadtv. T o s t m a n n: Selbstverständlich ist es sehr unangenehm für die Stadt Braunschweig, daß die 2 Millionen Mark Baukostenzuschüsse an ihrem Teile abgezogen sind. Mit welchem Rechte das seitens des Staatsministeriums geschehen ist, kann ich nicht beurteilen. Es wird damit begründet, daß die Stadt Braunschweig für die neugebauten Wohnungen in den Vorortsgemeinden Zuschuß nicht bezahlt hat. Ich will nicht weiter darauf eingehen, denn Herr Stadtbaurat Gebensleben hat die nötige Beleuchtung dazu schon gegeben.

Damit nun keine zu großen Hoffnungen auf das Bauen mit Hilfe der Baukostenzuschüsse gesetzt werden - auch hier hat Stadtbaurat Gebensleben gesagt, es werde in Aussicht genommen, 90 Wohnungen mit Hilfe dieses Geldes zu bauen - so möchte ich Ihnen meine Auffassung darüber mitteilen. Wenn uns 4 1/2 Millionen vom Staat und 4 1/2 Millionen Mark von der Stadt

Stadt zur Verfügung stehen, so werden wir mit der
gesagten Summe im höchsten Falle für die Stadt
Braunschweig (dann dürfen die Baumaterialpreise
aber nicht mehr steigen) 45 Wohnungen bauen können.
200 000 Mark sind für eine Wohnung nötig; aber die
Zeit für diese Berechnung liegt schon vierzehn Tage
zurück, heute haben die Preise schon wieder bedeu-
tend ^{an} ~~ab~~gezogen, sodaß wir rechnen können, wenn der
Siedler das verzinsen soll, was über die Baukosten-
zuschüsse an Baukosten hinausgeht, daß er als Zuschuß
mindestens 200 000 Mark haben muß. Es ist nun einmal
eine schwierige Sache und ich weiß nicht, wie wir
dazwischen herauskommen sollen.

Herr Nessenius sagt, wir müßten bauen und bauen
und Vorschuß geben, und schließlich möge der Staat
und die Stadt zusehen, wie sie die Bauten fertig
kriegten. Man kann doch nicht in die Welt hineinbauen,
das Geld für den Beginn des Baues hergeben und dann
zusehen

zusehen lassen, wie die anderen die Bauten fertig kriegen. Bevor man etwas in Angriff nimmt, muß man erwägen, ob man mit dem zur Verfügung stehenden Gelde auskommt. Ist das undenkbar, so bleibt man hübsch davon; umgekehrt aber soll man anfangen, aber nicht einfach sagen: Man baut solange, bis das Geld alle ist und dann hört man auf.

Nun möchte ich noch auf eine Äußerung des Herrn Doktor Jasper eingehen, die mich eigentümlich berührt hat. Der Untersuchungsausschuß des Landtages hat bisher seine Arbeiten noch nicht bis zur Hälfte erledigt, und doch scheint Herr Doktor Jasper sich schon ein Urteil darüber gebildet zu haben, was die unabhängigen sozialdemokratischen Minister und sonstige Angehörige getan haben. Ich habe mir bis heute ein Urteil noch nicht gebildet; das tue ich erst, wenn der Untersuchungsausschuß sein Werk vollendet hat. Erst dann kann man sich ein Bild davon machen

und

und sagen: Die und die Minister haben in dieser oder jener Weise gefehlt. Deshalb trifft nicht zu, was Herr Doktor Jasper gesagt hat, daß er vieles über die unabhängigen sozialistischen Minister sagen könnte, was sich im Ausschuß herausgestellt hat.

Stadt v. B ü r g d o r f f : In der Angelegenheit der Streichung der 2 Millionen Mark gilt für mich der Grundsatz, daß mir das Hemd näher sitzt als der Rock. Wenn wir uns die Streichung einfach gefallen lassen ohne ein Wort des Protestes zu erwähnen, so halte ich das für nicht richtig, mindestens muß von der Stadtverordnetenversammlung gesagt werden, daß das nicht hätte geschehen dürfen. Wir lassen uns nicht einfach 2 Millionen Mark streichen, wenn sie vorhin bewilligt sind. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir unbedingt eine Protesterklärung abgehen lassen müssen.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Ich pflichte Herrn Tostmann darin bei, daß ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Landtages heute noch nicht abgegeben werden kann, hebe aber hervor, daß ich ein solches auch gar nicht abgegeben habe. Ich habe lediglich in konditioneller Form gesagt: Wenn ich das und das sagen würde, so würde es nicht nach Herrn Lehnerts Mütze sein. (Zuruf Lehnert: Ich habe ja gar keine Mütze auf!) Aber Sie könnten sie gut gebrauchen und zwar mit der Aufschrift: „Der größte Lehrmeister des guten Tons in allen Lebenslagen.“

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat seinem Antrage noch einen Satz angefügt.

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, für eine Rückgängigmachung dieser Entscheidung des Staatsministeriums einzutreten.“

(Erster Teil des Zusatzantrages siehe Seite 191)
..... Mu

Der Kommissionsantrag auf Bewilligung der 4 1/2 Millionen wird von der Versammlung angenommen.

Darauf wird auch der Zusatzantrag des Herrn Stegmann einstimmig angenommen.

17. Aufstellung eines Transformators
seitens des Elektrizitätswerkes auf
dem Kohlmarkte.

Stadt v. G a r t u n g : Dieser Punkt der Tagesordnung betrifft eine Erweiterung des Drehstromkabelnetzes. Das Gleichstromnetz der Innenstadt und insbesondere die dorthin führenden Speisekabel sind während der Haupt/Leistungszeit in den Wintermonaten überlastet. Die erforderliche Entlastung muß durch Überführung der großen Anlagen in den Warenhäusern Schuhstraße, Kohlmarkt, Hutfiltern und Damm vom Gleichstrom auf Drehstrom erfolgen. Zu diesem Zwecke ist auf dem Kohlmarkt die Einrichtung einer Transformatorstation erforderlich. Um die Errichtung eines besonderen Schalthauses auf dem Kohlmarkt zu umgehen, hat das Elektrizitätswerk die Genehmigung des Einbaues der Transformatorstation in die Bedürfnisanstalt beantragt. Der Stadt entstehen aus dieser Anlage keine Kosten. Der Rat der Stadt er-
sucht

sucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß der unbenutzte Vorraum dieser Bedürfnisanstalt dem Elektrizitätswerk zu dem genannten Zweck auf Widerruf zur Verfügung gestellt wird mit der Bedingung, daß eine jährliche Pacht von 100 M dafür gezahlt wird und die Straßeneisenbahngesellschaft für jeden Schaden haftet, welcher der Stadt aus dem Betriebe des Transformators erwächst.

Im Bauausschuß ist dieser Antrag beraten und ihm einstimmig zugestimmt. Ich habe die Versammlung namens des Bauausschusses zu ersuchen, gleichfalls ihre Zustimmung zu erteilen.

*Die Zustimmung wird durch die Versammlung
erteilt.*

(Punkt 17).

Stadt v. S t e g m a n n (Zur Geschäftsordnung)
Mit Rücksicht auf die wenig angenehme Temperatur
im Saale - manche von uns frieren schon seit mehreren
Stunden - möchte ich beantragen, daß wir heute
nur noch die wichtigsten Punkte vornehmen und dann
Schluß machen.

V o r s i t z e n d e r : Ich finde es auch
merkwürdig, daß die Heizung so früh abgestellt ist.
Auch mir ist es nicht warm genug.

Zeig

Bürgermeister Meyer : Es tut mir leid,
daß es zu so später Stunde nicht mehr möglich ist,
die Temperatur in Saale zu erhöhen. Die ungenügende
Heizung des Saales wird daran mit liegen, daß die
Beamten ~~an diesen~~ ^{früher} Nachmittagen dienstfrei sind, die
Büros also nicht geheizt zu werden brauchen, ~~aber~~ ^{Es ist}
~~offenbar~~ nicht daran gedacht ~~ist~~, daß ~~hier eine~~ ^{Markenversuchen -} Sitzung statt
findet. Die Ratsmitglieder, die jeden Nachmittag
nach dem Rathause kommen, haben auch schon unter
dieser Kälte zu leiden gehabt. ~~aber~~ ^{Ich} werde ver-
anlassen, daß ^{der Saal} ~~für eine~~ ^{ausreichend} genügende Temperatur ^{hat} ~~hier~~
in Zukunft gesorgt wird.

Legung von
18. Regelung der Wasserleitung in 3
Straßen der Siedlung Altpetritor.

Stadt v. T o s t m a n n : Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft hat beantragt auf den Straßen Kälberwiese, Vogelsang und der Straße 338b Wasserleitung zu legen. Es sind dort bereits Häuser errichtet, die jetzt bezogen werden oder schon bezogen sind. Außerdem beabsichtigt die Siedlungsgesellschaft an der neuen Straße hinter Schliestedts Garten weiter zu bauen und muß dazu Wasser haben. Es sind zur Anlage der Wasserleitung 236 laufende Meter Wasserrohr nötig und es werden dadurch nicht unerhebliche Kosten verursacht. Es war schon einmal am 1. Dezember ein Anschlag gemacht, und darnach betrugen die Kosten 45 400 Mark. Wegen des lang andauernden Winters haben die Arbeiten nicht ausgeführt werden können, und so hat ein neuer Anschlag nach den jetzigen Preisen gemacht werden müssen, der

die

die Summe von 77 500 M aufweist. So ist der Preis heute, nach vierzehn Tagen oder drei Wochen werden sicher noch 25% daraufkommen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt und beantragt, daß die genannte Summe für die Anlage bewilligt werden möge.

Der Anlage von Wasserleitung auf den 3 Straßen
stimmt die Versammlung zu und bewilligt die veran-
schlagten Kosten.

(Punkt 18.)

19. Aufstellung von 3 Laternen in der
Siedlung Altpetritor.

Stadtv. P i e p e r : Auch bei diesem Punkte der Tagesordnung handelt es sich um die Siedlung Altpetritor, wo an 3 Stellen Richtlaternen aufgestellt werden sollen. Die dadurch erwachsenden Kosten belaufen sich auf 6000 M. Die Baukommission hat sich überzeugt, daß die Aufstellung dieser Laternen notwendig ist und ^{bittet} ~~bestimmt~~ Sie durch mich, entsprechend dem Antrage des Rates die 6 000 M zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Aufstellung der 3
Laternen zu und bewilligt die dafür notwendigen
6000 Mark.

20. Erweiterung des Schalterraumes im
Städtischen Schlachthause.

Stadtv. P i e p e r : Da der Schalterraum vor dem Schlachthausbüro, besonders in den Tagen, wo die meisten Schlachtungen stattfinden, stark in Anspruch genommen wird, so ~~haben~~ hat er sich für den Verkehr zu klein erwiesen. Es ist deshalb in Aussicht genommen, den Schalterraum zu erweitern, was einige bauliche Änderungen erfordert, die ^{im} ~~den~~ ganzen zu 13 600 M veranschlagt sind. Der Entwurf und Kostenanschlag liegt hier vor. Der Bauausschuß, der diese Sache vorberaten hat, empfiehlt dem Ratsantrage zuzustimmen und die Kosten zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen.

-217 -

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

(Punkt 20)

21. Errichtung eines Schalthauses auf dem
Hagenring.

Stadtv. N e s s e n i u s : Für die Verbindung des Drehstromkabels „Ost - West“ mit dem Ringkabel ist es nötig, auf dem Hagenring, an der Ecke der Kaiser Wilhelmstraße ein kleines Schalthäuschen zu errichten. Das Elektrizitätswerk hat schon im August des Jahres 1921 beim Rat der Stadt um Genehmigung dazu ersucht und hat damals die anschlagsmäßigen Kosten auf 20 000 M angegeben. Zunächst machte aber die Polizeidirektion, die ebenfalls ihre Genehmigung geben muß gegen das eingereichte Projekt allerlei Einwendungen, so daß noch der Ausschuß für Denkmalspflege und die Verkehrsdeputation der Stadtverordneten um ein Gutachten bemüht wurden und durch diese Maßnahmen der Bürokratie die Erledigung der Angelegenheit verzögert wurde, und das Elektrizitätswerk darauf aufmerksam machen mußte, daß sie zu erheblich günstigeren Preisen das Material hätten

ein-

einkaufen können, wenn die Genehmigung zu der Aufstellung der Anlage sofort erteilt worden wäre.

Jetzt endlich ist eine befriedigende Lösung gefunden. Wir kommen nicht darum hinweg, daß die Anlage ^{jetzt} endlich bewerkstelligt wird, sonst ist sie der Kosten wegen schließlich gar nicht mehr zu erstellen. Der Bauausschuß empfiehlt der Aufstellung des Schalthäuschens an der genannten Stelle zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der
Baukommission gemäß.

(Punkt 21).

22. Erhöhung der Kosten für Reinigung der
Schulräume.

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Sie werden sich entsinnen, daß, nachdem die Erhöhung des Stundenlohnes für die Reinigung des Rathauses beschlossen war, am 2. Februar der Beschluß gefaßt wurde, auch die Vergütungssätze für die Reinigung der Schulen entsprechend zu erhöhen. Infolgedessen hat der Rat der Stadt nochmals an das Hochbauamt das Ersuchen gerichtet, eine Berechnung aufzustellen, in welcher Weise die Vergütung an die Schuldienster demnächst zu zahlen seien, damit sie imstande sind, die erhöhten Vergütungen an die Reinmachefrauen in den Schulen zu zahlen. Diese Berechnungen (es handelt sich um 5 lange Tabellen mit vergleichenden Übersichten zwischen früher und jetzt) sind jetzt zum Abschluß gekommen und es hat sich herausgestellt, daß sich die Ausgaben für Schulreinigungen nunmehr auf 477 500 M belaufen werden

den

den gegenüber früher auf 355 000 M. Außerdem soll für jede Schule noch eine besondere Zulage von jährlich 500 M für Beschaffung von Reinigungsgerät und Reinigungsmitteln gewährt werden. Obgleich nun die Reinmachefrauen im Rathause seit dem 1. Februar den erhöhten Stundenlohn bekommen haben, so sollⁿ doch die erhöhten Beträge den Schuldienern erst vom 1. März ab ausgezahlt werden, weil im Februar die Schulen ausnahmsweise vierzehn Tage lang geschlossen waren und angenommen wird, daß die Schuldiener in-stande sind, in Rücksicht auf diese Pause in der Reinigung der Schulen bereits für den Monat Februar ohne Erhöhung der ihnen auszahlenden Bezüge den Reinmachefrauen einen Stundenlohn von 6 M zu zahlen.

Der Finanzausschuß hat die Vorlage geprüft und empfiehlt, dem Ratsantrage zuzustimmen, so daß die Schuldiener in den Stand gesetzt werden, denselben Stundenlohn den Reinmachefrauen in den Schulen zu zahlen, wie er den Reinmachefrauen im Rathause gewährt wird.

Ohne Meldungen zum Wort. Der Vorsitzende nimmt
das Einverständnis der Versammlung mit der Ratsvor-
lage an.

(Punkt 22).

23. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Schlachthausausschusses.

Stadtv. Frau S c h u l z e : Durch den Tod des Herrn Bunge ist eine Ersatzwahl für den Schlachthausausschuß notwendig geworden. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen als Mitglied des Ausschusses Herrn Redakteur Wöhler, Ölschlägern 29, vor. Ich bitte die Versammlung, dem Vorschlage zuzustimmen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage einverstanden.

(Punkt 23).

24. Einstellung eines vereidigten Landmessers.

Stadt v. S a u e r b i e r : Den Stadtverordneten ist eine Vorlage zugegangen, nach der die Einstellung eines vereidigten Landmessers vorgenommen werden soll. Der Rechtsausschuß hatte sich schon früher einmal mit der Sache befaßt und war damals einmütig dagegen, einen zweiten Landmesser einzustellen, solange Herr Vermessungsinspektor Kahle auf dem Rathaus tätig ist. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß inzwischen 4 Vermessungsbeamte aus dem städtischen Dienste abgegangen sind und nunmehr Ersatz für die Stadt nötig ist. Es ist darum vom Rat der Stadt der Antrag gestellt, einen vereidigten Landmesser vorläufig einzustellen, der auch die Vertretung des Herrn Vermessungsinspektors Kahle mit übernehmen kann. Der neue Beamte soll zunächst probeweise angenommen werden und der Be-
soldungsgruppe IX eingereiht werden. Der Rechtsaus-
schuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen, diesem Antrage des Rates zuzustimmen.

Dem Antrage~~A~~ des Rechtsausschusses gemäß
stimmt die Versammlung der Einstellung des bezeich-
neten Beamten zu.

(Punkt 24.)

Der Vorsitzende schließt die öffentliche
Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 27. April 1922.

=====

Tagesordnung:

1. Erweiterung der Berufsfeuerwehr.
2. Bewilligung von Mitteln für Entsendung von Schulkindern aufs Land.
3. Zuschuß an ein Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar.
4. Antrag Nessenius auf Einrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder am Löwenwall.
5. Abschließung eines Erbbaupachtvertrages über ein Grundstück am Lämmehenteich.
6. Niederlegung des Stadtverordnetenmandats durch den Stadtverordneten Schmidt.
7. Erhöhung der Zuschüsse für den Verein für Gesundheitspflege.
- 8.

Registrator

8. Erhöhung des Beitrages für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.
9. Antrag Regener, betreffend Wiederherabsetzung des Preises für städtischen Gaskoks.
10. Neuwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft.
11. Instandsetzung und Vermietung von Räumen im städtischen Hause Hagenmarkt 4.
12. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse für 1920 - 1921.
13. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzung des Residenzbades und zum Betriebe desselben, sowie Festsetzung der Gebührensätze für Benutzung des Bades.
14. Außerordentlicher Zuschuß für den Braunschweiger Harz-Ziegenzuchtverein.
15. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung der durch die Ungersche Stiftung ermöglichten Entsendung von Kindern in den Harz.

16. Anstellung eines Schularztes im Hauptamt
und Erhöhung der Vergütungssätze für Schulärzte
im Nebenamte.
17. Umlegung der Straßenbahnlinie 4.
18. Erhöhung der Gebühren für Feuerbestattung.
19. Bewilligung von Baukostenzuschüssen für Woh-
nungsbauten im Stadtgebiete durch den Staat.
20. Legung von Gasrohren auf dem Gelände der Char-
lottenhöhe.
21. Änderung der Bezüge der städtischen Beamten
und Lehrkräfte nach den Sätzen des Reiches und
Staates ab 1. April 1922.
22. Bewilligung von Kosten für Instandsetzung des
Gleisanschlusses beim Gaswerk Bahnhofstraße.
23. Aufhebung der Bezirkseinteilung für den Milch-
handel.
24. Bezug von Torf vom staatlichen Torfwerk als
Winterfeuerung für die hiesige Einwohnerschaft.

Am

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e -
m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadtrat
von F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat G e -
b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,
Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte F ü e r -
m a n n und Dr. R e i c h e ,

Es fehlen die Herren Stadtverordneten Herbst,
Dr. Jasper, Marth, Munte, Schmidt und Sievers.

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die heu-
tige Sitzung und habe die Herrschaften zunächst
bekannt zu machen mit einer ganzen Reihe von Ein-
gängen, Anträgen und Anfragen.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen
Deutschlands schreibt an die Stadtverordnetenver-
sammlung: „Am 11. bis 15. Juni d. Js. wird hier
in Braunschweig der Verbandstag des Zentralverban-
des der Invaliden und Witwen abgehalten. Auf dieser
Tagung werden Fragen von weittragender Bedeutung
behandelt und möchten wir Sie deshalb ganz ergebenst

einladen,

einladen, sich auf dieser Tagung vertreten zu lassen. Die Eröffnungsfeier beginnt am 11. Juni, nachmittags 4 Uhr im Handelshof, Lessingplatz." Unterzeichnet ist die Eingabe: Paul Holdorf. Bis zum 11. Juni ist es ja noch ziemlich lange hin; wir werden immer noch Stellung dazu nehmen können, ob wir einen Vertreter wählen und entsenden wollen.

Ferner ist eine Druckschrift eingegangen von Rudolf Ressel, begleitet von einem umfangreichen Schreiben. Diese Druckschrift ist bezeichnet: „Die einzig richtige Lösung der sozialen Frage.“ Sie liegt hier zur Einsichtnahme aus.

Sodann liegt eine umfangreiche Eingabe des Betriebsrates des Braunschweiger Operettenhauses an die Stadtverordnetenversammlung vor, in der ersucht wird, die Vergnügungssteuer für dieses Institut wesentlich zu ermäßigen. Eine gleiche Eingabe hat auch der Rat der Stadt bekommen; wir warten ab, wie die Stellungnahme des Rates dazu ausfällt.

Weiter ist folgendes Schreiben des Schwimmsportklubs

klubs Germania an die Stadtverordneten heute eingegangen:

„ Zu der morgen stattfindenden Beratung der Schwimmhallenfrage erlaubt sich Unterfertigtter beiliegenden Artikel als Material zu überreichen. Weite Kreise der Stadtbevölkerung beschäftigen sich zurzeit mit der Frage des Schwimmhallenbaues. Es sind für die allernächste Zukunft Schritte von maßgebenden Körperschaften in dieser Angelegenheit zu erwarten, sollte die Angelegenheit nicht baldigst eine befriedigende Lösung finden.

Mit Bedauern haben weite Kreise vernommen, daß der Rat der Stadt wegen der durch die unnötige Verzögerung entstandenen Mehrkosten gegen einen Bau der Schwimmhalle ist. Unterfertigtter erlaubt sich darauf hinzuweisen:

1) daß der Rat der Stadt im vorigen Jahre das Versprechen gegeben hat, sich für den Bau einzusetzen. Dieses Versprechen bestätigte der Rat durch

den

den vorgenommenen Abbruch der alten Schwimmhalle;
2) daß das vorhergehende Stadtverordnetenkollegium
sich prinzipiell mit einem Neubau einverstanden
erklärt hat auf einer seiner letzten Sitzungen.
Weite Kreise der Stadtbevölkerung würden die Ableh-
nung eines Neubaus nicht verstehen, zumal man in-
folge der erfolgten Verzögerung anfängt, an dem
guten Willen der Stadtverwaltung in dieser Angelegen-
heit zu zweifeln. Die Kosten sind gewaltig gestiegen
und werden weiter steigen, wartet die Stadt noch
länger mit dem Bau. Um einen Teil der Kosten der
Stadtverwaltung abzunehmen, lassen sich sicher Mit-
tel und Wege finden; Voraussetzung dafür ist, daß
auch ein ernstlicher Wille zum Bau von seiten der
Stadtverwaltung da ist.

Unterfertigter bittet hierdurch nochmals um
Bewilligung und umgehenden Beginn des Baues im In-
teresse der breitesten Schichten der Bevölkerung.

Unterschrieben ist die Eingabe von dem 1. und

2. Vorsitzenden des Klubs, Herrn Dr. Langebartels und Hermann Engel. Die weitere Begründung, auf die in dem Schreiben verwiesen wird, ist in einem Druckblatte beigelegt.

Sodann liegt noch ein Antrag vor auf Erlaß der Hundesteuer von dem Schriftsetzer Robert Gerhard. Der Rat der Stadt hat eine solche Eingabe noch nicht bekommen, ich überweise sie also dem Rat.

Aus der Mitte der Versammlung sind folgende Anträge und Anfragen eingegangen.

Eine Dringlichkeitsanfrage von Frau Böhm (Dringlichkeitsanfragen gibt es bekanntlich nicht, also eine Anfrage):

„ Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die fürchterlichen Mißstände im Gaswerk

abzuhelfen? Taubenstraße ~~zu beseitigen~~ ^{zu beseitigen}. ~~Dr. Schulze~~ ^{Dr. Schulze}

Ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Dr. Schulze wird

„ Der Rat der Stadt versucht, die Weitervermietung der im Gildehause befindlichen zwei

zwei Vortragsräume an Vereine wieder zu gestatten.“

Eine Anfrage von Herrn Stadtverordneten Nes-
senius:

„Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, damit das Müllabladen am Mittelwege unterbleibt?“

Eine Anfrage des Herrn Steinert:

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß eine Amme im Städtischen Pflegehause für das Nähren der Kinder eine monatliche Vergütung von nur 50 M erhält? Ist der Rat der Stadt bereit, für eine umgehende Erhöhung der Bezüge Sorge zu tragen?“

Ein Antrag des Herrn Stadtv. Gräf:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die durch Überlassung der Schulturnhallen an die hiesigen Sport- und Turnvereine seitens der Stadt entstehenden Reinigungsgebühren stadtseitig zu übernehmen.“

Sodann liegt noch der Antrag des Herrn Regener vor, der in der vorigen Stadtverordnetensitzung ge-
stellt

stellt ist und der Tagesordnung nach unter Punkt 9 zur Beratung kommt. Am Schlusse der öffentlichen Sitzung werden wir dann Stellung nehmen können zu den heute eingegangenen Anträgen und Anfragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr Bürgermeister Meyer das Wort.

Bürgermeister M e y e r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die städtischen Behörden haben im vergangenen Jahre ~~beschlossen~~, um Herrn Oberbürgermeister Retemeyer anläßlich seines 70. Geburtstages zu ehren, ^{beauftragen} sein Ölbild anfertigen zu lassen und im Rathause zum ~~Aushang~~ zu bringen. Die mit der Durchführung dieses Beschlusses betraute Kommission hat seinerzeit den Kunstmaler Königsdorf beauftragt, das Bildnis anzufertigen; er hat sich dieser Aufgabe inzwischen entledigt, das Bild ist vor einigen Tagen geliefert und hängt momentan im Zimmer Nr.31 aus. Eine Kritik des Bildes zu geben möchte ich mir zurzeit versagen; ich glaube, daß es richtig ist, wenn man in dieser Beziehung den be-

berufenen Kritikernden Vortritt überläßt. Dagegen möchte ich heute darauf hinweisen, daß es nach Ansicht der Ratsmitglieder ^{man} ~~wie~~ auch einer größeren ^{folgt} Reihe von Stadtverordneten, mit denen Ratsmitgliedern über ^{das} ~~dieses~~ Bild ^{das} ~~zu~~ sprechen Gelegenheit hatten, ^{als} ~~Pflicht~~ der Stadt sowohl gegenüber dem Künstler ^{gegenüber} ~~wie~~ auch der Bevölkerung der ^{ausgehen} ~~Stadt~~ ist, ~~es~~ ^{man} ~~Selbst~~ nicht ^{Monat} ~~ganz~~ endgültig im Rathause ~~verbleiben~~ zu lassen, sondern ^{offenbar} ~~es~~ ^{sondern} ~~der~~ ^{von} ~~allgemein~~ Besichtigung ^{auf} ~~auf~~ längere Zeit freizugeben. Es ist deshalb in Aussicht genommen, daß das Bild ~~zunächst~~ nach dem Städtische Museum gebracht ~~wird~~ und dort ~~auf~~ eine Reihe von Monaten ^{hier} ~~öffentlich~~ ausgestellt wird.

1. Erweiterung der Berufsfeuerwehr.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorlage über die Erweiterung der Berufsfeuerwehr ist in der letzten Versammlung an die Kommission zurückverwiesen worden und zwar deshalb, damit die einzelnen Fraktionen zu der Angelegenheit Stellung nehmen möchten. Der Antrag auf Zurückverweisung ist eingegangen, nachdem ich eingehend über die Vorlage referiert hatte, ich darf also wohl voraussetzen, daß der Inhalt der Vorlage in allen Einzelheiten der geehrten Versammlung bekannt ist. Ich möchte mir deshalb weitere Ausführungen darüber schenken und nur noch einmal auf den Kernpunkt der Sache eingehen. Es handelt sich darum, daß der Rat der Stadt an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen richtet,

1) sich damit einverstanden zu erklären,

a) daß die mit den Posten-, Ordonanz- und Sanitäts-

wagen-

wagendienst betrauten Feuerkänner durch Nichtfeuerkänner ersetzt werden. - Ich bemerke dazu, daß es sich um einen Mann als Posten handelt, um sechs Mann für den Sanitätswagendienst und einen Mann als Ordonanz, das sind zusammen 8 Personen;

b/ daß aus früheren Angehörigen der Berufsfenerwehr eine Reservefeuerwehr und daneben eine 60 Mann starke freiwillige Feuerwehr geschaffen wird. - Die Reserve soll 20 Mann stark sein. Diese Mannschaften sollen monatlich zu 2 Übungen herangezogen werden, und die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr zu monatlich 4 Übungen;

c/ daß eine zweite Brandmeisterstelle eingerichtet wird. In der Kommission war bei der Beratung der Angelegenheit noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, den Rat der Stadt anheimzugeben, die Schaffung einer zweiten Feldweibelstelle bei der Berufsfenerwehr in die Wege zu leiten.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen die

nStt-

nötigen Mittel von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt werden.

Ich habe schon in der vorigen Sitzung bei meinen Referate bemerkt, daß die Vorlage des Rates die Zustimmung des Finanzausschusses gefunden hat und möchte Ihnen heute gleichfalls empfehlen, zu den Anträgen des Rates die Zustimmung zu erteilen.

Stadt v. S t e g m a n n ! Meine Damen und Herren! Wie der Herr Referent ausgeführt hat, ist die Behandlung dieser Frage verschoben, damit die Fraktionen noch Erkundigungen einziehen konnten; die Sache wurde also für so wichtig gehalten, daß man nicht ohne weiteres darauf eingegangen ist. Dabei steht es fest, daß jedermann hier in Saale der Ansicht ist, daß unsere Feuerwehr so beschaffen sein muß, daß sie in jedem Falle schlaffertig ist. Aus diesem Grunde ist auch meine Fraktion dafür, daß der Änderung, soweit sie vorgeschlagen wird in bezug auf Ersetzung des Posten-, des Sanitätswagendienstes und der Ordonanz durch Nichtfeuerwehrleute, wodurch also 8 Feuerwehrleute frei werden, zugestimmt wird. Dahingegen sind wir anderer Meinung hinsichtlich des Antrages, betreffend die Reservefeuerwehr und insbesondere ^{die} ~~der~~ freiwilligen Feuerwehr. In der ersten Beratung des Finanzausschusses hatte ich auch gegen diese Vorschläge des

Rates

Rates keine besonderen Einwendungen zu machen, nachdem wir uns aber bei Feuerwehrleuten selbst und bei sonstigen Fachleuten genau erkundigt haben, ist meine Fraktion der Ansicht, daß von der Ausführung dieser Vorschläge Abstand genommen werden müßte. Die Reservefeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr soll nur eine Unterstützungstruppe sein, Hauptsache ist aber, daß die Berufsfeuerwehr selbst so schlagfertig^t dasteht, daß sie imstande ist, jedes Feuer, auch den größten Brand im Keim zu ersticken. Ob die freiwillige und Reservefeuerwehr noch großen Nutzen schaffen würden, scheint fraglich zu sein, so daß die dafür auszugebenden Gelder nicht dem zu erwartenden Nutzen entsprechen werden. Wenn zu der Berufsfeuerwehr die 8 Mann, deren Beschäftigung durch Nichtfeuerwehrmänner ausgeführt werden soll, hinzukommen und dann noch nicht genügend Feuersicherheit vorhanden ist, dann sollte man die Berufsfeuerwehr verstärken. Einhellig sind die Be-

rufs-

rufsfeuerwehrleute der Meinung, daß sie bei Hinzunahme der 8 Mann stark genug sei, um jedem Brande begegnen zu können. Wenn auf den Brand der Jutespinnerei verwiesen wird, wo die Berufsfeuerwehr sich nicht so leistungsfähig genug gezeigt hat, ~~so kann man~~ andere Gründe in Frage kommen, insbesondere soll es an der Leitung gelegen haben; man ~~kennt~~ da nicht die Zahl der Feuerwehrleute, sondern nur die Leitung verantwortlich machen und weiter unglückliche Zufälle, die noch mitgewirkt haben. Anstelle, wo leicht brennbare Stoffe zu finden sind, z.B. in der Leertabrik, ~~wo~~ wiederholt gebrannt, und stets ~~sind~~ die Brände von der Berufsfeuerwehr erstickt worden, und auch an anderen Stellen ~~sind~~ die Schadenfeuer von ihr ohne weiteres mit Erfolg bekämpft worden. Daß etwas Wesentliches und Zweckmäßiges durch die Reservefeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr geschaffen wird, glauben wir nicht. Was die freiwillige Feuerwehr

be-

betrifft, so scheint es uns so, daß namentlich diese ~~Landes~~ Feuerwehr eine Art von Vergnügungsverein in bunter Uniform ist, wie wir das auf dem Lande finden. Es wird großer Wert darauf gelegt, daß die freiwillige Feuerwehr Aufzüge in Uniform machen kann, und für dieses System, das mit militärischer Aufmachung sich zeigt, scheint auch unser Herr Branddirektor besonders zu schwärmen. Er tritt dafür ein, daß sie bei uns begründet werden soll, und beweist seine Vorliebe für diese Wehr dadurch, daß er fortgesetzt auf das Land hinausreist, wo er nichts zu suchen hat, und sich dort für die freiwillige Feuerwehr einsetzt, während doch für jeden einzelnen Kreis ein Branddirektor angestellt ist, der die Kontrolle über die freiwillige Feuerwehr in der Hand hat. Es liegt nicht im Interesse der Stadt und ihrer Berufsfeuerwehr, daß der Branddirektor fortgesetzt hinausreist und sich der freiwilligen Feuerwehr annimmt. Er scheint sich für den militä-
rischen

rischen Drill zu interessieren, will wahrscheinlich über eine recht große Truppe, vielleicht eine Kompanie oder Bataillon von Feuerwehrleuten verfügen. Das zu unterstützen, dazu haben wir keine Veranlassung sondern wir lehnen es ab.

Was die zweite Brandmeisterstelle betrifft, so sind wir der Meinung, daß sie überflüssig ist. Der Branddirektor hat die Oberleitung und zur Leitung sind außerdem noch da der Brandmeister, der Feldwebel und 7 Oberfeuerwehrleute. Die Einteilung der Mannschaft ist so, daß 40 Mann Dienst tun, während 40 frei sind. Bei kleineren Bränden übernimmt der Brandmeister oder der Feldwebel das Kommando, nur bei großen Bränden der Branddirektor selbst. Bei Verstärkung^{hinderung} der obersten Stellen, kann der älteste Oberfeuerwehrmann die Leitung übernehmen; und dieser ist dann ebensogut imstande, die Leitung auszuführen wie ein Brandmeister oder ein Feldwebel, die ja auch aus den Feuerwehrleuten hervorgegangen sind.

sind. Leitung ist also genügend vorhanden. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann müßte meines Erachtens der Herr Branddirektor selbst mehr auf dem Posten sein, nicht soviel von der Stadt entfernt sein und draußen nicht soviel im Auto herumgondeln, wie es der Fall sein soll. Ich will allerdings ~~nicht~~ ^{somit} sagen, daß sich der hiesige Branddirektor nicht um die Feuerwehren im Lande kümmern soll, im Gegenteil, die Erfahrungen aus der Großstadt soll er dem Lande übermitteln, aber nicht so, wie das jetzt hier bei uns geschieht. Es wird behauptet, es lege im Interesse der Stadt, daß solch weite Fahrten vorgenommen werden. Dazu meine ich: Wenn Lehrfahrten vorgenommen werden sollen, die von guter Wirkung für die hiesige Feuerwehr sein sollen, dann müßten sie in der Stadt gemacht werden. Um aber auf das Land hinausfahren zu können, dazu braucht die Feuerwehr keine Lehrfahrten auszuführen. Die Oberfeuerwehrleute, die Fahrzeugführer sind,

haben

haben alle den Prüfungsschein als Chauffeur, so daß die Fahrten nach außerhalb als zwecklos bezeichnet werden müssen. Aus alle diesen Gründen sind wir der Meinung, daß dieser zweite Brandmeister abgelehnt werden muß, es liegt kein Grund vor, hierfür eine Stelle einzurichten. Zu prüfen würde sein, ob diese Fahrten des Branddirektors mit den Feuerwehrleuten nach außerhalb im Interesse der Stadt liegen. Meines Erachtens durchaus nicht. Da könnte wohl gespart werden und der Herr könnte seine ganze Kraft für die hiesige Feuerwehr verwenden.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß die Landesbrandkasse, beziehungsweise die Staatsregierung etwas mehr für die Stadt tun könnte, indem eine größere Summe für die Stadt Braunschweig ausgeworfen wird. Sie wissen alle, daß die Stadt Braunschweig die Hauptsummen für die Landesbrandkasse aufzubringen hat. Dabei brennt es in unserer Stadt sehr selten, und wenn es brennt, wird der Brand

gleich

gleich erstickt, während es auf dem Lande öfter brennt und viel Entschädigungskosten dafür gezahlt werden müssen. Deshalb wäre es nur gerechtfertigt, wenn der Rat der Stadt^{sich} erneut an den Staat wendet, damit der Stadt ein größerer Zuschuß gewährt wird. Wenn es nötig wird, daß die Feuerwehr vermehrt wird, dann muß erst recht auf die Regierung eingewirkt werden, daß die Zuschüsse vergrößert werden und auf diese Weise die vermehrte Feuerwehr bezahlt werden kann.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Über den Wert der Schaffung einer freiwilligen Feuerwehr kann man geteilter Meinung sein. Ich glaube annehmen zu müssen, daß der leitende Gesichtspunkt bei diesem Vorschlage ist, zu gunsten des Feuerlöschwesens der Stadt Braunschweig etwas zu tun, und sicher muß etwas geschehen, um unser Feuerlöschwesen mehr zu fördern, als es augenblicklich der Fall ist. Wenn die freiwillige Feuerwehr geschaffen werden sollte, so habe ich noch einige Bedenken, die ich zum Ausdruck bringen möchte.

Die Vergütungssätze, die für die freiwillige Feuerwehr vorgesehen sind, scheinen mir viel zu gering zu sein. Wir müssen annehmen, daß sich als Mitglieder zu der freiwilligen Feuerwehr nicht nur Angestellte und Beamte melden, also Leute, die in ~~ih~~ festem Einkommen stehen, sondern auch Arbeiter und Geschäftsleute, die in den Fällen, wo sie zur Löscharbeit bei Schadenfeuern herangezogen werden,

Ein-

Einbuße an Arbeitseinkommen erleiden, denn die Schadenfeuer richten sich nicht darnach, ob die freiwillige Feuerwehrleute auch gerade Zeit haben, ihren Dienst zu versehen, sondern können zu jeder Zeit ausbrechen. Damit nun den bezeichneten Mitgliedern durch ihre Tätigkeit bei einem Schadenfeuer kein ~~Ausfall~~ Anfall an Verdienst entsteht, müßte diesen Personen, wenn nicht die Vergütungssätze allgemein erhöht werden, auf alle Fälle eine entsprechende Entschädigung gezahlt werden.

Was die Schaffung einer zweiten Brandmeisterstelle betrifft, so möchte ich mich dafür aussprechen. Der Brandmeister hat nicht nur die Aufgabe, die Bekämpfung des Brandes zu leiten, sondern seine wichtigere Aufgabe besteht darin, mitzuhelfen daran, daß Maßnahmen getroffen werden, um Schadenfeuer zu verhüten. Diese Aufgabe ist so umfangreich und so wichtig, daß sie auf die Dauer in einer Stadt wie Braunschweig von einer Person nicht geleistet werden kann.

kann. Man muß anerkennen, mit welcher Lust und Liebe gerade der jetzige Brandmeister seine Tätigkeit vollführt. Ich habe mich davon überzeugen können, daß er wegen seiner umfangreichen Arbeit recht wenig freie Zeit hat, und auch er hat doch schließlich Anspruch darauf, wirklich frei zu sein, wenn er seinen freien Tag hat. Das ist aber bei den heutigen Verhältnissen nicht der Fall, und schon aus diesem Grunde ist die Schaffung einer zweiten Brandmeisterstelle durchaus nötig. Ich möchte Sie also bitten, dem Vorschlage des Finanzausschusses in dieser Hinsicht zuzustimmen.

Bürgermeister M e y e r : Meine sehr verehrten Damen und Herren ! Die Frage, welchen Umfang ^{die} ~~eine~~ Berufsfeuerwehr haben muß, um allen Anforderungen zu genügen, ist eine offene, ~~und kei-~~
~~ner von Ihnen würde die Verantwortung dafür über-~~
~~nehmen, wenn die Grenze so eng gezogen wird,~~
~~wie einzelne es für zulässig halten.~~ Daß eine Berufsfeuerwehr an sich einer freiwilligen Feuerwehr überlegen ist, kann keinem Zweifel unterliegen, und deshalb wäre es ideal, eine Berufsfeuerwehr möglichst großen Umfangs zu haben, um ^{mit} ~~dadurch~~
~~möglichst~~ ~~✓~~ jeder Anforderung genügen zu können.
Dem entgegen steht ^{jedoch} ~~der~~ Umstand, daß die Berufs=
feuer=

feuerwehr sehr viel Geld kostet; ich darf darauf

hinweisen, daß ein Berufsfeuerwehrmann ~~in seinen~~

^{Vierpfeiler} jüngeren ^{3. Jg. mind. 20 J.} Jahren der Stadt jährlich 26 000 M/ kostet.

Daraus geht hervor, daß ^{die Ausgaben für die Berufswehr} wir eine sehr erhebliche

^{Freigeig. werden} Ausgabe zu übernehmen hätten, wenn wir die Berufs-

feuerwehr um einen Zug vermehrten, ^{unsern Vollen, -} und ~~erträgt~~ der

Rat ^{trägt das} Bedenken, ^{die Sache abzuweisen} ~~solche~~ Wünsche zu unterstützen. Er

meint, daß die Stadt anderweitig mit Ausgaben über-

reich belastet ^{ist} und man ^{ist} ^{Wegen} ^{finden} ^{müsse}, um

ohne ~~zu~~ große Vermehrung der Berufsfeuerwehr den ~~an~~

Anforderungen ^{auf Grundgesetz} zu entsprechen. Aus dieser Erwägung

~~gegenüber weitergehenden Wünschen~~ ^{früher} kommt der Rat ~~bei~~

~~der~~ Beachtung dessen, was ^{auf Grundgesetz} (unbedingt notwendig ist,

zu dem Vorschlage, ~~daß man~~ die Berufsfeuerwehr da-
durch schlagfertiger^{zu} machen, daß ~~man~~ bestimmte Dien-
ste ~~ihr abnimmt~~^{bestimmen} und andere Personen damit betraut ~~ganz~~
zu, daß ~~man sie~~ⁱⁿ im übrigen ~~erweitert~~^{als}, indem ~~man~~^{man} eine
Reservefeuerwehr und ~~dann noch~~ eine brauchbare frei-
willige Feuerwehr ~~zugeworfen~~^{zugeworfen}. Die Reservefeuerwehr
soll nach der Idee, wie sie ~~in~~ der Vorlage ~~zum Ausdruck~~
~~Ausdruck~~ gebracht ist, aus ehemaligen Feuerwehr-
leuten bestehen. ~~Gegen die technische Vorbildung~~
dieser Leute werden Sie ~~also~~ nichts sagen können,
~~sondern werden zugeben müssen, daß sie bei einem~~
~~Brande etwas leisten können~~ ~~Da~~ sie stehen, naturgemäß
hinter den aktiven Feuerwehrleuten zurück, ~~(weil sie~~^{ist selbstverständlich}
~~in allgemeiner älterer Personen sind, aber das~~^{unvergleichlichen Jagen haben}

schließt

schließt, nicht aus, daß sie ^{hier notwendig} ~~doch sehr gut~~ Verwen-
dung ~~finden können~~. Die freiwillige Feuerwehr
steht ^{nachher} ~~allerdings noch um eine Stufe~~ hinter der
Reservefeuerwehr zurück, aber doch weiß ich nicht,
weshalb Sie sich gegen die Schaffung einer solchen
~~freiwilligen Feuerwehr~~ einsetzen. Die Idee, die
Herr Stegmann äußerte, daß der Branddirektor die
Reservefeuerwehr und freiwillige Feuerwehr haben
wolle, um damit äußerlich auftreten zu können, ist
denn doch nicht richtig; er würde gern, wie auch Sie,
eine ^{verstärkte} ~~verstärkte~~ Berufsfeuerwehr haben, ^{er} ~~er~~kennt aber
an, daß, ^{wegen} ~~da~~ diese ^{auf finanziellen Gründen} nicht zu haben ist, ^{auf mit einem} ~~er sich auf~~
~~die~~ Reservefeuerwehr und ^{sind} ~~evtl. die~~ freiwillige
Feuerwehr ^{hier nicht zu erreichen ist} ~~beschränken muß~~. Die Meinung, daß es

sich

sich dabei nur um eine Art Vergnügungseinrichtung handle, ist nicht zutreffend; jedenfalls ist es nicht so gedacht. Bemerken will ich hierzu noch, daß die Einrichtung einer freiwilligen Feuerwehr in Braunschweig sehr alt ist; sie besteht seit ^{aus dem} 100 Jahren, und wir haben ^{ein ganzes Dutzend} ~~mehrere~~ städtische Satzungen darüber. Aber die ~~ganze~~ Institution ist mit der Zeit etwas eingeschlafen; sie ist nicht mehr so, wie sie früher gewesen ist. Das liegt an verschiedenen Gründen, in der Hauptsache aber daran, daß die ~~Leitung bei~~ ^{der} ~~dieser~~ Einrichtung ~~und da nehme ich auch den Rat~~ nicht aus ^{der} ~~nicht~~ mit den ~~ganzen~~ Zeitverhältnissen fortgeschritten ist; ^{den Umständen} ~~man hat den berechtigten Wünschen nicht genügend Rechnung getragen, auch darin~~ nicht

~~was allemal~~
~~nicht~~, daß man die ~~Mitglieder sind~~ freiwilligen Feuerwehr ~~nicht~~ genügend
entlohnt hat. Die Folge davon ist, ~~heutzutage~~ daß sehr viele
Personen aus der freiwilligen Feuerwehr ausgetreten
sind. ~~und nur sehr wenig Mitglieder übrig geblieben~~
~~sind~~. Es ist ~~schon~~ in der Vorlage gesagt, daß uns
daran liegt, die Verhältnisse der freiwilligen
Feuerwehr zu ändern, indem wir bessere Besoldung
und regelmäßige Übungen einführen, und ~~man glaubt~~ ^{uns folgen},
daß ~~dadurch~~ ^{denn} ein ganz brauchbares Instrument ge-
schaffen werden ~~könnte~~ ^{wird}. ~~Wir haben~~ ^{Die Stadt besitzt} eine ganze Menge
Feuerlöschgeräte in der Stadt stehen : Spritzen,
Wagen, Leitern usw., die ~~uns~~ bei der Neueinrichtung
der freiwilligen Feuerwehr ~~nützen können~~ ^{würden}, ~~wenn wir~~
~~uns auf die Berufsfeuerwehr beschränken~~, dann wäre
das

~~das alles unnützer Kram.~~ Die Gründe ^{ausgeführt} gegen die Neu-
schaffung einer ~~solchen~~ freiwilligen Feuerwehr kann
ich als stichhaltig nicht anerkennen.

Gegen die Tätigkeit des ~~Herrn~~ Branddirektors
ist gesagt, daß er zuviel auswärts wäre und deshalb
den Dienst nicht in dem Umfange versehen könne, wie
es ^{in Zukunft der} ~~für die~~ Stadt ^{losgel.} ~~nützlich wäre.~~ Ich habe schon in
der Kommission darauf hingewiesen, daß diese Fahr-
ten nicht freiwillig unternommene Ausflüge des
~~Herrn~~ Branddirektors sind, sondern daß sie ^{zumeist} geschehen
auf Anfordern des Staatsministeriums, ^{unabhängig} ~~das~~ Interesse
daran hat, daß in den Kreisen ^{des Landes} ~~dieses oder jenes~~
~~Besichtigt wird~~ ^{bezüglich} oder die ^{Leistungsfähigkeit der} ~~dortige~~ Feuerwehr instru-
^{iert} ~~iert~~ wird. Zu einem nicht unwesentlichen Teile
haben

haben diese Fahrten ihren Grund ^{an} darin, daß der Herr

^{Landesbranddirektor} Kreisbranddirektor für die gesamten Kreise des Lan-

des Braunschweig ist, und ich glaube, es wird nie-
mand von Ihnen daran etwas ^{anhaben} zu ~~machen~~ haben, daß der

~~Branddirektor aus der Stadt Braunschweig gleichzei-~~

~~tig der Branddirektor ist für alle Kreise des Lan-~~

~~des Braunschweig.~~ Er ist ^{ja} wohl der berufenste ~~Person~~

diese Stelle, ~~auszufüllen, und wenn mich nicht alles~~

~~tauscht, ist es schon in früheren Zeiten ebenso ge-~~

~~wesen. Er ist am ersten in der Lage, seine über-~~

~~legenen Fachkenntnis in die Kreise hineinzutragen,~~

^{insgesamt von großem Nutzen.}
~~und das kommt den Kreisen sehr zugute. Richtig~~

^{il}
~~unpassend würde~~ es allerdings ^{ja} sein, wenn der Staat seine Zu-

schüsse zu dem städtischen Feuerlöschwesen noch

weiter

weiter erhöhte, ^{muß} daß er sie aber so erhöhte, wie Herr
Stegmann meinte, ^{daß} an die Berufsfeuerwehr damit er=
weiter ^{werden} zu können, das ist nicht zu ^{sonst, bescheiden} erhoffen; vor
^{Wissen} Jahresfrist hat er diese ^{einmaligen Auftrag} Anregung strikte abgelehnt
für und sich ^{genau mit dem Begründung, daß} dahin geäußert, die Einrichtung der Feuer=
wehr sei eine Sache der Gemeinden ^{für} der Staat müsse
sich auf ^{Gründung} Zuschüssen beschränken. ^{muß} Aber in diesen Tagen
haben ^{uns} der Staat ^{Finanzminister} Nachricht zugehen lassen, daß er
für dieses Jahr einen erhöhten Zuschuß ~~wie in frühe-~~
~~ren Jahren, nämlich~~ ⁵⁰ 50 000 M der Stadt zur Verfügung
gestellt ^{haben} hätte, und ^{daß} gleichzeitig ist uns mitgeteilt,
~~daß der Staat~~ der Stadt weitere 10 000 M zur Verfü=
gung stelle wegen der im Auftrage des Staatsmini=
steriums ausgeführten Tätigkeit des Branddirektors.

Das

Das Staatsministerium erkennt also an, daß es für
die ~~in seinem Auftrage auftritt~~ Tätigkeit des Branddirektors außerhalb der Stadt
die Verpflichtung ~~übernehmen~~ ^{hat,} muß, der Stadt eine
Entschädigung ~~zuzahlen~~ ^{zahlen} zu lassen, und ich meine, da-
mit können wir uns einverstanden erklären.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß auf Ver-
anlassung des Rates ~~hin~~ der Herr Branddirektor ~~hier~~
zur Stelle ist und, ^{ja,} wenn ~~es~~ die Herrschaften ^{es} wün-
schen, Rede und Antwort stehen wird. ~~Er ist selbst-~~
~~verständlich in diesen Dingen erfahrener als ich,~~
~~und ich möchte bitten, ihn zu fragen, wenn Sie der~~
~~Ansicht sind, daß Sie ihn hören wollen.~~

Stadtv. B u r g d o r f f: Um über das Wesen der Berufsfeuerwehr urteilen zu können, muß man sich an Ort und Stelle über die täglich laufenden Aufgaben dieser Institution unterrichten, und da ich mich als Referent der Versammlung dazu verpflichtet fühlte, habe ich gestern eine mehrstündige Besichtigung der Einrichtungen der Berufsfeuerwehr vorgenommen. Darnach muß ich sagen : Zur Erfüllung der Aufgaben der Berufsfeuerwehr müssen selbstverständlich auch die nötigen Menschen da sein. Wenn z.B. der zweite Brandmeister abgelehnt werden soll, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Aufgabe dieses Beamten - wie schon von Herrn Stukenberg gesagt wurde - nicht nur darin besteht, bei Bekämpfung der Schadenfeuer mit tätig zu sein, sondern auch bei den Maßnahmen zur Vorbeugung des Ausbruchs von Feuer. Es müssen deshalb zu Brandmeistern Leute genommen werden, die ein akademisches Studium im Baufach hinter sich haben, die imstande sind, technische Berechnungen zu machen, Bau-

kcn-

konstruktionen usw. beurteilen zu können, und die befähigt sind, die nötigen Maßnahmen für die Feuer-sicherheit vorschlagen zu können. Diese letztere Tätigkeit ist die Hauptsache in ihrem Amt. Ich habe das vorige Mal den Standpunkt vertreten, es wäre richtiger, wenn man die Berufsfeuerwehr um die betreffende Personenzahl vermehrte, die dann ständig zur Bekämpfung von Schadenfeuern bereit sein könnte. Das scheitert aber an der Kostenfrage. Wenn wir nun auch vom Herrn Oberbürgermeister eben gehört haben, daß der Staat den Kostenzuschuß für die Feuerwehr der Stadt wiederum wie im vorigen Jahre auf 50 000 M bemessen hat - damals ist der Zuschuß auf diese Summe erhöht, während er für das Jahr 1919/20 nur 20 000 M betragen hat - , so muß ich doch sagen, daß diese Summe im Vergleich zu dem Nutzen, den der Staat durch Unterhaltung unserer Berufsfeuerwehr hat, viel zu gering ist. Ich habe schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß die Landes-brandkasse mehr heranzuziehen wäre, wurde aber von

Herrn

Herrn Jahns belehrt, daß für diese Verhandlungen die Regierung in Frage käme. Soweit ich weiß, besteht bei der Landesbrandversicherungsanstalt ein Fonds für Feuerlöschhilfe, und aus diesem müßte die Regierung der Stadt einen höheren Beitrag bewilligen.

Bezüglich der Fahrten des Herrn Branddirektors in die verschiedenen Kreise möchte ich bemerken, daß jetzt allerdings eine Pauschsumme von 10 000 M vom Staate gezahlt wird, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Stadt schon immer eine Entschädigung hätte gezahlt werden müssen für die Zeit, wo der Herr Branddirektor für die einzelnen Kreise tätig gewesen ist. Was die Notwendigkeit der Übungsfahrten mit den Automobilen der Feuerwehr betrifft, so muß jeder, der vom Automobilfahren eine Ahnung hat, sagen, daß ein Führer, der einen Automobil-Lastwagen fahren kann, nicht ohne weiteres imstande ist, einen Personenwagen zu fahren, und da die Chauffeure der Berufsfeuerwehr auf

der

der Höhe ihres Könnens gehalten werden müssen, so verstehe ich wohl, daß der Herr Kreisbranddirektor zu den Fahrten, die er dienstlich unternimmt und die nicht immer auf ebenem Land sondern möglichst in bergigen Gegenden ausgeführt werden, die Chauffeure der Feuerwehr zuzieht, damit sie die Schwierigkeiten auf bergigem Gelände Überwinden lernen.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß seit dem 3. Mai 1910 der Antrag des Rates auf diese Umänderung der Feuerwehr vorliegt. Am 6. September 1913 ist der entsprechende Beschluß der Feuerlöschdeputation gefaßt worden und im Juli 1920 hat sich die Stadtverordnetenversammlung bereits grundsätzlich mit der Erweiterung der Feuerwehr in der Weise einverstanden erklärt, daß ein Brandmeister, zwei Oberfeuerwehrleute und acht Feuerwehrleute neu eingestellt werden sollten. Wenn sich das wegen der Kostenfrage und wegen der verhältnismäßig geringen Beihilfe der Regierung noch nicht hat durchführen lassen, so ist das zu bedauern. Die Berufsfeuerwehr

in

in einer Stadt wie Braunschweig muß unbedingt auf der Höhe gehalten werden, und wenn wir uns das nicht in dem Sinne leisten können, daß wir die Anzahl der Berufsfeuerwehrleute, auch der Führerstellen, vermehren, so muß in anderer Weise dafür Sorge getragen werden, daß der Feuerschutz der Stadt nicht ungenügend ist. Ich erinnere daran, daß seinerzeit erwogen wurde, die Feuerwehr zu dezentralisieren, indem man in dem früheren Brunonia-Grundstücke auf der Pflegehausstraße eine zweite Feuerwache einrichten wollte. Die Geräte, die auf der Münzstraße stehen, können zu der Brandstätte nur dann schnell hingeschafft werden, wenn sie hinter einen Schlepper gehängt werden, und dazu müssen selbstverständlich die nötigen Mannschaften vorhanden sein. Wenn sich alle die weitergehenden Projekte, wie sie früher aufgetaucht sind, heute der Kosten wegen nicht verwirklichen lassen, so bin ich dafür, daß wir jetzt erst einmal die Anträge annehmen, die der Rat eingebracht hat, denn wir erzielen damit eine Verbesserung

serung, die unbedingt notwendig ist. Sollte es möglich sein, in kommenden Jahren die Berufsfeuerwehr in dem Sinne zu erweitern, wie es uns allen angenehm erscheint, so wäre das zu begrüßen, aber zurzeit läßt sich das nicht durchführen, wenigstens solange nicht, bis unsere Regierung aus dem Fonds für das Feuerlöschwesen den Betrag an die Stadt zahlt, den sie zahlen müßte. Die Einnahmen der Landesbrandversicherungsanstalt werden in der Hauptsache durch die städtischen Hausbesitzer aufgebracht, aber da die in einer Großstadt vorhandene Feuerwehr sehr schnell zur Stelle ist und löschen kann, so brennt es in der Stadt am wenigsten. Viel mehr brennt es auf dem Lande, und wenn der Kreisbranddirektor die dort bestehende Feuerwehr auf die bestmögliche Weise organisiert und der Staat dafür eine Beihilfe zahlt, so kann ich das nur begrüßen, auch wenn die Zeit des Branddirektors dadurch in Anspruch genommen wird.

Ich möchte nochmals empfehlen, die Ratsvorlage

an-

anzunehmen und dabei auch dem Antrage des Finanz-
ausschusses entsprechend die Schaffung einer zweiten
Feldwebelstelle mit zu berücksichtigen.

Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren !
Die Feuerlöscheinrichtungen genießen leider noch nicht die Beachtung, die ihnen wohl zukäme. Besonders im Kriege haben die Feuerlöscheinrichtungen kolossal verloren, da Spritzen, Schläuche und anderes Material in jener Zeit nicht hat angeschafft werden können; aber auch durch Einziehung von Feuerlöschleuten zum Heeresdienst kam es dazu, daß die Feuerwehr nicht so auftreten konnte, wie es hätte geschehen müssen. Unter solchen Verhältnissen halte ich es für unsere Pflicht und Schuldigkeit zu Herrn Branddirektor Lehmann ein offenes Wort zu sprechen und ihn zu loben dafür, daß er in alle braunschweigischen Städte und Gemeinden den Gedanken getragen hat, daß es nötig ist, daß die Feuerwehr wieder zur Blüte gelangt. Das zu erreichen, hat Herr Branddirektor Lehmann verstanden, hat die Gemeinden für seine Sache gewonnen und hat auch bei der Regierung und der Landesbrandversicherungsanstalt dauernd dahin gewirkt, daß Mittel für

das

das Feuerlöschwesen geschaffen und zur Verfügung gestellt werden. Herrn Stegmann muß ich erwidern, daß er sich, wenn er schon länger, als es der Fall ist, für die Landesbrandversicherungsanstalt tätig gewesen wäre, überzeugt haben würde, welches rege Interesse den Feuerlösch-Einrichtungen von der Landesbrandversicherungsanstalt entgegengebracht wird - hat sie doch über 1 Million Mark für die Überland-spritzen zur Verfügung gestellt. Die 10 % der Beiträge für die Feuerversicherung reichen zur Ausstattung des Unterstützungsfonds der Landesbrandkasse nicht aus, und aus dieser Erwägung heraus und ferner aus dem Grunde, weil andere Versicherungsanstalten genau so an guten Feuerlösch-Einrichtungen interessiert sind wie die Landesbrandversicherungsanstalt, ist das Gesetz geschaffen worden, wonach auch die Privatversicherungsanstalten 10 % der bei ihnen eingegangenen Versicherungsbeiträge an den Unterstützungsfonds des Landes abliefern müssen.

Es

Es ist schon erwähnt, daß das Ministerium für dieses Jahr der Stadt wieder 50 000 M für die Feuerlösch-einrichtungen bewilligt hat und weitere 10 000 M für die außerordentliche Tätigkeit des Landesbrand-direktors. Wenn dann die 7 - 800 000 M von den Privatversicherungsanstalten eingegangen und die Kosten für die Überlandspritzen gedeckt sein werden, dann wird die Regierung ein größeres Kapital zur Verfügung haben und es ihr möglich sein, der Stadt Braunschweig einen größeren Zuschuß zu gewähren.

Nicht richtig ist es, zu sagen, die Stadt Braunschweig bringe den Hauptteil der ganzen Beiträge für die Feuerversicherung auf. So war es früher einmal der Fall, nicht aber mehr nach der neuen Ordnung. Man hat sich in ländlichen Kreisen mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, als das Landesbrandversicherungsgesetz die neuen Sätze brachte . Die landwirtschaftlichen Betriebe werden jetzt zu ebensc hohen Beiträgen herangezogen wie

alle

alle Fabrik-Etablissements. Es sind jetzt derartig hohe Zuschläge festgesetzt, daß man nicht mehr sagen kann, die Stadt zahle alles und die Bewohner des Landes haben den Nutzen davon. Die Statistik hat erwiesen, daß die Brände, die in städtischen Bezirken ausgebrochen sind, z.B. die in Holzminden und in der Zuckerraffinerie, ganz gehörige Summen verschlungen haben.

Wenn Herr Branddirektor Lehmann in die Kreise hinausfährt, die Feuerwehr dort organisiert und ausbildet, so geschieht das nicht nur im Interesse der übrigen Gemeinden, sondern vielmehr im Interesse der Allgemeinheit zur Verhinderung von drohenden Schäden, denn die Werte aller vorhandenen Gebäude und Sachen sind heute derartig gestiegen, daß jedes Schadenfeuer aufs höchste beklagenswert ist, und es ist nur mit Freuden zu begrüßen, wenn da sofort eingegriffen werden kann. Für Schaffung einer freiwilligen Feuerwehr wird es jetzt vielleicht um ein Jahr

zu spät sein, denn die besoldeten Feuerwehrleute haben darauf natürlich einen großen Einfluß und aus ihren Reihen werden sich nicht viele melden, wenn sie in der Gehaltsordnung so gruppiert werden wie bei der ersten Besoldungsordnung in Gruppe IV und V. In der Beziehung soll man nicht sparen. Viel besser wäre es allerdings, statt der freiwilligen Feuerwehr eine festbesoldete Feuerwehr in größerem Maße zu schaffen, aber dafür stehen uns die Mittel nicht zur Verfügung. Deshalb müssen wir uns damit begnügen, neben der Berufsfeuerwehr eine freiwillige Feuerwehr nebenbei einzurichten. Denken Sie daran, daß es an verschiedenen Stellen in der Stadt brennt, dann darf das Depot nicht von Mannschaften entblößt sein, sondern es müssen Ersatzmannschaften da sein, die sofort ausrücken und die Bekämpfung des Schadenfeuers in Angriff nehmen können. Man kann nicht nach der Brandstelle hin rufen : „Ihr müßt von dort abrücken und an der

anderen

anderen Stelle erscheinen !" sondern wir müssen sofort Ersatz haben, und da das durch feste Mannschaften nicht möglich ist, müssen wir auf die freiwillige Feuerwehr zurückgreifen. Auch was Herr Stukenberg über die Bezahlung sagte, ist beachtlich ; für die Stunde 10 M Entschädigung ist für die freiwillige Feuerwehr zu gering, hier muß mindestens der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden, wie ja auch die Landes~~W~~brandversicherungsanstalt einen solchen Betrag als Bewachungskosten bezahlt. Es wird für die Herrschaften von Interesse sein, zu erfahren, daß von der Landesbrandversicherungsanstalt nicht nur die 10 % der Kosten für die Löscharbeiten, sondern auch die Bewachungskosten nach Ablöschen bis zum vollständigen Versagen des Brandes gezahlt werden, ohne dadurch den Unterstützungsfonds in Anspruch zu nehmen. Nun meine ich aber, daß diese ganzen Fragen noch nicht genügend geklärt sind, und deswegen hätte ich gewünscht, man hätte den

Herrn

Herrn Kreisbranddirektor zu der Sitzung des Ausschusses eingeladen und dort seine sachkundigen Erörterungen entgegengenommen. Deshalb halte ich es für angebracht, die ganze Frage im Ausschusse noch einmal zu behandeln. Die Behandlung der Vorlage war zu dem Zwecke zurückverwiesen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die Angelegenheit weiter zu unterrichten. Nachdem nun aber wieder Bedenken aufgetaucht sind, möchte ich bitten, die Sache noch einmal zur Vorberatung unter sachkundiger Auseinandersetzung an den Finanzausschuß zurückzuverweisen.

Stadtv. S c h m e r b a c h : Meine Damen und Herren ! Ich bin selbst Mitglied der Feuerlöschdeputation und habe soviel Interesse für die Sache, daß ich wohl wenigstens ein klein wenig einsehen kann, was für die Feuerwehr notwendig ist und was nicht.

Der Herr Berichterstatter hat in seinen ersten Ausführungen gesagt, daß als Ersatz für den Dienst der Feuerwehrleute bei dem Sanitätswagen 6 Mann nötig sein werden - ich glaube, daß es die doppelte Zahl sein muß, denn bekanntlich müssen Tag- und Nachtschichten eingerichtet sein und für die beiden Schichten eine Ablösungsmannschaft bereit stehen.

Sodann möchte ich noch einen Blick zurückwerfen. Es ist schon eine geraume Zeit her, daß derselbe Antrag dem Hause vorgelegen hat und Zustimmung zu demselben erfolgt war. Nun hat aber der Rat eine ganze Zeit [?] ins Land ziehen lassen, ehe er zu der heutigen Vorlage gekommen ist. Seinerzeit

hat

hat man noch andere Mängel der Feuerwehr erwähnt und sich mit der Beseitigung derselben beschäftigt. Wir wissen, daß die Löschzeuge hinter den Toren des Feuerlöschgebäudes untergebracht sind, daß aber nur die eine Hälfte der Räume mit einem direkten Ausgange nach der Straße hin versehen ist. Seinerzeit hat der Antrag des Branddirektors vorgelegen, daß man auch die andere Hälfte des Feuerlöschgebäudes mit Toren nach der Straße hin versehen sollte, denn es macht ziemliche Umstände, bis der zweite Zug das Feuerlöschgebäude verlassen soll, erst mit Rück- und Vorwärtsfahren kann er auf die Straße gelangen. Diesen Umbau hat man aus finanziellen Gründen damals zurückgestellt. Zu bedenken ist aber, daß hierdurch die vorhandene Feuerwehr ~~ver~~ behindert ist, ihre fixe Tätigkeit auszuüben, wie ^{sie} ~~es~~ doch nun einmal die Feuerwehr besitzen muß. Andererseits ist bisher der Beweis nicht erbracht - und dazu genügt auch nicht der Hinweis auf den

großen

großen Brand der Jutespinnerei - , daß es notwendig ist, einen weiteren Zug der Feuerwehr, bzw. eine freiwillige Feuerwehr zur Ergänzung der vorhandenen Berufsfeuerwehr heranzuziehen. Es wäre mir als Mitglied der Feuerlöschdeputation viel lieber gewesen, wenn die Vorlage so ausgefallen wäre, daß man einen 3. Abzug beantragt hätte, der aus Berufsfeuerwehrleuten besteht, dann hätte man Gewähr für volle Leistungsfähigkeit der Berufsfeuerwehr, und auch der Herr Branddirektor hätte zugestehen müssen, daß das besser gewesen wäre. Wenn nun diese Berufsfeuerwehr, von der 2 Züge vorhanden sind, in der Weise verstärkt wird, daß man die in der Sanitätsabteilung, im Postendienst und sonst noch in Frage ~~Kommenden~~ durch Nichtfeuerwehrleute ersetzt, dann wird ~~ja schon~~ ^{dadurch} auch eine Verbesserung der Feuerwehr eintreten. Der Rat muß ja mit den Finanzen der Stadt sehr wirtschaftlich umgehen, und es ist nicht zu leugnen, daß die Schaffung einer Reservefeuerwehr und einer

frei-

freiwilligen Feuerwehr eine gewaltige Verteuerung des Feuerlöschwesens mit sich bringen wird. Wenn sich diese Einrichtung als notwendig und zweckmäßig erweist, müßte sie allerdings doch geschaffen werden, aber ich befürchte, daß wir zu dem Erfolge, der von der Schaffung einer freiwilligen Feuerwehr erhofft wird, nicht kommen werden, nämlich daß die freiwillige Feuerwehr so tatkräftig und fertig zu ihrer Arbeit ist, daß sie eine bedeutende Verbesserung gegenüber heute darstellt. Es ist der Beweis nicht erbracht, daß andere Städte - ich glaube, München und andere kommen da in Frage - die mit der gemischten Feuerwehr versehen sind, Erfolge erreicht haben, die vorbildlich genannt werden können. Ich glaube, eine Stadt wie Braunschweig darf es sich nicht versagen, dem Prinzip zu huldigen, daß die berufliche Feuerwehr als die bessere anerkannt wird. Wenn dies Prinzip zur Durchführung gelangte, so hätte ich nichts dagegen einzuwenden. Aber das

ist

ist nun schon das zweite Mal im Finanzausschuß zurückgewiesen worden, und die Überlegung ist jetzt reif genug geworden, sodaß man der Anregung des Herrn Jahns nicht zu folgen braucht. Die Sache ist so weit geklärt, daß sich ergibt : Man würde vorläufig damit reichen, daß die Erweiterung der Berufsfeuerwehr damit geschieht, daß ^{man} die Feuerwehrlaute, die durch anderen Dienst in Anspruch genommen worden sind, jetzt den Zügen zur Verfügung stellt, sodaß die vollen 40 Mann zur Bekämpfung von Schadenfeuern zur Verfügung stehen. Schon dadurch würde eine bedeutende Aufbesserung der Feuerwehr zustande kommen. Ich habe deshalb zu erklären, daß meine Fraktion sich dahin schlüssig geworden ist, nur für den ersten Teil der Ratsanträge zu stimmen und den letzten Teil abzulehnen.

V o r s i t z e n d e r : Ehe ich anderen Rednern das Wort gebe, möchte ich folgendes \checkmark bemerken: Herr Jahns hat den Antrag auf Rückverweisung an die Kommission gestellt. Ich hätte ja darüber abstimmen lassen können und dann hätten wir gewußt, ob heute die weitere Erörterung gewünscht wird. Nun habe ich Herrn Schmerbach noch das Wort erteilt, weil der Antrag des Herrn Jahns auf Zurückweisung nur dadurch begründet wird, daß die Sache noch nicht genügend geklärt ist. Durch die Aussprache erfährt die Sache eine weitere Klärung. Es stehen noch einige Redner auf der Rednerliste, und ich frage jetzt die Versammlung : Wer ist dafür, daß die Aussprache fortgesetzt wird ?

Die Versammlung entscheidet sich für Fortsetzung der Aussprache.

Stadt v. L e h n e r t: In das Loblied, das Herr Stadtverordneter Jahns auf Herrn Branddirektor Lehmann angestimmt hat, kann ich **nicht** einstimmen. Jeder, der auf einen Posten gestellt ist, soll seine Pflicht erfüllen, ohne daß man deswegen große Loblieder auf ihn zu singen braucht. Die Sache liegt doch folgendermaßen: Wenn wir nicht den Brand des Theater in Dessau gehabt hätten, wäre diese Vorlage vielleicht nicht gekommen. Wie haben sich denn die Sachen des Feuerlöschwesens in den letzten Jahren in Braunschweig abgespielt? Ich will nur an die Kriegsjahre erinnern. Die ganze Leitung lag in den Händen des Feldwebels R a p p, und sie hat gut funktioniert. Durch die praktische Leitung dieses Feldwebels ist bewiesen: Wenn die Ober-Feuerwehrleute mehr zu der Arbeit herangezogen werden, dann werden wir nicht nötig haben, einen zweiten Brandmeister einzustellen. Die Feuerwehrleute stehen auf dem Standpunkt, daß der praktische Mann mehr wert ist als der Theoretiker. Nun wird behauptet, daß namentlich

lich

lich durch die vorbeugende Tätigkeit des Brandmeister-
~~rektors~~ ^{meisters} viele Brände verhütet werden können. Ja, Herr
Stukenberg hat schon gesagt: Wenn es einmal brennt,
dann brennt es; dagegen ist nichts zu wollen, das
kann auch der Brandmeister nicht ändern. Wenn aber
die Feuerwehrleute zu Autofahrten benutzt werden
und man sagt dann, es seien nicht genug Feuerwehr-
leute da, so kann ich nicht begreifen, daß die Feu-
erwehrleute dazu verwendet werden, um Helme mit dem
Auto nach Seesen zu bringen, oder daß das Auto dazu
benutzt wird, um Schläuche von Magdeburg abzuholen.
Man hat viel von den unnötigen Autofahrten der Mi-
nister und der Polizei in diesen Tagen gehört —
auch dies sind unnütze Autofahrten. Wenn 20 Helme
zu überbringen sind, so hätten sie auch mit der Bahn
hingeschafft werden können, das wäre billiger gewesen,
als daß 2 Mann dabei ~~mit~~ ^{im} Auto fahren, und bei den
nicht geringen Preise für Benzin hätte eine Menge
Geld gespart werden können. Es ist gesagt, daß die
Autoführer bei den Fahrten auf das Land das Fahren
in

in bergigen Gegenden kennen lernen sollten. Hier in der Stadt gibt es keine andere bergige Gegend als die am Nußberge, und wenn in dem dortigen Gebäude Feuer ausbricht, dann wird sich das bald löschen lassen, ohne daß es viele Bewegung machen wird und ohne daß die freiwillige Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt wird.

Der vom Staatsministerium gewährte Zuschuß ist beschämend klein. Wenn man vor den Kriegszeiten 20 000 Mark gezahlt hat und jetzt nur 50 000 Mark, so zeigt das, daß die Herrschaften, die oben die Leitung haben, nicht mit der Zeit mitgegangen sind. Vielleicht ist bei ihnen die Geldentwertung noch nicht so weit vorgeschritten als bei anderen Leuten. Wenn ferner gesagt wird, 10 000 Mark sind als Entschädigung gegeben worden dafür, daß der Herr Branddirektor die Fahrten nach draußen ausgeführt hat, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß das, was für draußen geleistet wird, auch von den dort draußen gezahlt werden könnte, und daß der Stadt mehr Ent-
gegen-

gegen gekommen werden müßte. Sie spüren am eigenen Geldbeutel, wie Sie den Leuten vom Lande entgegen kommen müssen, wenn Sie Kartoffeln oder Eier haben wollen.

Herr Stukenberg sagte, die Sätze für die freiwillige Feuerwehr seien zu gering. Meine Fraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß wir diese freiwillige Feuerwehr überhaupt nicht haben wollen. Wenn die Posten vor dem Feuerlöschgebäude zurückgezogen werden und in den Dienst des Zuges eingereiht werden und wenn die mit anderen Geschäften Beauftragten als Feuerwehrleute Dienst tun, dann hätten wir vollkommen genügend Feuerwehrleute. Glauben Sie ja nicht, daß, wenn der Zug ausfahren muß, es nicht ohne Brandmeister oder Branddirektor geht. Während der Kriegszeit hat der Feldwebel Rappe und die übrigen Feuerwehrleute bewiesen, was sie leisten können. Wenn eine einigermaßen genügende Bezahlung der Feuerwehrleute Platz greift — und das muß sie; jetzt

kommen

kommen nur 26 000 Mark auf einen Feuerwehrmann — dann muß man ~~errechnen~~^{reichen} können, daß bei einem Brandunglück der Feuerwehrmann das ist, was er gern sein möchte: Eine volle Kraft im Interesse der Stadt. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß in dieser Hinsicht nicht gespart werden darf, um die Arbeitsfreudigkeit und Schlagfertigkeit der Feuerwehr nicht aufs Spiel zu setzen. Ich möchte Sie ersuchen: Nehmen Sie den ersten Antrag der Finanzkommission an und lehnen Sie alles weitere ab. Wenn Sie das tun, dann handeln Sie im Interesse der Stadt und auch im Interesse der Feuerwehr. Die Feuerwehrleute erklären jetzt selbst: Wenn das so eingerichtet wird, dann sind wir schlagfertig. Wer jahrelang in der Feuerwehr tätig gewesen ist, der würde sich selber ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn er mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße stehen würde; solchen Leuten können wir Glauben schenken. Ich bitte Sie, nur den ersten Antrag der Finanzkommission anzunehmen und jeden anderen Antrag abzulehnen.

Stadtv. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren !Ich bin derselben Meinung wie mein Fraktionskollege Lehnert. Wenn von Herrn Stukenberg gesagt wird, für die freiwillige Feuerwehr müsse der Lohn erhöht werden, so bedeutet das mehr oder weniger, daß der Stadtsäckel stark belastet werden soll. Nimmt man dies Geld und stellt dafür Berufs-Feuerwehrleute an, so bekommen wir 3 Züge, und das ist das was der Herr Branddirektor will. Vor allen Dingen muß gesagt werden, daß wir gegen die zweite Brandmeisterstelle sind; sie ist vollständig überflüssig. Ich bin selbst in der Brandkommission und habe mir auch die Sache dort in Feuerlöschgebäude angesehen. Dabei mußte ich feststellen, daß die technischen Einrichtungen dort der Verbesserung bedürfen, insbesondere die, wie sie Herr Schmerbach angeführt hat, aber auch sonstige Einrichtungen, wobei die Stadt viel sparen könnte, z.B. die Reparaturwerkstellen, die ganz darhiederliegen. Es könnten viele Sachen, die auswärts gemacht werden und ein enormes Geld kosten, in der Zeit

Zeit, wo die Feuerwehrleute auf Wache stehen und wo die Leute sonst keine Beschäftigung haben, hier ausgeführt werden. Es wurde gesagt, die Berufsfeuerwehr wäre an und für sich zu teuer, aber das kann uns nicht hindern, dem Antrage zuzustimmen, daß wir die Berufsfeuerwehr entsprechend dem ersten Antrage vermehren im Interesse der Feuersicherheit für die Braunschweiger Bevölkerung. Es kommt darauf an, eine schlagfertige Feuerwehr zu haben, die sofort auf der Brandstätte eintrifft und auf den Brand einwirken kann. Das können wir mit einer freiwilligen Feuerwehr nicht, denn die Angehörigen eines solchen müssen ihrer Arbeit nachgehen und müssen zu einem Schadenfeuer erst herangeholt werden, auch wenn beabsichtigt wird, sie an eine elektrische Alarmanrichtung anzuschließen. In der Zeit, bis sie auf der Brandstätte erscheinen, kann schon viel passiert sein. Vermehren wir aber die Berufsfeuerwehr, so haben wir, was wir brauchen. Ich möchte Sie bitten, zu beschließen, daß der erste Antrag des Rates angenommen werden soll, die anderen Anträge aber abzulehnen.

Stadtv. **N e s s e n i u s** : Meine Damen und Herren ! Es ist von allen Rednern betont worden, daß Wert darauf zu legen ist, die Schlagfertigkeit der Feuerwehr auf der Höhe zu halten. Wenn man nun auch in der Vorlage die Übernahme von Nebenarbeiten, wie Posten=stehen und Bedienung des Sanitätswagens, als überflüssig erklärt hat, so vermisse ich darin doch die Schaffung einer zweiten Feldwebelstelle und weiterer Stellen für Ober-Feuerwehrleute. Auch damit wird die Schlagfertigkeit der Feuerwehr erhöht. Ich weiß nicht, wie weit dem Antrage des Herrn Jahns auf Rückverweisung an die Finanzkommission stattgegeben werden wird. Sollte ihm zugestimmt werden, dann möchte ich, daß der Kommission anheimgegeben wird, mit zu beachten, daß man den Feuerwehrleuten mehr Aufrückungsmöglichkeiten gibt und so ihre Praxis, die zur Leitung kleinerer Sachen ausreicht, wie sich das im Kriege bewiesen haben soll, fördert.

Sieben nicht im Bericht
Stadt v. S t e g m a n n: Ich ~~habe nicht längere~~
~~Argumente auszuführen, sondern nur die wichtigsten~~
~~Zeitpunkte, sondern nur einige Fragen an den Herrn~~
~~Branddirektor richten. Es ist von Herrn Stukenberg auf~~

die Wichtigkeit der Anstellung eines zweiten Brandmeisters hingewiesen, und er meinte dabei, daß dies ein Beruf sei, der viele Arbeit brächte. Mir ist von den Feuerwehrleuten mitgeteilt worden, daß der Brandmeister ein sehr bequemes Leben führt und daß sie es für überflüssig hielten, daß ein zweiter Brandmeister angestellt würde. In der Vorlage ist Wesentliches zur Begründung der Notwendigkeit der zweiten Brandmeisterstelle nicht angeführt. Ich möchte deshalb den Herrn Branddirektor fragen, aus welchem Grunde ein 2. Brandmeister angestellt werden soll. Soll das nur geschehen in der Voraussetzung, daß eine freiwillige Feuerwehr begründet wird? Oder soll die Stelle auch dann eingerichtet werden, wenn es nicht zur neuen Gründung der freiwilligen Feuerwehr kommt?

Sodann möchte ich fragen: Hält der Herr Branddirektor nach Einbeziehung der Leute, die den Posten Sanitätswagen- und Ordonanzdienst ausführen, zum Dienst bei

bei der Berufsfeuerwehr selbst die jetzige Berufsfeuerwehr für stark genug, um vorläufig allen Eventualitäten gerecht werden zu können ?

Und drittens: Sind die Fahrten, die der Herr Branddirektor wiederholt gemacht hat, so dringend nötig, daß die Stadt dafür ihr Geld ausgeben muß ? Weshalb sind die Kreisbranddirektoren in den einzelnen Bezirken vorhanden ? Sie müßten doch die Tätigkeit, die der Kreisbranddirektor von Braunschweig für sie ausführt, eigentlich überflüssig machen. Jedenfall ist eins von beiden überflüssig, womit ich aber nicht sagen will, daß die Erfahrungen, die in der Großstadt Braunschweig seitens des Herrn Branddirektors gemacht sind, nicht denen draußen vermittelt und nutzbringend im Interesse des Landes angewandt werden sollen, aber begreifen kann ich nicht, daß gerade unser Branddirektor fortwährend draußen sein muß.

Weiter möchte ich an den Herrn Branddirektor folgende Frage richten: Es geht das Gerücht um, daß bei dem Brande der Jutespinnerei verschiedene Unliebsamkeiten nicht nur in der Leitung, sondern auch

in

in anderer Beziehung vorgekommen seien, insbesondere wird darauf hingewiesen, daß gerade die freiwillige Feuerwehr hindernd in den Weg getreten sei, daß sie schuld daran sei, daß nicht so hätte eingegriffen werden können, wie es hätte geschehen müssen. Das wäre ein weiterer Grund, von der ~~Einrichtung~~^{Einrichtung} der freiwilligen Feuerwehr abzusehen. Bemerken will ich hierbei, daß ich von meiner Meinung, daß die freiwillige Feuerwehr gewissermaßen als ein Vergnügungsverein anzusehen ist, nicht abgehen kann; ~~Wirksames~~ kann sie nicht leisten. Wenn die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr nicht eine bessere Bezahlung bekommen wie hier vorgesehen ist, dann werden die meisten von ihnen bei einem Brande nicht erscheinen, wie das ja auch schon bisher der Fall war, und ferner sind sie in ihrer Ausbildung nicht auf der Höhe, dazu mit alten Geräten ausgerüstet, so daß sie garnicht so auf dem Posten sein können, wie es heute nötig ist, um ein größeres Schadenfeuer zu bekämpfen. Es scheint mir

so, als ob der Herr Branddirektor vor allem an den militärischen Aufzügen und dem dabei zutage tretende militärischen Drill ein besonderes Interesse findet und gern über eine große Truppe verfügen möchte. Alle Ausgaben nützen uns doch nur, wenn die Berufsfeuerwehr durch sie so vergrößert wird, daß sie allen Eventualitäten gewachsen ist.

Stadtv. S a u e r b i e r: Bevor wir in der Beratung des Punktes fortfahren, möchte ich bitten, daß der Herr Kreisbranddirektor/sich äußert, insbesondere darüber, in welcher Weise die Anstellung eines zweiten Brandmeisters nötig ist, und weiter, was für eine Sicherung und die Vorlage, wenn sie bewilligt wird, für die Feuerseicherheit gibt.

Kreisbranddirektor L e h m a n n : Meine geehrten Damen und Herren ! Der Gedanke einer Erweiterung der Berufsfeuerwehr und einer Dezentralisation derselben spielt nicht von heute auf morgen, sondern bereits der Branddirektor Reuter, der Gründer unserer Braunschweiger Feuerwehr hat schon im Jahre 1873 einen Bericht an den Rat der Stadt über die Dezentralisation der Feuerwachen gemacht. Im Jahre 1904 ist dann von meinem Vorgänger Schlump^{nh} dieser Plan aufgenommen und gleichfalls dem Rate eine Ausarbeitung über die Dezentralisation der Feuerwachen, wie er sie eingeführt zu sehen wünscht, überreicht. Die Vermehrung der Berufsfeuerwehr hat die Feuerlösch-
de-

deputation in jedem Jahr verschiedentlich beschäftigt, aber immer wieder ist sie aus finanziellen Gründen zurückgestellt worden. Eine Vermehrung der Berufsfeuerwehr ist unter allen Umständen notwendig, schon um die ^{Außer-}~~äußeren~~ Arbeiten überhaupt durchführen zu können. Der Bürger, der seine Steuern bezahlt, verlangt von der Feuerwehr, daß sie bei Schadenfeuer in ausreichender Stärke eintrifft und daß sie außer dem Rettungsmanöver - wie es in ^{Bessau mit der Anfertigung}~~Bredde~~ der Fall gewesen ist - auch noch die nötigen Schläuche legen kann. Wir haben an Feuerwehrleuten im ganzen 80 ^{Frank}~~Mann~~, die Hälfte davon sind dienstfrei, sodaß jedesmal 40 ^{Frank}~~Mann~~ bereit stehen sollen; wenn man aber alle für

für andere Dienste Abkommandierten abrechnet, bleiben nur 17 Mann übrig. Das ist unter den heutigen Zuständen nicht zu vermeiden, denn die ^{Außen-}~~äußeren~~ Arbeiten müssen durchgeführt werden. Ich erinnere an die Kontrolle der Feuermelder, an die Kontrolle der Hydranten und diese letztere ist im Sommer überhaupt schwer möglich, da dann die Telegraphen^{Gan-}arbeiten einsetzen müssen. Es kommen auch noch außergewöhnliche Anforderungen an die Berufsfeuerwehr heran, so bei dem Ausbrennen von ^{Schornsteinen, Korbmann etc.} Unkraut, wo wir auch einen Überwachungsposten stellen müssen. Wenn wir unsere Außenarbeiten einstellen müßten, so müßten sie Handwerkern übergeben werden und die Ausgaben dafür würden ^{eine viel} höher _e Summe betragen. Nun ist zu fordern, daß die Feuerwache immer

immer mit 2 Zügen besetzt ist. Es kann vorkommen

und ist in den letzten ^{Zug} Zeit auch mehrfach in Er-

scheinung getreten, daß die Feuerwehr ausrückt und

dann wieder ^{an} der Melder gezogen wird, sodaß auch da

die Feuerwehr erscheinen muß, ^{wie in Punkt 4. 1. 1907} weil schwere Unfälle

eingetreten sind, wie bei dem Brande bei Grotrian,

wo 2 Personen an Rauchvergiftung erkrankt waren.

Dem muß unbedingt Rechnung getragen werden. Die Sani-

tätswache selbst ist stark belastet. Wenn die Ange-

hörigen der Wache von Morgens bis Abends mit Schwer-

kranken die Treppen der Altstadt ^{auf. und ab} besteigen müssen,

so sind sie abends nicht ^{mehr} ~~immer~~ in der Lage, irgend

welche Arbeit noch zu übernehmen. Es müssen so wie so

junge Leute oder im besten Mannesalter Stehende sein,
die

die diesen Dienst verrichten. Der Sanitätsdienst, wie er vom Rat vorgeschlagen wird, ist mir nicht sehr sympathisch; es sollen dazu ältere Leute herangezogen werden, aber uns entgehen sie als Reserve. Es werden dafür allerdings ^{sechs Mann} ~~wieder mehr~~ zur Verfügung gestellt, die vielleicht 8 Stunden Dienst machen. Wenn eine Verstärkung von 12 Mann, wie sie Herr Schmerbach vorgeschlagen hat, vorgenommen wird, so hätten wir ^{nur} wenigstens 6 Mann als Reserve. Die Besetzung der einzelnen Züge müßte so stark sein, daß jeder Zug mit mindestens 20 Mann ausrückbar ist. Ein Sprungtuch soll mit 24 Mann besetzt werden, im Höchsfalle mit 32 Mann, es müssen also in jedem Falle schon Privatpersonen herangezogen werden. Da eine derartige Er-
höhung,

höhung ,wie sie eigentlich erwünscht ist,zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht möglich ist,so wurde der schon in früherer Zeit gestellte Antrag auf Verstärkung der Feuerwehr um 1 Brandmeister,8 Oberfeuerwehrlaute und 40 Mann im Jahre 1919 herabgedrückt auf 1 Brandmeister,4 Oberfeuerwehrlaute und 16 Mann, und im Jahre 1920 auf 1 Brandmeister,2 Oberfeuerwehrlaute und 8 Mann. Das wäre das geringste,was ich vorschlagen würde,daneben aber müßten wir eine kräftige Reserve haben.Sie ist vorhanden in den dienstfreien Mannschaften,ferner in der freiwilligen Feuerwehr, die man aus den 3 Kompagnien zu einer zusammengeworfen hat.Diese Reorganisation ist unter der Hand in Übereinstimmung mit den 3 Kompagnien und

und mit Zustimmung des Rates der Stadt durchgeführt.
Nun muß aber die Schlagfertigkeit einer derartigen
Feuerwehr erhöht werden durch Stellung von Geräten,
mit denen sie alarmbereit ^{ist} sind. Ferner muß ein Wach -
lokal im Westen und im Osten der Stadt vorhanden sei.
um die Wege möglichst kurz zu halten, und weiter
müssen die Wohnungen der Mannschaften sämtlich mit
Alarmglocken versehen werden. Die Geräte müßten auf
Automobile gesetzt werden, um die Mannschaften schnell
an die Brandstätte befördern zu können.

Der Antrag auf Bewilligung einer zweiten Brand
meisterstelle stammt auch nicht aus der letzten Zei
sondern er ist zum erstenmal im Jahre 1912 angeregt
also zu einer Zeit, wo ich noch nicht ^{Hauptmann des} ~~die Branddirek~~
tor-

Brand- und Löscheinrichtung

~~vorstelle~~ *versah* und auch noch nicht Vorsitzender

Landes-

des Feuerwehrverbandes gewesen bin. Im Jahre 1913

ist sodann der offizielle Antrag gestellt und die

Stadtverordnetensitzung hat sich einstimmig dafür

ausgesprochen. Durch Eintritt des Krieges ist die

Sache wieder hinfällig geworden und erst im Jahre

1919 ist die Sache wieder aufgenommen worden. Es

sind dann in den Anträgen auf Verstärkung der Berufs-

feuerwehr die verschiedenen Variationen vorgekommen,

aber immer ist der 2. Brandmeister mit aufgeführt, und

im Jahre 1920 haben sich die Stadtverordneten mit der

Vermehrung der Berufsfeuerwehr um 1 Brandmeister, 8

Oberfeuerwehrleute und 20 Mann *gemäß Antrag* einverstanden erklärt,

falls der Zuschuß des Staates erhöht werden würde.

Nun

Nun zu den Aufgaben des Brandmeisters. In früheren Jahren war die Feuerwehr lediglich dazu da, um die Schadenfeuer zu bekämpfen, ^{erst} erst vom Jahre 1890 an ging die Berufsfeuerwehr ^{allgemein} dazu über, nicht nur diese bekämpfende Tätigkeit bei ausgebrochenen Feuern auszuüben, sondern auch eine vorbeugende, und das geschah durch Erlaß von Gesetzesvorschriften, durch das Zusammenarbeiten mit den Fabriken, durch Aufstellung von Hydranteneinrichtungen, ^{hier} dort, das Einbauen von feuersicheren Türen, durch Besichtigung von Fabriken durch die Berufsfeuerwehr, durch Zusammenarbeiten mit den Bauämtern und der Polizeidirektion. Es ist erreicht, daß diese Tätigkeit sehr segensreich wirkt. Es geht kein Projekt über größere bauliche Neuein-
rich-

richtungen durch die Polizeidirektion, das nicht der
Feuerwehr vorgelegt wird. Und über eine Menge von An-
trägen baulichen, ^{technischen} ~~mechanischen~~ und chemischen Charak-
ters werden Gutachten erstattet und finden Kontrol-
len statt. Die Erledigung der ^{besonders mit Folgen} ~~baupolizeilichen~~ Ge-
schäfte hat sehr stark zugenommen, erfordert viel
Zeit, besonderes Studium und ein Einarbeiten. Ferner
ist der zweite Brandmeister nötig zur Übernahme von
Vertretungen. Wenn nur ein Brandmeister und ein Feld-
webel auf der Wache ist und es wird zu einem Brande
ausgerückt, dann steht der zweite Zug allein auf wei-
ter Flur. Die Oberfeuerwehrleute sind festgelegt mit
^{ihren Feuerwagen immer an der} Schlauchlagen, ~~es~~ ^{es} fehlen die Hilfskräfte, um eine Un-
terstützung zu haben. Zur Vertretung ist also diese
zweite

zweite Brandmeisterstelle ^{anmeldet} beantragt. Bei größeren Bränden besteht die Tätigkeit des Oberleitenden nicht nur darin, das Feuer zu bekämpfen, sondern auch unter Umständen darin, Menschenleben oder Vieh zu retten oder das Weitergreifen des Feuers auf Nachbargebäude zu verhüten, ferner Einsturzgefahren wahrzunehmen, damit die Mannschaften und sonstige Leute, die zu Schaden kommen könnten, sich zurückziehen.

Weiter sind die Wasserstellen ^{mitzusehen} zu beobachten, und die Aufstellung der Fahrzeuge zu leiten usw. Das sind Arbeiten, die bei einem großen Feuer einer allein schwer leisten kann. Es müssen ferner Revisionen von Geschäftshäusern, Warenhäusern, Kinos und dergleichen, ^{kurze Feuertauchen} vorgenommen werden. Wir haben in der Beziehung

^{*Inspektion*}
ziehung sämtlicher Säule vorgenommen und sind in der Arbeit, sämtliche Holzbearbeitungswerkstätten und Holzlager zu besichtigen. Ferner müssen Vorschriften für solche Betriebe ausgearbeitet und erlassen werden. Das alles sind Arbeiten, für die die Schaffung einer zweiten Brandmeisterstelle sehr erwünscht ist. - Über den Sanitätsdienst habe ich mich schon ausgesprochen.

Nun die Fahrten nach außerhalb. Zunächst ist hier die Frage aufzuwerfen, ob der Grundsatz richtig ist, daß die Feuerwehr nur tüchtige Kraftwagenfahrer haben darf. Wenn sie derartige Leute bedarf, so müssen es tadellos ausgebildete ^{*Fahrer*} sein und sie müssen in der Führung der Fahrzeuge weiter ausgebildet und geübt werden.

werden. Das ist nur möglich, wenn der Fahrer ^{während der ganzen Zeit} tagelang fährt. Aus dem Grunde ist seinerzeit beantragt, daß Reservefahrzeuge zur Ausbildung beschafft werden. Ob nun der Wagen leer fährt oder zugleich etwas befördert wird, ist dem Wagen ganz egal. Aber der Grundsatz muß hochgehalten werden, daß das Fahrzeug ^{während} weit hinaus muß, um die Leute auszubilden. Diejenigen, die nicht zum Fahren kommen, können sich nicht weiter bilden, können keine tüchtigen Fahrer werden und bleiben. Wir haben sehr viele Fahrer ^{in der letzten Zeit nicht mehr} aufkündigen müssen, weil wir das Geld ^{für Ausbildung in der praktischen Fahrt} zu Übungsfahrten ersparen wollten, und mit einer Massenausbildung ist nichts gebessert. Auf den Fahrten mit den Automobilen der Feuerwehr sind dann auch die erwähnten Sachen beför-

fördert, es sind auch 2 Feuerwehrleute dabei beteiligt gewesen, nämlich der Fahrlehrer und der Schüler, der weiter ausgebildet ^{nicht} ~~ist~~. Derartige Fahrten werden dauernd unternommen, ebenso nehmen an den Fahrten, die ich als Beauftragter des Staatsministeriums machen muß, immer 2 Beamte der Feuerwehr teil, nämlich der Fahrlehrer und der Weiter-auszubildende. Wenn ich nur bis Wolfenbüttel fahre, so würde das zur Übung zu wenig sein, deshalb werden weitere Strecken ausgesucht, und zwar in schwierigem Gelände, z.B. nach Lutter a. Barenberge. Dabei erkennt man, ob der Mann Übersicht hat und tüchtig ist. Es hat mich gefreut, daß wir die Fahrten für die armen Kinder, ^{die an} ~~aus~~ der Quäker-Speisung (mit 2 Kraftwagen ausführen ^{können} ~~konnten~~, das ^{teilnehmen,})

das ist eine Ausbildung, wie wir sie ~~uns~~ besser nicht denken können. Der Fahrer des Sanitätswagens muß eine ausgezeichnete Person sein. Es ist von Herrn Sauerbier früher einmal ausgeführt, daß das Fahrzeug ^{schlecht} ziemlich federt. Aber die schonende Behandlung der Kranken liegt nicht nur an der Federung des Wagens, sondern auch daran, wie der betreffende Fahrer fährt, und wenn der Fahrer nicht tadellos ausgebildet ist, dann kommen zu den harten Stößen, die durch schlechtes, unebenes Pflaster hervorgerufen werden, auch noch die, daß der Fahrer zu schnell anfährt, zu scharf bremst, die Übergänge von dem einen zum anderen ^{Gang} ~~Grade~~ zu scharf durchreißt. Es kann nicht jemand heute einen Lastwagen und morgen einen Sanitätswagen fahren, jedes hat seine

seine eigene Behandlung.

Nun wurde gesagt, wenn ich in die Landkreise führe, dann seien ~~ja~~ ^{diese} die Branddirektoren in den verschiedenen Kreisen überflüssig. Laut Gesetz über das Feuerlöschwesen vom Jahre 1874 ist für jeden Landkreis ein Kreisbranddirektor bestellt. ~~Die Regierung ernannt~~ ~~Der~~ Vorsitzende der Kreisbranddirektoren, ~~und dieser~~ ist mit dafür verantwortlich, daß das Feuerlöschwesen gehoben und gefördert wird. Wir tun das im Dienste der Allgemeinheit und fragen nicht, ob der ~~von~~ Brande betroffene Mann hoch oder niedrig steht, ob er arm oder reich ist und zu welcher politischen Partei er sich bekennt. Die Feuerwehr ist das Mädchen für alles, sie soll und will allen helfen, und deshalb muß

muß sie von allen Seiten geschützt und gefördert werden. Wir haben von Seiten der ^{Sind} Branddirektoren in den Jahren nach dem Kriege sehr viel Arbeit gehabt, um das Feuerwehrewesen in unserm Lande auf die Höhe zu bringen, wir sind darin immer noch im Werden begriffen und haben ^{noch} nicht das erreicht, was wir erreichen wollten. Die Kreisbranddirektoren in den einzelnen Landkreisen, die dieses Amt nebenamtlich versehen, müssen von mir in ihren Bestrebungen unterstützt werden. Ich werde im Auftrage des Staatsministeriums oder der Kreisdirektion immer wieder gebeten, in diesen Sachen mitzuarbeiten, zu helfen und schwierige Verhältnisse mit den in Frage kommenden Herren durchzuarbeiten, und nur deshalb

deshalb gehe ich nach auswärts.

Was das betrifft, daß die freiwillige Feuerwehr bei dem Brande der Jutespinnerei hindernd im Wege gestanden haben soll, so kann das ~~im~~ ^{in einem} ^{Falle} einzelnen wohl zutreffen, im allgemeinen ist mir das aber nicht bekannt geworden - bis auf einen Mann, das aber wohl auch sonst einmal vorkommen kann. Die Feuerwehr muß bei großen Bränden planmäßig verteilt werden. Damals war die freiwillige Feuerwehr ^{von mir} nicht alarmiert worden, sondern lediglich zufällig sind viele Mitglieder derselben nach der Brandstätte gekommen. Mir selbst hätte die Alarmierung obgelegen, aber bei den großen Aufgaben, die an mich herantraten, ist ^{von} es mir leider unter^{lassen}laufen, die freiwillige Feuerwehr zu alarmieren. Schließlich

Schließlich möchte ich noch um eins bitten:

Wenn über das Feuerlöschwesen in unserer Stadt Sie sich ein eingehendes und richtiges Urteil bilden wollen, dann möchte ich Sie dringend bitten, sich einmal die Einrichtungen unserer Feuerwehr anzusehen. Ich glaube, es sind noch viele unter Ihnen, die unsere Einrichtungen noch nicht in Augenschein genommen haben, daß Sie sich aber doch bei Inaugenscheinnahme unserer Einrichtungen sehr dafür interessieren werden und dabei auch sehen werden, in welche Schwierigkeiten man unter Umständen bei der Besetzung der Fahrzeuge gerät, auch was die Feuerwehr in ihren Werkstätten leistet und wie die Einrichtungen der Wehr funktionieren. Ich habe den dringenden

dringenden Wunsch, daß diese Vorlage, die seit 1904 immer wieder auf die Tagesordnung kommt, endlich einmal erledigt wird, daß man endlich um eine Kleinigkeit die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr erhöht und man nicht wieder nach einigen Jahren mit denselben Bitten an die Herrschaften herantreten muß. Daß die Forderung nicht erst neuerdings entstanden ist, sondern von dem Rate der Stadt seit länger eingehend begründet ist, daß diese Anträge in sämtlichen letzten Jahren immer wieder auf unseren Deputationssitzungen erschienen sind und die städtischen Körperschaften dem Geforderten schon einmal zugestimmt hatten, das habe ich schon ausgeführt.

Stadt v. J a h n s (Zur Geschäftsordnung): Nachdem durch den Herrn Branddirektor Aufklärungen gegeben worden sind und weitere Aufklärungen sich durch die Debatte ergeben haben, ziehe ich meinen Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zurück.

Der erste Antrag des Rates wird einstimmig angenommen (siehe Seite 12 dieses Berichts unter a)

Der zweite Antrag des Rats wird mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen

(siehe Seite 13 dieses Berichts unter b)

Der dritte Ratsantrag, betreffend eine zweite Brandmeisterstelle, wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen,

und ebenso der Antrag des Finanzausschusses auf Schaffung einer zweiten Feldwebelstelle.

2. Bewilligung von Mitteln für Entsendung von Schulkindern aufs Land.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Es dürfte allgemein bekannt sein, daß vor dem Kriege der Verein für Sommerpflegen jedes Jahr eine Anzahl kranker und erholungsbedürftiger Kinder zu einem mehrwöchigen Aufenthalt in den Harz geschickt hat. Während des Krieges war die Zahl der Kinder, die einen solchen Aufenthalt nötig hatten, bedeutend größer geworden und seit dem hat Herr Schulrat Dr. Appuhn die Sache in die Hand genommen.. Im vorigen Jahre sind im ganzen 742 Kinder hinausgeschickt worden, und zwar 380 Skrofelkranke in die Kinderheilanstalt ~~und~~ ⁱⁿ Bad Harzburg und Salzdetfurt, 159 erholungsbedürftige Kinder in die Harzferienkolonien Hahnenklee und Wolfshagen, 30 Lungenkranke Kinder in ein Walderholungsheim bei Stendal, 20 gesundheitlich gefährdete Kinder der hiesigen katholischen Schulen nach Salzgitter und Wohldenberg und

und außerdem 153 unterernährte schwächliche Knaben und Mädchen auf das Land. Der Kuraufenthalt der zuerst aufgeführten Kinder dauert je 4 Wochen, der Landaufenthalt der zuletzt aufgeführten mehrere Monate.

Die Kosten für Unterbringung all dieser Kinder sind immer nur sehr schwer aufzubringen gewesen, und in dem Schreiben, daß Herr Schulrat Dr. Appuhn an den Rat der Stadt gerichtet hat, wird geschildert unter welchen Schwierigkeiten im vorigen Jahre die nötige Summe von 257 600 M zusammen gekommen ist. 83 000 M hiervon sind zur Hälfte aus der Jüdelstiftung und zur anderen Hälfte durch städtischen Zuschuß gedeckt. Auch in diesem Jahre, wo sich die Gesundheitsverhältnisse noch nicht gebessert haben, sondern die Zahl der unterernährten Kinder sogar größer geworden ist, soll wieder eine Anzahl Kinder in Erholungsstätten versandt werden und die Kosten sind infolge der fürchterlichen Teuerung größer geworden. Während im vorigen Jahre das Pflegegeld für den vierwöchigen Kuraufenthalt eines Kindes in einem Solbade 375 M betrug schätzt

schätzt Herr Schulrat Dr. Appuhn den Betrag heute auf 650 M und die gleiche Summe ist für einen vierwöchigen Harzaufenthalt anzunehmen, sodaß aus städtischen Mitteln und denen der Jüdelstiftung ein Zuschuß von 150.000 M erbeten wird. Der Rat der Stadt beantragt, daß ~~der Betrag der Stadt und die Jüdelstiftung je zur Hälfte diese Summe aufbringen~~ ^{die Jüdelstiftung je zur Hälfte diese Summe aufbringen} Zu bemerken ist noch, daß die Auswahl der Kinder lediglich nach ihrer gesundheitlichen Bedürftigkeit im Zusammenwirken von Schulärzten, Schulpflegerinnen und Lehrern oder Lehrerinnen mit dem Wohlfahrtsamte vorgenommen wird und daß die Eltern der zu entsendenden Kinder zur Zahlung eines Zuschusses je nach ihrem ^{Gesamteinkommen} herangezogen werden, daß jedoch hierdurch leider nur etwa ein ^{sechste} ~~ein~~ Fünftel der entstandenen Kosten gedeckt werden. Es werden aber nicht etwa die Kinder bevorzugt, deren Eltern in der Lage sind, etwas zuschießen zu können, sondern es wird ausdrücklich in dem Schreiben des Herrn Schulrat betont, daß die Kinder bevorzugt werden, die es gesundheitlich am nötigsten

sten haben, und bei gleicher Erholungsbedürftigkeit das Kind unbemittelter Eltern den Vorzug erhält.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage befaßt. Er ist selbstverständlich dafür, daß diese Mittel bewilligt werden und ersucht Sie, durch mich, zuzustimmen, daß aus der Jüdelstiftung, Abteilung III, 75 000 M und aus städtischen Mitteln aus Kap. XXIV des nächstjährigen Voranschlags gleichfalls 75 000 M bewilligt werden.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e: Ich möchte mir die Frage erlauben, wie die Ergebnisse bei den Kindern gewesen sind, deren Versickung auf das Land hauptsächlich in die dortigen Familien stattgefunden hat. Ich glaube mich zu dieser Frage berechtigt, weil andere Städte damit kein gutes Resultat gehabt haben; mir ist z.B. bekannt, daß in Rostock auf Wunsch der Lehrerschaft diese Versickung von Kindern aufs Land aufgegeben worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Kinder zur Verrichtung von schwerer Arbeit in der Landwirtschaft und zur Bedienung der Fremden in den Sommerfrischen benutzt worden sind, was in jener Gegend, wo die Seebäder liegen, wohl eine größere Rolle spielen mag als bei uns. Wenn ich nach diesen Erfolgen in unserer Gegend frage, so weiß ich wohl, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Orten verschieden liegen, und will deshalb auch nicht gesagt haben, daß die Erfahrungen in unserer Gegend die gleichen ^{Wirkungen} sind wie dort, aber eine Aufklärung darüber scheint mir doch erwünscht.

Stadtrat S c h a p p e r: Meine Damen und Herren! Die Verschickung der Kinder auf das Land setzte während der Kriegszeit in größerem Umfang ein. Sie dauerte zuerst drei Wochen lang und wurde dann auf längere Zeit ausgedehnt, sodaß einige Kinder ein halbes Jahr lang draußen gewesen sind. Selbstverständlich sind die Erfolge bei den verschiedenen Kinderⁿ und an den verschiedenen Stellen ganz verschieden gewesen. Tatsächlich hat sich anfänglich auch in unserm Lande herausgestellt, daß die Kinder stark zu Arbeiten herangezogen sind, sodaß die körperliche Erholung zu kurz gekommen ist, aber allmählich hat sich das doch anders gestaltet. Ich glaube sagen zu können, daß jetzt nur noch solche Familien vom Lande Kinder aus der Stadt aufnehmen, die wirklich ein Herz für die Kinder haben und für ihre Erholung sorgen, aber nicht ihre Arbeitskräfte ausnutzen wollen. Es wird auch von der Schulleitung, die die Entsendung in der Hand haben, Wert darauf gelegt, daß kein Kind aufs Land genommen wird, weil es dort ländliche Arbeiten verrichten soll, sondern

der/nur, damit es einen Erholungsaufenthalt bekommt. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Kinder hier und da einmal kleine Verrichtungen mit versehen; es wäre ja ganz verkehrt, wenn man das ~~verlangen~~^{abheben} wollte. Soweit meine Kenntnis reicht, kann ich sagen, daß wir mit der Entsendung von Kindern aufs Land durchweg gute Erfahrungen gemacht haben. Ausnahmen kommen natürlich auch hier vor und sind vorgekommen, aber doch nur in seltenen Fällen. Wenn Nachricht nach hier kommt, daß die Kinder überanstrengt werden, wird die Sache untersucht, und wenn sich ergibt, daß die Nachricht zutrifft, wird das Kind weggenommen. Sehr viele Kinder werden ja so/wie/so nicht aufs Land geschickt, im vorigen Jahre waren es wohl 90, und nicht einmal so viel werden wohl in diesem Jahre ~~hinaus~~^{hinaus} kommen.

Stadtv. S t e g m a n n: Nach dem mir vorliegenden Schreiben des Herrn Schulrats Dr. Appuhn sind im vorigen Jahre im ganzen 153 Kinder aufs Land geschickt. Davon sind 90 vollständig frei aufgenommen, während für die übrigen 63 ein Pflegegeld von 4 M pro Tag und Kind bezahlt werden mußte. Mit Rücksicht auf die Teuerung wird dieser Zuschuß wohl auf 5 M erhöht werden müssen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Die Ausführungen meines Herrn Kollegen Schaper kann ich nach den mir gewordenen Mitteilungen des Städtischen Wohlfahrtsamts und des ~~städtischen~~ ^{Stadt=} Arztes nur bestätigen. Ich würde zweifellos von Klagen der Eltern, die mit ihrer berechtigten Kritik durchaus nicht zurückzuhalten pflegen, etwas erfahren haben, wenn sich Zustände herausgestellt hätten, wie sie Herr Dr. Schultze erwähnt hat. Ich glaube, die Herrschaften können in dieser Beziehung beruhigt sein. Diese Angelegenheit ist so sehr Herzenssache des Herr Schulrat Dr. Appuhn, daß er alles daransetzt, um durch Vertrauenspersonen in den einzelnen Orten die Zuverlässigkeit derjenigen zu überwachen, bei denen solche Kinder in Pflege gegeben werden.

Die zweimal 75 000 M werden bewilligt.

(Punkt 2).

3. Zuschuß an ein Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminar.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: Das Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminar von Fräulein Heyde ist bereits seit längeren Jahren von der Stadt mit Zuschüssen unterstützt worden. Fräulein Heyde hat auch in diesem Jahre wieder gebeten, ihr in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse, den Zuschuß der Stadt in der gleichen Höhe, wie er im letzten Jahre gewährt worden ist, nämlich 7 000 M., wieder zu gewähren. Der Zuschuß setzt sich zusammen aus 3200 M., die aus der 2. Abteilung der Luise Ottmerstiftung entnommen werden, und 3800 M. Zuschuß zu Lasten des Kapitels XXIV des Haushaltsplans. Der Rat hatte dann auch vorgeschlagen, diese 7000 M. zu bewilligen und die Finanzkommission hatte sich damit einverstanden erklärt, aber inzwischen hat Fräulein Heyde noch ~~nicht~~ einmal an den Rat geschrieben und gebeten, nachdem die

erneute

erneute Teuerung ^{welle} ~~welche~~ eingesetzt ^{haben} ~~hatte~~ und dadurch ihr Etat in einer Weise überschritten worden ^{sei} ~~ist~~, daß er hinfällig geworden ist, den Zuschuß von 7000 M auf 10 000 M zu erhöhen, wie auch der Staat schon eine Erhöhung seines Zuschusses zugesagt hat. ^{be} ~~hatte~~. Der Rat der Stadt hat sich heute morgen mit der weitergehenden Bitte befaßt und gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, der Erhöhung des Zuschusses ^{auf 10 000 M} von 7000 M ^{da-} ~~von~~ zuzustimmen. Der Schulausschuß hatte schon ^{da-} ~~von~~ gehört, daß dieser erneute Antrag vorlag, und hat in der Voraussetzung, daß der Rat der Stadt mit der Erhöhung des Zuschusses einverstanden sein würde, sich dafür ausgesprochen, daß die Summe von 10 000 M bewilligt wird. Ich bitte die Stadtverordneten sich dieser Stellungnahme des Ausschusses anzuschließen.

- 100 -

Der beantragte Zuschuß wird bewilligt.

(Punkt 3).

4. Antrag Nessenius auf Einrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder am Löwenwall.

Stadtv. E f f n e r: Bei diesem Punkte der Tagesordnung haben wir uns mit einem Antrage des Herrn Nessenius zu beschäftigen, der folgendermaßen lautet: „Liegt es im Bereiche der Möglichkeit für den Rat der Stadt, auf dem Löwenwall an der Seite der Oker die Fahrstraße zu sperren und für die Sommerzeit einige große Sandkästen aufzustellen zum Tumeln für unsere kleinsten Mitbürger, dann wären die dafür notwendigen Mittel im Interesse des Volkswohls gut angelegt. Der Sand kann im Winter dann zum Bestreuen der Straße benutzt werden.“ Meine Damen und Herren! Dieser Antrag im Interesse des Volkswohls ist wohl zu verstehen, und bei der Besprechung des Antrags im Bauausschuß ^{waren} ~~wollen~~ wir uns darin einigen, daß etwas für die heranwachsende Jugend getan werden muß. Es ist vom Herrn Antragssteller der Wunsch verlautet worden, daß hier in erster Linie für die Kleinsten unter den Kindern etwas geschieht, und zwar insofern, als auf dem

Löwenwall

Löwenwall eine vor Wagenverkehr gesicherte Stelle geschaffen und Sandkästen aufgestellt werden, damit sich die Kinder im Freien tummeln können. Leider liegt der Löwenwall nicht im Verfügungsbereich der städtischen Behörden, es kommt hierfür in erster Linie das Staatsministerium in Frage. Der Bauausschuß bittet deshalb die Versammlung, zu beschließen, daß der Rat ersucht wird, geeignete Schritte beim Staatsministerium zu unternehmen, damit dem Wunsche des Herrn Antragstellers genügt wird. Ich bitte Sie, in diesem Sinne beschließen zu wollen.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen.

(Punkt 4).

5. Abschließung eines Erbbaupachtvertrages über ein Grundstück am Lämmchenteich.

Stadtv. N e s s e n i u s: Meine Damen und Herren! Bei diesem Punkt der Tagesordnung handelt es sich um die Abschließung eines Erbbaupachtbertrages auf ein städtisches Grundstück, die Parzelle 160 am Lämmchenteich. Der Landwirt Clahes wollte seiner Zeit diese Stelle käuflich erwerben, aber die Stadt übte ihr Vorkaufsrecht aus und kaufte das Grundstück selbst. Nun ist Herr Clahes an die Stadt herantreten, ihm zur Erweiterung seines landwirtschaftlichen Betriebs diese Parzelle im Erbbaupachtwege zu überlassen, da die Bahnbauten demnächst das Abreißen seines Anwesens erforderlich machen. Der Rat der Stadt ist auf den Antrag eingegangen und hat unter Voraussetzung der Zustimmung der Stadtverordneten einen notariellen Erbbaupachtvertrag mit Herrn Clahes abgeschlossen. Der Pachtzins ist in der Weise berechnet, daß vom 1. April d. Js. bis zum 31. März 1942 für das qm 10 Pfennig bezahlt werden sollen, in den folgenden 30 Jahren 15

Pfennig

Pfennig und von da ab bis zum Ablauf des Erbbau-
pachtvertrages 20 Pfennig für das qm. Die Baukommis-
sion ersucht die Stadtverordnetenversammlung durch
mich, zu diesem Vertrage, der nach allen rechtlichen
Grundsätzen aufgestellt ist, ihre Zustimmung zu er-
teilen.

Der abgeschlossene Erbbaupachtvertrag wird von der
Versammlung genehmigt.

(Punkte 5)

6. Niederlegung des Stadtverordnetenmandats durch den -
Stadtverordneten Schmidt.

Stadtv. M ä d g e: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich darum, daß Herr Stadtverordneter Schmidt die Bitte ausgesprochen hat, sein Stadtverordnetenmandat niederlegen zu dürfen, da er durch sein Geschäft zu stark in Anspruch genommen wird. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und hat keine prinzipiellen Bedenken dagegen einzuwenden, daß dem Wunsche des Herrn Schmidt entsprochen wird; es sind auch noch genügend Anwärter auf der betreffenden Liste vorhanden. Ich habe deshalb namens des Rechtsausschusses zu beantragen, daß dem Wunsche des Herrn Schmidt entsprochen wird und der nächste Listen/nach/folger an seine Stelle tritt.

Die Versammlung nimmt den Antrag des Rechtsausschusses an. nkt 6).

7. Erhöhung der Zuschüsse für den Verein der Gesundheitspflege.

Stadtv. Frau G ö t z e: Der Verein für Gesundheitspflege im Herzogtum Braunschweig, dessen segensreiche Tätigkeit für das Allgemeinwohl und die gesundheitlichen Verhältnisse im Lande Braunschweig zu bekannt sind, als daß ich sie hier besonders hervorzuheben brauchte, hat, wie Ihnen wohl auch bekannt ist, schon immer einen Zuschuß aus städtischen Mitteln bekommen, und zwar zuletzt in Höhe von 2750 M für den Verein selbst und 6750 M für die Tuberkulosenfürsorgestelle, die ein ganz besonders wichtiger Punkt seiner Arbeit ist und die Stadt von der Pflicht entlastet, selber eine solche Fürsorgestelle zu gründen. Aus dem Voranschlag des Vereins geht hervor, daß sich im nächsten Jahre ein Gesamtfehlbetrag von 32 000 M ergeben wird, und daß hiervon für die Fürsorgestelle 24 000 M und für den Verein selbst 8 000 M in Rechnung zu stellen sind.

Der Verein bitte⁴, daß dieser Fehlbetrag ihm wie in früheren Jahren zu gleichen Teilen von Staat und Stadt zugeschossen wird, sodaß auf die Stadt ein Zuschuß von insgesamt **16000 M** fallen würde. Der Rat kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß der Verein ein sehr wichtiges Moment für das Gesundheitswesen der Stadt darstellt, und beantragt, dem Wunsche des Vereins nachzukommen, indem der Zuschuß für den Verein selbst von 2750 M auf 4000 M und für die Tuberkulosenfürsorgestelle von 6750 M auf 12 000 M erhöht wird. Der Finanzausschuß hat sich vollkommen auf den Standpunkt des Rats gestellt und schlägt vor, den Zuschuß in der angegebenen Höhe zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanzausschusses zu.

(Rückst 7)

8. Erhöhung des Beitrags für den Deutschen-Verein für
öffentliche und private Fürsorge.

Stadtv. S t e i n e r t: Meine Damen und Herren
Der Deutsche Verein für öffentliche und private Für-
sorge hat sich an seine Mitgliederstädte gewandt mit
dem Ersuchen auch für diesen Verein die bisher ge-
zahlten Beiträge zu erhöhen, und zwar aus dem heute
überall bekannten Grunde, daß er mit den bisherigen
Mitgliederbeiträgen nicht mehr auskommen kann. Der er-
weiterte Ausschuß des Vereins hat sich mit dieser
Frage befaßt und gibt den Mitgliedsstädten anheim, den
Beitrag/^{so}zu bemessen, daß für je 1000 Einwohner ein
Satz von 10 M berechnet werden soll, ein Jahresbeitrag
aber nicht unter 100 M betragen soll. Der Verein über-
nimmt als Gegenleistung die kostenlose Lieferung des
„Nachrichtendienstes für das Städtische Fürsorgewesen“.
Dieser Nachrichtendienst soll so ausgebaut werden,
daß er laufend Nachrichten über die praktische Durch-
führung der verschiedenen Zweige der Fürsorge in gro-

Bem

Bei Städte, Mittelstädte, kleine Städte und ländlichen Verhältnisse bringt. Auch stellt der Vorstand des Vereins sich zur Auskunftserteilung und Vermittlung von Auskünften zur Verfügung und ~~stellt~~^{gibt} anheim, ~~in ihr~~^{ihnen} ~~sämtliche Fragen~~ zu gutachtlichen Äußerungen heranzuziehen. Schließlich gibt der Vorstand bekannt, daß der ^{an}Vorschlag auf 470 000 M berechnet ist, wovon durch Beiträge der Ministerien des Reichs und der Länder 150 000 M aufkommen und 120 000 M aus einem regelmäßig außerordentlichen Beitrage des Instituts für Gemeinwohl in Frankfurt am Main, während der Restbetrag von den angeschlossenen Verein~~en~~ getragen werden muß. Die Stadt Braunschweig hat bisher 150 M Beitrag gezahlt und soll in Zukunft 1500 M entrichten. - Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage der Erhöhung des Beitrags eingehend befaßt und schlägt vor, dem Antrage des Rats zuzustimmen, dem Verein in Zukunft den erhöhten Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e: Ich möchte bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Tagungen des Vereins seitens des Rats der Stadt nach Möglichkeit ~~beschränkt~~ ^{schick} werden. Ich habe im vorigen Jahre die Tagung mitgemacht und kann mitteilen, daß die Verhandlungen hoch ~~interessant~~ ^{für} waren. Ich würde es ~~als~~ ^{als} außerordentlich erwünscht halten, daß seitens des Wohlfahrtsamts ein Vertreter zu diesen Tagungen, bei denen sehr wichtige Sachen besprochen werden, entsandt wird.

Die Erhöhung der Beitragszahlung für den genannten Verein wird genehmigt.

(Punkt 8)

9. Antrag Regener, betreffend Niederherabsetzung
des Preises für städtischen Gaskoks.

Nachlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den von der Verwaltungsdeputation willkürlich festgesetzten Preis für Gaskoks für alle Sorten um 4 Mark herabzusetzen.“

Stadtverordneter R e g e n e r (zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Das Wort „willkürlich“ in meinem Antrage soll sich weniger darauf beziehen, daß ich der Verwaltungsdeputation die Kompetenz für die Preiserhöhung nach dem Beschlusse, den Sie ja mit Hilfe der Rechtssozialisten gefaßt haben, absprechen ~~we~~ will, daß mir das Befinden dieser Zahl als ein willkürliches erscheint. Wenn Sie sich die damaligen Verhandlungen vergegenwärtigen, so werden Sie sich erinnern, daß ich bei der Beratung der Einführung einer gleitenden Skala für den Gaspreis gesagt habe, es werde geflissentlich darauf hingearbeitet, die Einnahmeziffern des Gaswerks so niedrig als möglich

er-

erscheinen zu lassen, um einen anständigen Gaspreis herauszuschinden, und das wurde bestritten. Man ging darüber hinweg, ich aber sprach die Befürchtung aus, daß, sobald der Rat die Gaslichte in Trocknen habe und die ganze Materie aus dem Forum der Öffentlichkeit hinausgebracht sei in das Forum der Dunkelkammer, die Deputation sich die Tausende an Mehreinnahme aus den Koksverkauf schnell zuführen lassen würde. Die Herren waren denn auch nicht prüde. Es war kaum ein Tag verstrichen, so setzte sich der Rat mit der Deputation zusammen und erhöhte den Kokspreis für den übernächsten Tag um 30%. Wenn ich mich der Fäpörung er-
innere, als von jener Seite gesagt wurde: „Herr Regener will die Kokspreise erhöhen, und wir sind dafür, daß der Koks für die kleinen Leute billiger abgegeben wird!“ dann verstehe ich nicht, daß dieselben Leute, die so sprachen, die Hand dazu geboten haben, den Kokspreis um 25 - 30% zu erhöhen. Jetzt ist er abermals um ein ganz enormes erhöht worden, und deshalb will ich rei-

nen

nen Antrag dahin rektifizieren, daß ich nicht beantrage, den Kokspreis um 4 Mark für alle Sorten herabzusetzen, sondern um 8 Mark, da inzwischen nochmals eine Verteuerung um 7 und 8 Mark vorgenommen worden ist. Wir hatten damals einen Kokspreis von 32 Mark, nunmehr ist er heraufgeschneit auf 50 Mark, ist also innerhalb weniger Wochen um ein Immenses gestiegen. Ich kann es nicht verstehen, daß damals von der Seite her (zu den Rechtssozialisten gerichtet) die Zustimmung zu der Ratsvorlage erteilt wurde, weil ich die Gefahr voraussah. Ich kenne unseren Rat der Stadt; er hat nach diesem Beschlusse eine bequeme Einnahmequelle und kann die Geschichte jetzt mit dem Ausschuß allein beraten. Ich möchte fast behaupten, er hat garnicht das Recht dazu, denn wir haben wohl beschlossen, eine gleitende Skala für die Gaspreise anzunehmen, nicht aber hat in der Vorlage gestanden, daß die Kokspreise von der Deputation selbständig festgesetzt werden können, sondern im Gegenteil hat das Betriebsamt darüber gesagt: „Wir dürfen keine er-

erhöhten Preise für Koks nehmen, sonst werden wir ihn nicht los." Das sagte er, um uns zu überzeugen, daß die Erhöhung der Gaspreise anzunehmen sei; das war die Tendenz bei der ganzen Geschichte. Nachdem die Einführung der gleitenden Skala geglückt ist und damit eine Erhöhung des Gaspreises sicher ist, kommt der Rat und erhöht jede Woche die Kokspreise um ein ganz enormes. Wer sich von der Völkerschlacht um die Bestellung des Gaskokes hier im Rathause überzeugt hat, der wird zugeben, daß das recht ist, was ich sage. Auf dem Gaswerk selbst schlagen sich die Leute um den Gaskoks und so haben sie sich auch hier im Rathause um die Kokszettel geschlagen. Es soll versucht werden, aus dem Gaswerk enorme Überschüsse herauszuwirtschaften, und das ist nicht gerechtfertigt, wenn ich auch zugestehen will, daß das Werk reüssieren muß und aus den Betriebseinnahmen die Kosten für die Reparaturen herausgeholt werden müssen. Es wird aber versucht, durch Abschreibung auf 15 Jahre hin einen ungesunden Zustand herbeizuführen, und der Herr

Ober-

Oberbürgermeister ging so weit, daß er sagte: „Wie bald ist die Geschichte verschmort, wenn wir den neuen Hafen kriegen und ein neues Gaswerk in der Nähe des Hafens aufbauen müssen“ - da sollen die Gas- und Kokskonsumenten schon jetzt die ganze Sache bezahlen. Ein derartiger geschäftlicher Grundsatz ist natürlich nicht angängig, und deshalb ersuche ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen. Damals wurde mir und meinen Freunden von unserer rechten Seite her zugerufen: „Die Unabhängigen sind für eine Kokspreis-erhöhung!“ O nein, so liegt die Sache nicht. Die übrigen Herrschaften mit Ausnahme derjenigen, die ein rechtssozialistisch versti-pu-lier-tes Gehirn haben, (Heiterkeit) haben mich auch so verstanden, daß ich die Kokspreise als zu niedrig in die Berechnung des Betriebsamts eingesetzt bezeichnet habe und zwar zugunsten der aufgestellten Berechnung für Erhöhung des Gaspreises. Oder haben Sie das nicht verstanden, Mutter Schulzen? Ich habe es doch klipp und klar so gesagt, daß dieser Kokspreis unter allen Umständen

den

den Gaskonsumenten zugute kommen müßte. Aber Sie von der Rechtssozialistischen Partei werden Ihren Lohn für Ihre Stellungnahme wie auch weiland Karl Legien seinen Lohn bekommen hat von Georg Stinnes. So wird der Herr Oberbürgermeister, wenn der erste städtische Dampfer den neuen Mittellandkanal befährt ihn den stolzen Namen „Heinrich Jasper“ geben. Ein solcher Dampfer wird nötig werden, um die Überschüsse von dem Gaswerk abzuführen. Ich möchte Sie ersuchen, zu beschließen, daß wir von den neuen Kokapreisen generell 8 Mark absetzen. Wir machen auch dabei noch glänzende Geschäfte, und ich sehe nicht ein, daß Sie nicht der Anregung der Rechtssozialisten Folge geben sollten, der ärmeren Bevölkerung der Stadt billigen Koks zu verschaffen.

Der V o r s i t z e n d e läßt über die von dem Antragsteller gewünschte dringliche Behandlung seines Antrages abstimmen. Es melden sich 11 Stadtverordnete für die dringliche Behandlung. Da nicht zu erkennen ist, ob Stadtverordnete Fräulein W o l t e r s den Arm bei der Stimmenabgabe gegen die Dringlichkeit erhoben hat oder nicht, bittet sie der Vorsitzende, den Arm deutlich zu heben oder zu senken. Bei der Gelegenheit nimmt Herr Stadtv. J a h n s seinen Platz, den er verlassen hatte, wieder ein. Es ergibt sich, daß ^{11 Stimmen für und} 12 Stimmen gegen die dringliche Behandlung abgegeben ~~11~~ sind. Der Vorsitzende verkündet demgemäß, daß die dringliche Behandlung des Antrages von der Versammlung abgelehnt ist.

Stadtv. L e h n e r t (zur Geschäftsführung):
Verehrte Anwesende ! Eine solche Geschäftsführung, wie
sie eben vorgenommen wurde, ist mir in meinem ganzen
langen Leben, wo ich im Partei-, Gewerkschafts- und
parlamentarischen Leben stehe, noch nicht vorgekommen.
Ich habe noch nicht erlebt, daß man die einzelnen
Abgeordneten bei der Abstimmung dirigiert und auf
ihren Platz ruft. Gegen eine solche Vergewaltigung
der Abstimmung erhebe ich im Namen meiner Partei
Protest. (Allgemeine Unruhe, Glocke des Vorsitzenden)

V o r s i t z e n d e r : Ich verbitte mir eine derartige Einrede in meine Geschäftsführung. (Zurufe und Unruhe) Ich habe niemanden bei der Abstimmung dirigiert; ich verbitte mir eine solche Unterstellung. (Fortgesetzte Unruhe)

Zuruf L e h n e r t : Sie sind kein unparteilicher Vorsitzender mehr !

V o r s i t z e n d e r : Die Leitung der Abstimmung ist durchaus unparteilich geführt. (Wiederholte Zurufe und fortgesetzte Unruhe) Reden Sie, was Sie wollen; ich habe niemanden dirigiert und auch niemand hereinrufen lassen.

Zurufe: Fräulein W o l t e r s hat überhaupt nicht
ge-

gestimmt, sie ist erst durch Sie dazu veranlaßt. -
Vergewaltigung der Abstimmung !

V o r s i t z e n d e r : Ich habe von Fräulein Wol-
ters ~~nur ein~~ ^{Klan Abstimmung} Heben oder Senken des Armes verlangt.
Selbstverständlich nehme ich für mich das Recht in
Anspruch, zu fragen, ob sich jemand meldet oder nicht.-
Ich kann ja aber noch einmal abstimmen lassen.
(Zuruf: Dagegen erheben wir Protest !)

Der V o r s i t z e n d e weist Stadtverordnete
aus der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die zur
Geschäftsordnung sprechen wollen (offenbar im Gegen-
satz zu den Äußerungen von der linken Seite des Hau-
ses) ab und beendet den Zwischenfall mit den Worten:

Der Antrag auf dringliche Behandlung ist abge-
lehnt. Ich überweise den Antrag des Herrn Regener

der

der Finanzkommission zur Vorberatung.

10. Neuwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat
der Straßeneisenbahngesellschaft.

Stadt^{St.} R ö p k e: Im Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft wird eine Stelle durch das Ausscheiden des Herrn M a r t h frei; seine Amtszeit läuft ab und am 5. Mai hat eine Neuwahl stattzufinden. Der Rat der Stadt teilt uns dieses mit und bittet die Stadtverordnetenversammlung, ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung für die Wahl in den Aufsichtsrat namhaft zu machen. Der Rechtsausschuß hat die Frage erörtert und empfiehlt die Wiederwahl des Herrn Marth.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann war eben bei mir und äußerte die Ansicht, daß für dringliche Behandlung eines Antrages nur 9 Stimmen abzugeben nötig sei. Das ist eine Verwechslung; die Sache liegt folgendermaßen:

Wenn eine Anfrage besprochen werden soll, sind 9 Stimmen nötig, um einen Antrag dafür zur Geltung zu bringen.

Soll ein selbständiger Antrag gestellt werden, so muß er die ^{*Unterschrift*}~~Unterschrift~~ von 6 Stadtverordneten tragen.

Soll aber die Dringlichkeit eines Antrages beschlossen werden, dann muß die Mehrheit der Versammlung dafür sein.

Die Notwendigkeit der 9 Stimmen gilt also für den Fall, daß eine Anfrage besprochen werden soll, nicht aber ~~1~~ für den Beschluß der dringlichen Behandlung eines Antrages. Das wird leicht miteinander verwechselt.

Wer

Wer für die Wiederwahl des Herrn M a r t h in den
Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft ist,
den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht)
Der Antrag des Rechtsausschusses ist angenommen.

11. Instandsetzung und Vermietung von Räumen
im städtischen Hause Hagenmarkt 4.

Stadt v. P i e p e r: Der Bund Braunschweiger Künstler und Kunstfreunde hat sich schon vor längerer Zeit mit der Bitte an den Rat der Stadt gewandt, ihm einige Zimmer zur Pflege der Kunst usw. zu überlassen. Zuerst hatte er gebeten, ob er nicht im Altstadtrathause ein Zimmer bekommen könne, aber das hat sich als zu klein erwiesen. Nach längerem Suchen hat man gefunden, daß in dem früher Huchschen Hause am Hagenmarkte die Spiegel-Galerie und noch zwei Zimmer, die daran grenzen, aber zu Büroräumen nicht benutzt werden können, da sie das Licht von der Spiegel-Galerie aus durch Glastüren erhalten, den Zwecken des Bundes entsprechen würde. Der Rat beantragt nun, die beiden Zimmer und die Spiegel-Galerie dem Bunde mietweise zu dem jährlichen Miet^Apreise von 600 Mark zu überlassen. Selbstverständlich soll dabei Feuerung und Licht von dem Bund selbst bezahlt werden.

Es

Es ist aber notwendig, daß die Räume vor ihrer Abgabe einer Renovierung unterzogen werden, und das bedarf einem Kostenaufwande von 18 000 Mark. Die Decken sind beschädigt, die Fenster haben eine gründliche Renovierung nötig und ähnliches. In der Ratsvorlage sind dafür 25 000 Mark gefordert, da anzunehmen ist, daß die 18 000 Mark, die im Kostenanschlage vom 30. November v.J. errechnet sind, nicht reichen werden. Der Bauausschuß hat sich aber davon überzeugt, daß die Sache für 18 000 Mark herzustellen ist, noch dazu, da der Bund der Künstler und Kunstfreunde bei der Instandsetzung der Räume mit tätig sein will. Es sind u.a. Malereien aus dem 18. Jahrhundert vorhanden, die der Bund durch seine Mitglieder selbst renovieren lassen will. Der Bauausschuß empfiehlt einstimmig Annahme des Ratsantrages: Vermietung zu 600 Mark und Bewilligung von 18 000 Mark für Instandsetzung.

Stadtv. S a u e r b i e r : Es ist jedenfalls zu begrüßen, wenn von der Stadt einer Kunstvereinigung Räume für ihre Zwecke zugänglich gemacht werden. In diesem Falle aber liegt die Sache so, daß sich in diesem Gebäudeteil die Wohnung des Markthallen-Inspektors und noch eines Beamten befindet. Wenn diese Räume vermietet werden, dann wird es wohl vorkommen, daß Musik-Übungen oder Musik-Aufführungen in ihnen veranstaltet werden, und es ist eine eigene Sache, den dort wohnenden städtischen Beamten zuzumuten, diese Überleien usw. abends und nachts mit anzuhören zu sollen und keine Ruhe in ihrer Wohnung zu finden. Es kommt hinzu, daß in dem Falle, daß dem Bunde die Schenkfreiheit zugestanden werden soll, es nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß Unruhe und Feuergefahr für das Haus entsteht. Es ist zu bedenken, daß Herr Marktinspektor Seelenmeyer häufig Gelder in Beträge von 50 - 80 000 Mark aufgenommen hat, die er nicht mehr an dem betreffenden Tage bei der Stadtkasse abliefern kann.

In

In seiner Wohnung hat er keine Räumlichkeiten, um solches Geld feuersicher zu verwahren, und man könnte darüber zweifelhaft sein, wer die Bürgschaft für dieses Geld zu übernehmen hat. Ich möchte es deshalb dahingestellt sein lassen, ob wir nicht beschließen müssen, den Antrage auf Überlassung dieser Räume an den Bund der Künstler und Kunstfreunde die Zustimmung zu verweigern.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es handelt sich in diesem Falle um einen Kunstverein, der sich nicht bloß mit Musikaufführungen beschäftigt, sondern es gehören diesem Bunde auch Maler und Schriftsteller an. Die Herrschaften gedenken in diesen Räumen auch Gemälde zur Ausstellung zu bringen und sie so der breiten Öffentlichkeit vorzuführen; sie werden also nicht jeden Abend ^{sondern} musikalische Veranstaltungen treffen. Ich bin neulich ~~in den~~ Bund^{en} eingeladen worden, um dabei einen Einblick in das Leben und Treiben desselben zu gewinnen. Es handelt sich wohl nur alle Monat einmal um Musikaufführungen, und bis in die Nacht hinein werden sie auch nicht musizieren. Es handelt sich bei diesem Bunde tatsächlich nur um durchaus zu fördernde Kunst, und so möchte ich bitten, dem Antrage des Rates doch zuzustimmen. Selbstverständlich kann es nicht an-gehen, daß in diesen Räumen eine Schenkwirtschaft eröffnet wird, und soweit ich weiß, legt der Bund auch gar keinen Wert darauf. Jedenfalls würde das von uns nicht

nicht gebilligt werden. Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß Herrn Marktinspektor Seelemeyer für Aufbewahrung von Geldsummen ein feuersicherer Geldschrank zur Verfügung steht, der nicht in dem Vorder-
hause aufgestellt ist, sondern im Büro der Markthalle. Also auch in der Beziehung würde irgend welche Besorgnis nicht vorliegen.

Dem Antrage des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu. (Punkt 11)

12. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse für
1920/21.

Stadtverordn. S a u e r b i e r : Keine Damen und Herren! Ihnen allen ist wohl die Drucksaute zugegangen, die diesen Punkt der Tagesordnung behandelt, und mit der die vorläufigen Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse und der neben dieser Kasse bis zum 31. März 1921 unterhaltenen selbstständigen Kassen für das Rechnungsjahr 1920/21 zur Kenntnisnahme und Prüfung der Stadtverordnetenversammlung überreicht werden. Es ist gleich darauf hingewiesen, daß die nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellten Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnungen der verbenden Unternehmungen den Stadtverordneten schon früher vorgelegt sind.

- I. Gegenüber einem anrechenbaren Fehlbetrag von 1 128 000 M beträgt der wirkliche Fehlbetrag der Kammereikasse 3 202 587,62 M. Denn verglichen 6 895 435,42 M Mehreinnahmen erzielt sind -

35 265 135,42 M anstatt der veranschlagten
28 366 700,-- M - so ist doch auch die veranschlagte Ausgabe zu 29 494 700 M um 8 973 023,04 M überschritten; sie betrug 38 467 723,04 M. Der sich nach Absatz der Mehreinnahme von der Mehrausgabe ergebende Fehlbetrag von 2 074 587,62 M ergibt daher zusammen mit dem anschlagsmäßigen Fehlbetrage von 1 128 000 M den wirklichen Fehlbetrag von 3 202 587,62^k M.

Die wesentlichen Abweichungen, die in fast allen Kapiteln die wirklichen Einnahmen und Ausgaben von den Ansätzen des Voranschlages zeigen, sind in der Übersicht im einzelnen näher begründet.

Der Fehlbetrag würde rund 1 920 000 M weniger betragen, wenn nicht der Fehlbetrag der Rechnung der Kammereikasse im Jahre 1919/20 (307 793,37 M) in die vorliegende Rechnung (Kap. XIV S. 39) übertragen und außerdem der im Voranschlage ausgeworfene Zuschuß des Staates zu den Kosten der Bürgerschulen um 1 612 012,25 M hinter der eingestellten

Summe

- 146 -
- 199 -

Summe zurückgeblieben wäre. Was von dieser Summe noch eingehen wird, ist noch ungewiß, da die Abrechnung mit der Landesschulkasse, aus der bekanntlich die Gehälter und Ruhegehälter der Lehrkräfte der Bürgerschulen vom 1. Oktober 1921 an gezahlt sind, noch nicht vorliegt. Die Stadt hat zu diesen vom Staate übernommenen Leistungen 40 % zuzuschließen, sie darf aber andererseits erwarten, daß ihr ein namhafter Teil des vom Landtage zur Verfügung gestellten Unterstützungsfonds¹¹ zuteil wird.

Der in üblicher Form aufgestellten Nachweisung ist eine Zusammenstellung der Abweichungen der wirklichen Einnahmen und Ausgaben des Ordinarius der Kammereikasse von den Zahlen des Voranschlages und ferner eine Übersicht der bei den einzelnen Abteilungen erzielten Überschüsse und geleisteten Mehrausgaben (Gewinn- und Verlustrechnung) beigefügt.

Das

Das Extraordinarium, dem im Jahre 1920/21 der Erlös der zum Kurse von 98 % aufgenommenen 8 000 000 M = Anleihe (mit 7 840 000 M) und daneben der Bestand des Ausgleichsfonds mit 1 112 459,03 M überwiesen wurde, wies am 31. März 1921 nur noch einen Fehlbetrag von 568 318,71 M auf. Da ihm inzwischen auch der nach Deckung der vorschüssig verrechneten Familienunterstützungen verbliebene Restbetrag der vom Reiche gewährleisteten Anleihe von rund 19 000 000 M zugeflossen ist, so wird der obengedachte Fehlbetrag des Ordinariums von 3 202 587,62 M für das Mal beim Extraordinarium in Ausgabe gestellt werden können. Dabei aber wird nicht übersehen werden dürfen, daß es auf die Dauer nicht anständig sein würde, etwaige Fehlbeträge der laufenden Rechnung beim Extraordinarium zu verbuchen, d. h. sie durch Anleihen zu decken. Nur der Umstand, daß das Reich im Begriff ist,

durch

durch Änderung des Landessteuergesetzes die Notlage der Gewerben zu mildern und ihnen die Wiederherstellung geordneter Finanzverhältnisse zu ermöglichen, läßt es nach Ansicht des Rates zu, einstweilen beim Extraordinarium einen Fehlbetrag zu verbuchen, der früher aus dem Ausgleichsfonds gedeckt wurde. Sollten aber die Stadtverordneten diese Maßnahme nicht billigen, so würde nichts anderes übrig bleiben, als die Mehrausgabe auf neue Rechnung zu übertragen. Das würde, da auch die Rechnung für 1921/22 jedenfalls mit einem Fehlbetrag abschließen wird, die Folge haben, daß im Jahre 1922/23 auf eine um so kräftigere Steigerung der Realsteuern Bedacht genommen werden müßte. Daß diese Steuern steigen werden, unterliegt bei den fortwährenden Steigen der Ausgaben n. B. keinem Zweifel. Aber da zur Zeit noch nicht einmal feststeht, wie hoch sich der Anteil der

Stadt

Stadt an der Reichseinkommensteuer des Jahres 1920/21 belaufen wird, so läßt sich der wirkliche Bedarf an Realsteuern augenblicklich auch nicht schätzungsweise ermitteln. Aus allen diesen Gründen gibt der Rat der Stadt anheim:

für das Mal der Verrechnung des Fehlbetrages des Ordinariums beim Extraordinarium zustimmen zu wollen.

II. Die in den Rechnungen der selbständigen Kassen nachgewiesenen kassenmäßigen Überschüsse und Fehlbeträge sind für das Mai noch auf neue Rechnung übertragen; vom 1. April v. Js. an werden sie infolge der Änderung des Haushaltsplanes nicht mehr gesondert geführt, sondern als Kassen-vorrat bzw. Fehlbetrag in der nunmehr einheitlichen Haushaltsrechnung erscheinen.

III. Den Rechnungsabschlüssen ist eine Nachweisung über die Beteiligung der Stadt an der Rechnung-

von

von Kriegsanleihen beigelegt; letztere sind, soweit sie nicht dem Stammvermögen der Kämmererkasse und des Kreiskommunalverbandes einverleibt sind (rund 402 000 M) inzwischen bis auf die einstweilen beibehaltenen 1 000 000 M $4 \frac{1}{2}$ %ige Schatzanweisungen der IV. Kriegsanleihe abgestoßen.

IV. Endlich wird den Stadtverordneten neben den Kassenabschlüssen auch eine Übersicht über die bis jetzt erzielten Ergebnisse der Kriegswirtschaftsgeschäfte überreicht, aus der sich ergibt, daß einer Einnahme von 105 391 270,83 M eine Ausgabe von 103 366 511 M 38 ¢ gegenübersteht. Der danach erzielte Überschuß von 2 024 759,48 M ist insofern nur ein scheinbarer, als die erheblichen Personalkosten und der bei weitem größte Teil der sachlichen Ausgaben in dieser Nachweisung nicht enthalten sind. Diese Kosten sind in den Jahresrech-

nungen

nungen der Kämmererkasse verbucht, da die Verteilung der Personalkosten (zuzal bei dem häufigen Wechsel der Beamten und Angestellten) und der Kosten für Drucksachen (Brotkarten pp.) und Bekanntmachungen (hierfür sind im Jahre 1920/21 rund 682 500 M ausgegeben) auf die einzelnen Geschäfte ebenso zeitraubend wie zwecklos gewesen wäre; denn eine Bemessung der Verkaufspreise in der Weise, daß alle Kosten gedeckt wurden, war in der Regel nicht möglich. Die genaue Ermittlung und Verteilung der Verwaltungskosten auf die einzelnen Geschäftszweige hatte aber auch insofern nur geringe Bedeutung, als es sich um vorübergehend unterhaltene Betriebe handelte.

Daß sich bei Einstellung der fr. Kosten in die Rechnung ein Fehlbetrag ergeben würde, unterliegt keinem Zweifel.

Der Rat gibt darnach anheim,

1/ die vorgekommenen Überschreitungen der

Aus-

Ausgabenposten des Voranschlages, soweit sie nicht auf Nachbewilligungen beruhen, für gerechtfertigt zu erklären und

- 2/ die Rechnung vorbehaltlich ihrer Prüfung durch das Rechnungsbüro genehmigen zu wollen.

Meine Damen und Herren! Wenn man die einzelnen Rechnungsbuchschlüsse unter Berücksichtigung der ungeheueren Wertveränderung der Mark' gegenüber dem Vorjahre überschaut, dann überkommt einen das Gefühl der stillen Freude, daß wir über diese schwere Zeit „mit einem blauen Auge“ hinweggekommen sind, und diese Empfindung hat man besonders dann, wenn man die Zahlen über die Lasten der benachbarten Großstädte vornimmt und deren Fehlbeträge mit den unsrigen vergleicht. Zu danken ist dies den vor-
sichtigen Finanzgehabten des Rats der Stadt, und ich glaube ^{mit} Ihnen im Einklangstunde zu sein, wenn ich unsere Anerkennung und Freude darüber

Ansdruck

Ausdruck gebe.

Im Namen des Finanzausschusses habe ich zu empfehlen, die Anträge des Rats zu diesem Punkte zu genehmigen.

Wortmeldungen liegen nicht vor, und die Versammlung entspricht dem Antrage des Finanzausschusses.

(Punkte 12)

13. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzung des
Residenzbades und zum Betrieb desselben,
sowie Festsetzung der Gebührensätze für Benutzung
des Bades.

Stadtv. R a s c h e : Meine Damen und Herren!
Der Rat der Stadt unterbreitet den Stadtverordneten
das Projekt für den Neubau der ^{Schwimm-}Schulhalle und ebenso
die Kostenanschläge, welche dazu ausgearbeitet sind,
schreibt aber dazu, daß er ^{der hohen} ~~die höheren~~ Kosten wegen
Bedenken trage, gegenwärtig der Ausführung des Pro-
jektes näher zu treten. Nach den vorliegenden
Kostenanschlägen, die sich auf die Preise vom Dezem-
ber 1921 stützen, betragen die Kosten 3 450 000 M.
Da die Preise seit ~~dem~~ rapid gestiegen sind und
bis zur Vollendung eines in Angriff genommenen Baues
wahrscheinlich noch weiter steigen werden, so muß
damit gerechnet werden, daß die wirklichen Kosten
das Doppelte der Anschläge erreichen werden. Einen
Betrag von rund 7 Millionen Mark für die Errichtung
einer

einer Schwimmhalle auszugeben, erscheint aber dem Rat der Stadt bei der heutigen städtischen Finanzlage nicht gerechtfertigt.

Sodann ~~werden~~^{.....} den Stadtverordneten vom Rat ein Kostenanschlag für Instandsetzung und Ergänzung des Mobiliars für die in Betrieb zu nehmenden Medizinischen Bäder in dem alten Badehause im Betrage von 50 000 M überreicht und ein zweiter für Instandsetzung und Ergänzung der mit der elektrischen Lichtanlage und der Heizung in Zusammenhang stehenden Einrichtungsgegenstände im Betrage von 35 000 M.

Weiter werden die Stadtverordneten vom Rat um Bewilligung der Betriebsmittel ersucht. Es liegt ein ^{an:} Vorschlag darüber vor, nach dem der Fehlbetrag in den jährlichen Betriebskosten auf 406 500 M berechnet ist. Als Einnahme sind 460 000 M angenommen, in dem vorausgesetzt wird, daß an 300 Betriebstagen je durchschnittlich 1 500 M aufgenommen werden. In der Ausgabe erscheinen zunächst die Gehäl-

ter

ter und Löhne mit 218 000 M, sodann die Kosten für laufende Unterhaltung mit 20 000 M, weiter die Betriebskosten mit 618 300 M, wozu unter anderen die Kosten für Kohlen mit einem Betrage von 516 000 M gehören, sodaß eine Gesamtausgabe von 866 500 M sich ergibt.

Zum Schluß ist dann eine ~~Md~~ Aufstellung der vorgesehenen Preise für Benutzung der Bäder gegeben und der Rat ersucht, sich mit den vorgeschlagenen Preisen einverstanden zu erklären. Es sollen gezahlt werden: für ein Mannenbad 10 M, für ein Dampfbad 20 M, für ein elektrisches Bad 25 M, für Ganz-Massage 10 M, für Teil-Massage 5 M, als Leihgebühr für ein Badelaken 3 M, für ein Handtuch 1,50 M, für Aufbewahrung der Näsche monatlich 100 M, für Aufbewahrung von Wertsachen 50 §, für Benutzung der Dezimalwaage 50 §.

Der Bauausschuß hat sich mit diesen Vorlagen des Rats eingehend beschäftigt und in ^{allen} ~~solchen~~ Punkten

ten

ten den Rate zugestimmt, wenngleich auch über die Mitteilung, daß der Bau der Schwimmhalle noch nicht in Angriff genommen werden kann, allgemeines Bedauern ausgesprochen wurde. Es scheint aber tatsächlich nicht denkbar, daß die Stadt ein derartiges Unternehmen, daß 7 Millionen Mark Baukosten verursachen wird, unter den heutigen Verhältnissen ins Leben rufen kann. Hinzu kommt noch die Unwissenheit, ob der Betrieb der Schwimmhalle, auch wenn sie einmal fertig-gestellt ist, bei den heutigen Verhältnissen aufrecht erhalten werden kann. Der Rat fand deshalb auch mit dieser Stellungnahme allgemeine Zustimmung. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen, den eben von mir gekennzeichneten Vorlagen des Rats zuzustimmen! Es handelt sich um Bewilligung von 50 000 und 35 000 *M.*, Bewilligung der Betriebsmittel und Zustimmung zu den vorgesehenen Preisen der Bäder.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Was lange währt, wird gut. Ziemlich lange hat es ja gedauert, bis es soweit gekommen ist, daß die medizinischen Bäder in Betrieb genommen werden können, und ich hoffe nun, daß dieser Teil des früheren Residenzbades auch gut geworden ist. Die Preise für die Bäder erscheinen allerdings etwas hoch, aber in den privaten Badeanstalten, sind sie wohl noch höher.

Sehr unangenehm für unsere Stadt ist aber die bedauerliche Tatsache, daß wir einstweilen ^{auf} ~~für~~ die Errichtung des Schwimmbades verzichten sollen. Ich habe ja nicht alles verstanden, was der Herr Referent vorbrachte, aber doch so viel, daß vorläufig wegen der kolossalen Baukosten die Errichtung des Schwimmbades zurückgestellt werden soll. Sie haben gehört, wie bereits ein Schwimmverein in einer heute vom Herrn Vorsitzenden verlesenen Eingabe sich bitter beklagt darüber, daß aus dem Neu-

ban

ban nichts werden soll, und dringend bittet, daß die Errichtung des Schwimmbades in Angriff genommen wird. Ebenso kann auch ich sagen, daß sämtliche Schwimmer der Stadt Braunschweig, ob sie nun in Vereinen sind oder für sich allein zum Schwimmen gehen, mit Schmerzen darauf warten, daß endlich die lang erwartete Schwimmhalle ins Leben gerufen wird. Braunschweig steht in dieser Beziehung hinter anderen Großstädten, ja sogar hinter Kleinstädten zurück. Seitens der sozialdemokratischen Stadtverordneten ist seit Jahrzehnten der Antrag gestellt, ein städtisches Schwimmbad zu erbauen, immer wieder ist die Ausführung eines solchen Planes hinausgeschoben, und jetzt, wo man meinte, Hoffnung haben zu können, daß die Erbauung des Schwimmbads zur Wirklichkeit würde, ^{z. B.} ~~die~~ die Sache wieder vielleicht auf Jahre verschoben werden. Was sollen die Leute anfangen, denen es ein Bedürfnis ist, auch im Winter ein Schwimmbad zu nehmen. Als ~~als~~ das alte Haasesche Schwimmbad noch bestand, war

das

das für sie noch ein Notbehelf. Als Großstadt
können wir nicht ohne Schwimmbad dastehen, es müs-
sen Mittel gefunden werden, um den Bau recht bald
in Angriff zu nehmen. Ich bitte den Rat der Stadt,
die Sache in die Hand zu nehmen, damit nicht ~~noch~~
~~noch~~ ^{wirf geschwommen} die Schwimmer in unserer Stadt ~~noch~~
auf dem ²⁴ trocknen sitzen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren! Es geht nicht an, ohne Geld zu bauen, das wissen wir alle. Wenn nun Herr Stegmann sagt, daß die Schwimmer unserer Stadt, die ~~nun~~ schon so lange auf die Errichtung eines städtischen Schwimmbades gewartet haben, nicht mehr länger warten können, dann will ich auf eins hinweisen: daß die Leute, die heute ohne Wohnung sind, ohne Frage mehr zu bedauern sind als die, die ^{ein} ~~ohne~~ Schwimmbad entbehren. Ich weise ferner darauf hin, daß Herr Iostmann, der wirklich Sachverständiger ist, vor einiger Zeit erklärt hat: ^{At} ~~Wenn~~ die Sache so weiter geht, dann kann überhaupt nicht mehr gebaut werden. Wir müssen in dieser Sache wirklich Rücksicht nehmen auf die augenblickliche Finanzlage der Stadt. Der Bau der Schwimmhalle ist zu über 3 Millionen Mark veranschlagt, und das ist im Dezember v. Js. geschehen. Um wieviel sind seitdem die Preise für Bauten gestiegen! Ist es überhaupt möglich,

heute

heute die nötigen Baustoffe für einen solchen Bau zu bekommen? Ich habe z.B. gehört, daß Zement in dem Umfange, wie wir ^{in für diesen Bau} ~~es~~ ^{nötig} haben würden, gar nicht heranzuschaffen ist, und doch muß gerade das große Bassin im wesentlichen aus Zement hergestellt werden. Erklären möchte ich aber, daß es uns im Rat nicht einfällt, die Unmöglichkeit, augenblicklich die Schwimmhalle zur Ausführung zu bringen, als Vorwand zu nehmen, um uns dieser von uns allen übernommenen Verpflichtung zu entziehen. Eins aber muß allseitig ohne weiteres anerkannt werden: Wenn man eine derartig große Anlage, bei der es sich ^{sicher} ~~um~~ eine Ausgabe von 7 - 8 Millionen Mark handelt, ^{n wird} in Angriff nehmen will, daß man muß doch wenigstens die Möglichkeit vor Augen haben, das Geld dafür zu beschaffen. Das wäre einstweilen nur in der Weise möglich, indem wir es anleihen. Nun liegt es augenblicklich aber so, daß wir allmählich etwas mehr Klarheit bekommen über die finanzielle Lage der Stadt, und ich nehme keinen Anstand, hier

offen vor Ihnen, zu erklären, daß nach meiner festen Überzeugung meine früher gehegten schlimmsten finanziellen Befürchtungen sich nicht bestätigen werden. Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen über die Überweisungen aus der Einkommensteuer ist zu erwarten, daß die Stadt dabei verhältnismäßig gut fahren wird. Wenn ^{es} uns gelingt, unsere Finanzen nur einigermaßen in Ordnung zu bringen, dann würde ich keine Bedenken tragen, dieses Geld für die Erbauung einer Schwimmhalle ^{einschleusen} noch einmal durch Anleihe zu beschaffen. Dann werden wir auch das noch aufbringen können. Wir erkennen an, daß eine derartige Schwimmhalle von allen Großstädten sozusagen als ein dringendes Bedürfnis angesehen wird, und daß es nach außen hin einen schlechten Eindruck machen würde, wenn unsere Stadt sich eine solche Einrichtung nicht leisten könnte. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß wir die Sache nicht fallen lassen, sondern in nächster Zeit, wenn unsere Finanzlage etwas mehr geklärt sein wird, auf den Bau der Schwimmhalle zurückkommen werden.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Auch wir geben die Ausführungen des Herrn Referenten Anlaß, Stellung zu dieser Sache zu nehmen. Es ist richtig, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens, wie der Herr Oberbürgermeister äußerte eine große Not herrscht und daß die Leute, die keine Wohnung bekommen können, schlimmer daran sind als die, die die Schwimmhalle entbehren müssen. Maßnahmen zu treffen, um die Wohnungsnot zu lindern, ist auch eine wichtige Maßnahme zur Förderung des Gesundheitswesens, aber ebenso wichtig für das Gesundheitswesen ist die Bereitstellung einer großzügig eingerichteten Badgelegenheit. Deshalb kann ich mich dem Verzicht, wie er vom Ausschuß vorgeschlagen wird, nicht anschließen, wenn auch vom Oberbürgermeister darauf hingewiesen wird, daß wir notgedrungen die Sache zurückstellen müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren, daß wir angesichts der Tatsache, daß hier wirklich eine Not vorherrschend ist, alle Mittel versuchen

müssen, die uns zur Durchführung dieses Projekts zu Gebote stehen, um etwas Großzügiges und Gutes auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu leisten. Gewiß, das steht fest: augenblicklich ist die Stadt nicht in der Lage, dieses Millionenprojekt aus ~~seinen~~^{ihren} gegenwärtigen Mitteln zu bestreiten; daß müssen wir alle zugeben und ebenso auch die an diesem Bau in erster Linie interessierten Kreise. Aber damit sind die ~~Mittel und Wege~~, die wir beschreiten könnten, nicht erschöpft. Es schwebt mir da das Beispiel der kleinen Thüringischen Stadt Erfurt vor, die auch zu einem solchen Millionenprojekte Stellung genommen hat und auch ein Volksbad errichten will. Auch diese Stadt hat die Mittel dafür nicht aufbringen können, um das Projekt von der Stadt aus durchzuführen. Da ~~haben~~^{haben} sie sich an die interessierten Kreise gewandt, die nach dieser Volksbadeanstalt ~~drufen~~^{drufen}, ~~haben~~^{haben} mit diesen über die Mittel zur Errichtung einer solchen Anstalt beraten, und es hat sich dabei ergeben, daß die interessierten Kreise be-

reit

reit sind, an der Aufbringung der Kosten sich zu beteiligen. Der Schrei nach der Schwimmhalle in Braunschweig ist laut; heute liegt wieder eine dringende Eingabe in dieser Sache vor von einer ³Interessierten-Gemeinschaft. Aber nicht nur diese hat Interesse an dem Bau, sondern meiner Überzeugung nach auch die Kreise des Handels und der Industrie, Körperschaften und Vereine wie der Bürgervereine und andere. In erster Linie sind da die Sportvereine jeder Art zu erwähnen; ganz gleich, ob sie lediglich Schwimmsport oder Turnsport treiben, sie alle erkennen als wichtig an, daß der Schwimmsport mit dazu dient, den Körper zu stählen und gesund zu halten. Weiterhin sind es die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer, die auch an der Verwirklichung dieses Planes ein großes Interesse haben. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Sache nicht weiter hinauschieben, sondern versuchen, uns mit diesen Kreisen in Verbindung zu setzen und mit ihnen zu beraten, was wir tun

können,

können, und ihnen zu sagen, daß wir gern helfen wollen. Es müßte gefragt werden: *Was* könnt ihr für Anregungen geben, und in wie weit könntet ihr euch beteiligen?

Es wird betont, daß die Ausführung des Baues der Schwimmhalle auch deshalb Schwierigkeiten machen werde, weil die Heranführung der Baumaterialien, insbesondere des Zements kaum zu erreichen sein wird, da sie zur Errichtung von Wohnungen gebraucht werden. In der Besprechung mit den angegebenen Organisationen und Vereinen würde sich manches ergeben, durch das wir einen guten Rückhalt und Fingerzeige bekommen. Ich glaube, es kommt auf diesem Wege schließlich/etwas ^{doch} Ersprießliches heraus, auf dem man vor allen Dingen die Bürgerschaft der Stadt Braunschweig selbst dafür gewinnt, ihr Teil zu tun, damit an die Ausführung des Bauprojekts herangetreten werden kann. Ich möchte deshalb beantragen einen Ausschuß zu wählen — vielleicht den Finanzausschuß mit dem Bauausschuß zusammen —, der es übernimmt, in nächster Zeit, möglichst

sofort

sofort Fühlung zu nehmen mit den von mir erwähnten Kreisen des Handels und der Industrie, der Sportvereine, der wirtschaftlichen Organisationen und der Arbeitnehmer. Lassen Sie uns diesen Versuch machen, dann werden wir sehen, daß etwas Gutes dabei herauskommt. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Allgemeinheit in Braunschweig gern bereit sein wird, ihr Schörflein beizutragen, wenn es gilt, für ein so großes Werk, das besonders der heranwachsenden Jugend dienlich ist, Opfer zu bringen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich möchte mich entschieden dagegen aussprechen, daß der Bau der Schwimmhalle ad calendas ^{grægas} vertagt wird. Im vorigen Sommer ^{hat man} ~~haben wir~~ die ganzen Verbände, die an der Sache interessiert sind, eingeladen und haben ^{t ihnen} gesagt: „Bis zum Oktober wird alles ins Lot kommen“, leider aber hat sich das nicht erfüllt. Ich habe mich sehr gewundert, daß diese Sache solange verzögert worden ist, daß fast das ganze Jahr verflossen ist, bis uns eine Vorlage darüber gemacht worden ist. Ich muß doch annehmen, daß eine solche Sache schneller erledigt werden könnte, um sie vor die Stadtverordneten zu bringen. Die Schwimmhalle ist doch nicht etwa, wie man leicht ^{annehmen} könnte, nur für die Schwimmvereine da, sondern hauptsächlich ist sie für die Jugend notwendig. Wir müssen unbedingt dazu kommen, den obligatorischen Schwimmunterricht für die Schuljugend einzuführen, wie das schon sehr viele Städte getan haben. Unsere Jugend muß hinein ins

Nasser

Wasser und muß schwimmen lernen und die Anleitung dazu muß mit der Schule verbunden werden.

Nun ist gesagt, daß es wichtiger sei, Wohnungen zu bauen als ein Schwimmbad. Aber ein Schwimmbad, wo die Jugend sich betätigen kann, wo sie ihren Körper reinigen und abhärten kann, ist gerade in den Zeiten der Wohnungsnot besonders notwendig, wo bei dem engen Zusammenleben der Bevölkerung um so leichter Krankheiten und Ungeziefer auftreten. Ich kenne keine Stadt von der Größe Braunschweigs, die eine Schwimmhalle nicht hat. Allerdings sind es alte Sünden, die wir heute zu beklagen haben. Die Schwimmhalle hätte längst ~~ab~~gebaut werden müssen, immer wieder ist das von den Stadtverordneten verlangt worden, und ich weiß nicht, warum diese gesundheitlich so notwendige Einrichtung nicht in Angriff genommen worden ist. 7 Millionen Mark sind eine ganze Menge Geld, aber es handelt sich doch nur um eine einmalige Ausgabe, und wenn wir sehen, wie andere Städte,

die

die nicht größer sind als Braunschweig, Krankenhäuser mit einem 7 Millionen ^{= Etat} ~~ja~~ finanzieren, so muß man fragen: warum kann sich Braunschweig für das Gesundheitswesen eine solche Ausgabe nicht leisten? Wenn wir den ~~Etat~~ der Stadt Braunschweig ansehen, dann erkennen wir, daß das, was die Stadt für das Gesundheitswesen tut, außerordentlich gering ist. Es wäre mir sehr lieb, wenn einmal ein Nachweis aufgestellt würde, was Städte wie Magdeburg und Hannover für das Gesundheitswesen ^{ausgehen} ~~Ausgaben~~ im Vergleich zu Braunschweig.

(ohne Absatz) Es wird herauskommen, daß unsere Ausgaben in dieser Sache außerordentlich gering sind. Ein großer Vorteil für die Stadt ist es schon, daß sie kein ^{allgemeines} ~~großes Allgemeines~~ Krankenhaus zu unterhalten hat, sondern der Staat das Landeskrankenhaus ^{hier/ außer-} ~~steht~~ hat. Schon aus diesem Grunde könnte die Stadt für derartige Einrichtungen, wie das Schwimmbad ist, etwas mehr tun. Eigentlich könnte man annehmen können, daß die Stadt in ^{Gesundheitswesen} ~~dieser~~ Beziehung mustergültig eingerichtet

tet

tet wäre, da sie ja ^{von} durch den Staat durch das Landes-
krankenhaus entlastet ist.

Daß durch einen ^{an} ~~Abruf~~ ^{aus privaten Kreise} ~~an die Privat~~ ^{Freie} ~~tätigkeit~~ sehr
viel ^{Beziehung} aufgebracht wird, glaube ich nicht; so opti-
mistisch wie Herr Stukenberg bin ich in dieser Sache
nicht. Ich bin der Ansicht, daß die Stadt ^{eine} ~~die~~ Anlei-
he aufnehmen muß, um das nun einmal notwendige
Schwimmbad errichten zu können. Wir haben durch den
Bericht des Herrn Sauerbier über die Rechnungsab-
schlüsse gehört, daß die Finanzlage der Stadt nicht
so ungünstig ist, ^{und} ~~da~~ auch der Herr Oberbürgermeister
hat erklärt, daß wir nicht das schlimmste zu befürch-
ten haben. Nun noch zu warten, bis die Finanzlage
vollständig geklärt ist, dafür kann ich mich nicht
entscheiden, und möchte Sie bitten, den Rat der
Stadt zu ersuchen, diesen Bau des Schwimmbades ^{sofort} ~~in~~
Angriff zu nehmen.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren!
Gerade auf dem Gebiete der Gesundheitspflege liegt
bei uns in Braunschweig noch sehr vieles im Argen,
und dazu gehört, wie schon Herr Dr. Schultze eben
sagte, auch das Schwimmbad. Wenn dazu angeführt wird,
daß vor dem Bau des Schwimmbads die Wohnungsbauten
kommen müßten, so ist das ohne weiteres klar. Aber
es kommt in dieser Angelegenheit noch eins in Frage.
Ich weiß, daß man sich schon 1919 oder 1920 mit dem
Umbau des Residenzbads zu einem städtischen Schwimm-
bade beschäftigt hat, und da frage ich: Warum hat
man damals das Projekt nicht ausgeführt, wo man mit
bedeutend geringeren Mitteln für den Bau auskommen
konnte und es viel leichter hätte bauen können als
heute. Nun sagt man: Es ist uns bei den heutigen
hohen Preisen nicht möglich, einen solchen Bau auszu-
führen. Warum ist es denn nicht gebaut, als man das
Schwimmbad 10 mal billiger ausführen konnte. Es ist
schon gesagt worden, daß es im ganzen Deutschen Rei-

che

ehe keine Stadt von der Größe Braunschweigs gibt,
die keine Schwimmhalle hat, selbst kleinere Städte
hat ^{ben} mustergültige Schwimmbäder - ich verweise auf Hil-
desheim. Warum kann man dort Mittel für solche Sachen
aufbringen, während man es in Braunschweig nicht fer-
tig kriegt. Herr Stukenberg spricht von eventuell
aufzubringenden Privatmitteln. In der Sache stimme
ich den Ausführungen des Herrn Dr. Schultze zu, daß
man heutzutage aus privaten Mitteln das Geld nicht
aufbringen kann, das man zu einem solchen Millionen-
bau gebraucht. Ohne Zweifel würden wir dabei in der
Geldfrage Schiffbruch leiden. Ich glaube, daß ich
dem Ansinnen des Herrn Dr. Schultze zustimmen kann,
ganz gleich, woher das Geld genommen wird. Es ist
unbedingt nötig, daß die Stadt ein Schwimmbad baut,
nicht allein für die Sportler, sondern als Beitrag
zur Förderung der Volksgesundheit überhaupt. Wenn
man ^{auf} dem Gebiete vorwärts schreiten will, dann kann

man

man sich der zwingenden Notwendigkeit nicht verschließen, daß ein derartiges Schwimmbad von der Stadt gebaut werden muß.

Stadtv. S c h m e r b a c h: Es sind schon zwei Jahre her, daß sich der Rat der Stadt, die Baddeputation und die Städtische Bauabteilung mit dem Projekt des Umbaus des Residenzbades zu einer wirklichen Schwimmhalle beschäftigt. Wir haben verschiedene Projekte bekommen und dem letzten ist der Vorzug gegeben. Es gehört zwar eine bestimmte Zeit dazu, um ein Projekt so günstig auszuarbeiten, wie es möglich ist, aber ich habe doch nicht geglaubt, daß es ^{so} lange dauern könnte, wie es hier gedauert hat. Es kommt noch hinzu, daß die alte Halle abgerissen ist und daß zum Teil noch brauchbare hölzerne und andere Materialien der Witterung ausgesetzt ist, daß es dabei nicht besser, sondern schlechter wird und so wieder ein Verlust für die Stadt entsteht. Andererseits möchte ich hervorheben, daß es eine Verpflichtung der Stadt ist, dieses Bad, daß der Stadt verloren gegangen ist, nachdem es früher in Privateigentum gewesen ist, wenn auch in schlechtem Zustand, für die braunschweigische Bevölkerung

rung wieder zu errichten. Die Ausführungen, die in dieser Sache gemacht sind, gehen allgemein in der gleichen Richtung. Der Rat der Stadt muß aus der Einheitlichkeit, wie sie in dieser Frage auftritt, erkennen, daß er zu der Einsicht kommen muß, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als dem zu folgen. Es ist auch ein bestimmt^{es} ehrenwertes Vermächtnis des verstorbenen Kommerzienrats Jüdel vorhanden, wonach er einen bestimmten Betrag für die Erbauung einer Schwimmhalle ausgesetzt hat. Daran sieht man, daß es auch in den Gedanken dieses Herrn eine Notwendigkeit für Braunschweig ist, eine Schwimmhalle hier zu errichten. Allgemein wird diese von der Bevölkerung als Notwendigkeit angesehen. Wenn diese Gelder, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt sind, heute nicht im entferntesten ausreichen, um das Projekt auszuführen, so ist es für den Rat der Stadt und für die Stadtverordneten dennoch zur Pflicht geworden, die Ausführung des Baues einer Schwimmhalle nicht weiter hinauszuschieben, sondern möglichst bald, das Projekt zur Ausführung gelangen

gen

gen zu lassen. Zwei Jahre sind jetzt über den Verhandlungen dahingegangen, wenn noch zwei Jahre zur Ausführung dahingehen, dann wird der Bau immer noch teurer werden und die Stadt wird immer mehr zahlen müssen. Ich kann nur raten, daß möglichst bald der Bau der Schwimmhalle zur Ausführung gelangt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es ist richtig, daß in dem Testamente des ~~V~~erstorbenen Kommerzienrat Jüdel das Schwimmbad mit erwähnt ist, aber meine Herrschaften, ~~g~~lauben Sie es mir, die Jüdelstiftung wird jetzt derartig in Anspruch genommen, daß wir nicht daran denken können, mit Hilfe der Gelder dieser Stiftung einen solchen Bau zu errichten. Das ganze Vermögen der Jüdelstiftung würde nicht ausreichen, um die Kosten für den Bau der Schwimmhalle zu bestreiten. Es gibt aber einen anderen Weg. Ich habe vorhin schon gesagt, ich bäte Sie, nur noch einige ²⁴Zeit warten — es handelt sich meiner Überzeugung nach nur um Wochen — dann werden wir klar sehen. Ich habe die Überzeugung, daß wir von dem ~~m~~Mehrertrag der Einkommensteuer aus dem Jahre 1920 - 21 (ich kann es ja offen sagen) einen so hohen Betrag überwiesen bekommen, daß wir damit das Defizit vom vorigen Jahre decken und dann noch das Bad ausführen können. Erfüllt sich die-

se

se Aussicht, dann bin ich der Ansicht, daß wir das Geld nicht auf die hohe Kante legen, sondern es verwenden, um endlich diese Sache zu Ende zu bringen. Ich möchte Sie ersuchen, daß Sie nunmehr den Kostenanschlag prüfen und in der nächsten Sitzung sich ~~offiziell~~ damit beschäftigen, ob Sie mit diesem Projekt, wie es ausgearbeitet ist, einverstanden sind. Dann könnten wir überlegen, ob wir mit der Überweisung aus der Einkommensteuer so weit sind, daß wir sofort mit dem Bau anfangen können. Sonstige Bedenken stehen dem Beginn der Arbeit nicht entgegen. Ich habe mich wegen der Überweisung aus der Einkommensteuer bei dem Finanzamt erkundigt, ^{zwar} und es ist mir geantwortet worden, was mir erklärt wäre, sei vollständig unverbindlich. Aber ich habe die Überzeugung, daß soviel herauskommen wird, wie ich sagte: Wir alle sind erfreut darüber, daß endlich eine gewisse Klärung erscheint und

da-

danach unsere Finanzverhältnisse besser sind, als wir bisher haben fürchten müssen. Ich bitte Sie, in der von mir gegebenen Weise zu verfahren und in der nächsten Sitzung über diese Sache weiter zu beraten.

Stadtverordneter R a s c h e: Es handelt sich nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters nur um Wochen, bis wir zur endgültigen Stellungnahme kommen. Was die Beschaffung des Baumaterials betrifft, so ist sie tatsächlich so schwer, daß kaum für die Wohnungen solches zu haben ist, um so wenig ^{man} aber für Sachen, wie der Bau einer Schwimmhalle ~~ist~~. Es würde ein Fehler sein, den Bau heute zu beginnen. Weil ich weiß, daß auch für Geld heutzutage effektiv kaum Baumaterial zu haben ist, habe ich mich ^{Ja} ~~des~~ Antrage des Rats angenommen. ^{lagernden unfertigen} Die im Winter ~~liegenden~~ Ziegeln sind verfroren, das Zementgeschäft liegt ganz still, denn es sind keine Kohlen da. Steinkohlen wenigstens sind überhaupt nicht zu kriegen und die ^{Zementfabriken} ~~Ziegeleien~~ müssen sich für die schlechten Kohlen einrichten. Da die Verhältnisse heute so liegen, möchte ich bitten, auf die Worte des Herrn Oberbürgermeisters einzugehen und zu sagen: Wir wollen mit unserer Entschliebung noch einige Wochen warten.

Stadtv. S t u k e n b e r g: Ich sehe es natürlich auch lieber, wenn die Mittel zur Ausführung des Projekts von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt wird. Mir war es bei meinem Vorschlage nur darum zu tun, zu vermeiden, daß die Sache noch weiter hinausgeschoben würde, bis Mittel der Stadt zur Verfügung gestellt werden konnte, wozu vorhin ja keine Aussicht vorhanden war. Deshalb beantragte ich, Besprechungen mit den von mir ins Auge gefaßten Stellen zu veranlassen. Nachdem aber diese Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters gegeben worden sind, können wir alle die feste Überzeugung haben, daß der Rat den festen Willen hat, die Sache sobald es geht zur Erledigung zu bringen. Ich glaube, mit diesen Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters dürften nicht nur wir, sondern auch alle interessierten Kreise befriedigt sein.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung der 50 000 + 35 000 Mark zu, bewilligt die Betriebsmittel für das medizinische Bad und spricht ihr Einverständnis mit den vorgeschlagenen Gebühren aus.

Vorsitzender : Im übrigen vertrauen wir dem Worte des Herrn Oberbürgermeisters, daß spätestens bei der ^{Etat-}~~Jahres~~beratung Beschluß gefaßt wird über den Bau der Schwimmhalle.

14. Außerordentlicher Zuschuß für den Braunschweiger Harzziegen-Zuchtverein.

Stadt v. B u r g d o r f f : Der Harzziegen-Zuchtverein hat sich an den Rat der Stadt gewandt mit der Bitte, ihm eine besondere Beihilfe zu gewähren. Er begründet seinen Antrag damit, daß trotz der Erhöhung der Mitgliederbeiträge auf das Doppelte bei den überaus starken Ausgaben für Futtermittel und nötigen baulichen Veränderungen sich für das abgelaufene Jahr in der Vereinskasse ein Manko von 738,40 M ergeben habe, und das mit einer nachträglich nochmaligen Erhöhung der Beiträge, da es sich bei den Mitgliedern hauptsächlich um kleine Leute handelt, der Vorstand des Vereins nicht kommen konnte. Er hofft deshalb, daß der Rat der Stadt seinem Antrage statt geben und eine angemessene Unterstützung nicht versagen wird. Der Rat der Stadt reicht das Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung weiter mit dem Antrage, dem Verein einen außerordentlichen Zuschuß von 500 M - ne-

ben

ben den zuerkannten alljährlichen 500 K - zu bewilligen. Nach Beratung dieses Antrages im Finanzausschuß habe ich namens desselben die Bewilligung dieser 500 K zu empfehlen, da es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen handelt.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanz-
ausschusses zu (Punkt 14¹).

15. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung der durch die Ungersche Stiftung ermöglichte Entsendung von Kindern in den Harz.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren!
Der Rat der Stadt hat in einem längeren Schreiben den Stadtverordneten eine erfreuliche Mitteilung gemacht. Vor Jahren ist einer unserer braunschweigischen Landsleute aus Hasselfelde nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewandert, ist aber im Herzen seiner deutschen Heimat treu geblieben. Es ist der Kaufmann Robert Unger, der sich zur Zeit zwecks einer schweren Operation in Berlin aufhält. Der Herr hat dem Rat der Stadt die Mitteilung gemacht, daß er beabsichtige, im Laufe dieses Sommers, und zwar im Juni und Juli 110 Knaben und ~~und~~ 10 Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren in Hasselfelde und dessen nächster Umgebung zur Pflege und Erholung auf seine Kosten unterzubringen, sie dort gut und ^{reich-} ~~recht-~~lich verpflegen zu lassen, von Lehrkräften unterrichten und beim Arbeiten, Turnen und Spielen beaufsichtigen und weiter auf Wanderun-
gen

gen und Fahrten durch die benachbarten Harzgebiete führen zu lassen. Die ganzen Kosten hierfür will der Herr also selber tragen, und der menschenfreundliche Geber will diese Wohltat den Braunschweiger Kindern nicht nur in diesem Jahre erweisen, sondern bis zum Jahre 1926 hin. Er hofft sogar darauf, daß er bei seinen nordamerikanischen Bekannten und Freunden bei diesem Unternehmen Förderung findet, sodaß schon im nächsten Jahre die Zahl der bedachten Kinder wesentlich erhöht werden kann. Herr Unger empfiehlt knüpft nun an sein Anerbieten einige Bedingungen, vor allen Dingen die, daß bei der Auswahl - die uns überlassen bleibt - solche bedürftige Kinder bevorzugt werden, deren Eltern ^{den} ~~im~~ Mittelstande angehören, ferner, daß Seitens der Stadt 120 Liegebetten für die Kinder angeschafft werden, und weiter, daß das Fahr- geld für die Eisenbahnfahrt von Braunschweig bis Blankenburg und zurück von der Stadt bezahlt wird. Nach den vom Rat der Stadt eingezogenen Erkundigungen stellt sich der Preis eines Liegebetts auf 350 M;

das

das würde eine Summe von 42 000 M ausmachen, und die Fahrkosten würden sich bei gemeinsamer Fahrt der Kinder auf etwa 7 000 M stellen. Außerdem sind rund 1 000 M für ~~Un~~vorgesehenes eingestellt, sodaß eine Summe von rund 50 000 M von der Stadt aufzubringen sein ^{wird.} ~~werden.~~ In den folgenden Jahren würde sich die von der Stadt bereitzustellende Summe wesentlich verringern, da dann keine oder nur wenige Liegebetten angeschafft zu werden brauchen. Der Rat der Stadt ist der Ansicht, daß diese Ausgabe im Interesse der in Betracht kommenden Jugend in gesundheitlicher und erzieherischer Beziehung von wesentlicher Bedeutung ist und daß die Ausgabe nicht gescheut werden dürfe. Zur Durchführung der Veranstaltung soll das Städtische Wohlfahrtsamt unter Beirat des Herrn Schulrat Dr. Appuhn ermächtigt werden. Der Rat stellt an die Stadtverordneten den Antrag, den Betrag von 50 000 M für den bezeichneten Zweck aus der Verfügungssumme der städtischen Behörden zu bewilligen.

Der

Der Finanzausschuß hat das hochherzige Vorhaben des Herrn Unger mit Freuden begrüßt. Bei der Beratung im Ausschuß ist die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, die Betten billiger zu beschaffen, vielleicht aus Kasernen oder aus Stiften usw. Wenn das nicht der Fall sei, müßte natürlich die Summe für Beschaffung neuer Betten bewilligt werden. Weiter ist im Finanzausschuß zur Sprache gebracht, ob es nicht zu befürchten sei, daß man vielleicht auf Grund dieser Forderung des Herrn Unger, daß Kinder des Mittelstandes bevorzugt werden sollen, etwas einseitig vorgehe. Es wurde in der Finanzkommission gewünscht, daß selbstverständlich Kinder des Mittelstandes für diesen Harzaufenthalt ausersehen werden, aber nicht Kinder von Geschäftsleuten, die sich nicht in einer Notlage befinden, sondern Kinder von Arbeit^{ern}, Angestellten, Beamten und Klein-Rentnern, die sich in besch~~en~~nkter sozialer Lage befinden, Herr Stadtrat von Frankenberg hat

zugesagt

zugesagt mit Herrn Unger noch einmal darüber zu konferieren, daß in dieser Beziehung nicht etwa zu engherzige Ansichten und Wünsche zur Durchführung kämen. Der Finanzausschuß ersucht Sie durch mich, ⁱⁿ ~~ihm~~ Anerkennung des menschenfreundlichen Werkes die 50 000 M zu bewilligen.

Nun noch eine persönliche Bemerkung. Ich sagte schon, daß im Finanzausschuß die Frage aufgeworfen sei, ob nicht ein zu engherziges Verfahren zu befürchten sei, da nur Kinder des bedürftigen Mittelstandes berücksichtigt werden soll^{en}. Meine Fraktion hat in dieser Beziehung auch nach dem von Herrn Stadtrat von Frankenberg diese Erklärung abgegeben worden ist, immer noch Bedenken. Um das Vertrauen zu haben, das wir diesem Werk entgegenbringen ~~sol-~~ len, wünschen wir, daß nicht nur das Wohlfahrtsamt die Auswahl der Kinder vornimmt, sondern daß auch ~~Mitglieder~~ die dem Wohlfahrtsamtsausschuß angehörenden Mitglieder des Gewerkschaftskartells daran be-

telligt

teiligt werden. Sollte das nicht für zweckmäßig gehalten werden, so würde ich beantragen, daß 4 Stadtverordnete gewählt werden, um bei der Auswahl mit tätig zu sein.

Stadt v. S a u e r b i e r : Meine geehrten Damen und Herren! Als uns die Mitteilung wurde von der menschenfreundlichen Absicht dieses Herrn, hat sich wohl bei uns allen eine große Freude gezeigt. Ich wünsche, daß in dieser hochherzigen Weise noch viele von denen, die im Auslande leben und deutsch sind, gedacht und gehandelt würde, wie von Herrn Unger, der in Hasselfelde geboren ist, in Braunschweig die Schule besuchte, und mutig nach Amerika hinausgezogen ist und es seiner Intelligenz verdankt, daß er es so weit gebracht hat. In dieser schweren Zeit denkt er seiner Vaterstadt und läßt, selbst schwer darniederliegend, einen Teil seines Geldes in dieser menschenfreundlichen Weise uns zu Gute kommen. Für diesen Akt edler Menschenfreundlichkeit gebührt ihm unser Dank. Soweit mir bekannt geworden ist, sind zwei Herren unserer Stadt zu ihm gebeten worden, um ihm Bericht über die Einzelheiten zu erstatten. Ich würde es für erwünscht halten, wenn von uns als den

gewählten

gewählten Vertretern der Stadt diese beiden Herren beauftragt würden, Herrn Unger unseren Dank der Stadt Braunschweig persönlich zu übermitteln.

Stadtv. Frau G ö t z e : Auch ich möchte nicht unterlassen, meine dankbaren Freude gegenüber Herrn Unger Ausdruck zu geben, und dabei denke ich auch noch an einen früheren Fall zurück. Es sind ungefähr zwei Jahre her, als wir ein ^{höchst} ~~recht~~ dankenswertes Lebenszeichen dieses Herrn bekamen in Gestalt von 24 Kisten voll Lebensmittel, wie wir sie uns nicht einmal geträumt hatten und die zur Verteilung dem Wohlfahrtsamte übergeben wurden. Wir haben damals dem Herrn persönlich gedankt und seit-dem - soweit es seine Krankheit erlaube^t, die ziemlich ernster Natur zu sein schien - immer noch von ihm gehört. Verschiedene Anstalten sind ganz besonders von ihm bedacht worden. Es handelt sich um einen Mann, wie man ihn selten findet, der seine Anhänglichkeit an seine Vaterstadt in so großmütiger Weise in die Tat umsetzt. Es wäre tatsächlich wünschenswert, wenn ihm unser ⁱⁿ Dank in wärmster Weise übermittelt würde und wir den

Herrn

Herrn, die zu ihm reisen, damit beauftragen.

Im übrigen mögen Sie versichert sein, daß wir in der Auswahl der Kinder nicht kleinlich verfahren werden. Daß zu dieser Auswahl ein besonderer großer ^{arat} Apparat in die Wege geleitet werden soll, will mir nicht recht einleuchten. Herr Stegmann hat in seinem Berichte übrigens eins vergessen: 110 Knaben ~~und 10 Mädchen~~ sollen zuerst ausgesucht werden für die Monate Juni und Juli und nachher kommen für die Monate August und September noch einmal 110 Mädchen ~~und 10 Knaben~~ an die Reihe. Soviel ich gehört habe, soll der Wunsch des Stifters, daß hauptsächlich Kinder aus ~~mit~~ dem Mittelstande berücksichtigt werden, nur insoweit in Frage kommen, daß die Hälfte der zu versendenden Kinder ~~hier~~ ^{hier} ~~nach~~ ^{nach} ausgewählt werden. Schwester Helne hat mir gesagt, daß 55 Knaben aus den Bürgerschulen und 55 aus den höheren Schulen genommen werden sollen. Damit ist in weitgehendem Maße den ^{vor-}getretenen Wünschen nach allen Seiten Rechnung getragen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Meine verehrten Herrschaften! Ich bin erfreut darüber, daß die hochherzige Spende un~~ser~~^{es} Landsmanns, der sich für deutsche und braunschweiger Kinder ein warmes Herz bewahrt hat, soviel freudigen Anklang in Ihrer Mitte findet, ebenso in der Bürgerschaft und anderen Kreisen. Aus allen Kreisen, die mit der heranwachsenden Jugend es gut meinen, habe ich sehr viel freundliche Worte über diese Tat, die eine wirkliche Tat ist, gehört. Nun glaube ich, wenn die Vorbereitungen von uns getroffen sind und auch von Herrn Unger ins Einzelne hinein seine Vorbereitungen beendet sind und weiter Herr Schulrat Dr. Appuhn und ich im Laufe der nächsten Wochen mit Herrn Unger über alle zu beachtenden Punkte Rücksprache nehmen, daß es dann das Beste sein wird, wenn die Herrschaften diesen Anordnungen zustimmen, unter anderm auch der, daß die Hälfte der Kinder von Herrn Schulrat Dr. Appuhn und die andere Hälfte von den Stellen für die Wohlfahrtspflege vorgeschlagen werden. Wir haben mit allen Kreisen

Fühlung

Führung, auch mit dem Verteilungsausschuß, in dem das Gewerkschaftskartell mit beteiligt ist, und werden selbstverständlich alle Gesichtspunkte beachten, die Herr Stegmann beachtet zu sehen wünscht. Es sind von Herrn Unger in Bezug auf die Eignung der Kinder für Ausflüge, für Mitarbeit in der Hauswirtschaft, für Mitarbeit bei Errichtung von kleinen Blockhäusern - Sommerhäusern -, für das Mitnehmen von Gegenständen zur Ausrüstung mit Decken und Kochgeschirr nach Art der Sommerreise, in Amerika so vielerlei Bedingungen gestellt, daß kaum ein vielköpfiger Ausschuß die Vorbereitungen Herrn Unger zu Dank machen würde, und die Verantwortung wollen wir doch nicht übernehmen, daß der hochherzige Plan nicht so durchgeführt werden kann, wie es von dem Geber gewünscht wird - das würde ihm die Freude an der Sache vielleicht verleiden. Ich glaube deshalb mit Frau Götze den Vorschlag machen zu sollen, daß von Herrn Schulrat Dr. Appuhn und dem

Wohlfahrts-

Wohlfahrtsamt die Sache durchgeführt wird, und verspreche, von der Ermächtigung des Herrn Unger Gebrauch zu machen, daß nicht allein Kinder des bedürftigen Mittelstandes entsandt werden.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich hatte vergessen, in meinem Bericht zu erwähnen, daß nicht nur im Juni und Juli 110 Knaben und Mädchen, sondern auch im August und September 110 Mädchen und 10 Knaben an dieser Entsendung beteiligt werden sollen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung der 50 000 M
einstimmig zu.

16. Anstellung eines Schularztes im Hauptamt und Er-
höhung der Vergütungssätze für Schulärzte im Neben-
amt.

Stadtv. S t u k e n b e r g: Meine Damen und Herren! Die ^{Vorlage} ~~Fälle~~, über die ich zu berichten habe, gliedert sich in drei Abschnitte. - Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Anstellung ~~des eines~~ Schularztes im Hauptamte. Die Frage der Schulärzte im Hauptamte ist uns nichts neues. Im Mai 1921 hatte Herr Stegmann den Antrag gestellt, anstelle der nebenamtlichen ^{Nachigen} ~~Tätigkeit~~ Schulärzte hauptamtliche Sch~~u~~lärzte anzustellen. Dieser Antrag ist von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. Der Rat hatte seine Stellungnahme zu diesem Antrage seiner ~~Zeit~~ zurückgestellt, bis über die Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts Beschluß gefaßt werden mußte. Nachdem nunmehr die Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts bis zum Erlaß des Wohlfahrtsgesetzes hinausgeschoben worden ist, glaubt der Rat, Anlaß zu haben, erneut in eine Prüfung

fung

fung dieser Angelegenheit einzutreten. Er hat sich nicht dazu ^{zu}entschließen vermocht, daß ^{es}bisherige System der nebenamtlichen Schulärzte völlig aufzugeben und nur im Hauptamte Schulärzte anzunehmen, vielmehr empfiehlt er in Übereinstimmung mit dem Schulvorstande der Städtischen Bürgerschulen und dem Gesundheitsausschusse einen Schularzt im Hauptamt zum 1. Oktober d. Js. für unsere städtischen Schulen anzunehmen und daneben Schulärzte im Nebenamt beizubehalten. Als Anstellungsbedingungen für den Hauptamtlichen Schularzt werden vom Rat der Stadt die folgenden in Vorschlag gebracht:

- 1) Der Schularzt wird als Städtischer Beamter auf Lebenszeit mit der Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge angestellt.
- 2) Es ist ihm nicht gestattet, ~~Private~~absieht Privatpraxis zu üben.
- 3) Die Besoldung soll nach Gruppe X der städtischen Besoldungsordnung mit der Aussicht auf weitere Aufrückungsmöglichkeit erfolgen.

4) Seine dienstliche Stellung zum Stadtarzt und zu den Lehrkräften, sowie seine Dienstobliegenheit ^{en}/~~re-~~geln sich nach der jeweils gültigen Dienstordnung respektive Dienstanweisung für die Schulärzte.

5) Die Zahl der von ^{ihm zu}/~~dem~~ überwachenden Schulkinder sollen bis zu 10 000 betragen.

Sollte die ^{bisherige}/~~Tätigkeit~~ des anzunehmenden Arztes ^{nicht}/~~nicht~~ hinreichend bekannt sein, so hat der Arzt vor der ^{festen}/~~Fest-~~stellung eine Probedienstzeit durchzumachen. Damit wir nun möglichst geeignete Bewerber finden, wird empfohlen, die Schularztstellung in einer ärztlichen Zeitschrift auszuschreiben. - Über die ^{fin-}/~~fi-~~nanzielle Auswirkung dieser neuen Einrichtung hebt der Rat folgendes hervor: Die Zahl der im Schuljahre 1922 - 23 schulärztliche zu überwachende Kinder ^{wird}/~~wor-~~~~den~~ sich auf zirka 15 000 belaufen, wodurch bei Zugrundelegung der in Vorschlag zu bringenden Vergü-

tungssätze

tungssätze ein Kostenaufwand von 67 500 entstehen würde. Wird nun angenommen, daß der hauptamtliche Schularzt 10 000 Kinder überwacht und dafür eine Jahres-einnahme von rund 60 000 M beziehen würde, so würde für die nebenamtlichen Schulärzten zu betrauende, 5000 Kinder noch 22 500 M an Vergütungen zu zahlen sein. Hiernach würden der Stadt durch Anstellung eines Schula^{arzte}~~amts~~ mit Hauptamte eine jährliche Mehrausgabe von 15 000 M erwachsen. Hierbei ist allerdings das etwa später zu zahlende Ruhegehalt und die Hinterbliebenen-Versorgung außer Betracht gelassen sein.

Wir haben uns in der Sitzung des Schulausschusses mit der Frage beschäftigt und haben dort übereinstimmend diesen Vorschlag, einen Schularzt im Haupt^{amte} anzustellen begrüßt. Wir haben uns überzeugen müssen, daß es vorläufig unumgänglich nötig ist, das andere System nebenbei noch beizubehalten. Durch das Bestehen beider Systeme glauben wir die Möglichkeit zu haben, uns in aller Kürze über die Vorteile des

des einen und des andern Systems überzeugen zu können, sodaß es nicht ausgeschlossen ist, daß wir bald dazu übergehen können, noch einen weiteren Schularzt im Hauptamte anzustellen. Auch mit den Anstellungsbedingungen, wie sie vom Rat der Stadt vorgeschlagen werden, sind wir einverstanden, und ich habe den Auftrag, Ihnen zu empfehlen, der Annahme eines Schularztes im Hauptamte zuzustimmen.

Der zweite Abschnitt handelt von der Ausdehnung der schulärztlichen Tätigkeit auf die Mittelschulen, Fortbildungsschulen und die höheren Schulen. Bisher wurden die Kinder unserer Stadt schulärztlich nur insoweit überwacht, als sie die Städtischen Bürgerschulen beziehungsweise die katholischen Schulen besuchen. Da die mangelhafte Ernährung während der Kriegsjahre aber nachteilig auf die Jugendlichen aller Bevölkerungsschichten gewirkt hat und die bedauerliche Auswirkung der Unterernährung in beginnender Tuberkulose sich besonders im Alter von 16 - 18 Jahren zeigt,

also

also in einem Lebensabschnitt, in dem die Jugendlichen noch die Fortbildungsschule und die höheren Schulen besuchen, so hält es der Rat für angebracht, daß ^{auch} ~~sich~~ diese Jugendlichen schulärztlich überwacht werden. Der Rat gibt deshalb anheim, vom 1. Oktober d. Js. an die schulärztliche Tätigkeit auch auf die Mittelschulen, die Fortbildungsschulen und die höheren Schulen auszudehnen. Bei einem Vergütungssatze von 4,50 M für den Schüler oder ^{die} ~~der~~ Schülerin, wie er nachher vorgeschlagen werden wird, würden dadurch jährlich 40 000 M an Kosten erwachsen. - Wir haben uns in der Schulkommission auch über diesen Antrag des Rats unterhalten und stimmen ihm zu; ich bitte Sie namens des Ausschusses, auch Ihrerseits Ihre Zustimmung zu geben.

Der dritte Abschnitt der Vorlage beschäftigt sich mit der Erhöhung der Vergütungssätze für die nebenamtlich tätigen Schulärzte.

Bereits in der Vorlage des Rats vom 26. Januar d. Js. ist ausgeführt worden, daß die Schulärzte seit dem 1. Oktober 1920 eine Vergütung von jährlich 2,50 M für jedes überwachende Schulkind beziehen. Der Verband der Ärzte des Kreises Braunschweig zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Standesinteressen hatte den Antrag gestellt, diesen Satz auf 5 M zu erhöhen und infolge der fortschreitenden Teuerung ~~habe~~ ^{hat} er in einer weiteren Eingabe den Satz von 6 M gefordert. Der Rat hält diese Forderung bei den vorgeschriebenen Dienstleistungen für zu hoch und gibt anheim, zuzustimmen.

- 1) ^{daß} den Schulärzten vom 1. Januar 1922 an eine Vergütung von jährlich 3 M und vom 1. April 1922 an eine solche von 4,50 M für jedes ^{zu} überwachende Schulkind gezahlt ~~wird~~ ^{wird} werden,
- 2) daß dem Schularzt der Hilfsschule ab 1. Januar 1922 daneben eine Sondervergütung von jährlich 300 M (statt bisher 100 M) zugewilligt ~~werd~~ ^{wird} ~~den~~.

-205-

Seite 204.

ist nicht mit eingerechnet.
Reinhard.

Entsprechend dem Antrage des Schulvorstandes
werden die drei Anträge des Rats nacheinander von
der Versammlung angenommen.

(Punkt 16)

205.

17. Umlegung der Straßenbahnlinie 4.

Stadtv. M a a ß: Meine Damen und Herren ! Im Verfolg der in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Verlegung der Linie 7 wird nunmehr auch die Umlegung der Linie 4 vom Rat der Stadt vorgeschlagen, und zwar in der Weise, daß der Teil dieser Straßenbahnlinie, der vom Sandweg über die Museumstraße und Adolfstraße geht demnächst über den Sandweg weiter geführt wird, dann am Magnitor in die Leonhardstraße einbiegt und auf dieser Straße entlang geht, bis er mit der alten Linienführung wieder zusammentrifft. Es haben über dieses Projekt schon vor dem Kriege Verhandlungen geschwebt, es ist auch einmal geplant worden, die Strecke die Helmstedterstraße entlang zu führen, aber die Straßeneisenbahngesellschaft hat sich davon überzeugt, daß dadurch der südliche Stadtteil vom Straßenbahnverkehr etwas entblößt würde, wo dieser Stadtteil doch sowieso nicht zu stark vom Straßenbahnverkehr bedacht ist

und

und so ist denn die jetzt vorgeschlagene Linienführung gewählt worden. Die Polizeidirektion stand vor kurzem noch auf dem Standpunkt, daß die Linienführung Helmstedterstraße zu empfehlen ist, schließt sich aber jetzt der früher geäußerten Ansicht der Stadtverordnetenversammlung über die jetzt vorgeschlagene Linienführung an. Es wäre auch zu befürchten, wenn die Linie 4 weiter die alte Strecke entlang ~~zu~~ fahren würde, ^{dah} an der Ecke der Adolfstraße die beiden Wagen der verschiedenen Linien zusammenrasseln und sich in die Flanke fahren würden. Der Rat der Stadt steht auf dem Standpunkt, daß ^{dem} ~~diesem~~ Projekt der Linienführung über die Leonhard-Brücke und auf der Leonhardstraße weiter zuzustimmen ist, und auch der Bauausschuß, der sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Sache beschäftigt hat, stimmt der bezeichneten Umlegung zu. Kosten sind seitens der Stadt nicht zu bewilligen, die Herrschaften sollen heute nur das vorgelegte Projekt annehmen. Als Berichterstatter des Bauausschusses bin ich beauftragt, ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Umlegung zu erbitten.

Stadt v. S a u e r b t e r : Ich begrüße es mit großer Freude, daß die Straßeneisenbahngesellschaft sich entschlossen hat, die Linie so zu führen, daß sie in gerader Linie zum Friedhofe führt - leider haben wir ja mehrmals im Jahre nötig, den Weg dorthin zu machen. Mit der Umlegung der Linie ist eine erhebliche Beschleunigung des Verkehrs verbunden, während bei der Zickzack-Fahrerei durch den Saak, Packhofstraße, Höhe und dann Museumstraße, Adolfstraße, Leonhardstraße viele Kurven zu durchfahren sind. Der gerade und schnelle Weg über die Verlängerung auf dem Sandweg, die Leonhardbrücke und die Leonhardstraße ist unbedingt empfehlenswerter.

Nun ist in der vorigen Sitzung beschlossen, daß die Linie 7 in ihrer Endstrecke nach der Kastanienallee verlegt werden soll und heute kommen wir hoffentlich zur Zustimmung für die Umlegung der Straßenbahnlinie 4. Ich möchte bitten, dahin wirken zu wollen, daß wenn es irgend geht, die Änderung auf der Linie 4 zuerst gebaut wird und dann die Linie nach der

der Kastanienallee. Ich halte die Umänderung der Linie 4 für erheblich wichtiger als die der Linie 7. - In allgemeinen aber können wir uns freuen, daß trotz der erheblichen Kosten die Straßeneisenbahngesellschaft sich entschlossen hat, diese Umbauten vorzunehmen.

V o r s i t z e n d e r : Einen Antrag hat Herr S a u e r b i e r nicht gestellt, sondern nur eine Anregung gegeben.

Die Versammlung erklärt sich mit der Führung der Linie 4, wie sie vom Rat der Stadt vorgeschlagen ist, einverstanden.

18. Erhöhung der Gebühren für Feuerbestattung.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren ! Wie alles andere, so sollen nun auch die Gebühren für die Einäscherungen wieder teurer werden. Herr Friedhofsinspektor Heumann ist mit einer Eingabe an den Rat der Stadt herantreten und hat klargestellt, daß es unbedingt nötig sei, die Kosten für die Einäscherungen zu erhöhen, wenn die Stadt dabei nicht Geld zulegen solle. Es sind verschiedene Berechnungen angestellt worden, bei denen sich herausgestellt hat, was der Stadt die Einäscherung einer Leiche kostet. Am 1. März sind 5 Leichen eingeäschert und dafür eingenommen 1×120 Mark und 4×60 Mark = 360 Mark, während die Ausgabe betragen hat: für $12\frac{1}{2}$ Zentner Koks 375 Mark und für Löhne bei Abhaltung der Feiern 136,75 Mark, zusammen 511,75 Mark, sodaß sich hierbei ein Fehlbetrag von 151,75 Mark herausgestellt hat.

Was der Stadt an Kosten erwachsen, wenn nur eine
ein-

einzelne Leiche verbrannt wird, hat sich bei einer Berechnung vom 3. August ergeben. Die Einnahme betrug 60 Mark, die Ausgabe: 7 Zentner Koks=210 Mark, für Löhne 74,50 Mark, zusammen 284,50 Mark, sodaß hierbei sogar ein Fehlbetrag von 224,50 Mark zu verzeichnen ist. Es läßt sich wohl eine Verbilligung für die Stadt erreichen, wenn es möglich wäre tagtäglich Verbrennungen vorzunehmen, weil bei noch heißem Ofen nicht so viel Heizmaterial verbrannt zu werden braucht, da aber die Feuerbestattung nicht so verbreitet ist, daß der Ofen fortwährend im Gange gehalten werden kann, muß man sich mit dem größeren Verbrauch abfinden. Der Rat der Stadt schlägt den Stadtverordneten vor, die Gebühr für die Einäscherung Hiesiger auf 150 Mark und für die Einäscherung Auswärtiger auf 300 Mark festzusetzen.

Auch die Vergütung für die Beleuchtung muß erhöht werden. Es wird vom Rat beantragt, die Vergütung für Wand- und beziehungsweise Deckenbeleuchtung der Halle
bei

bei kleiner Beleuchtung auf 25 Mark und bei großer Beleuchtung auf 50 Mark zu erhöhen. Ich bitte Sie im Namen des Finanzausschusses, diesen Anträgen zuzustimmen.

Stadte. R e g e n e r : Ich will nicht eigentlich zu diesen Gebühren-Erhöhungen sprechen, aber ich nehme Gelegenheit, etwas zu erwähnen, über das bei Beratung dieser Materie lebhaft Klage geführt wurde, und ich bitte die Herren von der Presse, der Öffentlichkeit gegenüber zu erwähnen, daß von der Verwaltung darauf aufmerksam gemacht wurde, wie es Unfug wäre, ganz schwere Eichensärge der Verbrennung zu übergeben. Schon volkswirtschaftlich ist das verkannt, wo jetzt die Not an Holz so groß ist, aber auch technisch. Es kommt vor, daß pompöse Eichensärge eingeliefert werden, die zu groß sind, sodaß die Galerie abgeschlagen werden muß oder der Sargdeckel abgenommen werden muß. Es besteht allerdings eine Vorschrift über die zur Feuerbestattung einzuliefernden Särge, aber die Begräbnisinstitute scheuen sich des Teufels um diese Vorschriften, weil sie bei anders gestalteten Lieferungen mehr Geld verdienen. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, falls von diesem Mißbrauch nicht abgegangen wird, von seinem Rechte Gebrauch zu machen und

sol-

solche unvorschriftsmäßigen Särge glatt zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Beerdigungsfeier dadurch gestört würde. Das wäre ein Exempel, um die Beerdigungsinstitute zu zwingen, endlich die Vorschriften der Stadt innezuhalten.

Die Versammlung stimmt den neuen Gebührensätzen zu.

(Punkt 18)

19. Bewilligung von Baukostenzuschüssen für Wohnungsbauten im Stadtgebiet durch den Staat.

Stadt v. G a r t u n g: Meine Damen und Herren !
Der Staat beabsichtigt, in diesem Jahre am Wendenring auf einem von ihm käuflich erworbenen Grundstücke etwa 60 - 70 Wohnungen in mehrgeschossigen Häusern für Beamte der Staatsverwaltung zu errichten, um als Arbeitgeber auch seinerseits zur Behebung der Wohnungsnot in hiesiger Stadt beizusteuern. Dieses Vorhaben des Staates ist mit Freuden zu begrüßen, und es würde zu wünschen sein, daß Handel und Industrie diesem Vorgehen folgten. Das Staatsministerium hat sich nun mit einer Anfrage an den Rat der Stadt gewandt, ob die Stadt bereit sei, für diese Häuser städtische Baukostenzuschüsse zu bewilligen. Der Rat hält es für zweckmäßig, diese nicht abzulehnen, ist jedoch der Ansicht, es könnten hier nicht die vollen, sonst üblichen Baukostenzuschüsse in Frage kommen, sondern nur die Hälfte davon, während die andere Hälfte vom Staate als dem Arbeitgeber zu übernehmen wäre.

Der

Der Baukostenzuschuß für jede Wohnung würde im ganzen rund 60 000 Mark betragen, sodaß ^{die} ~~der~~ Stadt 30 000 M zu bewilligen hätte. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, sich grundsätzlich mit der Gewährung dieses städtischen Zuschusses einverstanden zu erklären

Im Bauausschuß ist der Antrag des Rats eingehend beraten worden und auch gutgeheißen. Ich bitte daher namens des Ausschusses, dem Ratsbeschluß zuzustimmen, sich grundsätzlich mit der Gewährung des städtischen Zuschusses für die fraglichen Wohnungen in halber Höhe wie sonst üblich einverstanden zu erklären und den Wohnungsausschuß, wie in allen sonstigen Fällen, auch hierfür mit Vollmacht zu versehen.

Gartmann

*Die Versammlung stimmt gemäß der Befürwortung
des Bauausschusses dem Antrage des Rats zu.*

(Punkt 19)

20. Legung von Gasrohren auf dem Gelände der
Charlottenhöhe.

Stadt v. G a r t u n g : Schon im vorigen Jahre haben Mitglieder der Baugenossenschaft an den Rat der Stadt eine Eingabe gemacht, man möchte nach ihren Grundstücken auf der Charlottenhöhe auch eine Gasrohrleitung legen, damit sie auch mit Gas kochen könnten. Der Rat der Stadt ^{konnte} ~~kann~~ aber der Eingabe nicht statgeben, denn an eine fünfprozentige Verzinsung der aufzuwendenden Baukosten durch den Preis des Gases, das an die damals anzuschließenden Grundstücke geliefert wurde, war nicht zu denken. Nun sind aber in letzter Zeit die Baustellen 78 - 84 und 8 - 9 bebaut, und es ist damit zu rechnen, daß weitere Baustellen in Kürze bebaut werden. Die Bedenken, die man gegen die Erfüllung des Wunsches der Baugenossenschaft hat, sind jetzt behoben, und der Rat empfiehlt, nunmehr die Gasleitung herzurichten. Die Villa ist bereits durch eine Leitung an der Wolfenbüttlerstraße angeschlossen. Bei Mitverwendung dieser Leitung müßten

noch

~~noch~~ eine Leitung umgelegt und 2 neue Leitungen hergerichtet werden. Die Kosten für diese Arbeiten werden nach dem Voranschlage betragen: Für die Umlegung 6200 Mark, für die neue Leitung 51 000 Mark und für die andere neue Leitung 49 300 Mark, im ganzen also 106 500 Mark. Sie würden zu Lasten des Reservefonds des Gaswerks verbucht werden. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, diese 106 500 Mark zu bewilligen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Vorberatung der Vorlage befaßt und bittet die Stadtverordneten, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

Gartung

*Die Versammlung beschließt dem Antrage des
Bauausschusses gemäß.*

(Punkt 20)

Stadtverordneter S t e g m a n n übernimmt den
Vorsitz

21. Änderung der Bezüge der städtischen
Beamten und Lehrkräfte nach den Sätzen des
Reiches und Staates ab 1. April 1922.

Stadt v. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren !
Die Neuregelung der Gehälter und Vergütungen durch
das Reich hat zu ernennten Verhandlungen auch in den
Ländern und Gemeinden geführt und diese haben das
Ergebnis gehabt, daß die Länder und Gemeinden der
unserm Reiche angenommenen Gehaltsregelung beigetrete
sind. Auch der braunschweigische Landtag hat sich,
wie wohl allgemein bekannt geworden ist, der Beach-
tung der neuen Festsetzung nicht entzogen und so ist
heute morgen von Landtage beschlossen worden, die
von Reiche neuangenommenen Sätze auch für die Braun-
schweigischen Staatsbeamten zu genehmigen. In Frei-
staat Braunschweig und in unserer Stadt haben die Ei-
senbahn-, Reichspost- und Finanzbeamten die neuen Sätze
schon gezahlt erhalten, und ferner haben in Lande
Braunschweig die Gemeinden Seesen, Holzminden und
Schöningen sich bereits der Neuregelung angeschlos-
sen.

sen. Es liegt wohl nahe, daß nun auch die Stadt Braunschweig, deren Beamte und Lehrer bei der ganzen Besoldungsfrage infolge der späten Revision der Besoldungsordnung in Rückstand geraten sind, sich der neuen Regelung anschließt. Vom Ausschuß der städtischen Beamten ist der Antrag beim Rate der Stadt eingegangen, die Berechnung und Auszahlung der seit dem 1. April dieses Jahres für die Reichs- und Staatsbeamten gültigen neuen Besoldungsgrundsätze auch auf die hiesigen städtischen Beamten einzuführen. Der Rat der Stadt hat die Eingabe des Beamtenausschusses kurzer Hand an die Stadtverordneten gesandt mit dem Bemerken, daß seinem Erachten nach bei der Bewilligung der erhöhten Bezüge für die Staatsbeamten die gleiche^a Bezüge auch den städtischen Beamten zugestimmt werden müßten. Nach der dem Ratsschreiben beigelegten Drucksache 33 des Braunschweigischen Landtages sollen die neuen Sätze vom 1. April dieses Jahres an gezahlt werden, und auch in der jetzt zu erlassenden städtischen Besoldungsordnung müßten die Erhöhungen

Be-

Berücksichtigung finden. Den Wunsch der Beamten, daß nach dem Ergebnis der Beratung des Landtages die erhöhten Bezüge auch den städtischen Beamten ohne Verzug gezahlt werden, hält der Rat für gerechtfertigt und gibt anheim, ihn zu ermächtigen, demgemäß zu verfahren.

Des Weiteren gibt der Rat seiner Ansicht Ausdruck, daß darüber, ob und in welchem Maße auch die Bezüge der Angestellten aufzubessern sind, könne, wie das auch sonst üblich gewesen sei, die Gehaltsdeputation entscheiden.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beantragt, auch für die städtischen Beamten die neuen Reichssätze, wie sie auch für die Beamten des Staates gezahlt werden, vom 1. April dieses Jahres ab auch den städtischen Beamten und Lehrern zu gewähren und den Rat zu ermächtigen, demgemäß zu verfahren. Ich bitte Sie, sich diesen Beschlüsse des Finanzausschusses anzuschließen.

**Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig
angenommen. (Punkt 21)**

22. Bewilligung von Kosten für Instandsetzung des
Gleisanschlusses beim Gaswerk Bahnhofstraße.

Stadtv. B u r g d o r f f : Auf dem zurzeit still-
liegenden Gaswerk Bahnhofstraße ist das Anschluß-
gleis abgängig geworden und soll auf Anfordern der
Bahnverwaltung erneuert werden. In diesem Gaswerk
sind in letzter Zeit Brennmaterialien aufbewahrt
worden und es ist auch zu anderen Zwecken verwandt
worden, sodaß der Betrieb des Anschlußgleises kaum
nötig gewesen ist. Aber wenn es nicht instandge-
setzt wird, liegt die Gefahr vor, daß seitens der
Bahn der Vertrag über das Anschlußgleis aufgehoben,
die Stadt aufgefordert wird, die Gleise und die
Drehscheibe zu entfernen, und das für das Anschluß-
gleis nötige Bahngelände von der Bahnverwaltung
für andere Zwecke hergerichtet wird. In Anbetracht
dessen, daß man nicht weiß, wie später einmal die
Gasversorgung der Stadt sich gestalten wird, und

daß

daß andererseits die Räume des Gaswerks Bahnhofstraß für Lagerzwecke gut zu gebrauchen sind - ich erinnere nur an die Lagerung von Torf für die Einwohnerschaft -, ist es zweckmäßig, daß das Anschlußgleis wieder hergestellt wird. Es sind an Kosten dafür zu verwilligen die Ausgaben für Schienen und Schwellen. Die Eisenbahndirektion Magdeburg hat der Stadt die erforderlichen Materialien, welche bei der Bahnmeisterei Ilsenburg lagern, zur Verfügung gestellt, sie sind besichtigt und für zweckmäßig wie preiswert befunden worden. Der Einbau ist auf 75 000 M veranschlagt und im ganzen sind 180 000 M zu verwilligen. Davon gehen aber als Einnahme für Altmaterial 30 000 Mark ab, sodaß die Gesamtkosten 150 000 M betragen werden. Der Rat gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, die Kosten für betriebsfähige Erhaltung des Gleisanschlusses zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu verwilligen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage

be-

beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß es erforderlich ist, den Gleisanschluß in betriebsfähigen Zustand wieder herzustellen. Ich bitte namens des Finanzausschusses, die Genehmigung zu erteilen, daß 150 000 M. dafür verwendet werden.

Die 150 000 M werden bewilligt.

(Punkt 22).

23. Aufhebung der Bezirkseinteilung für den
Milchhandel:

Stadtrat S o h a p e r : Meine Damen und Herren! Wir haben Sie vor einigen Sitzungen gebeten, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, die Bezirkseinteilung im Handel mit Milch aufzuheben. Es ist bisher wegen Mangel~~s~~ an Zeit nicht möglich gewesen, die Sache nochmals zur Besprechung zu bringen, und ich möchte Ihnen empfehlen, heute endgültig Stellung zu nehmen, damit die Sache zum Abschluß kommt. Zu dem Zwecke möchte ich Ihnen die Hauptpunkte, die in dieser Sache in Betracht kommen, ins Gedächtnis zurückrufen. Es handelt sich nicht um Aufhebung der Zwangswirtschaft, sondern nur um Aufhebung der Bezirkseinteilung. Ein Teil der Milchhändler hat sich mit einer Eingabe an den Rat der Stadt gewandt und noch einmal davor gewarnt, die Bezirkseinteilung aufzuheben. Als Grund wird ange-
führt.

führt, daß doch immer noch eine Milchknappheit eintreten könnte, und dann wäre eine angemessene Milchverteilung nicht möglich. Sie weisen darauf hin, daß eine Preistreiberei einsetzen würde, daß jeder Milchhändler darnach streben würde, sich ein großes Absatzgebiet zu verschaffen, und manche dazu kommen würden, den Produzenten einen höheren Preis zu bieten, als vereinbart sei. Demgegenüber wird von den Gegnern der Bezirkseinteilung ins Feld geführt, der freie Handel werde durch sie gehemmt, die Käufer würden gehindert, von den Händlern Ware zu beziehen, von dem sie gern kaufen möchten und vielleicht in der Zeit vor dem Kriege schon jahrelang bezogen hätten, daß sie ferner behindert würden, gerade die Art Milch zu kaufen, die sie gern haben möchten - beispielsweise führen einige Molkereien nur Flaschenmilch, und wer einer solchen Molkerei als Käufer zugeteilt ist, muß 30 - 40 % mehr ausgeben, als derjenige, der

der lose Milch kaufen kann, wenn aber der freie Handel eingeführt werde, könne jeder nach eigenem Ermessen lose Milch oder Flaschenmilch kaufen.

Ich darf ferner darauf hinweisen, daß es bei der Beibehaltung der Bezirkseinteilung schwierig ist, neue Milchhändler zuzulassen, weil die Milchhändler jetzt so viel Milch haben, daß sie alle ihre Kunden befriedigen können, und die Milchhändler unzufrieden sind, wenn ein neuer Händler dazwischengeschoben wird.

Nir haben uns in der früheren Sitzung des langen und breiten über diese Aufhebung der Bezirkseinteilung unterhalten, und ich weiß nicht, ob ich recht urteile, wenn ich sage, daß die Meinung der Mehrheit dahinging, sich für Aufhebung der Bezirkseinteilung auszusprechen für den Fall, daß irgend eine Sicherheit geboten würde dafür, daß bei eintretender Milchknappheit die Vorzugsberechtigten beliefert werden könnten. Deshalb möchte ich folgenden

genden

genden Vorschlag machen: Sollten Sie zu dem Beschlusse kommen, daß die Bezirkseinteilung aufzuheben ist und der Rat tritt diesem Beschlusse bei, dann möchte ich empfehlen, daß in unserer Milchabteilung die Kundenlisten weitergeführt werden, und zwar auf Grund der Hausbogen, die wir wegen der Brotverteilung bekommen, und daß in dem Falle, daß eine Milchknappheit eintritt, die Bezirkseinteilung wieder in Kraft gesetzt wird, wie sie in der letzten Woche vor Aufhebung dieser Einteilung bestanden hat. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Milchvorzugsberechtigten wieder mit Sicherheit zu beliefern. Ich kann allerdings nicht vorher sagen, daß die Bezirkseinteilung dann sofort wieder so gut arbeitet, wie sie jetzt jahrelang gearbeitet hat, aber wenn die Milchhändler guten Willens sind, dann glaube ich, daß nach Ablauf einer gewissen Frist die Maschine wieder reibungslos arbeitet.

Ich möchte Sie bitten, sich heute zu dieser Frage noch einmal zu äußern.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herren!

Ich habe nach unserer letzten Aussprache über diese Angelegenheit mit verschiedenen Milchhändlern Rücksprache genommen, und sie haben mir zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß jetzt noch nicht der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, die Bezirkseinteilung aufzuheben, und zwar aus den Gründen, die schon angeführt sind. Diese Gründe sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, denn es macht sich schon jetzt eine gewisse Milchknappheit bemerkbar. Die frischmilchenden Kühe sind erledigt, draußen ist Kälte eingetreten, das Futter wird knapp, und damit hat logischerweise eine Einschränkung der Milcherzeugung begonnen, und es ist zu befürchten, daß sie noch weiter um sich greift, wenn nicht bald andere Witterung eintritt. Solange nicht die sichere Gewähr geboten werden kann, daß die Vorzugsberechtigten mit Milch beliefert werden, also die kleinen

Kinder,

Kinder, die stillenden Mütter, Kranke und alte Leute, solange bin ich nicht dafür zu haben, diese Bezirkseinteilung aufzuheben.

Des Weiteren hätte ich gern Auskunft gehabt, wie es mit der Neutralisation der Milch jetzt steht. Es kann nicht angehen, daß es so gemacht wird, wie jetzt in den Molkereien, daß Milch, die am Verderben ist, neutralisiert wird und dann pro Tag mit 500 Liter Wasser als Milch abgegeben wird. Allerdings wird die Milch durch die Neutralisation klar gemacht aber wer ein Milchkenner ist - ich will mir nicht anmaßen, das zu sein, wie ich mir auch nicht angemaß habe, daß ich ein Händler bin; das hat mir fern gelegen-, der unterscheidet diese Milch, die eine bräunliche Farbe hat, sehr gut von der anderen, die gelblich gefärbt ist.

Es sind nicht nur Kleinhändler, sondern auch die Schweizer Molkerei und soweit ich unterrichtet bin, auch die Lehrmolkerei, die sich gegen die

Auf-

Aufhebung der Bezirke wenden. Noch ist der Zeitpunkt dafür nicht gekommen. Ich habe schon in der vorigen Aussprache darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Milch, die in unserer Gegend in Betracht kommt, verbuttert wird und das Produkt zu kolossal hohen Preisen nach dem Harz an Ausländer verabfolgt wird, die ja auch bei solchen Preisen bei uns in Deutschland noch billig leben. Eine gewisse Milchknappheit ist also jetzt schon eingetreten, das ist nicht von der Hand zu weisen. Ich bitte Sie, der Aufhebung der Bezirkseinteilung noch nicht zuzustimmen, sondern erst abzuwarten, wie sich die Milchbelieferung weiter gestalten wird.

Stadtv. B u r g d c r f f : Meine Damen und Herren ! Ich vermissе in den Ausführungen des Herrn Maaß besonders den Punkt, der bei der letzten Beratung über diese Angelegenheit als wichtig in die Wagschale geworfen wurde : die Frage der Preissteigerung, und dazu möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sich die Händler und Genossenschaften, die sich der Aufhebung der Bezirkseinteilung widersetzen, veranlaßt gesehen haben, nach dem 1. April durch Zeitungsinserate zu erklären, trotz der Bezirkseinteilung könnten Sie nicht umhin, die Preise zu erhöhen, und führten als Grund dafür die erhöhten Flaschenpreise, die erhöhten Anlieferungskosten usw. an. Das war für mich ein Beweis für das, was ich damals angeführt habe. Auch trotz der Bezirkseinteilung wird sich die Preisbildung nach oben infolge der Teuerungswelle nicht vermeiden lassen.

Was den anderen Punkt betrifft, ob genügend Milch in der Stadt zu haben ist, so möchte ich dazu

fcl=

folgende Zeitungsnotiz anführen - es handelt sich dabei um das Osterfest, wo besonders viel Milch verbraucht wird :

„Daß es falsch ist, zu sagen, die Kindermilch sei zum Feste nicht ausreichend gewesen, weil sie zum Backen verbraucht sei, mögen nachfolgende Zahlen beweisen :

angeliefert	am	10.4.	1180	Liter,	verkauft	1138	Ltr.
"	"	11.4.	2035	" , "	1144	"	
"	"	12.4.	1941	" , "	1148	"	
"	"	13.4.	1972	" , "	1491	"	
"	"	14.4.	1972	" , "	1491	"	
"	"	15.4.	1971	" , "	1507	"	

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wohl genügend Milch produziert und angeliefert wird, daß aber die Preissteigerung - ob wir nun die Bezirkseinteilung beibehalten werden oder nicht - auf keinen Fall aufgehalten werden kann. Wir können uns eben der Tatsache nicht entziehen, daß alles teurer wird.

Wenn

Wenn der Milchhandel frei wird, dann wird sich jeder Milchhändler - der jetzt bequem seinen Bezirk abfahren kann und seine Kunden mit Milch versorgt, unbekümmert darum, ob sie gut ist oder nicht, der Kunde muß sie ja doch nehmen - dann wird er sich bemühen, seine Kunden mit prima Milch zu beliefern, und zwar so früh als möglich. Ich habe die Erfahrung machen müssen, daß die mir gelieferte Milch stundenlang durch die Sommerhitze gefahren worden ist und ich erst um 1 oder 2 Uhr in Besitz der Milch kam, die meine Kinder schon um 9 Uhr morgens haben mußten. Das ist ein Beweis für mich, daß es nicht gut ist, wenn die Bezirkseinteilung beibehalten wird.

Bezüglich der Neutralisation der Milch glaube ich, daß es sich doch anders verhält, als Herr Maaß ausgeführt hat. Ich habe mich von Fachleuten dahin belehren lassen, daß die Neutralisation der Milch deswegen vorgenommen wird, weil es in den Sommer-

monaten

monaten nicht zu vermeiden ist, daß die Milch etwas angesäuert in die Stadt kommt. Dann wird sie auf dem Wege der Neutralisation in den Zustand der Süßmilch versetzt. Das habe ich mir erzählen lassen, es zu beurteilen, vermag ich nicht, denn ich bin kein Fachmann. Jedenfalls aber glaube ich, daß der Zeitpunkt da ist, wo man an die Aufhebung der Bezirkseinteilung ruhig herangehen kann, da nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, die Bezirkseinteilung die Verteuerung der Milch nicht zu verhindern in der Lage gewesen ist. Ich möchte bitten, sich dem Vorschlage des Rates anzuschließen und dem Handel die Milch freizugeben.

Stadtv. M ä d g e (zur Geschäftsordnung) :
In Rücksicht auf die schon recht vorgeschrittene
Zeit stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte
in dieser Angelegenheit.

Nachdem der V o r s i t z e n d e mitgeteilt hat, daß noch Herr Stadtrat Schaper und Herr Stadtverordneter Dr. Schultze in die Rednerliste eingezeichnet sind und auf Anfrage des Vorsitzenden sich niemand gemeldet hat, der für Fortsetzung der Besprechung das Wort zu nehmen wünscht, entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für Schluß der Besprechung.

Darauf wird von der Versammlung mit 13 gegen 10 Stimmen das Gutachten angenommen, daß die Bezirkseinteilung aufzuheben sei.

24. Bezug von Torf vom staatlichen Torfwerk als
Winterfeuerung für die hiesige Einwohnerschaft.

Bürgermeister M e y e r : Meine Damen und Herren ! Ich bitte noch für eine kurze Zeit um Gehör in einer dringenden Angelegenheit.

Vor einigen Wochen haben die Herrschaften Mittel zur Verfügung gestellt, um Braunkohlenbriketts zur Einlagerung als Winterfeuerung für die hiesige Einwohnerschaft durch die Stadt zu beziehen. Damals war an den Einkauf von Torf nicht gedacht worden. Nun aber hat der Vertreter des staatlichen Torfwerks, Herr Baumeister Siedentop, bei uns angefragt, ob der Rat nicht für die städti-

sche

sche Einwohnerschaft Torf für den kommenden Winter einkaufen wolle. Der Herr ist nicht zu uns gekommen, weil er anderweitig den Torf nicht los werden kann, ~~sondern im Gegenteil, es würde ihm leicht sein, den Torf abzusetzen.~~ ^{refal} ~~Da~~ aber die Befürchtung, ~~nicht~~ nicht von der Hand zu weisen ^{ist}, daß ^{im} kommenden Winter ^{mindestens} ~~es~~ an Brennstoff ^{minst.} ~~mangeln, ja sogar eine Brennstoffnot eintreten kann, so wollte er dem Rat jetzt Gelegenheit geben, von dem staatlichen Torfwerk Feuerung zu beziehen.~~ Ich habe dem Rat von dem Angebot Mitteilung gemacht, und er ist meiner Auffassung beigetreten, daß es im Interesse der Bevölkerung liege, wenn neben den Briketts

auch

auch Torf eingelagert ^{wäre} ~~würde~~. Es handelt sich nicht
um unübersehbar große Mengen, ^{angeboten} ~~sondern zur Verfügung~~
~~gestellt~~ sind uns nur 50 - 100 Ladungen. ~~Keinen be-~~
stimmten Preis anzugeben, bin ~~ich~~ ^{heute} ~~noch~~ nicht
in der Lage, er wurde mir selber nicht genannt, ~~und~~
~~das~~ ^{das} ~~Gebot~~ ~~ist~~ freibleibend gemacht. Andererseits
aber können wir die Gewißheit haben, daß ^{ja} ~~wir~~ von
dem staatlichen Torfwerk nicht übers Ohr gehauen
werden. ^{und} So hat der Rat keine Bedenken, Ihnen zu
empfehlen, zuzustimmen, daß wir für die Stadt auch
Torf in dem genannten Umfange ^{herüber zu} ~~zur~~ Einlagerung brin-
gen. Nachdem ^{bezüglich} ~~auch~~ die Finanzkommission, der ich
die Sache vorgetragen habe, ⁱ ~~Ihr~~ Einverständnis

mit

mit dem Ankauf erklärt hat, bitte ich, daß auch
die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung da=
zu erteilt, ~~daß dieser Ankauf und die Einlagerung~~
~~vorgenommen wird und daß~~ Die erforderlichen Mittel
zu Lasten des Extraordinariums zur Verfügung ~~ge-~~
~~stellt werden~~ *zu fallen.*

Ohne Meldungen zum Wort.

Der V o r s i t z e n d e nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rates an (Punkt 24).

V o r s i t z e n d e r : Wir kommen nun zu den Anträgen und Anfragen. (Zurufe : Schluß !)
Es wird Schluß der Sitzung gewünscht. -
Ich schließe die öffentliche Sitzung.

====

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 11. Mai 1922.

Tagesordnung:

1. Antrag Schultze, betreffend Weitervermietung der im Gildenhause befindlichen zwei Vortragsräume.
2. Antrag Gräf, betreffend Übernahme der Reinigungsgebühren für die an Turn- und Sportvereine zur Benutzung überlassenen städtischen Turnhallen.
3. Anfrage Steinert, betreffend Erhöhung der Bezüge für die Ammen im Pflegehause.
4. Anfrage Hessenius, betreffend Verhütung des Müllabladens am Mittelwege.
5. Anfrage Böhm, betreffend Abhilfe der Mißstände bei der Koksverteilung.
6. Verbesserung der Beleuchtung der Matenstraße.
7. Kanalisation der Charlottenhöhe.
8. Neuwahl eines Mitgliedes des Realsteuerausschusses und der Rieselgutsdeputation.
9. Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern.

Registrator

10. Neufestsetzung der Gebührensätze für das städtische Luftbad im Bürgerpark.
11. Instandsetzung von Baracken auf dem Flugplatze und Abbruch einer Baracke.
12. Regelung der Urlaubszeiten für die städtischen Beamten.
13. Änderung der Müllabfuhr betreffend.
14. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule.
15. Einrichtung einer neuen Klasse für die Hilfsschule und einer neuen Lehrerstelle daselbst.
16. Antrag eines Mitgliedes des Schulvorstandes der katholischen Schule auf Amtsniederlegung.
17. Erhöhung der Entschädigung für Instandhaltung von Fahrrädern.
18. Rückgabe einer Kaution an die Straßeneisenbahn-Gesellschaft.
19. Aufhebung eines Haftpflichtversicherungsvertrages.
20. Änderung des § 80 des Ortsbaustatuts (Gebühren in Bausachen)
21. Aufnahme einer Anleihe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark zu Bankkostenzuschüssen von der Staatsbank.
22. Aufnahme eines Rechtsstreits gegen den Maurerpolier Otto Meißner in Sauringen.

G

23. Genehmigung eines Kaufvertrages mit der Witwe
S a n d e r, betreffend ein Grundstück in der
Neupetritorfeldmark.
 24. Änderung eines Straßenbau-Unternehmervertrages
[Bayreuther-Straße]
 25. Wasserrohrlegung nach der Siedlung an verlängerten
Madamenwege.
 26. Grundsätzliche Zustimmung zu ausnahmsweise zuzu-
lassenden Voraussetzungen für baupolizeiliche
Genehmigung des Baus neuer Häuser in neuen
Wohnstraßen.
 27. Antrag Stegmann, die Kündigung der Arbeiter von
städtischen Lagerplätze rückgängig zu machen.
 28. Anfrage Stegmann, betreffend die Wochenkarten
auf der Straßenbahn-Strecke Braunschweig -
Wolfenbüttel.
 29. Anfrage Hessenius, betreffend Festsetzung einer
geldlichen Ablösung für Inhaber großer Wohnungen.
 30. Anfrage Stegmann, betreffend die Auswahl er-
holungsbedürftiger Kinder für einen dreimonatigen
Landaufenthalt.
-

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister
Reteneyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Franken-
berg

berg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper,
sowie die Stadträte Füernann und Langemann.

Es fehlen die Stadtverordneten Herbst, Dr. Jasper,
Marth, Möll und Fran Schulze.

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung.
Zunächst heiÙe ich unser neues Mitglied, Herrn
D i e r s, in unsern Kreise willkommen. Ich will
wünschen, daß seine Tätigkeit hier dem allgemeinen
Wohle zum Nutzen und ihm zur Freude gereichen möge.
Die Stadtverordnetenversammlung hat seinen Vorgänger,
Herrn Schmidt, als Vertreter seiner Fraktion in ver-
schiedene Ausschüsse geschickt, und es entspricht
unserer Gepflogenheit, daß für den Rest der Wahlperiode
der neu eingetretene Herr Diers in die Ämter eintritt,
die Herr Schmidt inne gehabt hat.

Ich mache der Stadtverordnetenversammlung ferner
Mitteilung von einem Schreiben des Rats vom 22. April:
„In der Sitzung am 6. April haben die Stadtverordneten
den Dringlichkeitsantrag L e h n e r t, betreffs
Behandlung der an lebenskundlichen Unterricht teil-
nehmenden Kinder in den städtischen Schulen angenommen.
Da es sich dabei um eine innere Schulangelegenheit
handelt, halten wir uns nicht für befugt, im Sinne
des

des Antrages unmittelbar auf die Schulleiter und Lehrkräfte einzuwirken. Wir haben daher den Antrag dem Staatsministerium, Abteilung für Volksbildung, unterbreitet."

Von einer Frau Nöhler, Gerstäckerstraße 21, ist folgendes Schreiben eingegangen:

„Ich frage an, ob sich keine Abhilfe schaffen läßt, betreffs der Überschwemmung im Riehtale. Wir können jetzt im Mai unser Kartoffelland noch nicht graben, und unser Land ist ganz besonders davon betroffen. Kann der Graben nicht abgesperrt werden oder die Schleusen bei Ölper rechtzeitig aufgezogen werden? Den Wiesen bei Ölper tut das Wasser doch weniger Schaden.“ → Ich übergebe das Schreiben dem Rat zur Äußerung.

Sodann ist eine Einladung eingegangen von dem Verein für Gesundheitspflege. Es wird darin aufmerksam gemacht auf eine Ausstellung des deutschen Hygiene-Museum⁶ zur Bekämpfung der Tuberkulose, die vom 21. Mai

bis

bis 11. Juni hier stattfindet und zum Besuche dieser Ausstellung eingeladen. - Ich lege das Schreiben hier zur Einsichtnahme aus.

Der Vorstand der Öffentlichen Bücherei und Lesehalle richtet folgendes Schreiben an uns:

„Wir erlauben uns, den Herren Stadtverordneten je ein Stück des soeben erschienenen Führers durch unsere Bücherei zu überreichen. Derartige Sonderführer sollen die Übersicht auf einem Einzelgebiet erleichtern und das Fehlen des Druckkataloges wenigstens etwas weniger fühlbar machen. Das Heft wird an die Leser unserer Anstalt für 1 Mark abgegeben.“ - Die betreffenden Exemplare sind, wie ich höre, schon verteilt.

Weiter ist uns eine Anzahl von Exemplaren des Jahresberichts des Verkehrsvereins zugesandt. Ich lege sie hier aus, sie stehen den Mitgliedern der Versammlung zur Verfügung.

Anfragen sind folgende eingegangen:

Eine Anfrage von Herrn Stegmann:

„Ist

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß bei der Auswahl unterernährter erholungsbedürftiger Kinder zwecks dreimonatigen Landaufenthalts Freidenker-Kinder ausgeschlossen sind ?

Ist der Rat gewillt,

- 1) den Schulrat Dr. Appuhn und das städtische Wohlfahrtsamt anzuweisen, die zurückgewiesenen Kinder anderweitig auf dem Lande unterzubringen,
- 2) Garantien zu schaffen, um ein derartiges ~~parteiliches~~ und unsoziales Vorgehen, wie bei der diesjährigen Auswahl geschehen, in Zukunft unmöglich zu machen ?“

Am Ende der öffentlichen Tagesordnung wird Herr Stegmann seine Anfrage begründen.

Eine Anfrage des Herrn Hessenius:

„Gedenkt der Rat nicht, einen offenbaren Bedürfnis entsprechend, eine feste Form zu schaffen zur geldlichen Ablösung, welche zur Erstellung von neuen Wohnungen dienen kann (für Inhaber großer Wohnungen).“

Die

Die Anfrage wird in derselben Weise behandelt wie die des Herrn Stegmann.

Punkt 1 der aufgestellten Tagesordnung „Antrag des Stadtverordneten R e g e n e r auf Ermäßigung des Preises für Gaskoks“, fällt aus; Herr Regener hat seinen Antrag zurückgezogen.

1. Antrag Schultze, betreffend Weitervermietung
der im Gildehause befindlichen zwei Vortrags-
räume.

Wortlaut des Antrages: „Der Rat der Stadt wird ersucht, die Weitervermietung der im Gildehause befindlichen zwei Vortragsräume an Vereine wieder zu gestatten.“

Stadtv. Dr. S c h u l t z e: Meine Damen und Herren !

Die bekannten Vortragsräume im Gildehause, die zur Abhaltung von Vorträgen besonders geeignet sind, waren bisher ~~Vorn~~ vermietungsfähig, und von der Möglichkeit der Benutzung dieser Räume hat z. B. der Verein für Gesundheitspflege, der Verein für Naturwissenschaft usw. usw. mehrfach Gebrauch gemacht.

Neuerdings haben wir von der Handwerkskammer die Auskunft bekommen, daß eine Vermietung dieser Räume nach Mitteilung des Rates der Stadt nicht mehr zulässig ist. Ich halte es bei der großen Saalnot in Braunschweig für etwas hart, diese Weitervermietung

völlig

völlig aufzuheben, und möchte die Bitte aussprechen, daß die Vermietung wieder gestattet wird. Selbstverständlich muß dabei vermieden werden, daß die Veranstaltungen der Innungen dadurch Störungen erleiden, aber das läßt sich wohl dadurch erreichen, daß die Vermietung an Vereine usw. nur für bestimmte Tage zulässig ist oder indem die Innungen ihre Tagungen im voraus festlegen.

Der Antrag wird auf Anfrage des Vorsitzenden aus der Versammlung genügend unterstützt, und der Vorsitzende überweist ihn dem Bauausschuß zur Vorberatung.
(Punkt 1)

2. Antrag G r ä f, betreffend Übernahme der Reinigungsgebühren für die an Turn- und Sportvereine zur Benutzung überlassenen städtischen Turnhallen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die durch Überlassung der Schulturnhallen an die hiesigen Sport- und Turnvereine seitens der Stadt entstehenden Reinigungsgebühren stadtseitig zu übernehmen.“

Stadt v. G r ä f (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wie Ihnen bekannt sein wird, sind die Schulturnhallen den hiesigen Turn- und Sportvereinen zu ihren wöchentlichen Übungen überlassen worden. Neuerdings sind nun die Pedelle der betreffenden Schulen an die Leiter der einzelnen Vereine herangetreten und haben gebeten, sie möchten die Reinigungsgebühren von 2 M die Stunde auf 6 M erhöhen. Das Eingehen auf diesen Wunsch würde eine ungeheure Belastung für die Vereine sein und meistens würden sie garnicht in der Lage sein, diese finanzielle

Mehr-

Mehrbelastung tragen zu können. So gebraucht der größte dieser Vereine 13 Turnabende für die Ausbildung der Turnerⁿ und Turnerinnenⁿ und für seine Jugend- und Knabenabteilungen. Wenn der Betrag für das Reinmachen auf 6 Mark erhöht würde, so würden an Aufwendungen dafür mindestens ~~1000~~⁴⁰⁰⁰ Mark ausgegeben werden müssen, während der Betrag der Reinigungsgebühren bisher ungefähr 1000 M ausmachte. Da an 13 Abenden in jeder Woche geturnt wird, so stellt sich das Exempel auf $13 \times 52 \times 6$ M, das sind ungefähr 4000 M. Ich nehme an, daß Ihnen mein Antrag nicht mehr unbekannt sein wird und daß er von Ihnen ohne weiteres befürwortet werden wird. Sie wissen, daß von diesen Vereinen für die körperliche Ertüchtigung der Jugend das menschenmögliche getan wird, und daß die für diesen Antrag in Frage kommenden Vereine in dieser Richtung zu wirken in der Lage sind, hat Herr Oberturnlehrer Somburg in den Sitzungen des Spielausschusses anerkannt. Die Vereine betrachten den Wert der Mark immer noch nach der Vorkriegszeit und können sich

Samstag in Chemnitz

auf dem Weg zum Vorführungsplatz

sich nicht entschließen, einen höheren Beitrag von den Eltern ihrer jungen Turner zu fordern, es würdenja sonst auch die Eltern ihre Kinder nicht in den Verein schicken. Aber das ist nicht der Sinn und Zweck der Vereine, sondern dieser geht vielmehr darauf hinaus, die Kinder möglichst alle frei zu turnen zu lassen, doch scheitert dieses zum Teil an der finanziellen Belastung der Vereine. Die kleinen Vereine werden schon sehr stark belastet durch die verschiedenen Gruppen Vorturnerstunden, Bezirks-, Kreis- und Ausbildungsstunden der Vorturner und Kreiswarte. Wer bei den Vorführungen im Unionsaale gewesen ist, wird gesehen haben, welche Bedeutung die Vereine für die körperliche Ausbildung heute haben; ich erwähne z.B. das *Samstag in Chemnitz* Hallesche Schulturnen, das im Unionsaale vom Männerturnverein vorgeführt worden ist. Aber ich glaube ich habe nicht nötig, für meinen Antrag noch weitere Ausführungen zu machen, und bitte Sie nur noch, meinen Antrag zu unterstützen und anzunehmen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag aus der Versammlung genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn dem Bauausschuß zur Vorberatung.

(Punkt 2)

3. Anfrage S t e i n e r t , betreffend Erhöhung der Bezüge für die ~~Armen~~^{Amme} im Pflegehause.

Wortlaut der Anfrage: „Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß eine ~~Arme~~^{Amme} im städtischen Pflegehause für das Nähren der Kinder eine monatliche Vergütung von nur 50 M erhält? Ist der Rat der Stadt bereit, für eine umgehende Erhöhung der Bezüge Sorge zu tragen?

Stadtv. S t e i n e r t (zur Begründung): Ich habe in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen schon auf den Tatbestand hingewiesen, der meiner Anfrage zu Grunde liegt, aber leider ist vom Rat der Stadt in dieser Sache nichts getan worden, und so sehe ich mich veranlaßt, noch einmal darauf einzugehen. Ich habe schon vorgetragen, daß eine ~~Arme~~^{Amme} im städtischen Pflegehause 50 M bekommt, und es ist einwandsfrei aus den Büchern der Anstalt festgestellt, daß sie in einem Monat pro Tag bis zu 1 ~~Li-~~⁴ter Milch geliefert haben. Wenn statt dessen die Stadt andere Milch bezogen hätte, dann würden sie

dafür

dafür bedeutend mehr Geld haben ausgeben müssen, und doch hat die Muttermilch einen viel größeren Nährwert für die Säuglinge als Kuhmilch. Die 50 M bedeuten doch kaum ein Trinkgeld für die ^{Amme}~~Armen~~, nicht aber eine Bezahlung. Da nun vom Rat der Stadt seit jener Sitzung in dieser Sache nichts geschehen ist, so frage ich an, ob der Rat bereit ist, die ^{Ammen}~~Armen~~ so zu bezahlen, wie die ^{Ammen}~~Armen~~ im Landessäuglingsheim bezahlt werden, oder ob ~~auch~~ ^{den} irgendwelche Schwierigkeiten entgegenstehen. Gerade die ^{Amme}~~Armen~~ in städtischen Pflegehause kann mit den 50 M nichts rechtes anfangen; sie reißt ihr eigenes Zeug herunter, und wenn sie so weit ist, daß sie ^{her-}~~ausgehen~~ muß, steht sie mittellos da, ist abgerissen und steht sozusagen vollständig nackt auf der Straße. Das kann es doch in einer städtischen Anstalt nicht geben! Die ^{Amme}~~Arme~~ muß so bezahlt werden, daß sie in der Lage ist, einen Notgroschen zurückzulegen, damit sie später nicht tatsächlich verhungern muß. Ich bitte um Auskunft, wie sich der Rat zu dieser Sache stellt.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften! Der Rat hat sich mit dieser Angelegenheit nicht beschäftigt, denn diese Sache gehört bekanntlich zum Pflichtenkreise der Pflegehausdeputation. Wir haben mit dem Herrn Stadtarzt, Geh. Sanitätsrat von Holwede und mit dem Inspektor Ludwig vom Pflegehause Rücksprache genommen und sind dabei zu der Ansicht gelangt, daß eine Aufbesserung der 20 M ^{ag} betretenden Bezüge der ~~Arme~~ ^{Amme} - ~~neben~~ denen aber nicht nur freie Station für die ~~Arme~~ ^{Amme} selbst, sondern auch freie Verpflegung des Kindes der ~~Arme~~ ^{Amme} gewährt wird - wohl angezeigt erschien und sind deshalb zu einer Aufbesserung von 20 auf 50 M ^{werden} geschritten, ~~wenn~~ aber je nach der Leistungsfähigkeit der ~~Arme~~ ^{Amme} auch einen höheren Betrag gewähren. Im vorigen Monat sind z.B. 100 M und in einem anderen 60 M gezahlt worden. Besondere Anträge auf Erhöhung solcher Bezüge sind inzwischen an uns nicht herangekommen. Es ist wohl bekannt, daß im Landessäuglingsheim die ~~Armen~~ ^{Ammen} höher bezahlt werden, aber wir hatten

die

die Überzeugung, daß es nicht wohlgetan wäre, eine Ungleichmäßigkeit zwischen den Bezügen der ^{Armen} ~~Armen~~ dort und im städtischen Pflegehause bestehen zu lassen. Herr Geh. Sanitätsrat von Holwede hat es übernommen, mit Herrn Dr. Reiche als dem Leiter des Landessäuglingsheim sich in Verbindung zu setzen, um auf eine Gleichmäßigkeit in diesen Bezügen hinzuwirken, und in der nächsten Sitzung der Pflegehausdeputation wird in dieser Sache erneut ~~||~~ Beschluß gefaßt werden.

4. Anfrage N e s s e n i u s , betreffend Verhütung
des Müllabladens am Mittelwege.

Wortlaut der Anfrage: „Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, damit das Müllabladen am Mittelwege unterbleibt?“

Stadtv. Nessenius (zur Begründung): Meine Anfrage betrifft ein Kapitel, das mit der Siedelei zusammenhängt. Trotz der Berichte in der Deutschen Tageszeitung und in der Freiheit, die behaupten, daß die Siedelei für die Allgemeinheit nichts Gutes bedeute, ist doch schon eine ganze Menge dadurch erreicht; kommen doch 400 Morgen Pachtland in Frage, die ~~durch~~ ^{werden} die Siedler erstmalig kultiviert ~~wird~~. Das ist immerhin etwas, wenn es auch nicht hinreicht, um die Bevölkerung Braunschweigs in ihrer ^{Ernährung} ~~Erkennung~~ sicher zu stellen. Hindernisse stellen sich allerdings in den Weg, und ein solches Hindernis ist auch ~~das~~ das Schuttabladen an der einen Stelle am Mittelwege. Die beteiligten Leute versuchen, diese Stelle urbar zu machen, und es ergibt sich, daß durch das schlechte

Verhalten

Verhalten einer ganzen Zahl der hiesigen Einwohner sie dabei gestört werden. Man nimmt heute immer ~~noch~~ noch Gelegenheit, Müll untermischt mit Blechkästen, Eimern und Töpfen dort billig niederzu legen. Es handelt sich um eine Straße im Stadtgebiet, und deshalb möchte ich den Rat der Stadt ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Unmasse von Blech und Scherben erst einmal dort weggefahren ^{wird} ~~werden~~ und Vorkehrungen getroffen werden, damit das weitere Abladen von solchen Dingen unterbleibt.

Stadtbaurat G. e b e n s l e b e n : Meine verehrten Herrschaften. In dankenswerter Weise hat sich die Siedelungsgesellschaft Freiland bereit erklärt, ~~diesen~~ Schuttabladeplatz noch in diesem Jahr zu bebauen. Wir haben ihn [†] den Platz auf ein Jahr unentgeltlich zur Verfügung gestellt und hoffen, daß die Mühe, die die Siedelungsgenossenschaft für Reinigung dieses Platzes aufwendet, auch durch guten Erfolg belohnt werden wird. Allerdings ist es bedauerlich, daß von Unberufenen - wie wir gestern erst von Herrn Nessenius gehört haben - fortwährend noch Müll auf diesen Platz geschafft wird, aber nicht auf die jetzt beackerte Baufläche, sondern unmittelbar daneben. Es handelt sich dabei nicht um einen städtischen Weg, sondern um einen Interessentschaftsweg. Wir werden den Vorstand ^(der Feldmarks-Interessentschaft) in dieser Sache aufmerksam machen, und würde es dann Aufgabe des Feldhüters und der Polizeiorgane sein, darauf hinzuarbeiten, daß dieser Mißstand beseitigt wird. Ich habe gestern auch gehört,

daß

daß die Blechkästen usw. auf einen Haufen transportiert sind und daß sie abgefahren werden müssen. Ob sie noch irgend einen Wert haben, weiß ich nicht, aber wir würden der Siedelungsgesellschaft bei der Fortschaffung gern hilfreich zur Seite stehen.

5. Anfrage B 5 h m , betreffend Abhilfe der Mißstände bei der Koksverteilung.

Wortlaut der Anfrage: „Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die ~~ferre~~ fürchterlichen Mißstände im Gaswerk Taubenstraße abzuhefen?“

Stadte. B 5 h m : Meine Damen und Herren! Wer einmal Gelegenheit hatte, auf den Gaswerk Taubenstraße zu sehen, wie die Leute dort Koks holen und was für Zustände dabei herrschen, der muß unbedingt dafür sein, daß dort Abhilfe geschaffen wird. Um 1/2 6 Uhr gehen die Leute schon vom Hause weg, denn wer nach 7 Uhr kommt, kriegt schon nichts mehr, und um 10 Uhr ist vollständig ausverkauft. Es sind meistens alte Leute und Invaliden, die den Koks holen, sie sind durch die Not gezwungen, diese nicht gerade schöne Arbeit zu übernehmen. Da nun viel Leute hinausziehen und wieder zurückkehren ohne Koks bekommen zu haben, so könnte es doch wieder so wie früher gemacht werden, daß Kuxern ausgegeben werden,

Dann

dann können die Leute wenigstens alle paar Wochen an die Reihe. Ferner möchte ich auf das Kokalesen hinweisen; die am nachmittag Koks lesen dürfen, stellen sich schon um 7 oder gar um 6 hin, um Nummern zu bekommen, und dann teilt der Beamte die Nummern nicht nach der Reihenfolge aus, wie die Leute gekommen sind, sondern ganz wie es gerade kommt, und wer besonders gut sich vorzudrängen versteht, der bekommt eine Nummer, so daß es fast jedesmal dieselben sind, die die Nummern erhalten. Während andere, die ^{durch} um die Not darauf angewiesen sind, Koks zu lesen, leer ausgehen. Auch hier muß Abhilfe geschaffen werden. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, dafür zu sorgen, daß eine Besserung in diesen Sachen eintritt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren! In der letzten Deputationssitzung haben wir zu dieser Frage bereits Stellung genommen. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß die Koksabgabe neu geregelt werden muß, und es wird wohl dazu nichts anders übrigen bleiben, als daß wir den lästigen Nummernzwang wieder einführen; dann wird erreicht, daß nicht immer wieder dieselben Leute mit Koks bedient werden. Ich glaube nicht, daß die Nummernausgabe an Ort und Stelle möglich sein wird, sondern diese ^{würde} ~~mußte~~ im Verwaltungsgebäude geschehen müssen.

Über die Auswahl der Leute beim Koksauslesen ist mir Näheres nicht bekannt; ~~wenn~~ wir können auch darüber uns in der Deputation besprechen.

V o r s i t z e n d e r : Es ist inzwischen noch ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Stegmann eingegangen, der nachher zur Besprechung kommen wird. Er lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Kündigung der 29 auf dem Lagerplatz am Westbahnhof beschäftigten Arbeiter rückgängig zu machen und ^{für} auf die gekündigten anderweitig Arbeit zu beschaffen.“

Herr Stegmann hat Besprechung der Anfrage der Frau Böhm beantragt. Wer ist für die Besprechung? - Ich eröffne die Besprechung dieser Anfrage.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herrn! Es sind tatsächlich unhaltbare Zustände auf dem Gaswerke Taubenstraße bei dem Bezuge von Koks vorhanden. Ich habe mich selbst der Mühe unterzogen, mir den Verkauf dort anzusehen. Ich bin morgens um 6 Uhr hinausgegangen und habe gefunden, daß schon alles voll von Leuten stand. Es ist auch ein Teil von Schiebern anwesend, deren Namen festgestellt worden sind und die Frauen und auch Männer beauftragt hatten, Karren mit hinauszunehmen. Als nun um 1/2 9 Uhr der Koksverkauf angehen sollte, kam ein städt^{sch}er Gaswerksangehöriger und ^wsollte an die Frauen Nummern verteilen. Nur der, ^{mit}dies mit angesehen hat, der kann sich einen Begriff von der Unordnung machen. Der Mensch konnte kaum stehen, er wurde umringt von allen den Personen, die sich drängten, um einen Zentner Auslesekoks zu bekommen. Es liegt auf der Hand, daß dies ein Mißstand ist. Wer gewitzigt ist, kann jeden Morgen daran kommen, kriegt seine Nummer und liest sich tagtäglich

seinen

seinen Koks aus. Ich habe eben von Schiebern mit ihren Angehörigen gesprochen; da ist es gelungen, mit Hilfe des Gaswerksangestellten ein paar Frauen auszumerzen, die ihre Karten an Schieber verkauft hatten. Ich habe allerdings erfahren, daß in jüngster Zeit etwas Besserung eingetreten ist, aber doch nicht in der Weise, daß der Übelstand ganz beseitigt ist. Der Herr Oberbürgermeister hat schon angeführt, daß wir uns in der Verwaltungsdeputation darüber unterhalten haben, was für ein System eingeführt werden soll. Es sind auch Stimmen laut geworden, die dazu rieten, den Kokspreis zu erhöhen, dann würde der Andrang verschwinden, aber ein solches Vorgehen liegt nicht im Interesse der Bezieher. Ich stehe auf dem Standpunkt - auch der Herr Oberbürgermeister hat sich in dieser Weise geäußert -, daß unbedingt Karten ausgegeben werden müssen für die, die Koks von der Gasanstalt selber holen wollen und daß dann diese Karten beim jedesmaligen Bezuge abgestempelt ^{werden} ~~wird~~, sodaß auf jeder Karte zu sehen ist, wieviel Koks von den Betreffenden schon geholt ist. Das macht allerdings Umstände, aber es liegt

im Interesse der Allgemeinheit, denn es ist nötig, daß vorhandene Brennmaterial ^{gerecht} zur Verteilung gelangen zu lassen, sodaß ein jeder etwas davon bekommen kann.

Als ein fernerer Übelstand ist zu verzeichnen, daß ein ganzer Teil Koks an Auswärtige abgegeben wird, 30, 40, 50 Zentner; z.B. hat ein Bauer aus Meverode 30 Zentner Koks bekommen. So etwas ist unhaltbar; wir haben dafür zu sorgen, daß zuerst unsere Leute in Braunschweig ihren Koks vom Gaswerk beziehen können. Weiter ist in der Verwaltungsdeputation einwandfrei festgestellt, daß die Schieber damals diesen Koks zu 39 M gekauft haben und ihn zu 68 M weiterverkauft haben - für die Karten haben sie allerdings auch noch 19-20 M bezahlen müssen; in der letzten Zeit werden 28 M dafür bezahlt und so wird jedenfalls der Preis bei den Schie-

bern noch höher werden. In dankenswerter Weise hat die Erwerbslosenfürsorge auf diesen Zustand ein Auge geworfen, weil ^{Leute} ~~es~~ aus den Kreisen der Erwerbslosen gewesen sind - man hat ein ganzes Teil dabei betroffen-, die ~~es~~ morgens sich hinstellen, Karten lösen und sie dann wieder verkaufen, wodurch die Schieber Gelegenheit haben, Koks zu bekommen. Es ist das schon etwas gemildert, aber ganz kann die Erwerbslosenfürsorge nicht durchgreifen; sie muß auf unsere Hilfe, rechnen und da bleibt nichts anderes übrig, als daß Kartensystem einzuführen, damit dieser Mißstand, wie er im Gaswerk in der Taubenstraße besteht, einmal beseitigt wird.

Stadt v. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Weil ich in der Nähe der Gasanstalt Taubenstraße wohne, habe ich die Gelegenheit wahrgenommen und bin einmal früh~~am~~ morgens dort hingegangen und ^{habe} ~~meine~~ Beobachtungen gemacht. Ich habe gesehen, wie einzelne - Herr Maaß sagte schon, sogenannte Schieber - sich an einzelne~~n~~ Personen herandrückten, ihnen Geld gaben, damit sie sich hinstellten und Karten lösten. Dabei ist es vorgekommen, daß ein einzelner Schieber 15 - 20 Zentner Koks bekommen hat, wohingegen ein großer Teil der Leute, die 4 - 5 1/2 Stunden lang gestanden hatten, kein^{en} Koks bekamen. Ich habe mit dem Betriebsleiter Mörs darüber gesprochen und er sagte mir: Dieser Herr dort steht schon seit heute morgen da; er hat so und so viel Karten und dafür hat er Koks zu bekommen, ich kann nichts dagegen machen.* Ich stehe auf dem Standpunkt, den der Herr Oberbürgermeister eingenommen hat, daß eine Kontrolle nur durch

geführt

geführt werden kann, wenn das Kartensystem eingeführt wird. Wenn auch mancher sagen mag, daß diese Art und Weise der Kontrolle durch die Nummerausgabe nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Käufer beschwerlich ist, so ist aber doch auch zu bedenken, daß jemand viel leichter nach dem Rathause gehen und sich eine Nummer für den Koksbezug holen kann, als dort auf der Taubenstraße stundenlang zu stehen. Es können vielleicht auch Nebenstellen zur Ausgabe der Nummern eingerichtet werden. Abhilfe muß auf jedem Fall geschaffen werden, damit nicht einzelne Leute eine Menge Koks im Keller haben und andere nicht ein Bröckchen von dieser Feuerung bekommen. Das Beste wird sein, wenn Zettel über 5 oder 10 Zentner Koks ausgegeben werden, wofür sich der Betreffende an dem bezeichneten Tage Koks holen kann, dann weiß jeder, daß ^{er} ohne Drängen und Drücken an dem und dem Tage seinen Koks holen kann, Ich möchte bitten, in dieser Weise Abhilfe zu schaffen.

V o r s i t z e n d e r : Punkt 3 der Tagesordnung „Ableitung der Abwässer eines Fabrikunternehmens mittels des städtischen Kanalnetzes“ wird zurückgestellt; er ist von der Kommission an den Rat zurückverwiesen.

6. Verbesserung der Beleuchtung der Maienstraße.

~~Stadttrat Schaper~~ : Meine Damen und Herren!
~~Herr Pieper~~

Am 23. April ist dem Rat der Stadt ein Antrag der Anwohner der Maienstraße wegen besserer Beleuchtung dieser Straße zur Prüfung und Berücksichtigung überwiesen worden, und der Rat der Stadt hat das Städtische Betriebsamt zu einer gutachtlichen Äußerung über eine solche Anlage veranlaßt. Es liegt nun aber in der Maienstraße kein Gasrohr, und die Legung eines solchen für die ganze Straße würde ganz erhebliche Kosten verursachen. Zur Beleuchtung der ganzen Maienstraße müßten 5 Gasglühlichtlaternen oder 5 elektrische Metalledrahtlampen aufgestellt werden. Es ist aber nicht nötig, diese ganze Anlage auszuführen, da nach dem Ortsbauplane demnächst ein Teil der Maienstraße aufgehoben werden soll. Um nun bei dieser Gelegenheit den Anliegern der Maienstraße zugleich Kochgas zu verschaffen, beantragt der Rat, von der Kreuzstraße aus bis zu dem Hause Nummer 6

in

in der Maienstraße ein Gashauptrohr zu legen, und nur eine Gasglühlichtlaterne in der Maienstraße aufzustellen, wodurch dem vorhandenen Bedürfnisse genügt würde. Die Kosten betragen im ganzen 35600 M. Das ist allerdings etwas teuer, aber es läßt sich bei den hohen Rohrpreisen nicht ändern.

Der Bauausschuß hat sich eingehend mit der Vorlage beschäftigt, stimmt dem Antrage des Rats zu und bittet Sie, die Kosten gleichfalls zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bauausschusses zu.

(Punkt 6).

7. Kanalisation der Charlottenhöhe.

Stadtverordneter R a s c h e: Wie den verehrten Herrschaften erinnerlich sein wird, haben die städtischen Behörden vor ein paar Monaten 200 000 M bewilligt, um mit den Kanalisations- und Straßenbauarbeiten auf der Charlottenhöhe beginnen zu können. Die Hauptsache dabei sind ja die Erdarbeiten, die von Erwerbslosen ausgeführt werden, und es konnte damit eine Anzahl Erwerbsloser beschäftigt werden. Das Projekt und die Kostenanschläge für diese Arbeiten sollten zwecks Bewilligung der erforderlichen Mittel nachgeliefert werden. Nun sind schon im Voranschlage der Kanalbaukasse für das Jahr 1921/22 145 000 M für die Kanalisierung einer Straße auf der Charlottenhöhe vorgesehen, die noch nicht verwandt sind, und für den Voranschlag des Jahres 1922/23 sind nochmals Beträge von 356 000 + 39 000 + 40 000 + 45 000 M, also

insgesamt

insgesamt 480 000 M für den bezeichneten Zweck eingesetzt. Das Städtische Tiefbauamt hat nun die Pläne und Kostenanschläge eingereicht, sie liegen hier vor und danach wird empfohlen.

- | | |
|---|------------------|
| 1. für die Straße „Charlottenhöhe“ zwischen Salzda-
lumerstraße und Eichenberg | 465 000 M, |
| 2. für die Straße „Charlottenhöhe“ zwi-
schen Eichenberg und Wolfenbütteler-
straße | 56 000 M, |
| 3. für die Straße Eichenberg | 67 000 M, |
| 4. für die Straße Brockenblick | 70 000 M, |
| zusammen | <u>658 000 M</u> |

zu bewilligen. Der Rat der Stadt gibt die Pläne und Kostenanschläge an uns zur Kenntnissnahme weiter und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich mit der Ausführung dieser Kanalisation und der Verwendung von 658 000 M dafür einverstanden zu erklären.

Die Pläne und Kostenanschläge sind in der Bau-
kommission geprüft, und ^{sie} empfiehlt der Versammlung, dem
Antrage des Rats zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage des Bauausschusses.

(Punkt 7).

8. Neuwahl eines Mitglieds des Realsteuerausschusses und der Rieselgutsdeputation.

Stadtverordneter J a h n s t: Der zum Mitgliede des Realsteuerausschusses und der Rieselgutsdeputation gewählte Landwirt August Ohm, Mittelweg 31, ist schon seit längerer Zeit zu den Sitzungen nicht mehr erschienen. Der Grund dafür geht aus einem Brief der Ehefrau des Genannten hervor, in dem sie schreibt: „Mein Mann hat vor 2 Jahren einen Schlaganfall gehabt und kann sich bis auf den heutigen Tag von dessen Folgen nicht erholen. Ich bitte, auch in der Zukunft davon Abstand nehmen zu wollen, ihn zu irgend welchen Sitzungen zu laden.“ Der Rat der Stadt gibt deshalb anheim, der Entlassung des Herrn Ohm aus beiden Ehrenämtern zuzustimmen und danach die erforderliche Ersatzwahl vorzunehmen.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß wir dem Antrage auf Entlassung des Herrn Ohm aus beiden Stellen stattgeben müssen.

Als Ersatz schlägt der Rechtsausschuß vor: Für den Realsteuerausschuß den Landwirt Wolters, Salzdhallumerstraße 55, für die Rieselgutsdeputation den Rentner Sichler, hier (die Adresse ist mir nicht näher bekannt.)

Die Versammlung stimmt der Entlassung des Herrn Ohm aus beiden Ämtern zu und genehmigt die Wahlvorschläge des Rechtsausschusses.

(Punkt 8).

9. Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung von
Kleinrentnern.

Stadtv. D i e t e r m a n n: Die Vorlage des Rats über diesen Punkt der Tagesordnung; es wird sich deshalb erübrigen, Sie mit diesem Schriftstück hier bekannt zu machen. Es handelt sich um Gewährung von 200 000 M aus der Verfügungssumme der städtischen Behörden zur Unterstützung von Kleinrentnern, die wie Ihnen bekannt sein dürfte - bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen sich in großer Not befindenden. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Sache beschäftigt und bittet die geehrte Versammlung, beschließen zu wollen, daß die genannte Summe für die Unterstützung von Kleinrentnern zur Verfügung gestellt wird. Dies als Berichterstatter. Meine persönlichen Bemerkungen möchte ich gleich anschließen. Ich möchte beantragen, hier einen Nachtrag einzustellen, der besagt:

„Das Städtische Wohlfahrtsamt wird von uns beauftragt, nach Anhörung der örtlichen Vertretung der Kleinrentner und eines Vertrauensausschusses, be-

Fiskallen Mitgliedern dieser Versammlung zugegangen

bestehend aus 6 Stadtverordneten, die Unterstützung zu gewähren."

Wir haben ein gewisses Mißtrauen gegen den Wohlfahrtsausschuß, indem wir glauben, daß von ihm nicht so verfahren wird, wie es unbedingt notwendig erscheint, und deshalb bitten wir, unserm Antrage zuzustimmen, daß ein Unterausschuß von 6 Stadtverordneten eingesetzt wird, der diese Sache mit bearbeitet.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Es gibt ein gewisses Mißtrauen, das in manchen Fällen dazu ganz gut dienen kann, die Sachlage zu ~~er~~klären und diejenigen Behörden, die nicht voll bereit sind, ihre Schuldigkeit zu tun, in den nötigen Trabe zu bringen. Nach den Beobachtungen, die die geehrten Herrschaften bis in die jüngsten Tage hinein mit dem Wohlfahrtsam¹ zu machen Gelegenheit hatten, hat es ein derartig ausgeprägtes und vom Herrn Berichterstatter hervor gehobenes ~~Mi~~ßtrauen nicht verdient, zumal in dieser Sache nicht, wo schon durch die Richtlinien des Landtagsausschusses die Voraussetzungen gegeben sind, die gleichzeitig von Herrn Dietermann erwähnt sind, nämlich daß die örtliche Vertretung des Rentnerbundes gehört werden muß. In diesem Fall würde der Antrag des Herrn Dietermann offene Türen einrennen. Das Städtische Wohlfahrtsamt arbeitet ohnehin in innigster Verbindung mit allen ~~B~~eteiligten Dienststellen und hat einen Unterstützungsausschuß, der in Bedarfsfällen in Wirksamkeit tritt. Es würde die Tätigkeit

des Wohlfahrtsamts in dieser Sache erschweren und außerdem würde der Sonderausschuß außerordentlich in Anspruch genommen werden, wenn so verfahren würde, wie es Herr Dietermann vorgeschlagen hat. Bei der Fülle von Anträgen, die eingegangen sind und noch ~~würden~~ ^{würden} eingehen, würde der Ausschuß in jeder Woche mindestens zwei Sitzungen halten müssen und jede Sache, die sonst ~~dringlich~~ ^{dringlich} wäre, würde durch den besonderen Ausschuß einen unerwünschten Aufenthalt erleiden. Wer dem Wohlfahrtsamt ein gewisses Vertrauen entgegen bringt und wer den Kleinrentnern eine ~~sachgemäße~~ ^{sachgemäße} und rasche Erledigung ihrer Anträge wünscht, den bitte ich, gegen den Antrag des Herrn Dietermann ~~zu~~ ^{zu} stimmen.

Stadtv. J a h n s: Meine Damen und Herren! Es ist wohl noch gut in Ihrer Erinnerung, daß ich schon vor Jahresfrist den Antrag eingebracht habe, Mittel zur Verfügung zu stellen für in Not geratene Kleinrentner, und diese Not ist von Tag zu Tag größer geworden. Ich freue mich, daß jetzt ein derartiger Schritt seitens der Reichsregierung geschehen ist und nunmehr auch wir dazu kommen, zu handeln, um den Kleinrentnern zu helfen. Es ist im Schreiben des Rats unter anderm gesagt: „Wir sind der Ansicht, daß die Not der Zeit zu einem weitgehenden Entgegenkommen gegenüber der schwierigen Lage der Kleinrentner Anlaß gibt und daß sich die Stadt, nach/dem das Reich und der Staat einen Teil der Hilfaufwendungen von der Bereitwilligkeit der Gemeinden zum Eingreifen abhängig gemacht haben, der Aufgabe der Mitwirkung nicht entziehen darf,“ und dem stimmen wir vollständig zu, aber eins vermag ich bei der Sache nicht einzusehen, und das ist, daß die Staatsbank für das Jahr 1921/22 Mittel für die Klein-

rentnerhilfe im Betrage von 220 000 M zur Verfügung
^{jah} stellt, dagegen ^{aber nur 200 000 M} ~~aber für das Jahr 1992/93~~, obwohl dieses
Rechnungsjahr ~~schon so ziemlich halb~~ abgelaufen ist,
~~vorläufig nur 200 000 M~~. Ich verstehe nicht, daß sie
20 000 M von dem ganzen Betrage einschlachtet und in
irgend welcher Form als Depositorium behält, wo doch
die Not groß ist und 220 000 M für die große Menge
der der Hilfe benötigten Kleinrentner nicht als zu-
viel angesehen werden kann. Wäre ^{allein richtigen} man von der Vorausset-
zung ausgegangen, daß im Verhältnis diese Summe noch
gering ist, so hätte man wie für das verflossene Jahr
die vollen 220 000 M überseh-ausschütten sollen, dann
wären 440 000 M zusammengekommen, und damit hätte man
den Kleinrentnern einigermaßen helfen können. Viel-
leicht weiß der Herr Berichterstatter Auskunft darü-
ber zu geben, weshalb eine solche Zurückhaltung not-
wendig gewesen ist, sonst möchte ich beantragen, daß un-
sererseits die vollen 220 000 M bewilligt werden und
daß wir den Rat der Stadt ersuchen, bei der Staatsbank
vorstellig zu werden, daß auch die restlichen 20 000 M
durch den Staat noch ausgeschüttet werden.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Herr Dietermann beantragt die Einsetzung eines Unterausschusses von 6 Stadtverordneten, der im Einvernehmen mit dem Städtischen Wohlfahrtsamtschuß und der örtlichen Vertretung der Kleinrentner der Unterstützungssätze mit feststellen soll, und begrüßt diesen Antrag damit, daß er und die ^{ihm nahestehenden} ~~im anhaltenden~~ Kreise ein gewisses Mißtrauen gegen das Wohlfahrtsamt hegen. Dagegen muß ich von meinem Standpunkt aus erklären und spreche dabei zugleich im Sinne einer Anzahl Jhrer Freunde, Herr Dietermann, daß dieses Mißtrauen durchaus nicht gerechtfertigt ist (Zuruf: Die Geschmäcker sind verschieden!) Wir hatten Gelegenheit, im Ausschuß für die Schulentlassenenenspende, an dessen Sitzungen 4 Stadtverordnete aus allen Fraktionen teilnahmen, feststellen zu können, mit welcher Sorgfalt und Gründlichkeit das Wohlfahrtsamt sich seiner Aufgabe entledigt hat. Wenn das in jener Sitzung allseitig zum Ausdruck gebracht wurde, so kann ich nicht einsehen, daß man hier von einem Mißtrauen gegen das

Wohlfahrtsamt sprechen kann.

Im übrigen begrüße ich es, daß jetzt Mittel für die Kleinrentnerhilfe zur Verfügung gestellt werden, und möchte gerade Wert darauf legen - wie das auch schon Herr Stadtrat von Frankenberg betonte -, daß nun die bereitgestellten Gelder recht schnell gewährt werden. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag des Herrn Dietermann abzulehnen, welcher die Einsetzung eines Unterausschusses von 6 Stadtverordneten verlangt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Die Anregung des Herrn Stadtverordneten Jahns begrüße ich mit einer gewissen Freude. Auch mir ist die Zurückhaltung der Staatsbank nicht ganz verständlich gewesen, daß einstweilen ~~für das laufende Jahr~~ ^{mit} 200 000 M zur Verfügung gestellt sind, während für das verflossene Jahr 220 000 M angewiesen sind. Ich bin keinen Augenblick in Sorge darüber, wie es anzustellen ist, daß auch die restlichen 20 000 M denselben Weg der Wohltätigkeit und Hilfe für die Kleinrentner wandern sollen, den die 200 000 M gehen. Wenn Sie im Sinne des Herrn Jahns beschließen sollten, dann möchte ich empfehlen, den Beschluß ~~zu~~ zu fassen, daß bis zu 220 000 M bewilligt werden. Dann könnten wir bemüht sein, von der Staatsbank die noch fehlenden 20 000 M herauszuholen, und ich glaube der Überzeugung sein zu können, daß der Rat nicht Bedenken tragen wird, in dieser Weise vorzugehen.

Herrn

Herrn Stukenberg bin ich für die unbefangene Beurteilung des Wohlfahrtsamts, über dessen Tätigkeit sich zu überzeugen er Gelegenheit gehabt hat, dankbar. Wenn er bei seiner Mitarbeit für die Schulentlassenspende zu der Überzeugung gekommen ist, daß vom Wohlfahrtsamt in einwandfreier und sorgfältiger Weise vorgegangen worden ist, so darf ich vergleichsweise darauf aufmerksam machen, daß es sich bei jener Sache um eine jährlich einmal wiederkehrende Aufwendung handelt, während bei der Kleinrentnerhilfe Woche für Woche, ja, man darf sagen Tag für Tag Aufwendungen nötig sein werden. Da ist mit einer oder wenigen Sitzungen der Sache nicht gedient, es muß den Anträgen an jedem Tage Rechnung getragen werden können und dazu würde die von Herrn Dietermann vorgeschlagene Erweiterung der entscheidenden Stelle zu schwerfällig sein.

Stadtv. L e h n e r t: Es ist erklärlich, daß die Kleinrentner unter den heutigen Verhältnissen am meisten zu leiden haben. Wer vor dem Kriege 2000 bis 2500 M Jahreseinkommen hatte, der konnte davon einen ruhigen Lebensabend genießen, während heute das ganz anders ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unbedingt die Ansichten dieser Leute gehört werden müssen. Wenn nun aber Herr Stadtrat von Frankenberg Herrn Stukenberg seinen Dank ausgesprochen hat für das Lob des Fürsorgeausschusses, so bin ich nicht böse darüber sondern lasse der Gerechtigkeit freien Lauf. Es wäre zu tadeln, wenn in derselben Art, bei den Kleinrentnern herumgeschnüffelt werden soll, wie es der Konfirmandenausschuß in manchen Fällen getan hat. Dann würde manch einer froh sein, wenn eine Kontrollinstanz der Stadtverordneten da wäre, die dieser Schnüffelei einen Riegel vorschieben könnte. Mir sind Sachen bekannt, wo es besser gewesen wäre, die Betreffenden hätten Strümpfe

gestrickt oder gestopft, als daß sie diesen Schüffelbetrieb unternommen hätten. Damit den armen kleinen Rentnern, die nicht einmal 50 Pfennig am Tage zu verzehren haben und bei denen doch mehr Not vorhanden ist, als sie zeigen wollen, weil sie den früheren äußeren Glanz wenigstens äußerlich noch aufrecht erhalten wollen, die nötige Hilfe gebracht wird, darum stehe ich auf dem Standpunkt meines Freundes Dietermann und bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. M a a ß: Meine Damen und Herren! Auch ich begrüße es, daß nun wirklich den Kleinrentnern eine Hilfe zuteil werden soll, aber ich muß dabei auch unterstützen, was von Herrn Dietermann gesagt worden ist. Es besteht in der Allgemeinheit ein gewisses Mißtrauen gegen den Wohlfahrtsausschuß, und um zu verhindern, daß diese Verteilung wieder zu einer solchen wird wie ^{die} bei der Schulentlassenspende haben wir einen derartigen Antrag gestellt, und ich bitte, ihm zuzustimmen. Wir sind nicht nur als Bewilligungsmaschine hier, sondern dürfen uns das Recht nicht nehmen lassen, eine Kontrolle auszuüben. Das Recht steht jeder öffentlichen Körperschaft zu, und wo es nicht sein sollte, da ist es ein Fehler. Deshalb möchte ich bitten, der Einsetzung eines Unterausschusses, wie er von Herrn Dietermann beantragt worden ist, zuzustimmen.

Stadt v. S t e g m a n n : Von meinen Freunden ist schon das meiste, was ich sagen wollte, erledigt, und ich möchte nun nur noch ganz kurz auf einige Äußerungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg eingehen. Wenn der Herr Stadtrat sagt, eine rasche Bearbeitung der Sachen sei nötig und der Ausschuß müßte wohl zweimal wöchentlich zusammenkommen, sonst würde eine Verzögerung eintreten, so ist das wohl richtig. Gewiß, der Ausschuß wird vollauf zu tun haben, aber für diejenigen, die jahrelang gehungert haben, bis ihnen diese Hilfe zugesichert ist, wird es nun wohl auf 2 Tage nicht ankommen; wenn der Ausschuß am Dienstag getagt hat und dann am Donnerstag wieder zusammentritt, werden die Hilfsbedürftigen wohl in den zwei Tagen nicht verhungern. Die Stadtverordneten haben das Recht und die Pflicht, sich nicht überall die Kontrolle aus den Fingern nehmen zu lassen, noch dazu in diesem Falle nicht. Da ein Mißtrauen gegen den Wohlfahrtsausschuß in verschiedenen Kreisen der Arbeiterschaft, seitdem

die

die Leitung desselben von Herrn Stadtrat von Frankenberg, einem durchaus rechts stehendem Herrn, und von der Schwester Helene Peters besorgt wird, hat die große Masse kein Vertrauen zu dem Wohlfahrtsausschuß, und deshalb glaube ich, daß es richtig ist, eine Kontrolle bei der Kleinrentner-Hilfe durch einen Ausschuß von Stadtverordneten einzusetzen. Es wäre eigenartig, wenn wir bei einer solch wichtigen Sache, bei der ^{es} sich um 200 000 M jährlich handelt, es ablehnen sollten, mit zu bestimmen. Die Tatsache, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich mit Händen und Füßen dagegen sträubt, eine Kontrollkommission einzusetzen, spricht dafür, daß wir erst recht dafür sein müssen, daß sie eingesetzt wird.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Wie liegt denn die Sache beim Wohlfahrtsamt? Bin ich das Wohlfahrtsamt? Oder ist es Schwester Helene Peters? Das Wohlfahrtsamt ist eine städtische Einrichtung, die unter der Aufsicht der städtischen Behörden geleitet wird von einem Vorstande und einer Reihe von Ausschüssen. Wer sitzt denn außer mir in dem Vorstande? Lauter Herrschaften, die die verehrte Versammlung selbst gewählt hat. Wenn dem Antrage des Herrn Dietermann entsprechend noch ein Vertrauensauschuß von sechs Stadtverordneten gewählt würde, so käme mir das so vor, als wenn einer städtischen Deputation, z.B. der für die Licht und Wasserwerke, für die Straßenreinigung, für die Müllabfuhr oder der Armendirektion, nun noch ein Überwachungsausschuß auf die Nase gesetzt werden sollte. Das ist doch ein eigentümliches Verfahren, daß weder im Geiste der Städteordnung sein würde, noch förderlich auf die Mitarbeit der beruflichen oder ehrenamtlichen Mitwirkenden. Herr Lehnert

hat

hat recht, wenn er sich gegen die Schnüffelei wendet. Das beste Mittel, was in Beziehung auf die Kleinrentnerhilfe angewendet werden kann, haben das Gesetz und die Richtlinien schon vorgesehen, indem mit der Vertretung des Rentnerbundes verhandelt werden soll. Wir wollen Anträge des Rentnerbundes regelmäßig hören. Wenn die Vertrauenspersonen, die selber den Kleinrentnerkreisen angehören, sich über die Sache erkundigt und geäußert haben, ferner dasjenige Material, das bei uns aus den Steuern und Wohlfahrtssachen vorliegt, mit zu Rate gezogen wird, dann wird die Sache höchst wahrscheinlich in zahlreichen Fällen so ^{sprach-} ~~schon~~ reif sein, daß man ohne weiteres sich schlüssig machen kann und es nur - verzeihen Sie das Wort - leeres Stroh-dreschen sein würde, wenn ein besonderer Ausschuß von Stadtverordneten sich noch einmal damit beschäftigte. Nichts liegt mir ferner, als mich gegen Überwachungsmaßregeln zu sträuben. Was wir im Rathause tun, braucht das Licht des Tages und das scharfe Auge des Herrn Stegmann wahrlich nicht zu scheuen.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Kontrolle ist gut, aber Überkontrolle ist nicht gut. Wenn die Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit hat, Fälle zu geißeln, in denen nicht so verfahren wird, wie es sein sollte, dann ist der Stadtverordnetenversammlung ihr Recht nicht genommen, auch wenn kein besonderer Ausschuß eingesetzt wird. Solch ein neuer Ausschuß als Kontrollinstanz ist tatsächlich eine Erschwerung für das rasche Arbeiten der Rentnerhilfe, und doch ist von allen Rednern betont, daß ihnen schnell geholfen werden soll. Herr Stegmann sagte, es komme auf 2 Tage Verspätung hierbei nicht an; das hätte seine Berechtigung, wenn es sich um eine einmalige Hilfsaktion handelte, aber es handelt sich um eine Menge fortlaufend eingehender Gesuche. Wenn das Wohlfahrtsamt, das unter Oberaufsicht der städtischen Behörden arbeitet, nicht ordnungsmäßig vorgehen sollte, dann würden Fälle, die Übergriffe bedeuten unweigerlich

zur

zur Sprache kommen auch ohne die Kontrollkommission. Deshalb möchte ich Sie bitten, nicht zu sehr organisieren und kontrollieren zu wollen. Der Rat als leitende Behörde ist den Stadtverordneten verantwortlich und wir als Stadtverordnete haben genügend Kontrollrecht auch ohne den Unterausschuß von 6 Stadtverordneten. Aus diesem Grunde muß ich bitten, den Zusatzantrag des Herrn Dietermann abzulehnen, und so mit dafür zu sorgen, daß den Kleinrentnern schnell geholfen wird.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Die Anregung des Herrn Jahns ist bereits durch die Antwort des Herrn Stadtrat von Frankenberg erledigt. Wenn aber Herr Stadtrat von Frankenberg meint, durch seine schönen Redensarten mein Mißtrauen zu beseitigen, so hat er sich geirrt. Mein Mißtrauen besteht und ist dadurch nicht zu beseitigen. Es ^{liegt}~~lag~~ das daran, daß nicht so gearbeitet wird, wie gearbeitet werden muß, so daß ein Mißtrauen gerade gegen die Person des Herrn Stadtrats und der Schwester Helene Peters besteht. Sie meinen, sie hätten zu diktieren und die anderen zu gehorchen. Bei einer Verteilung von Geldern hat man einer Institution genau dieselbe Summe als Unterstützung gegeben wie einer anderen, die schon länger besteht. Daß die Behörden ihre Schuldigkeit tut, das habe ich nicht angezweifelt; ich weiß, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tut und auch tun muß. Wenn hier darauf verwiesen wird, daß die örtliche Vertretung der Kleinrentner bei der

Ver-

Verwilligung der Beihilfen zugezogen werden soll, so liegt das schon ohne weiteres fest, wir dagegen wünschen noch einen besonderen Vertrauensausschuß aus Stadtverordneten. Selbstverständlich wird es für diesen Ausschuß einen Haufen Arbeit geben, aber die Gewählten werden diese Arbeit gern auf sich nehmen, um das Mißtrauen zu beseitigen, welches gegen das Wohlfahrtsamt besteht. Auch die Erledigung der Arbeit wird keine nennenswerte Verzögerung durch die Arbeit des Vertrauensausschusses erleiden, sondern die Sachen können ebenso schnell erledigt werden, als wenn eine solche Kommission nicht bestände. Ich möchte bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Jahns hat seinen Antrag schriftlich eingebracht; ich möchte Herrn Dietermann bitten, das auch zu tun.

Der Antrag Jahns lautet dahin,

- 1) die Bewilligung bis zu 220 000 M auszusprechen,
- 2) die Staatsbank ist zu ersuchen, auch die restlichen 20 000 Mark auszuschütten.

Stadt v. L e h n e r t : Man sagt: „Der Ton macht die Musik,“ und so geht es auch in den einzelnen Kommissionen und Deputationen. Wie der Vorsitzende die Sache vorträgt, in der Richtung wird meistens auch der Beschluß gefaßt, und ebenso ist es auch im Wohlfahrtsausschuß. Wenn von einer Seite ein Einwurf erhoben wird,, dann sucht man in ausgeklügelter Weise die Bedenken zu zerstreuen, um auch nicht ein Tüpfelchen über dem i an dem Vorschlage des Vorsitzenden fehlen zu lassen, damit es geschmackvoll aussieht. Ein großer Teil der Einwohner, die nicht mehr mit den alten Verhältnissen zufrieden sind und sich dem neuen Zuge der Zeit angeschlossen haben, werden unter die Brille genommen, ob auch das Gesangbuch vorschriftsmäßig an der rechten Stelle gehalten wird und ob sie die salbungsvollen Ermahnungen in Andacht über sich ergehen lassen. Frau Götze, Sie schlagen auf den Tisch, aber die Erfahrung macht klug. (Zuruf Götze: Das ist unerhört!) Ich weiß nicht, ob Sie als Vormund des Vor-

Vorsitzenden hier fungieren, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich, soweit ich mich an der Besprechung der vorliegenden Sache beteilige, das Recht zu sprechen habe, mögen Sie auch sagen: Unerhört! Die Tatsache besteht, daß diejenigen Eltern die am meisten in scheinheiliger Weise bei den einzelnen Herren katzbuckeln, diejenigen sind, die bei Spenden am ersten beteiligt sind und daß sie auch in dieser Sache am ersten Anspruch erheben werden.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dietermann hat folgenden Antrag schriftlich eingereicht:

„Zusatzantrag: Das Städtische Wohlfahrtsamt wird von uns beauftragt, nach Anhörung der örtlichen Vertretung der Kleinrentner und eines Vertrauensausschusses, bestehend aus sechs Stadtverordneten, die Unterstützungen zu gewähren.“

(Der Vorsitzende verliest auch den Antrag Jahns siehe Seite 66 dieses Berichts.)

In der Abstimmung ergeben sich für den Antrag Dietermann 13 Stimmen, dagegen 16 Stimmen.

Der Antrag Jahns wird angenommen.

10. Neufestsetzung der Gebührensätze für das
Städtische Luftbad im Bürgerpark.

Stadt. B u r g d o r f f : Am 23. April haben sich die Stadtverordneten mit dem Antrage des Rates einverstanden erklärt, daß die Gebührensätze für die Benutzung der sogenannten Zivilbadeanstalt auf das Dreifache erhöht würden. Ich führe als Beispiel an, daß das Abonnement für eine Person von 10. Mark auf 30 M erhöht wurde. Weiter wurde zugestimmt, daß die Gebühren für Benutzung des Luftbades gleich sein sollten den im letzten Sommer in Geltung befindlichen Gebührensätzen der Zivilbadeanstalt. Hinterher sind von dem Pächter dieser Badeanstalten Bedenken gegen die Verschiedenheit der Sätze in den beiden Badeanstalten geltend gemacht, indem er nicht mit Unrecht befürchtet, daß durch die Verschiedenheit der Sätze die Möglichkeit und Gefahr geschaffen werde, daß von nicht ehrlichen Personen die billigere Gebühr des Luftbades bezahlt, hinterher aber doch

das

das Flußbad benutzt werde. Der Pächter meint, daß eine Überwachung, die solche Vorkommnisse^{ausschließt}, besonders an starken Verkehrstagen unmöglich sei, und empfiehlt zur Ausschließung von Unzuträglichkeiten dieser Art die Gebühren des Luftbades gleichzusetzen den Gebühren der Flußbadeanstalt. Nachdem auch der Vorstand des Vereins für naturgemäße Gesundheitspflege, von dem aus die Einrichtung eines städtischen Luftbades seinerzeit besonders betrieben worden ist, sich für diese Maßnahme ausgesprochen hat, beantragt der Rat bei den Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß für das Luftbad die gleichen Gebührensätze gelten wie für das Flußbad.

In der Finanzkommission ist die Sache durchberaten, und ich habe als Berichterstatter der Kommission Ihnen Annahme des Ratsantrages zu empfehlen.

*Die Versammlung stimmt der neuen Festsetzung
der Gebührensätze zu.*

11. Instandsetzung von Baracken auf dem
Flugplatze und ~~Abbruchung~~ einer Baracke.

Stadt v. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Ich erfülle eine unangenehme Pflicht, wenn ich über diesen Punkt ^{wird}berichte. Ich glaube, auch bei dem Rat der Stadt ^{wird}es so sein, daß ihm immer eine Gänsehaut überläuft, wenn er den Titel „Flugplatzbaracken“ hört, aber was uns jetzt unterbreitet wird, übersteigt das Maß dessen, was wir bisher gehört haben, ^{und zeigt}~~überzeugt~~, daß dort nicht die Ansprüche erfüllt werden, die ~~man~~ an ~~gesittete~~ Menschen stellen muß. Es wäre eigentlich angebracht, kurzerhand den Zustand dort so weiterbestehen zu lassen, wie er eben ist. Es ist doch unerhört, wenn dort Leute sich gegenseitig die Fensterscheiben zerschlagen, Türen demolieren, anderen die Sachen stehlen, die Klosetteinrichtungen zertöppern, wenn Kinder von 6 benamsten Alten als Sport ca. 50 Fensterscheiben ein-
werfen

werfen und nun zum Ersatz aller der Schäden von der Stadt 4220 M gezahlt werden sollen. In einem zweiten Schreiben steht dann noch, daß bei einer zweiten Besichtigung sich herausgestellt hat, daß noch weiter 4 Türen und Klosettsachen gestohlen sind. Und das alles geschieht in einer Zeit, wo Mieter und Vermieter sich finden müssen, damit die Wohnungsmisere nicht überhand nimmt. Da sollte man Gelegenheit nehmen, die schlechtesten Elemente von hier zu entfernen. Ich meinerseits hätte den Vorschlag zu machen, die Sache so gehen zu lassen, wie sie will. Mögen sich die Leute wie in jedem anderen Hause, wo mutwillig Sachen zertrümmert werden, den Ersatz selbst beschaffen oder mit dem vorliebnehmen, wie es jetzt ist, und weiter möge die Stadt dazu übergehen, fortschreitend Baracke auf Baracke abzureißen.

In demselben Atemzuge möchte ich Ihnen gleich den Antrag des Rates auf Abbruch der Baracke 12 unter-

ter-

unterbreiten. Die dafür notwendigen Arbeiten erfordern einen Kostenaufwand von 20 700 M., aber durch die bei dem Abbruch gewonnenen wertvollen Materialien wird der 4fache Wert herausgeschlagen. -

Mein Vorschlag wäre:

- 1) Ablehnung der für Ausbesserung der Schäden beantragten 4 220 Mark,
- 2) Bewilligung der Mittel für Abbruch der Baracke Nummer 12.

Mit dem letzten Punkte hat sich auch der Bauausschuß einverstanden erklärt, der erste Punkt - Bewilligung der Mittel für die Wiederinstandsetzungsarbeiten - ist von der Kommission nicht so weit aufgeklärt und gefördert, daß man den Zustand beurteilen konnte; man setzte die Beschlußfassung darüber in der Kommission aus und hat es der Vollversammlung überlassen, darüber zu befinden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Der Herr
Berichterstatter wird es nicht übelnehmen, wenn ich
sage, daß ich die Empfindung habe, daß der Bauaus-
schuß geneigt war, der Vollversammlung zu empfehlen,
die 4220 M noch aufzuwenden. Es wird auch nichts
anderes möglich sein, denn es sind Schäden entstan-
den, die zweifellos beseitigt werden müssen. In der
Klosettbaracke z.B., sind 50 Fensterscheiben zer-
trümmert; würde man sie so belassen, so liefe man
Gefahr, daß nach und nach auch noch die anderen Fen-
sterscheiben zertrümmert werden; denn die Erfahrung
lehrt, daß an Stellen, wo erst etliche kaputtge-
schmissen sind, es nicht lange dauert, bis alles
zerstört ist. Aus diesem Grunde möchte ich bitten,
auch diesen Betrag von 4220 M zu bewilligen. Dem
Klageliede des Herrn Nessenius möchte ich mich aller-
dings in jeder Beziehung anschließen. Es ist außer-
ordentlich bedauerlich, daß wir auf dem Flugplatze
Elemente wohnen haben, die Hab und Gut der Stadt in

keiner

keiner Weise achten. Es gibt zweifellos auf dem Flugplatz auch Leute, die anderer Gesinnung sind; aber leider gehört die überwiegende Zahl der Bewohner zu den schlimmen Elementen. Es bleibt in der Tat nichts anderes übrig, als eine Baracke nach der anderen abzubauen. Man könnte ja sagen: „Wir reißen sie gleich alle ab“, aber das geht nicht, denn es wohnen dort auch Leute, die in der Stadt von den Hausbesitzern nicht ohne weiteres aufgenommen werden. Es würden in dieser Sache bei den **Miet-**einigungsämtern außerordentliche Schwierigkeiten entstehen, und bei der Besprechung eines Eingesandts waren die Beisitzer wie die Vorsitzenden der **Miet-**einigungsämter der Ansicht, daß die ganzen Baracken stehen bleiben müßten. Das geht nun aber auch nicht an; es muß allmählich ein geordneter, guter Zustand herbeigeführt werden, ganz abgesehen davon, daß die **Baracken** nicht so beschaffen sind, daß sie noch eine längere Reihe von Jahren stehenbleiben können. Des-

halb

halb haben wir gestern im Bauausschuß noch empfohlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß zunächst Baracke 12 abgerissen wird. Leider ist dazu die Summe von 20 700 M aufzuwenden - bei den sehr hohen Löhnen läßt es sich leider nicht billiger machen. Aber es ist zu berücksichtigen, daß wir diese Baracken von der Militärverwaltung sehr billig erworben haben - ich glaube für 8 - 10 000 Mark im Durchschnitt - und daß in diesen Baracken ein Materialwert von 160 - 170 000 Mark steckt. Wenn wir auch den Wert auf die Hälfte reduzieren, so haben wir bei dem Erwerbe der Baracken immer noch ein ganz gutes Geschäft gemacht, und deshalb dürfte es Ihnen nicht schwer fallen, die verlangten Summen zu bewilligen.

Stadtv. S c h m e r b a c h : Die Besprechung dieser Angelegenheit gibt mir Anlaß, einmal an den Rat der Stadt bzw. Herrn Stadtbaurat Gebensleben eine Anfrage in dieser Sache zu stellen. Man spricht von Abbruch der Flugplatzbaracken, und andererseits wissen wir, daß vom Wohnungsamt die Ziffer der Wohnungsuchenden als auf 4000 gestiegen angegeben wird. Deshalb möchte ich anfragen, in welcher Weise sich das Steigen der Ziffer der Wohnungsuchenden mit dem Abbruch der Flugplatz-Baracken vereinigen läßt. Es wäre bei Abbruch der Flugplatzhallen noch notwendig, daß andererseits die Wohnungsbeschaffung in der Stadt selbst oder um die Stadt herum steigt, und das scheint nicht der Fall. Da die Bautätigkeit nicht derartig sich entwickelt, daß der Wohnungsnot abgeholfen werden kann, so erscheint es mir als ein Miß-^{hältnis}~~verständnis~~, daß man die Baracken abreißt und die Möglichkeit aus der Hand gibt, den Wohnungsuchenden eine Unterkunft in einer, allerdings sehr zweifel-
haften

haften Wohnung zu geben. Es ist ja allgemein bekannt, auch beim Mieteinigungsamt, daß der Flugplatz gewissermaßen als die letzte Potenz betrachtet wird, indem man den in der Stadt Wohnenden sagt: „Wenn Ihr hier nicht artig seid, winkt Euch der Flugplatz“! Es ist damit gekennzeichnet, daß es gewissermaßen eine Strafkolonie bedeutet für Mieter, die das Unglück haben, in der Stadt keine Wohnung zu bekommen. Nun muß ich dem ja recht geben, daß es die besten Mieter nicht sind, die auf dem Flugplatz wohnen, aber keine Regel ohne Ausnahme. Und deswegen dürfen wir nicht auf dem Standpunkt stehen, wie ihn der Herr Referent vertrat, daß man die Kosten, die zu decken sind, einfach nicht bewilligt. Man weiß ja nicht einmal, ob die Schäden mutwillig verursacht sind oder ob diejenigen, bei denen sie vorgekommen sind, unschuldig daran sind, sondern aus Übermut oder Böswilligkeit anderer die Schäden entstanden sind. Deswegen muß ich mich dahin aussprechen, daß ich nicht dafür zu haben sein würde, daß man diese

diese Instandsetzungskosten nicht bewilligt, und der Herr Stadtbaurat Gebensleben hat sich ja auf denselben Standpunkt gestellt. Die Leute, die dort wohnen, sind ohnedem schon gestraft genug, und da kann es auf diese paar tausend Mark für die Stadt nicht ankommen.

Stadtv. N e s s e n i u s : Aus dem Bericht des Beamten geht zum Teil hervor, auf welche Weise diese Schäden entstanden sind. In der Klosettbaracke sind ca. 50 Fensterscheiben demoliert, wodurch ein Schaden von 1800 M entstanden ist. Nach den A ange- stellten Ermittlungen sind die Söhne der Familien E b e r t, D ü m k e und O b e r g diejenigen gewesen, die an einem Nachmittage die Scheiben nach- einander einwarfen, ohne von Zeugen dieses Vorfalls daran gehindert zu werden. Aus der Klosettbaracke sind 2 Türen mit sämtlichen Beschlägen losgeschraubt und gestohlen, ohne daß die Täter zu ermitteln sind. Bei einer in der Wohnung B o c k stattgefundenen Schlägerei wurden mehrere Fensterscheiben beschädigt, und aus Rache soll Frau Bock wieder 2 Fensterschei- ben der Wohnung S e l l m a n n eingeworfen haben. Der hierbei entstandene Schaden beziffert sich auf 220 M. In dieser Art wird weiter berichtet. Es ist ja traurig, daß Leute in diesen Baracken noch

unter-

untergebracht werden müssen, aber bei Leuten guten Charakters ginge es noch. Aber wenn man Absichtlichkeit und Böswilligkeit ihr Werk treiben sieht, dann muß man sagen, die Leute wollen es nicht besser haben, ^{und} dann müßte man die Leute zur Tragung des Schadens heranziehen oder die Wohnungen in dem beschädigten Zustande belassen, bis es ihnen lästig wird und sie selbst für Besserung sorgen, sonst könnte man einfach die 4000 M. heute hergeben und in den nächsten 4 Wochen wieder. In einem zweiten Bericht, der hinterher kam, heißt es nach ein paar Tagen : Gelegentlich der gerichtlichen Besichtigung stellte ich fest, daß seit der in der vorigen Woche vorgenommenen Revision aus der Abortbaracke wieder 4 Türen im Werte von 3200 M. entfernt waren. Außerdem war ein Sitztrichter nebst Holzring zertrümmert und beseitigt (Wert 300 M.). Wenn die Stadt sich vor Schaden dauernd bewahren will, müßte sie einen besonderen Beamten zur Aufsicht dort anstellen, und

das

das ist auch nicht billiger~~er~~, oder sie muß die
Baracken abreißen und andere Häuser bauen, die nicht
so leicht beschädigt werden können. (Zuruf Regener :
Blechfensterscheiben!)

Die 4220 M für Wiederinstandsetzung der beschädigten Baracken werden von der Versammlung bewilligt und darauf auch die Mittel für Abbruch der Baracke 12.

12. Regelung der Urlaubszeiten für die städtischen Beamten.

Stadtv. J a h n s ! Der Ausschuß der städtischen Beamten hat sich auch in diesem Jahre wieder an den Rat der Stadt gewandt mit der Bitte, den städtischen Beamten den gleichen jährlichen Erholungsurlaub zuzubilligen wie er den Reichs- und Staatsbeamten zugesagt ist. Die Urlaubsdauer für diese Beamten wird unter Berücksichtigung der Dienststellung und des Lebensalters der Beamten (bis 30 Jahre, 30 - 40 Jahre und über 40 Jahre) abgestuft. Sie beträgt

in den Gehaltsgruppen I - IV	je 21, 24, 28 Tage
V - VIII	" 24, 28, 31 "
IX - XII	" 28, 31, 35 "
XIII und darüber	" 35, 38, 42 "

Für außerplanmäßige Beamten, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden die Urlaubszeiten gekürzt und zwar im 1. Dienstjahr um 7 Kalendertage,

im

im 2.Dienstjahre um 5 Tage, im 3.Dienstjahre um 3 Tage. Es ist seitens der Reichsregierung darauf hingewiesen, daß besonders die schwierige Wirtschaftslage Veranlassung gegeben hätte, derartige Urlaubszeiten den Beamten zuzubilligen. Seitens des Rats ist hervorgehoben worden, daß, nachdem die gleiche Arbeitszeit unter den Reichsbeamten, Staatsbeamten und städtischen Beamten eingeführt sei, nämlich die 48stündige Arbeitswoche, seien gegen eine mit den Reichs- und Staatsbeamten gleiche Urlaubszeit Bedenken nicht zu erheben. Auch der Rechtsausschuß hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß es nötig sei, ebenso wie die Gehälter, so auch die Urlaubszeiten für die städtischen Beamten gleich denen des Reiches zu gestalten, und empfiehlt den Stadtverordneten, dem Rat der Stadt anheimzugeben, die Urlaubszeiten für die städtischen Beamten so zu regeln, wie ich vorgetragen habe und wie sie auch bei Reich und Staat geregelt sind.

Stadtv. G r ä f : Ich hätte gewünscht, daß der Rat gleichzeitig die Regelung der ¹Urlaubszeiten für die Angestellten in diesen Antrag mit einbezo-
gen, ^{hätte} damit sie auch gleich mit behandelt wären.

Ich möchte um Auskunft bitten, ob darüber den Stadtverordneten noch eine Vorlage zugehen wird oder ob eine solche ihnen schon zugegangen ist.

in der nächsten Zeit zu erwarten
ist.

A first night place. Voluntary position
of the house? With your own day
before the 1st of the month. The house
in the house. The house is not
for the house.

Archives: Nina, 1. Feb. 1904,
Trish 86.

Ihre Hhho. Luerbier bezieht in der vorigen
Sitzung (Kürz 21) über Ausrüstung der
Lazareten u. der Kranken etc.
H. Reinhard.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Wir beabsichtigen, den Angestellten Urlaub nach denselben Grundsätzen zu gewähren wie den Beamten.

Die vorgeschlagene Urlaubsregelung wird von
der Versammlung genehmigt.

13. Änderung der Müllabfuhr betreffend.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren !
Am 6. April haben wir uns über diese Frage der Änderung des Müllabfuhrsystems schon einmal unterhalten. Wir haben damals beschlossen, daß ein Lastkraftwagen zu diesem Zwecke angeschafft werden soll und dazu noch die nötigen Kästen, damit ein Versuch mit dem sog. Wechselkastensystem gemacht würde. Als aber nun die Anschaffung getätigt werden sollte, stellte es sich heraus, daß die bewilligten 500 000 M nicht ausreichten, sondern daß mindestens 700 000 M dafür zur Verfügung gestellt werden müßten. Nun ist der Rat der Stadt der Ansicht, daß er, weil die Stadtverordneten nur 500 000 M für Ausführung des Versuchs bewilligt haben, nicht ohne weiteres 700 000 M ausgeben kann und hat an den Bauausschuß das Ersuchen gestellt, sein Gutachten darüber abzugeben, ob von der Einführung des neuen Systems bei den hohen Kosten überhaupt Abstand genommen oder ob
bei

bei den Stadtverordneten die Bewilligung höherer Mittel beantragt werden sollen. Der Bauausschuß hat sich über diese Frage ziemlich lange unterhalten, weil es ja bei den Mängeln des heutigen Abfuhrsystems, das in hygienischer Beziehung nachteilig wirken kann, der Wunsch aller ist, daß endlich einmal ein besseres System eingeführt wird. Der Bauausschuß konnte sich deshalb auch nicht damit einverstanden erklären, daß von dieser Anschaffung eines Lastkraftwagens mit den nötigen Kästen einfach Abstand genommen wird, sondern war in seiner Mehrheit der Ansicht, daß ein Versuch doch gemacht werden müßte, den man späterhin erweitern könnte, ganz ohne Rücksicht auf die Kosten und selbst wenn die 700 000 M. dafür nicht hinreichten, denn wenn heute wieder eine Preisabgabe angefordert wird, so wird sich der Preis des Lastkraftwagens mit den Kästen jedenfalls auf 1 Million Mark stellen, da die Preise fast stundenweise anziehen. So ist denn der Bauausschuß zu dem

Be-

Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, dem Rate freie Hand zu lassen, ein System, das besser ist als das heutige und nicht so teuer ist wie das Wechselkastensystem versuchsweise einzuführen. Dem Rat wird also anheimgegeben, sich mit dieser Sache noch einmal zu befassen und nachdem, was der Rat beschließt, soll ihm freie Hand gegeben werden, damit er nicht wieder mit einem Antrage an die Stadtverordneten zu kommen braucht, denn bis zur Beschlußfassung dieser Versammlung würden wieder Wochen und Monate hingehen. Der Bauausschuß beantragt also dem Rat freie Hand zu lassen, um eine Verbesserung des städtischen Müllabfuhrsystems herbeizuführen.

V o r s i t z e n d e r : Wer dafür ist, daß die weitere Behandlung der Angelegenheit dem Rate überlassen bleibt, den bitte ich, die Hand zu erheben. - Das ist angenommen.

Herr Stadtv. Herbst, der das Referat über den folgenden Punkt übernommen hatte, fehlt; vielleicht ist Herr Stadtrat Schaper so freundlich, gleich selbst den Bericht zu erstatten.

14. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtrat S c h a p e r : Meine Damen und Herren !
Es ist Ihnen bekannt, daß die Stadt für Unterhaltung der kaufmännischen Fortbildungsschule ein Drittel der ungedeckten Kosten trägt; das andere Drittel wird vom Staate ~~bezahlt~~ und das letzte Drittel fällt auf die Handelskammer als Trägerin der kaufmännischen Fortbildungsschule. Weiter ist Ihnen bekannt, daß mit Wirkung vom 1. April ab die Gehälter der Beamten wieder erhöht sind, für die städtischen Beamten ist die Erhöhung ja in der vorigen Sitzung ^{schlossen,} ~~bewirkt~~. Die Handelskammer fragt nun an, ob die Stadt geneigt ist, auch ein Drittel der Mehrkosten zu tragen, die sich aus der Erhöhung der Lehrergehälter und eines Beamtengehalts für die kaufmännische Fortbildungsschule ergeben. Das Staatsministerium hat uns hierzu mitgeteilt, daß es bereit sei, dieses Drittel der Mehrkosten seinerseits zu tragen,

wenn

wenn sich auch die Stadt zur Tragung des auf sie fallenden Drittels bereit erkläre. Der Rat der Stadt empfiehlt Ihnen, der Zahlung dieses Drittels der Mehrkosten zuzustimmen. Die ganze Summe beträgt etwa 62 000 M für das Jahr, das würde für die Stadt eine Mehrausgabe von etwa 21 000 M bedeuten.

Die Versammlung bewilligt die Mehrausgabe.

(Punkt 14)

15. Einrichtung einer neuen Klasse für die Hilfsschule und einer neuen Lehrerstelle daselbst.

Stadtv. S c h m e r b a c h : Für die Hilfsschule an der Breitenstraße muß eine neue Klasse eingerichtet werden, aber in dem Hause, wo sich die Hilfsschule augenblicklich befindet, läßt sich ein weiterer Raum für die Klasse nicht finden. Es wird deshalb vorgeschlagen, in der Bürgerschule an der Comeniusstraße eine Klasse für die Hilfsschule einzurichten. Die Einrichtung der Klasse ist dadurch nötig geworden, weil in mehreren gleichstufigen Klassen der Hilfsschule eine zu große Schülerzahl vorhanden ist, sodaß die für eine Klasse als Norm festgesetzte Zahl von 15 Schülern überschritten ist. Es ist begreiflich, daß sich die Lehrer in den Hilfsschulklassen mit jedem einzelnen Kinde mehr beschäftigen müssen wie in anderen Klassen, da die Kinder in der Hilfsschule sich nicht auf der geistigen Höhe der normal entwickelten Kinder befinden.

Daß

Daß die Klasse dort auf der Comeniusstraße eingerichtet werden soll, ist als ein Notbehelf anzusehen. Es stehen dort 2 Klassenzimmer frei und eins davon hat man ausgesucht, um die Hilfsschulklasse unterzubringen. Das wäre für die Kinder, die im Osten wohnen, mit einem gewissen Vorteil verbunden, da sie dann den weiten Schulweg nicht zu machen brauchen. Wie aber aus dem Anschreiben hervorgeht, hat der Schulvorstand die Absicht, die anderweitig besetzten Räume in der Hilfsschule in der Breitenstraße demnächst für die Schule selbst freizumachen, weil es richtiger ist, daß die Schule nicht in mehreren Häusern zersplittert untergebracht wird, sodaß später wieder die Möglichkeit vorliegt, die jetzt neu errichteten Klasse im Schulgebäude in der Breitenstraße mit unterzubringen. - Der Schulausschuß hat sich mit der Frage befaßt und empfiehlt Ihnen, dem Antrage auf Einrichtung einer neuen Klasse der Hilfsschule und einer Lehrerstelle für dieselbe zuzustimmen.

Der Antrag des Schulausschusses wird von
der Versammlung angenommen.

(Punkt 15)

16. Antrag eines Mitgliedes des Schulvorstandes
der katholischen Schule auf Amtsniederlegung.

Stadtv. Frau G r a f : Das Mitglied des Vorstandes der katholischen Schule, Herr Freund, hat dem Vorstand dieser Schule mitgeteilt, daß er sein Amt niederlege. Der Schulvorstand hat darauf an Herrn Freund das Ersuchen gerichtet, daß er die Gründe mitteile, die ihn zu seinem Rücktritt bewogen haben. Das ist von Herrn Freund nicht geschehen, wohl aber ist am 29. April von Herrn Freund an den Schulvorstand der katholischen Schule folgendes Schreiben gerichtet :

„Nach den Erfahrungen während meiner Mitgliedschaft im Schulvorstand der katholischen Schule ist die Betätigung derselben in einer Weise eingeschränkt, daß von einer nutzbringenden Mitarbeit nicht die Rede sein kann. Diese Form entspricht durchaus nicht der von mir vertretenen und wiederholt zum Ausdruck gebrachten Ansicht über Führung
eines

einesderartigen Ehrenamts". usw.

Durch den Vertreter des Rates im Schulausschuß wurde uns die Versicherung abgegeben, daß persönliche Differenzen in den Sitzungen des Schulvorstandes nicht vorgekommen seien, daß aber tatsächlich die Tätigkeit des Schulvorstandes nach den vorliegenden Verhältnissen eine beschränkte sei. Daraus läßt sich schließen, daß die Unlust des Herrn Freund zur weiteren Mitarbeit wohl darauf zurückzuführen ist, daß er bei Annahme seines Amtes geglaubt hat, daß ihm dabei größere Befugnisse zustehen, als es tatsächlich der Fall ist. Der Schulausschuß hat deshalb dem Wunsche des Herrn Freund Rechnung getragen und empfiehlt der verehrten Versammlung, die Zustimmung dazu zu geben, daß Herr Freund seines Amtes enthoben wird.

G.

Die Versammlung erteilt die Zustimmung zu der
Amtsniederlegung durch Herrn Freund.

17. Erhöhung der Entschädigung für Instandhaltung
von Fahrrädern.

Stadtv. S t e i n e r t : Eine Anzahl städtischer Beamten in den Bauämtern benutzt zu Dienstzwecken die eigenen Räder und dafür haben sie bisher einen laufenden Zuschuß von 60 M pro Jahr bekommen. Wie überall, so sind auch hier die Erhaltungskosten für die Räder immer teurer und teurer geworden, so- daß die städtischen Beamten mit dem Zuschuß von 60 M nicht mehr auskommen können. Es ist angegeben worden, daß die Kosten für Bereifung eines Rades (Schlauch und Decke) auf 250 bis 350 M gestiegen sind. In Frage kommen bei dieser Entschädigungszahlung 12 Beamte des Städtischen Tiefbauamts, von denen 4 dem Baupolizeiamte, 2 der Straßenbauabteilung und 6 der Vermessungsabteilung angehören. Diese Beamten sollen nach dem Antrage des Rates für das Rechnungsjahr 1921/22 je eine Entschädigung von 300 M bekommen und für das Jahr

1922/23

1922/23 soll eine solche von je 500 M eingesetzt werden.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt und ohne weiteres dem Antrage des Rates zugestimmt. Ich bitte Sie, dementsprechend beschließen zu wollen.

**Die Versammlung entspricht dem Antrage des
Bauausschusses. (Punkt 17)**

18. Rückgabe einer Kautiön an die
Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Stadt v. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren! Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hat folgendes Schreiben an den Rat der Stadt gerichtet:

„Unter höflicher Bezugnahme auf den Beschluß unseres Aufsichtsrates vom 7. April beantragen wir hiermit ergebenst die Herausgabe der von uns nachstehend bezeichneten hinterlegten Wertpapiere, weil durch die Beteiligung der Stadt an dem Unternehmen mit mehr als der Hälfte des Aktienkapitals eine Notwendigkeit zur dauernden Hinterlegung einer Bürgschaft wohl nicht mehr vorliegt.“

Es sind dann die einzelnen Wertpapiere aufgeführt, welche zusammen die Summe von 30 000 Mark ausmachen. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese hinterlegte Kautiön an die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft zurückgegeben wird. Es würde ein Konsens sein, die Bürg-
schaft

schaft weiter innezuhalten, weil dafür bei den jetzigen Verhältnissen der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft zur Stadt kein Grund mehr vorliegt und der Stadt durch die Aufbewahrung der Wertpapiere nur Umstände erwachsen. Der Finanzausschuß empfiehlt, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

*Der Herausgabe der Wertpapiere an die Straßen-
Eisenbahn-Gesellschaft wird zugestimmt. (Punkt 18).*

19. Aufhebung eines Haftpflichtversicherungs-
ungsvertrages.

Stadtverordneter M ü d g e : Meine Damen und Herren ! Es ist in dieser Sache ein längeres Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet; ich glaube aber daß es kaum nötig sein wird, den Wortlaut desselben genau vorzutragen. Es handelt sich darum, daß eine Haftpflichtversicherung, die die ganzen städtischen Betriebe umfaßt, mit Wirkung vom 1. August von dem allgemeinen deutschen Versicherungsverein gekündigt worden ist, und zwar im wesentlichen darum, weil die Stadt sich zuletzt geweigert hat, einen nicht unbedeutlichen Teuerungszuschlag nachzuzahlen. Die jährlichen Prämienbeträge, die anfangs 322,48 Mark betrugen, sind für das Jahr 1921-22 bereits auf 901,48 Mark gestiegen, wozu für das letzte Jahr noch ein Teuerungszuschlag in gleicher Höhe beansprucht wurde, so daß als Zahlung insgesamt 1803,80 Mark beansprucht wurde. Da die Stadt den Teuerungszuschlag nicht bezahlt hat, ~~so~~ hat der Versicherungsverein die

die Versicherung mit dem Ablauf der vertraglichen Versicherungszeit gekündigt. Es kommt nun darauf an, ob jetzt ein neuer Versicherungsvertrag abgeschlossen werden soll oder nicht. Zu bedenken ist, daß in den abgelaufenen 10 Jahren kein Unfall in den städtischen Betrieben vorgekommen ist; natürlich spricht das absolut nicht dafür, daß in der Zukunft nicht ein solcher Fall eintreten könnte. Es gibt aber die Möglichkeit, das Risiko der Stadt einzuschränken dadurch, daß man besondere Vorschriften erläßt. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Stadt eine nicht unerhebliche, weiter wachsende Summe für die Versicherung aufbringen müßte und daß auf der anderen Seite das Risiko der Stadt bei Nichtversicherung nicht sehr groß ist und auch noch eingeschränkt werden kann. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Weiterversicherung nicht zu empfehlen ist. Es ist -wenn ich nicht irre, einstimmig-beschlossen worden, Ihnen zu empfehlen, den Ratsantrage zuzustimmen, der dahin geht, daß auf die Weiterversicherung der städtischen Betriebe Abstand genommen wird.

*Die Versammlung beschließt den Ratsantrage
gemäß, von der Weiterversicherung Abstand zu neh-
men.*

20. Änderung des § 80 des Ortsbaustatuts

Haush. Beratung:

(Gebühren in Bausachen).

Die für Prüfung der Baupläne und andere Arbeiten des Stadtbauamts zu zahlenden Gebühren sind durch den § 80 des Ortsbaustatuts festgesetzt. Sie sind schon bei Erlaß dieses Statuts niedrig gewesen, stehen aber in ihrem Ertrage jetzt so sehr hinter den Aufwendungen zurück, welche der Stadt aus der in Frage kommenden Tätigkeit des Stadtbauamts erwachsen, daß ihre Erhöhung nicht länger aufgeschoben werden darf. Es sind an Gebühren erhoben 1913/14 15089,— M., 1919/20 5900,— M.; für das laufende Jahr würde man deren Höhe auf etwa 8500 M. bemessen können. Demgegenüber stehen Ausgaben allein an Gehältern für die beim Stadtbauamt tätigen Beamten von etwa 350000 M. Das Bedürfnis zu einer Erhöhung dürfte damit ausreichend nachgewiesen sein. Der Rat der Stadt gibt nun anheim, demselben nicht durch eine schematische Hinaufsetzung der durch die angezogene Bestimmungen des Ortsbaustatuts festgelegten Gebühren

bühren, sondern - in Eingehung auf einen vom Stadtbauamte gemachten Vorschlag - ihm in der Weise Rechnung zu tragen, daß die Vorschriften^{der} dem Ratschreiben beigelegten ~~der~~ Baupolizeigebührenordnung für Berlin vom 11. Oktober 1921 mit geringen Abänderungen und unter Fortfall der §§ 4 und 5 übernommen werden und anstelle des § 80 des Ortsbaustatuts treten. Sie haben die gleiche Unterlage wie die bisherigen Braunschweiger Bestimmungen, d.h. der Rauminhalt der zu behandelnden Bauprojekte ist für die Höhe der Gebühr im allgemeinen ausschlaggebend - nicht etwa die Summe der Baukosten wie in Halle und Hannover -, sie weichen jedoch von der hiesigen Art der Regelung dadurch ab, daß sie schärfer sind und für über das übliche Maß der Arbeit hinausgehende Mehrleistungen der Baupolizei Zuschlag- und Sondergebühren eingeführt haben. Es erscheint das als eine durchaus gesunde Maßnahme, gegen deren Übertragung auf Braunschweig Bedenken nicht vorliegen. Im übrigen verhält sich der Ertrag der Berliner Gebührensätze

sätze

sätze zu den gegenwärtig in Braunschweig geltenden etwa wie 20 zu 1. Da auch das Zwanzigfache des heutigen Gebühreneingangs voraussichtlich noch weit hinter den durch das Stadtbauamt erwachsenden Unkosten zurücksteht, so hat das Stadtbauamt anheimgegeben, die Berliner Sätze für Braunschweig noch um etwas zu erhöhen; und der Rat hat dieser Anregung entsprochen.

In der Annahme, daß die Stadtverordneten den vorstehenden Ausführungen beipflichten, fügt der Rat den Entwurf einer Satzung bei, welche zu erlassen zwecks Aufhebung der gegenwärtig geltenden Vorschriften des § 80 des Ortsbaustatuts notwendig ist, und ersucht uns, diesen Entwurf zu genehmigen.

Auf die einzelnen Gebührensätze brauche ich wohl nicht einzugehen, sie sind ja in der jedem Stadtverordneten zugegangenen Vervielfältigung des Ratschreibens enthalten. Der Bauausschuß hat sich mit der Beratung der Erhöhung dieser Gebühren in Bausachen befaßt und billigt die vorgeschlagenen Sätze. Ich

habe

habe deshalb den Auftrag, namens des Bauausschusses
die geehrten Herrschaften zu bitten, zu der beantrag-
ten Satz^{ungs}änderung Ihre Zustimmung zu geben.

Göring

Die beantragte ^{Langg:} Satzänderung wird entsprechend
dem Antrage des Bauausschusses angenommen. (Punkt 20)

21. Aufnahme einer Anleihe von 4 1/2 Millionen
Mark zu Baukostenzuschüssen von der Staats-
bank.

Stadt v. M u n t e : Meine geehrten Herrschaften !
Sie haben am 6. April dieses Jahres beschlossen, in
diesem Jahre zur Bewilligung von Baukostenzuschüssen
die Summe von 4¹/₂ Millionen Mark aufzuwenden. Nach-
dem dieser Beschluß endgültig vorlag, hat sich der
Rat der Stadt mit der Beschaffung des Geldes zu be-
fassen und hat deshalb mit der Braunschweigischen
Staatsbank ein Abkommen getroffen, daß sie das Geld
zum Zinsfuß von 5% vorleiht, der jedoch entsprechend
dem von der Staatsbank am 18. November 1921 erlassenen
Rundschreiben, kein fester sein soll, sondern sich
nach dem Stande des Geldmarktes richten soll. Auch
über die Tilgung sind noch näher festzusetzende Be-
dingungen zu treffen. Der Rat der Stadt ersucht die
Stadtverordneten, die Genehmigung dazu zu erteilen,
daß diese 4 500 000 Mark bei der Staatsbank aufge-
nommen werden. Irgendwo geborgt werden muß das Geld
von

von der Stadt und die Staatsbank gibt es uns immer noch zu günstigeren Bedingungen her als andere Geldinstitute. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, diesen Antrag des Rats anzunehmen.

*Der Aufnahme der fraglichen Anleihe bei der
Staatsbank stimmt die Versammlung zu.*

22. Aufnahme eines Rechtsstreits gegen den
Maurerpolier Otto Geißmar in Sauringen.

Stadt v. J a h n s: Bei der Städtischen Erwerbslosenfürsorge beantragte zu Anfang Februar des vorliegenden Jahres eine Anzahl Arbeiter, die von der Firma Heinrich Mund in Lengede bei Broistedt entlassen worden waren, die Gewährung der Erwerbslosen-Unterstützung. Da in einer von den Bauarbeitern vorgelegten Bescheinigung als Entlassungsgrund vorläufige Arbeitseinstellung angegeben war, so erfolgte die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorgebeträge durch das hiesige Amt. Es ergab sich jedoch später, daß als Entlassungsgrund Streik oder Aussperrung vorlag. Wir haben deshalb seinerzeit den Beschluß gefaßt, gegen die Firma Mund Klage auf Zahlung des als Erwerbslosenfürsorge geleisteten Betrages von 1695 Mark zu erheben. Diese Klage ist aber nicht durchgefochten, weil die Firma nicht selbst die Schuld an der unrechtmäßigen Auszahlung trug, sondern der Vorarbeiter Geißmar - jetzt in Sauringen wohnhaft - hatte wider besseres

besseres Wissen die Bescheinigung ausgestellt, auf der als Grund der Entlassung vorläufige Arbeitseinstell^{ung}~~en~~ angegeben war. Wegen dieser Handlung ist der Genannte vom Amtsgericht Peine wegen Betruges rechtskräftig verurteilt, und es gibt nun der Rat der Stadt anheim, da der frühere Vorarbeiter Geißmar Eigentümer eines sehr schönen Wohnhauses in Sain-
gen ist und einen sehr guten Arbeitsverdienst, näm-
lich täglich 200 Mark hat, jetzt gegen Geißmar in Prozeßwege vorzugehen und Schadenersatz zu fordern. Der Rechtsausschuß gibt anheim, diesen Antrage zuzu-
stimmen.

*Die Aufnahme des Rechtsstreits wird von der
Versammlung beschlossen. (Punkt 22)*

23. Genehmigung eines Kaufvertrages mit der
Witwe Sander, betreffend ein Grundstück in
der Neu-Petritor - Feldmark.

Stadt v. R a s e h e : Es liegt hier ein notarieller Kaufvertrag zur Genehmigung vor, den der Rat der Stadt mit der Witwe Sander unter der Voraussetzung der Genehmigung durch die Stadtverordneten abgeschlossen hat. Es handelt sich dabei um ein Grundstück, das in der Neu-Petritor-Feldmark (an der Glückstraße) gelegen ist und eine Größe von 68 a 28 qm besitzt. Als Kaufpreis ist 15 Mark für das qm festgesetzt und außerdem soll noch der Betrag von 5295 Mark für auf dem Grundstücke wachsende Obstbäume von der Stadt entrichtet werden. Die Baukommission hat den Vertrag geprüft, es ist alles sonst Übliche in demselben enthalten und die Kommission empfiehlt Ihnen durch mich, den Abschluß dieses Vertrages zuzustimmen.

Der Kaufvertrag wird von der Versammlung genehmigt.

24. Änderung eines Straßenbau-Unternehmer-
Vertrages (Bayreutherstraße)

Stadt v. T o s t m a n n: Meine Damen und Herren !
Vor dem Kriege hatte der Bauverein für städtische
Beamte einen Vertrag mit der Stadt abgeschlossen
über den Ausbau der Lortzingstraße und Bayreuther-
straße. Dadurch, daß der Krieg gekommen ist und in
den Jahren nicht gebaut werden konnte, ist es ge-
kommen, daß diese Straßen nicht ausgebaut worden sind.
Bezüglich der Lortzingstraße war der Vertrag so ab-
geschlossen, daß der oberirdische Ausbau auf Kosten
der Stadt ausgeführt werden sollte und seitens des
Bauvereins sollten die Straßenkosten-Beiträge anteil-
mäßig nach Maßgabe des Straßenbaustatuts an die
Stadt abgeführt werden, bezüglich der Bayreuther-
straße war dagegen vereinbart, daß der Bauverein
die Kosten des gesamten oberirdischen Ausbaues von
vorn herein in voller Höhe übernehmen solle. Da die
Straßen damals nicht gebaut sind, muß es heute bei
den

den teuren Preisen geschehen. Der Bauverein ist nun aber nicht in der Lage, den oberirdischen Ausbau der Bayreutherstraße auf seine Kosten auszuführen, und stellt den Antrag, daß zunächst die Stadt die Kosten für den Ausbau dieser Straße genau so wie bei der Lortzingstraße übernimmt. Auch der Rat der Stadt ist der Ansicht, daß unter den heutigen Verhältnissen solch einen kleinen Verein nicht zugemutet werden kann, die hohen Geldsummen für den Ausbau der Straße aufzubringen. Wenn er sie bei einer Bank aufnehmen wollte, würden hohe Zinsen zu zahlen sein usw. Deshalb ist der Rat zur Annahme des Antrages des Bauvereins gekommen und der Bauausschuß hat sich ihm angeschlossen. Die Ausführung des Oberbaues der Bayreutherstraße soll also von der Stadt übernommen werden und der Verein verpflichtet sich, sobald die Bauplätze an dieser Straße bebaut werden, die Anliegerkosten an die Stadtkasse zu zahlen.

Ferner stellt der Verein den Antrag, daß die gesamte Straße, ~~un (die)~~ Kosten zu sparen, in einfacher
 Weise

Weise ausgebaut werden soll, mit einfacher Chausseierung auf der Fahrstraße, also kein Pflaster oder Teermakadam, und daß der Fußweg nicht mit Platten belegt wird, wie ursprünglich vorgesehen war, sondern aus einfacher Chausseierung und Bockasche hergerichtet wird. Hiergegen ist nichts zu erinnern; es ist das Sache der Anlieger, denn sonst hat keiner Veranlassung, die Straße zu passieren.

Der Bauausschuß empfiehlt der Versammlung, diesen beiden Anträgen zuzustimmen: 1) Daß der Oberbau der Bayreutherstraße zunächst auf Kosten der Stadt ausgeführt wird, und 2) daß der Ausbau in einfacher Weise erfolgt. Ich ersuche Sie, dem zuzustimmen.

Die Anträge werden angenommen. (Punkt 24)

25. Wasserrohrlegung nach der Siedlung am
verlängerten Madamenwege.

Bürgermeister M e y e r: Meine Herrschaften! Sie wissen wohl alle, daß an dem verlängerten Madamenwege eine Siedlung im Entstehen begriffen ist. Ihrer weiteren Ausdehnung sind in jüngster Zeit Schwierigkeiten dadurch entgegen getreten, daß die dort in Gebrauch befindlichen ^{Wasserzufuhr} ~~Wasserwerke~~ nicht ausreichen, um ~~gutes~~ ~~Maesser für die Haushaltungen in der nötigen Menge zu~~ ~~liefern und um~~ eine genügende Reserve für den Ausbruch eines Schadenfeuers zu haben. Es sind deshalb Verhandlungen eingeleitet zwecks Zuführung von Wasser mittels

mittels der städtischen Wasserleitung. Der dafür auf-
gestellte Kostenanschlag gibt allerdings eine ver-
hältnismäßig sehr hohe Summe an, nämlich nicht weniger
als 331 000 Mark, und wenn man ^{hinzunehmen} noch die Aufstellung
von 3 Oberflurhydranten hinzurechnet, ^{erfolgt} ~~vermehr~~ sich
diese Summe noch um 54 000 Mark auf 385 000 Mark. Es
ist nun mit dem Unternehmer der Siedlung, dem Bauun-
ternehmer W e i ß, ^{darüber} ~~verhandelt~~ worden, ob er nicht be-
reit ist, einen wesentlichen Teil der erwachsenden
Unkosten zu übernehmen, und er hat sich ~~auch dazu~~
~~verstanden~~, ^{darauf} ~~sich~~ bereit zu erklären, einestells die
ganzen

ganzen Erdarbeiten auf seine Kosten ausführen zu lassen und ^{ist}/weiter_{er} eine Garantie zu übernehmen wegen der Höhe der demnächst der Stadt zufließenden Einnahme an Wassergeldern. Es fragt sich, ob das Wassergeld eine Höhe erreicht, die eine angemessene Verzinsung der von der Stadt für die Hinauslegung des Wasserrohres ausgegebenen Summe darstellt, und da die Siedlung ^{unvollständig} nicht ~~groß~~ ^{ist} ist, muß man damit rechnen, daß bei der Höhe des Anlagekapitals eine angemessene Verzinsung nicht erreicht wird. Deshalb hat die Zusage einer Garantie große Bedeutung. Herr Weiß

hat

ih ~~hat sich bereit erklärt~~, die Garantie für eine ^{prozentige} $4\frac{1}{2}$ %
Verzinsung des Anlagekapitals zu übernehmen, ~~was~~ ^{ein}
^{Rat, der} ~~aber~~ ^{hofft finden} um etwas zurück ~~tritt gegenüber~~ der Garantie,
die ~~man~~ in ähnlichen Fällen von Bauunternehmern ge-
fordert ~~hat~~, nämlich 5%. Es war die Ansicht des Rates,
daß eine solche Verzinsung auch in diesem Falle ge-
sichert werden müßte, aber der Unternehmer hat dage-
gen angeführt, das ginge über seine Kräfte, und hat
gebeten, nicht über $4\frac{1}{2}$ % zu fordern. Der Rat ist
geneigt, wegen des Vorliegens besonderer Umstände
dem Ersuchen des Bauunternehmers W e i ß zu entspre-

chen

chen, ~~und~~ ^T diese besonderen Umstände liegen darin,
daß es der Stadt erwünscht ~~sein~~ muß, daß diese Sied-
lung sich erweitert, daß ~~noch mehr~~ ^{zufällig} Wohnungen ~~dort~~
geschaffen werden und auf diese Weise der Wohnungs-
not in etwas gesteuert wird. Andererseits ~~kann~~ ^{daß} man
annehmen, daß das ~~aus dieser Anlage aufzunehmende~~
~~Wassergeld~~ ^{alsbald} eine ^{an}sehnliche Summe ausmachen
wird, ~~so~~ daß die verlangten 5 % noch überschritten
werden. Es sei darauf hingewiesen, daß nicht nur
diese Siedler ^{Anschluß} an die Wasserleitung finden
werden, sondern auch noch andere ^{beliebige} Grundstücke, die

jetzt

~~jetzt schon~~ auf der zwischenliegenden Strecke ge-
~~Rapport~~ baut sind. Es handelt sich dabei ^{Massen} um gewerbliche
Etablissements, ~~so daß in Kürze ein erheblicher Be-~~
~~trag einkommen wird.~~ Ich habe deshalb an die ge-
ehrte Versammlung namens des Rates den Antrag zu
richten, sich grundsätzlich mit der Legung des
Wasserrohres nach dieser Siedlung einverstanden zu
erklären und die nötigen Mittel zu Lasten des Re-
servefonds der Wasserwerke zu bewilligen. Weiter
ersucht der Rat, daß Sie ihn ermächtigen, mit dem
Bauunternehmer W e i ß einen Vertrag abzuschließen
des

des Inhalts, daß er einmal die Kosten der Erdbe-
wegung trägt, die aus der Legung des Wasserrohres
entstehen und er außerdem sich verpflichtet, eine
Garantie in Höhe von $4\frac{1}{2}$ % der von der Stadt für
das ganze Unternehmen aufzuwendenden Kosten zu über-
nehmen. - Ich ersuche Sie, diesen Anträgen zuzu-
stimmen.

Die Versammlung stimmt den vorgetragenen Anträgen des Rates zu.

26. Grundsätzliche Zustimmung zu ausnahmsweise zuzulassenden Voraussetzungen für baupolizeiliche Genehmigung des Baus neuer Häuser in neuen Wohnstraßen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine geehrten Herrschaften! Ich habe noch eine Sache vorzutragen, die nicht im Ausschuß hat vorberaten werden können, sondern erst heute morgen in der Ratssitzung besprochen worden ist. Es handelt sich um den Hinweis in einem uns gestern zugegangenen Schreiben des Stadtbauamts, daß in letzter Zeit mehrere ^{eingegangen sind} Anträge wegen Bebauung von Baustellen auf der Charlottenhöhe, für die die baupolizeiliche Genehmigung nur erteilt werden könne, wenn der Ausbau der Straße als gesichert anzusehen ist. Es sei von der Firma Pfeiffer & Schmid der Antrag gestellt, aus eigenen Mitteln dort ein großes Haus zu errichten, um für ihre Beamten dort Unterkommen zu bieten; und dann seien noch von zwei ^{damen} anderen Personen, ^{haben zu beabsichtigen} die Baugelände vom Wohnungsaus-

schuß

sollten

schuß bekommen ~~haben~~, Bauanträge gestellt. Nun fragt das Stadtbauamt an, ob die Sicherung des Straßenbaues dort tatsächlich vorhanden sei. Es würden diese Straßen ~~weiteres~~ nicht ohne weiteres ausgebaut werden können, die dazu erforderlichen Mittel würden zweifellos viel zu hoch sein. Es fragt sich nun, in welcher Weise bei Herrichtung neuer Wohnstraßen die Anlieger zu den Straßenbaukosten herangezogen werden sollen. Diese Frage muß grundsätzlich geklärt werden. Eine provisorische Befestigung erscheint nicht angängig; es muß vielmehr der Plan des endgültigen Ausbaues aufgestellt werden und mit der vorläufigen Kostenverteilungsberechnung ausgelegt werden, damit die rechtliche Grundlage für Heranziehung der Anlieger geschaffen ist. Es ist zu entscheiden, in welcher Weise der Ausbau vorgenommen werden soll. Er kann beschränkt werden auf Unterbau und Chausssierung, und auf Befestigung der Fußwege kann vorübergehend verzichtet werden. Wenn die Anliegerbeiträge zu hoch werden —

und

und das ist bei den jetzigen hohen Preisen zu befürchten — kann es in jedem einzelnen Falle dem Beschlusse der städtischen Behörden überlassen bleiben, sie zu ermäßigen, und zwar auf eine Höhe, die einer späteren Beschlußfassung überlassen bleiben mag. Ob man sich vielleicht mit der Hälfte bescheidet, das mag später entschieden werden. Für die Charlottenhöhe sind allerdings diese Anliegerbeiträge schon provisorisch berechnet, und es hat sich dabei herausgestellt, daß für das lfd. m etwa 1000 M herauskommen, was im Vergleich zu den früheren Kosten als außerordentlich hoch anzusehen ist und wahrscheinlich den einzelnen Bauten gar nicht zur Last gelegt werden kann. Es würde dann nichts anderes übrig bleiben, als daß die Stadt einen Teil der Straßenbaukosten übernimmt, und es wäre zu überlegen, ob diese Kosten, da sie als Wohnungsbaukosten anzusehen sind, nicht aus dem Wohnungsbaufonds bestritten werden können, der aus den Mietabgaben gebildet werden soll. Es wird nun, bevor die bau=
polizei=

polizeiliche Genehmigung vom Stadtbauamt erteilt werden kann, eine Sicherstellung der Straßenbaukosten erfolgen müssen, und zwar ist der Rat der Stadt der Ansicht, daß man entgegenkommenderweise vielleicht diese Sicherstellung auf die Hälfte der Kosten beschränken kann, also die Anliegerbeiträge vielleicht auf die halbe Höhe der wirklichen Kosten beschränken könnte. Es soll damit aber nicht dem später^{=en} endgültigen Beschlusse der städtischen Behörden vorgegriffen werden. Es liegt uns heute nur daran, daß die baupolizeiliche Genehmigung der Bauten alsbald erfolgt, damit die Bauarbeiten möglichst bald in Gang kommen. Insbesondere hat die Firma Pfeiffer & Schmidt heute dringend gebeten, diese baupolizeiliche Genehmigung erteilen zu lassen, und aus diesem Grunde haben wir heute morgen beschlossen, die geehrten Herrschaften zu ersuchen, sich vorläufig damit einverstanden zu erklären, daß für die baupolizeiliche Genehmigung von Bauten auf neuen Wohnstraßen die Sicherstellung der Straßen-

Straßenbaukosten in halber Höhe der veranschlagten Kosten erfolgen soll. Wenn diese Sicherstellung erfolgt ist, wollen wir dem Stadtbauamt mitteilen, daß der Straßenbau als gesichert angesehen werden soll.

Es ist dies selbstverständlich nur eine provisorische Regelung und es müßte Ihnen seitens des Rates noch eine Vorlage zugehen, in welcher Weise die eben von mir angedeutete Regelung demnächst erfolgen soll. Nur damit in diesen Fällen mit dem Bau der Häuser möglichst schnell begonnen werden kann, möchte ich bitten, daß Sie grundsätzlich zustimmen, daß wir dem Stadtbauamt mitteilen: Der Straßenbau soll als gesichert angesehen werden, wenn die Bauenden die Anliegerbeiträge in halber Höhe der veranschlagten Kosten bei uns sichergestellt haben.

Da die Angelegenheit nicht mehr im Bauausschuß vorberaten werden konnte, so bin ich vom Rate beauftragt worden, Ihnen die Sache heute

Vor=

- 142a -

vorzutragen. Ich bitte Sie, in dem vorgetragenen Sinne zu beschließen.

Ohne Meldungen zum Wort. Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der vom Rat vorgeschlagenen Maßnahme an.

(Punkt 26)

27. Antrag Stegmann, die Kündigung der Arbeiter vom städtischen Lagerplatz rückgängig zu machen.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 28 dieses Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung) :

Meine Damen und Herren ! Unterm 8. Mai ist dem Rat der Stadt seitens des Zentralbetriebsrats der städtischen Arbeiter ein Schreiben zugegangen, in dem gebeten wird, die Kündigung der 29 Arbeiter vom städtischen Lagerplatz wieder rückgängig zu machen und die betreffenden Arbeiter anderweitig unterzubringen. Das Schreiben ist heute auch den Fraktionsvorsitzenden dieser Versammlung zugegangen. Es handelt sich um folgendes : Auf dem städtischen Lagerplatze am Westbahnhofe sind bisher eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt gewesen, darunter 29 mit Holzzerkleinern und dem Verkauf des Holzes. Die Abgabe des Holzes von seiten der Stadt soll nunmehr eingestellt werden, weil sie sich nicht rentiert, sondern im Gegenteil der Stadt nur große

Un-

Unkosten daraus erwachsen. Wenn der Verkauf an die Bevölkerung weiter beibehalten wäre, würde ich beantragt haben, auch hier wie beim Koksverkauf Kartenzwang einzuführen, denn der Andrang und die Schwierigkeiten beim Abholen sind dieselben wie bei dem Koksverkauf. Aber es handelt sich jetzt nur noch um einige Tage, so daß eine Neuregelung keinen Zweck mehr hat. Ich habe nun auf Anregung des Zentralbetriebsrates der städtischen Arbeiter heute hier den Antrag eingebracht, die betreffenden Leute nicht auf das Straßenpflaster setzen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß sie anderweitig untergebracht werden. Das letztere wird zwar schwer sein, aber es wird doch wohl zu ermöglichen sein, daß sie bei Notstandsarbeiten, bei Straßenarbeiten oder an anderen Stellen unterkommen. Ein anderer Teil der Arbeiter vom städtischen Lagerplatze soll ja weiter auf dem Lagerplatze beschäftigt werden. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen. Sie

wissen

wissen selbst, daß es in dieser Zeit für die 29 Mann, die auf das Pflaster geworfen werden sollen, schwer halten wird, anderwärts Arbeit zu bekommen - das wird nur wenigen gelingen. Das Heer der Arbeitlosen wird durch diese Maßnahme vergrößert und die Zahl derer vermehrt, die Erwerbslosenunterstützung verlangen. Ich bitte, alles aufzubieten, was in dieser Sache möglich ist, damit nicht in die 29 Familien in dieser schweren, teuren Zeit Not und Elend einzieht.

Die vom Antragsteller beantragte dringliche
Behandlung wird von der Versammlung beschlossen.

(Funkt 27)

Bürgermeister M e y e r: Meine verehrten Herr-
schaften ! Die Zahl der draußen auf dem Holzlager-
platze beschäftigten Personen betrug ^{teil in die jüngere Zeit} ~~ursprünglich~~
50 - 60, ~~und diese sind dann auch bis in die jüngere~~
~~Zeit hinein dort beschäftigt gewesen. Erst~~ Als wir
das Ende der Arbeit ^{infolge Dampfschneidens des} ~~wegen der verminderten~~ Holzvor-
^{nähren} ~~räte herankommen sahen~~, ist man dazu geschritten -
zum Teil gegen den Wunsch der Leute zum Teil auch
(mit ihrer Zustimmung) -, daß sie dem einen oder ande-
ren der ^{anderen} ~~übrigen~~ städtischen Betriebe ^{zu} ~~überwiesen~~ sind.
In gewisser Weise sind wir froh darüber, daß wir die
Holzabgabe beenden können und nicht mehr so sehr
die

die Verpflichtung zu empfinden brauchen, für eine dauernde Brennstoffversorgung der Einwohnerschaft mit Holz eintreten zu müssen. Es ist auch im letzten Winter vom Räte bei der Regierung nicht der Antrag gestellt worden, ^{das Holz} ~~uns~~ erneut Holz zuzuweisen; aber die Herrschaften erinnern sich wohl, daß sie ^{uns längere Monate} ~~seinerzeit~~ von uns ersucht sind, uns Mittel zur Anschaffung von Braunkohlenbriketts zur Verfügung zu stellen. Es ist damals in der Versammlung von der Beschaffung von Brennholz keine Rede gewesen, im Gegenteil ist ~~von uns~~ darauf hingewiesen worden, daß der Rat nicht damit

damit ~~ungegangen sei~~, Holz oder Torf zur Einlagerung
zu kaufen. Hinterher haben wir ~~unsern~~ ^{ist dann der} Einkauf aber
~~aus beiden Hauptausstellungen für einen fast Mänsen wegen Aufkauf von Holz nicht laßt gemacht~~
doch noch auf Torf ausgedehnt. ~~Waff~~ sind die Vorräte
auf dem Holzlagerplatz ^{un} so weit zur Neige gegangen,
daß in wenigen Tagen ~~das alte Holz abgegeben sein~~ ^{die Arbeit zu Ende geht,}
~~nicht mehr abzugeben wäre ist, daß~~
mag. ~~Wir haben allerdings in den jüngsten Wochen,~~ ^{allen}
~~um~~ ^{den} hervorgetretenen Wünschen auf Fortsetzung der
~~abgabe Holzabgabe~~ ^{Maßnahmen zu treffen} ~~genügen zu können,~~ an das Landesforstamt
das Ersuchen gerichtet, ~~uns~~ ^{den} noch Holz zu überweisen;
~~un~~ haben aber eine ablehnende Antwort bekommen mit der
Begründung, daß im Bereiche dieser Behörde tatsäch -
lich Holz nicht mehr vorrätig ^{für} sondern bereits alles

vergeben

~~vergeben sei~~ No nichts ist, kann natürlich nichts
hergenommen werden, und so ist die ~~Neu-~~ Beschaffung
von Holzmaterial ^{zufall} für uns nicht möglich.

Zu der Kündigung der 29 Arbeiter selbst muß ich
sagen, daß eine Härte - wie es zunächst erscheinen
könnte - nicht darin liegen kann, denn die Leute
haben seit ^{langen Monaten} ~~längerer Zeit~~ damit rechnen müssen, daß
ihre Tätigkeit auf dem Holzlagerplatze zu Ende geht,
und die Stadt hat ja auch ^{bereit dazuf. eingest.} ~~schon~~ Entgegenkommen ge-
zeigt, ^{daß} ~~indem~~ sie die Hälfte der ^{in Frage kommenden Arbeits-} ~~früher dort Be-~~
~~schäftigten~~ in andere Betriebe eingestellt hat.

Als

Als heute morgen der Antrag des Zentralbetriebsrates eingegangen war, habe ich daraus Veranlassung genommen, mit Herrn Stadtbaurat **M e n a d i e r** darüber zu sprechen, ob es möglich sei, nach Ablauf der Kündigungsfrist die Leute ihrem Wunsche entsprechend bei anderen städtischen Arbeiten einzustellen, aber er hat mir ~~darauf~~ erwidert, daß bei allen Arbeiten des Städtischen Tiefbauamts ausreichend Kräfte vorhanden seien. So kann ich momentan nicht in Aussicht stellen, daß einem ^{Mann} entsprechend dem Antrage gefaßten ~~Ersuchen~~ der Stadtverordneten entsprochen werden ~~kann~~.

kann;

~~kann, die Möglichkeit dazu muß doch erst vorliegen,~~
~~ehe man einen solchen Antrage nachgibt.~~ ¹ ² Ich will
⁴ aber ¹versprechen, daß der Rat bemüht sein wird, ~~so-~~
~~weit es möglich ist,~~ ^{unmöglich} noch Arbeitsgelegenheit zu
beschaffen.

Stadt v. M a a ß: Die letzten Worte, die der Herr Bürgermeister gesprochen hat, der Rat wolle nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen suchen, um die zu Entlassenden unter zu bringen, wird zu weiter nichts führen, als ^{dafs} das Gesuch der 29 Betroffenen nur frommer Wunsch bleibt. Wir haben uns hier schon öfter über solche Sachen unterhalten, und es ist dabei vom Rat darauf hingewiesen, wir müßten erst Arbeitsgelegenheit beschaffen, dann könnte unserm Wunsche Folge gegeben werden. Solche Arbeitsgelegenheit ist ja dann auch durch die Planierung des Eisenbüttler Sportplatzes geschaffen, aber hier kommt der Rat selbst her und schafft Arbeitslosigkeit. Gewiß, die Umstände haben dazu geführt, daß die Leute gekündigt werden müssen, aber man brauchte es doch garnicht dazu kommen zu lassen. Der Herr Bürgermeister hat ja eben erklärt, der Rat der Stadt habe sich garnicht um Beschaffung von Holz bemüht, nur im letzten Augenblicke habe er darnach angefragt. Ja, da war es natürlich nicht mehr möglich, Holz zu bekommen. Ich glaube, man hat hier

hat hier mehr den Holzhändlern Vorschub geleistet, die nun Preise nehmen können, die ihnen gefallen. Es werden zwei Mißstände geschaffen, wenn die Entlassung der 29 Arbeiter perfekt wird: Der Holzlagerplatz ist leer; dann sind wir felsenfest davon überzeugt, daß die Holzpreise bei den Holzhändlern sprunghaft in die Höhe gehen werden, und zum andern werden wir den Holzfrevel, wie er sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, wieder herbeiführen, indem die Leute nach dem Querumer Holze und nach der Buchhorst hinausgehen werden und einen Baum nach dem anderen umhauen. Die Not erfordert das bei ihnen, wir aber können die Hand nicht dazu bieten, daß solche Zustände wieder eintreten. Ich lehne es ab, daß man zustimmt, die Entlassung perfekt werden zu lassen. Wenn keine Mittel und Wege zu finden sind, die Leute dort auf dem Lagerplatze zu halten, so sind doch wohl Mittel und Wege zu finden, die Leute anderwärts unterzubringen, z.B. bei den Straßenbauten, denn diese liegen in Braunschweig tatsächlich etwas im argen.

In

In allen Stadtteilen, im Osten, Westen, Norden und Süden gibt es Straßen, die unbedingt befestigungsbedürftig sind, und wenn man hierin Umschau hält, dann wird es möglich sein, daß die Leute vom Lagerplatze bei der Stadt Beschäftigung finden. Am liebsten hätte ich allerdings gesehen, die Stadt hätte die Holzabgabe vom Lagerplatz am Westbahnhof aufrecht erhalten, dann hätten die Braunschweiger Gelegenheit, billiges Holz zu bekommen, denn die Aufhebung der städtischen Holzabgabe zieht die Willkür der Holzhändler herbei. Dabei werden diese Leute vom Lagerplatz mit zahlreichen Familienangehörigen ohne weiteres dem Elend preisgegeben. Wir müssen es ablehnen, daß so verfahren worden ist; wir können dem nicht zustimmen, daß diese Holzabgabe vom Lagerplatz aufgehoben und die Entlassung perfekt wird.

- 157 -

*Der Antrag S t e g m a n n wird angenommen.
(Punkt 27).*

28. Anfrage Stegmann, betreffend die
Wochenkarten auf der Straßenbahnstrecke
Braunschweig-Wolfenbüttel.

Wortlaut der Anfrage: „Kann der Rat Auskunft geben, aus welchen Gründen dem Antrage der Stadtverordneten vom Februar ds. Js., betreffend das Ersuchen an die Straßeneisenbahngesellschaft, verschiedene Wünsche der Wochenkarten-Inhaber der Strecke Braunschweig - Wolfenbüttel zu erfüllen, seitens der Direktion der Straßenbahngesellschaft nicht stattgegeben worden ist ?

Stadtver. S t e g m a n n (Zur Begründung) :
Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß ich ^{im} Februar ds. Js. einen Antrag gestellt habe, der verschiedene Wünsche der Arbeiterfahrgäste in betreff der Wochenkarten für die Straßenbahnlinie Braunschweig - Wolfenbüttel betraf und der von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen worden ist. Es handelte sich dabei um folgende Angelegenheiten:

genheiten:

genheiten: Erstens wird gewünscht, daß Wochenkarten auch an Angestellte ausgegeben werden möchten, zweitens, daß eine Beschränkung der Fahrzeit nicht stattfinden sollte, daß die Wochenkarten nicht nur morgens bis 7 Uhr und nachmittags nicht nur nach 4 Uhr, sondern zu jeder Tageszeit benutzt werden könnten, drittens, daß der Fahrpreis ermäßigt und dem der Staatsbahn gleichgestellt wird, viertens, daß der erste Zug ^{in Wolfenbüttel} 4⁵⁰ Uhr nicht vom Herzogstor, sondern vom Bahnhofe abfährt.

Wie gesagt, der Antrag wurde hier angenommen und wurde dem Rat der Stadt zur Vertretung in der Aufsichtsratssitzung der Straßeneisenbahngesellschaft überwiesen. Ich hatte ebenso an die 4 Vertreter der Stadtverordneten im Aufsichtsrat der Gesellschaft die Bitte gerichtet, dort diesen Antrag zu unterstützen. Es sind nun mehrere Monate ins Land gegangen und erst im April ist einem Beteiligten, der sich mit einer Anfrage an die Direktion der Straßenbahn gewandt hatte, die Mitteilung gemacht.

macht worden, daß der Zug 4⁵⁵ Uhr nicht vom Bahnhof Wolfenbüttel abfahren könne, es würde das zu große Unkosten machen. Auf die Hauptsachen aber, die noch in dem Antrage erwähnt sind, ist man gar nicht eingegangen. Ich möchte deshalb die Anfrage an den Rat der Stadt richten, ob die Sache im Aufsichtsrat der Gesellschaft gar nicht besprochen worden ist, und dieselbe Anfrage richte ich an unsere Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung. Was ist bei der Besprechung herausgekommen? Aus welchen Gründen ist man auf unsere Wünsche nicht eingegangen und hat nicht einmal geantwortet. Man hat den Fahrpreis nicht ermäßigt, sondern ihn im Gegenteil noch erhöht auf 31,50 Mark bzw. 33 M, während die Staatsbahn für die Wochenkarten noch 15 M nimmt.

Ich bitte um Auskunft, wie es mit den Sachen steht.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Die in dem Antrage des Herrn Stegmann ausgesprochenen Wünsche sind im Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft besprochen worden, insbesondere hat bezüglich der Wochenkarten der Angestellten eine Erörterung stattgefunden. Der Aufsichtsrat hat die Direktion beauftragt, den Angestellten ebenso wie den Arbeitern Wochenkarten zuzubilligen, allerdings mit einem kleinen Aufschlage, und zwar um deswillen, weil für diese Wochenkarten der Angestellten leider die Verkehrssteuer gezahlt werden muß. Die übrigen Wünsche haben nicht berücksichtigt werden können, weil sich der Aufsichtsrat davon überzeugt hat, daß sie unerfüllbar sind oder zu außerordentlich finanziellen Opfern seitens des Unternehmens geführt haben würden, infolgedessen also leider abgelehnt werden mußten.

29. Anfrage Nessenius, betreffend Festsetzung
einer geldlichen Ablösung für Inhaber
großer Wohnungen.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 8 dieses Berichts.

Stadt v. N e s s e n i u s (Zur Begründung) :
Verehrte Anwesende! Die letzte Versammlung hat klar
bewiesen, daß in einigen Kreisen der begüterten
Mitbürger unserer Stadt das Bedürfnis vorhanden ist,
eine größere Wohnung zu ^{daß als Gegenleistung} behalten und ^{die Betroffenen} dafür bereit
~~ist~~ ^{sind}, eine größere Summe herzugeben für Erstellung
neuer Wohnungen. Wir hatten seinerzeit einmal einen
Antrag von irgend jemand hier zu besprechen, der etw^s
Ähnliches bezweckte, das heißt aber, auf geradem
Wege : Wenn der Betreffende eine größere neue Wohnung
schaffe, sollte man ihm bewilligen, daß er eine grö-
ßere Wohnung für sich benutzen dürfte; das wäre
besser als Ausbauten und Einquartierungszwang, wo-
bei doch beide Teile (diejenigen, die etwas abgeben

abgeben müssen, und auch diejenigen, die einquartiert werden) sich nicht wohlfühlen. Ich meine, es wäre gegeben, diese Möglichkeit für unsere Bürgerschaft in ein besseres Licht zu rücken, denn der vierte oder fünfte weiß davon nichts, so daß jemand, dem diese Art und Weise genehm ist, einen entsprechenden Antrag stellen kann. Manch einer würde viel Geld, 50 - 70 000 Mark anwenden, wenn er sich dadurch eine bequeme Wohnung sichern kann, und wir würden durch die Zahlungen in die Lage kommen, neue Wohnungen bauen zu können. Es wäre deshalb wohl an der Zeit, daß der Rat eine solche Bestimmung in eine feste Form faßte, wie das auch in anderen Städten geschehen ist. Es ist durch die Praxis bewiesen, daß es gut ist, eine solche Normierung zu erlassen, und vielleicht sieht sich der Rat durch diese Anfrage gemüßigt, etwas Derartiges zu schaffen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine geehrten Herrschaften! Ich darf Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir vor einigen Sitzungen uns mit einer ähnlichen Anfrage beschäftigt haben. Es war nicht der Herr Stadtverordnete Nessenius, sondern der Herr Stadtverordnete Marth, der einen dementsprechenden Antrag an den Rat der Stadt gerichtet hatte. Es wurde damals seitens der Stadtverordnetenversammlung beschlossen: Wenn jemand von der Beschlagnahme eines Teiles seiner übergroßen Wohnung befreit werden wollte, so sollte er sich nicht etwa in der Weise abfinden können, daß er einen bestimmten Betrag zahlt sondern dadurch, daß er einen Ersatz in natura liefert. Nach diesem Beschlusse, den Sie erst vor wenig Wochen gefaßt haben, ist bislang verfahren worden und wird auch in Zukunft verfahren werden. Allerdings haben wir im Wohnungsausschuß, wie auch im Rat der Stadt wiederholt darüber gesprochen, ob diese Richtlinien nicht auch unter Umständen verlassen werden können.

ten.

ten, und Sie werden sich entsinnen, daß ^{mir}über ^(allerdings)einen nicht gleichen, aber ähnlichen Fall in der vorigen ~~Sitzung~~ vertraulichen Sitzung ~~hier~~ gesprochen haben. Allerdings stimme ich mit Herrn Nessenius darin überein, daß es entschieden erwägenswert ist, ob nicht auch auf dem von ihm bezeichneten Wege noch Mittel herbeigeschafft werden könnten, um Wohnungen in größerem Umfange bauen zu können oder Beihilfen für Herstellung von Notwohnungen oder anderen Wohnungen geben zu können. An und für sich ist mir also der Gedanke des Herrn Nessenius nicht unsympathisch, aber es konnte bisher nicht anders verfahren werden, als wir getan haben, da ein Beschluß der städtischen Behörden in dieser Sache vorlag; doch habe ich mir vorgenommen, in einer Sitzung des Wohnungsausschusses die Sache noch einmal zur Sprache zu bringen, und dann mag dort erörtert werden ob dem Wunsche des Herrn Nessenius entsprochen werden¹ kann.

30. Anfrage Stegmann, betreffend die Auswahl erholungsbedürftiger Kinder für einen dreimonatigen Landaufenthalt.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 72.8 dieses Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung): Meine Damen und Herren ! Sie werden sich erinnern, daß uns in der vorigen Sitzung ein Antrag des Rates vorlag, in dem ein städtischer Zuschuß und ein Zuschuß aus der Jüdelstiftung von je 75 000 Mark gefordert war~~de~~, um kranke und erholungsbedürftige Kinder in Solbäder, Harzkolonien und auf das Land zu~~u~~schicken, ebenso wie nach dem Schreiben des Herrn Schulrat Dr.Appuhn im vorigen Jahre 742 Kinder bedacht waren, ~~darunter~~ ^{deren} 153 unterernährte und schwächliche Kinder aufs Land. In dem Schreiben des Schulrats Dr.Appuhn hieß es, ^{(kamen} daß die Auswahl der Kinder sowohl für den Landaufenthalt als auch in allen übrigen Fällen lediglich nach ihrer gesundheitlichen Bedürftigkeit stets im Zusammenwirken von Schulärzten, Lehrkräften und Schulpfle~~ge~~gerinnen

gerinnen, sowie in Verbindung mit dem städtischen Wohlfahrtsamte erfolge und daß kein Kind von der Entsendung ausgeschlossen werde, wenn die Eltern zur Zahlung eines Zuschusses nicht imstande sind, vielmehr beim Vorliegen gleicher Erholungsbedürftigkeit das Kind unbemittelter Eltern den Vorzug vor dem erhalte, für das ein Zuschuß zu den Entsendungskosten gezahlt werden soll. Wenn man das liest, so sollte man meinen, es müßte in einwandfreier, unparteilicher Weise gehandelt werden; in Wirklichkeit aber sieht es anders aus. *Nur einzigen Vorgesetzten soll in dem Dekret* ~~vor einiger Zeit brachte man uns ein Schreiben,~~ *das Präsidentenkindern gesagt worden* ~~wonach seitens der Lehrer gesagt sein soll, daß~~ *sie können sich mit einer Berechtigung* ~~Freidenker Kinder nicht in den Landaufenthalt kommen~~ *würden.* Daß diese Mitteilung eine gerechte Empörung auslösen mußte, ist nur als berechtigt anzusehen; das müssen auch diejenigen Herrschaften zugeben, die kirchlich gesonnen sind. Herr Schulrat Appuhn wurde deshalb in der Freiheit heftig angegriffen, und hat sich in seiner an die Freiheit gesandten Erwiderung darauf berufen, daß er nur seine Pflicht getan habe

nach

nach den Bedingungen, die seitens der Reichszentrale für Vermittelung von Landaufenthalt für Stadtkinder vorgeschrieben sind. Entsprechend diesen Vorschriften habe er die Landwirte gefragt: „Wünschen Sie evangelische, katholische oder Freidenker-Kinder?“ Wenn man solches den Landleuten auf die Nase bindet, dann ist es selbstverständlich, daß sie alle ablehnen, katholische oder Freidenker-Kinder aufzunehmen, und ~~sie~~ ^{so} haben ^{sie} denn auch alle geschrieben, sie verlangten nur evangelische Kinder, also die anderen Kinder sind alle ausgeschlossen. Die katholischen Kinder werden weniger in Betracht kommen; sie sind sowieso an Zahl gering und die Kirche sorgt ^{ausreichend} für sie. Aber die Freidenker sind durch diese Maßnahmen vom Landaufenthalt vollständig ausgeschlossen. Ich bezweifle übrigens, daß Herr Schulrat Dr. Appuhn ohne Voreingenommenheit diese Frage gestellt hat, und wenn alle Schulkräfte, auch die Schulärzte an diesem Werke mitwirken, so kennzeichnet dieses Vorkommnis, in welcher Weise die

Wohle

Nohltätigkeit geübt wird; was zu Anfang der Sitzung gegen das städtische Wohlfahrtsamt vorgebracht ist, findet hier eine eklatante Bestätigung. Ich habe deshalb die Anfrage gestellt, ob dem Rat der Stadt von dieser Sache etwas bekannt ist. Herr Stadtrat Schaper hat bei einer früheren Gelegenheit, bei dem Antrage Lehnert, erklärt, daß er die Zurücksetzung und das ~~intolerante~~ Benehmen einiger Lehrkräfte gegen die Freidenker-Kinder ^{unbillig} ~~vollständig~~ mißbillige. Es muß also eine andere Instanz sein, die den Freidenkern entgegenarbeitet, und das ist, glaube ich, die Stelle, von der vorhin schon in abfälliger Weise gesprochen wurde: ~~das~~ Städtische Wohlfahrtsamt. Ich glaube also nicht, daß der Rat der Stadt davon etwas weiß, aber es ist nötig, daß er sich um solche Dinge bekümmert, und daß er dafür sorgt, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Wenn Herr Schulrat Appuhn schreibt, er müsse sich an diese Richtlinien halten, so sehe ich nicht ein, wie er dazu kommt. Und selbst

WENN

wenn er sich darnach halten will, ist es dort nicht unbedingt verlangt, daß er diese Fragen stellt. Es sind doch auch in den früheren Jahren die Landleute nicht gefragt, ob sie evangelische oder Freidenker-Kinder haben wollen. In den Richtlinien ist zwar gesagt, daß zwar die Wünsche der Pfleger in betreff der Religion der Kinder zu berücksichtigen sind und daß nach Kreisen, welche ausdrücklich Zuweisung von evangelischen Kindern gewünscht haben, nicht Freidenker-Kinder geschickt werden sollen. Aber daß man diese Frage geradezu an die Landwirte stellen solle, davon ist nichts gesagt, ^{zudemfalls} ~~und so~~ ^{so} brauchte nicht zu geschehen. Ich kann nicht darum hinwegkommen, daß die Absicht vorlag, die Freidenker-Kinder von diesem Landaufenthalt auszuschließen. Ebenso wie in früherer Zeit gibt es hier Stockprügel auf den Magen für die Gesinnung. Wie die Sache jetzt liegt, so kann es damit nicht abgetan sein. Herr Schulrat Appuhn schreibt, er habe sofort eine Anweisung an die Schul-
in-

inspektoren erlassen, damit für die Freidenker-Kinder, die zurückgewiesen sind, ein Ausweg geschaffen wird durch Aufnahme in Kuranstalten, Solbäder usw.

Damit ist kein Ausgleich geschaffen. Es handelt sich um schwächliche, unterernährte Kinder, und die sollen nicht in Heilbäder oder in einen Kurort entsandt werden, sondern 3 Monate aufs Land, wo sie Milch und kräftige Lebensmittel bekommen, damit die Unterernährung gehoben wird. Wenn Sie solche Kinder nur 4 Wochen in ein Bad bringen, wo sie wohl etwas Mehlsuppe^{in Suppe} aber nicht fortgesetzt kräftige Nahrung bekommen, dann kommen sie ~~nicht~~^{schonungslos} gebessert zurück. Deshalb habe ich die Frage an den Rat gestellt, ob er gewillt ist, das vorgekommene Unrecht wieder gut zu machen und die in Frage kommenden Instanzen anzuweisen, die zurückgewiesenen Kinder anderweitig auf dem Lande unterzubringen. Selbstverständlich bin ich der Meinung, daß eine solche Handlungsweise nicht wieder vorkommen darf und daß eine unparteiische und soziale Handhabung der Wohlfahrtspflege,

ins-

insbesondere durch das städtische Wohlfahrtsamt,
gewährleistet werden muß, sonst muß die Zuversicht
auf Treu und Glauben schwinden und wir könnten es
keinen verargen, wenn er zu solchen städtischen
Einrichtungen nicht das geringste Vertrauen mehr hat.

Stadtrat S c h a p e r : Meine Damen und Herren !
Im Rat der Stadt ist diese Angelegenheit nicht be-
handelt worden, aber mir persönlich ist sie bekannt;
ich habe mit Herrn Schulrat Dr.Appuhn darüber ge-
sprochen, als ^{der erwähnte} ~~dieser~~ Artikel in der Freiheit er-
schienen war. - Vorher ^{hatte} habe ich ^{keinen Anlaß} ~~nicht~~ ^{nicht} ~~wenig~~ ^{nicht} ~~darum~~ ^{zu}
^{kümmern} ~~gekümmert~~, denn die Vorarbeiten zur Entsendung der
Stadtkinder aufs Land liegen in den Händen des
Herrn Schulrat Dr.Appuhn. Er erläßt in jedem Jahre
einen Aufruf und verschickt Exemplare desselben an
Vertrauensmänner in den verschiedenen Ortschaften:
Gemeindevorsteher, Lehrer, Geistliche und andere.
In den ersten Jahren, als die Entsendung der Kinder
aufs Land erfolgen sollte, ist auch schon die Frage
gestellt worden, ob die ~~Kinder~~ Leute auf dem Lande
ein evangelisches oder katholisches Kind wünschten;
da aber zwei Jahre hindurch keine katholischen Kinder
gewünscht worden sind, so ist während der folgenden
Jahre diese Frage an die Landbevölkerung nicht ge-
stellt und einfach kein katholisches Kind verschickt

W O R T

worden, sondern nur evangelische. In diesem Jahre ist nun die Anweisung von der Zentrale für Vermittlung von Landaufenthalt für Stadtkinder, die Herr Stegmann angeführt hat, erlassen, und Herr Schulrat Appuhn hat sich verpflichtet gefühlt, auch diese Frage an die Landbevölkerung zu stellen. Wie ist man zu dieser Frage gekommen? Stellen Sie sich einmal vor, die Frage würde an die Landbevölkerung nicht gestellt, dann hätte es geschehen können, daß in einer streng kirchlich gesinnten ländlichen Familie ein Freidenker-Kind gekommen wäre. Ein solches Kind würde sich geweiigert haben, an dem Gottesdienst teilzunehmen, ebenso an dem Religionsunterricht teilzunehmen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß dadurch ein unerquicklicher Zustand geschaffen worden wäre, und zwar am meisten fühlbar für das entsandte Kind. Es wäre möglich gewesen, daß deshalb der Landaufenthalt des Kindes vorzeitig unterbrochen wäre, und im nächsten Jahre hätte die betreffende Familie vielleicht keine Stadtkinder wieder aufgenommen.

Wir

Wir dürfen nicht vergessen, daß heute durch die Kirchaustrittibewegung und durch Einrichtung des lebenskundlichen Unterrichts eine Spannung zwischen den verschiedenen Richtungen geschaffen ist. Wir mögen das bedauern, und ich persönlich bedauere es aufs tiefste, aber rechnen müssen wir mit diesen Verhältnissen, dürfen die Augen vor den Folgen nicht verschließen, und gerade das ist es gewesen, was Herrn Schulrat Dr. Appuhn bewogen hat, diese Frage zu stellen, nicht aber bin ich der Meinung, daß er dadurch von vornherein ~~die~~ Dissidentenkinder hat ausschließen wollen. Leider ist das Ergebnis der Umfrage so gewesen, daß ebenso wie kein katholisches Kind gewünscht worden ist, auch kein Freidenker-Kind verlangt wurde. Herr Schulrat Appuhn hat von Anfang an nicht die Absicht gehabt, daß er Freidenker-Kinder ausschließen wollte, davon bin ich felsenfest überzeugt; er hat nicht wissen könneⁿ, daß die Freidenker auf dem Lande - und solche gibt es doch - keine Stadtkinder anfordern würden.

Aun

Nun ist von dem Herrn Vorredner gewünscht, daß ein Ausgleich geschaffen werde. Es wird sehr schwierig sein, ~~diese~~ Kinder der Freidenker auf dem Lande unterzubringen. Wenn noch Freidenker-Kinder gefordert werden, werden solche auch entsandt werden, aber darauf, daß die Landleute es wünschen, haben wir wenig Einfluß. Aber ich bin der Überzeugung, daß auf andere Weise ein Ausgleich geschaffen werden muß, und zwar in der Weise, daß in erster Linie Freidenker-Kinder genommen werden, wenn Kinder in die Ferienkolonien im Harze oder in ein Solbad kommen, vorausgesetzt, daß ihr Gesundheitszustand ein derartiger ist, daß ein solcher Aufenthalt für sie notwendig ist.

Weiter ist der Rat gefragt worden, ob er gewillt sei, Garantien zu schaffen, um ein parteiisches und ~~un-~~soziales Vorgehen in Zukunft unmöglich zu machen. Ich bin überzeugt, daß ein solches Mißtrauen dadurch beseitigt wird, wenn bei der Auswahl der Kinder noch andere Kreise mitarbeiten, und Herr Schulrat Dr. Appuhn ist derselben Meinung. Die Entsendung der Kinder nach Harzburg und Salzdetfurth liegt jetzt in den Händen des

des Vereins für Sommerpflegen. Herr Schulrat Dr. Appuhn hat den Antrag gestellt, daß der Ausschuß für diese Entsendung erweitert werden möchte, beispielsweise durch Stadtverordnete, und hofft, daß damit das vorhandene Mißtrauen beseitigt wird. Auch ich glaube, daß das der beste Weg sein wird.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Meine verehrten Herrschaften! Aus den Worten meines Herrn Kollegen Schaper hat vielleicht Herr Stegmann als scharfsichtig und objektiv denkender Herr schon die Überzeugung gewonnen, daß seine ^{Verdächtigungen} ~~Erörterungen~~ gegen das Wohlfahrtsamt wenigstens in diesem Falle nicht zutreffend sind. Nicht das Städtische Wohlfahrtsamt, sondern Herr Schulrat Dr. Appuhn besorgt die Auswahl ^{der} zu versendenden Kinder; das Wohlfahrtsamt ist in dieser Sache schlechterdings unbeteiligt gewesen, irgend welchen maßgebenden Einfluß hat es nicht ausgeübt, und deshalb prallen die Vorwürfe gegen das Wohlfahrtsamt, dessen Vorsitzender ^{eben} ~~eben~~ den Vorzug hat, zu Ihnen zu sprechen, gänzlich ab. (Unruhe und Zurufe.) Ich kann Ihnen auch bei der Gelegenheit eine Mitteilung machen, die jedenfalls von Interesse für Sie ist und die beweist, daß seitens des Wohlfahrtsamts und des Herrn Schulrats Dr. Appuhn den Wünschen, die von Ihrer Seite vertreten werden, wohl Verständnis entgegengebracht wird. Es sind neulich warme Worte der Anerkennung von

allen Seiten, auch von Herrn Stegmann, hier in der Versammlung gefallen - und mit Recht - für den Deutschen Amerikaner Robert Unger, der 220 Kinder monatelang auf seine Kosten in den Harz entsenden will. Er will, daß jeden Morgen eine kleine Andacht mit einem kurzen Gebet abgehalten wird, und ebenso jeden Abend, an der die Kinder teilzunehmen haben. Als wir am vorigen Sonnabend mit Herrn Unger in Berlin zusammentrafen, um noch einmal Rücksprache mit ihm zu nehmen, war es Herrn Schulrat Dr. Appuhn und mir Bedürfnis, diesen schwierigen Punkt in einer Weise zu berühren, die vielleicht allen Mitgliedern dieser geehrten Versammlung als recht und erwünscht erscheinen wird. Wir haben Herrn Unger die Frage vorgelegt, ob die Beteiligung der Kinder an der Morgen- und Abendandacht etwa als eine Bedingung für die Auswahl der Kinder gemeint wäre. Da schüttelte er den Kopf und sagt^e „Daran denke ich gar nicht; das will ich Ihnen überlassen“, und darauf bin

ich mit Herrn Schulrat Dr. Appuhn übereingekommen,
daß wir in dieser Beziehung keine engherzige, stren-
ge Voraussetzung aufstellen wollen. Herr Schulrat
wird
Dr. Appuhn ~~hat~~ sich mit einem Lehrer aus Freidenker-
kreisen in Verbindung setzen und dafür sorgen, daß
diese Klippe umschifft wird, ohne daß den Kindern
Zwang angetan wird. Ich glaube, damit werden die geehr-
ten Herrschaften zufrieden sein. Es kommt vor, daß
~~Erleuchtungen~~
Verdächtigungen
~~Erleuchtungen~~ Seifenblasen sind, die bei näheren Zu-
schauen platzen.

180

**Es wird Besprechung der Anfrage beantragt, die
Versammlung stimmt in ihrer Mehrheit für den Antrag.**

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen
und Herren! Ich bin fest überzeugt, daß Herr Stadt-
rat Schaper die Sache in unparteilicher Weise ge-
handhabt sehen möchte, aber gerade deshalb muß ich
mich wundern, daß er jetzt Herrn Schulrat Appuhn her-
auszuheben sucht. Nein, Herr Stadtrat Schaper, es brauch-
te nicht angefragt zu werden, welcher Religionsangehörige die
Kinder sein sollten; das war gerade in der jetzigen
Zeit nicht nötig. Was Sie anführen, Herr Stadtrat, die
Kirchenaustritte, hätten ^{Gerade das} ~~es~~ veranlassen sollen, nicht
diese Anfrage zu stellen. Man weiß doch, wie jetzt von
Pastoren und Zeloten die Verhetzung getrieben wird,
wie geradezu ein „Kulturkampf“ auf dem Lande ge-
führt wird. Angesichts des Grotewohl'schen Schulklas-
ses ^{=erlass-} war es doppelt und dreifach nötig, daß diese An-
frage nicht gestellt wurde. ~~Aber gerade~~ Durch Stellung
dieser Frage hat man den Widerspruch der Landwirte
geradezu herausgefordert. Wenn man heute die Landwir-
te fragt: „Wollt ihr Freidenkerkinder aufnehmen?“

so

⁶⁰
~~So~~ verzichten sie natürlich darauf. Hätte man nicht
so gefragt, dann wäre doch eine Anzahl von diesen
Kindern hinaus aufs Land gekommen; es sind doch auch
~~anständige~~ nette Kinder. Und wären einige rabiате
Kinder darunter gewesen, die zurückgesandt worden
wären, so wäre das auch nicht schlimm gewesen. Ich
möchte doch raten, noch einmal Schritte zu unterneh-
men. Es könnte doch der Versuch gemacht werden, und
~~es könnte~~ wenn angefragt wird, ob die Landwirte
noch Kinder in Pflege nehmen wollen, könnte doch
dabei herauskommen, daß sich noch einige finden, die
Kinder aus der Stadt aufnehmen. Aber selbstverständ-
lich darf dann diese Frage nach der ^{religiösen} ~~Religions~~ Stellung
nahme nicht wieder eingefügt werden. Ich möchte bit-
ten, diesen Versuch noch zu machen.

Stadt v. L e h n e r t : Ich hatte in den letzten Tagen in einer anderen Sache auf dem Lande tätig zu sein und habe erfahren müssen, wie sich die Kreise benehmen, ^eden es vergönnt ist, auf Grund ihrer guten wirtschaftlichen Verhältnisse Kinder aufzunehmen, und die hier in erster Linie vorgeschoben werden. Es handelte sich um Beschlagnahme von Wohnungen. Dabei wurde uns erklärt: „Ja, wir sind so beengt und wissen nicht, wo wir noch jemanden unterbringen können.“ So Sie hatten nur 3 Stuben und 9 Kammern, und als Herr Regierungsrat Meinecke aus Gandersheim fragte: „Was für eine Kammer ist ^{denn dies} ~~dann zu~~?“ Wurde geantwortet: „Das ist die Wurstkammer“. Die Kammer wurde ^{geh}aufgemacht und wir kamen an eine andere. „Was für eine Kammer ist denn diese?“ - „Dies ist die Speckkammer.“ Da wurde von uns gesagt: „Nun sind Sie wohl auch so lebenswürdig und zeigen uns auch einmal die Schinken-kammer; die möchten wir auch einmal sehen.“ In dieser Art und Weise wird von den Landleuten vorgegangen,

damit

damit die Mitmenschen ausgeschlossen werden von solchen Wohnungen, trotzdem nur einzelne oder 3 - 4 Personen in ihnen wohnen. Dagegen muß man sich vorstellen, daß in einzelnen Familien 9 Köpfe in 2 Räumen untergebracht waren. Ja, zu solchen Leuten sind keine Stadtkinder mehr hinzuschicken möglich, weil sie selbst nicht wissen, wo ⁶ Sie ihre eignen Angehörigen unterbringen. Wenn bei der Anfrage nicht geschrieben wäre: Wollen Sie Dissidenten oder Freireligiöse, dann hätten noch ein ganzes Teil wohl situierte Landleute eingelenkt und hätten auch Dissidentenkinder aufgenommen, denen doch nicht der Stempel aufgedrückt ist: „Diese dürft ihr nicht nehmen!“ Den Worten des Herrn Stadtrat Schaper glaube ich ^{mehr} Vertrauen entgegenbringen zu können als dem sogenannten „Fürsorgeamt“; dazu habe ich kein Vertrauen, weil da alles durch den Magen der Kirche gehen soll. Wenn man etwas Besserung bringen wollte, dann hätte man diese Frage nach der Religion ruhig weglassen sollen und hätte abwarten)

können,

sb

ob sich Unzuträglichkeiten aus der Entsendung der Dissidentenkinder ergeben hätte, ebenso aus der der katholischen Kinder. Haben denn diese Kinder es nicht ebenso nötig wie protestantische Kinder, oder haben die evangelischen Kinder einen besonders ausgehungerten Magen und sind die Dissidentenkinder~~t~~ und die katholischen Kinder alle wohlgenährt? Wenn hiermit nicht Schluß gemacht werden soll, dann werden Sie es erleben, daß in dem Fürsorgeamt aufgeräumt wird mit den einzelnen Personen, die sich besser machen würden als Vorsitzender im Schnüffelausschuß.

Stadt v. S t e i n e r t : Wenn hier gesagt wird, daß Herr Schulrat Appuhn nach den Richtlinien verpflichtet gewesen wäre, die Frage an die einzelnen Landwirte zu stellen, ob sie gewillt seien, jüdische, evangelische, katholische oder dissidentische Kinder aufzunehmen, so ist schon von Herrn Stegmann gesagt worden, daß so etwas durch die Richtlinien nicht ausgedrückt ist. In demselben ^{Moment} ~~Monat~~, wo diese Frage gestellt wurde, konnten wir schon sagen: Jetzt ist es selbstverständlich, daß es für Dissidentenkinder ausgeschlossen ist, aufs Land zu kommen. Herr Stadtrat Schaper ist so freundlich, zu sagen, daß ein großer Teil der Vertrauensmänner auf dem Lande Geistliche seien. Wenn solches Schreiben an die Geistlichen kommt, so haben sie ein großes Interesse daran, ihre Macht zu zeigen und den Dissidentenkinderⁿ den Weg zu versperren. Diejenigen, die mit der Kirche gebrochen haben, sind nicht im Stande, diese Kinder aufzunehmen, und darum werden diese Kinder keine Aussicht haben, aufs Land zu kommen, obwohl sie es ebenso nötig und vielleicht

vielleicht noch nötiger haben als die ^{gestraften} ~~Dissidenten~~ Kinder. Wenn nun von Herrn Stadtrat Schaper gesagt wurde, daß ein Ausgleich geschaffen werden soll^{te} und müßte, um den Dissidentenkindern zu ihreⁿ Rechte zu verhelfen, so wird durch das von ihm ~~Angeführte~~ doch das nicht gegeben, was man den anderen Kindern gönnt. Dessen ungeachtet werden sich die Dissidenten nicht davon abbringen lassen, auch wenn man ihnen in dieser Weise Knüppel zwischen die Beine zu werfen sucht und ihnen ihre freie Meinung rauben will, ihren Weg weiterzugehen und ihre freie Meinung zum Ausdruck zu bringen, trotz Ihrer Machinationen.

Stadt. F a y : Meine Damen und Herren! Wieder das leidige Religionsthema. Wenn Sie Ihrerseits glauben, in schärfster Weise ihre Ansichten den Religionsgläubigen aufzutragen zu dürfen, dann müssen Sie es auch für Recht empfinden, daß die durch den Grotewohlschen Schülerlaß schmerz gemacht^{Landleute} (es sich wohl überlegen, ob sie Freidenker-Kinder in ihre Familie aufnehmen wollen. Herr Stadtrat Schaper hat in richtiger und ruhiger Weise Ihnen vor Augen gehalten, daß es eine Gefühlsverletzung ist, wenn Dissidentenkinder in Familien hineinkommen, wo die Kinder des Morgens ein kurzes Gebet sprechen, des ~~sonntigen~~ Sonntags zur Kirche gehen, und dann von fremden Kindern, die das nicht mitmachen wollen, ein Beispiel erhalten. Wenn die Freidenkerschaft so weit vertreten ist, wie Sie es hinzustellen belieben, und wenn tatsächlich das Gute an Ihren Gedanken vorhanden ist, wie Sie meinen, dann muß doch auch Wohltätigkeit bei den Freidenkern vorhanden sein, und dann werden sich Freidenker in Massen finden, die sagen: Auch wir wollen

len

Stadtv. S t e g m a n n : Herrn Fay gegenüber möchte ich bemerken: In welcher Weise die Freidenker^{ker}-bewegung fortschreitet, geht darauf hervor, daß in wenigen Monaten 22620 Austritte aus der Kirche in unserm Lande erfolgt sind. Wenn nun Herr Fay sagt, wir möchten an die Wohltätigkeit unserer Freidenker^{ker} appellieren, so müssen Sie bedenken, daß es unter den Freidenkern recht wenige Leute gibt, die im Stande sind, den Kindern einen guten Aufenthalt auf dem Lande bieten zu können. Es sind die Freidenker, die auf dem Lande wohnen und arbeiten, nur die Proletarier. Trotzdem werden wir jedenfalls den Versuch machen, eine Aufforderung in dieser Beziehung an unsere Parteigenossen zu richten, ~~und in allgemeinen an die arme Bevölkerung.~~ Wenn die Freidenkerkinder seitens des städtischen Wohlfahrtsamts und der Kinder wohlfahrtseinrichtungen so ^{be}handelt werden, dann wollen wir einen Ausruf erlassen, daß unsere Parteigenossen - so sehr sie auch für ihre eigenen Famili-

en

en zu sorgen und zu kämpfen haben - die Freidenker-
Kinder aufzunehmen sich bereit erklären möchten.

Es wird sich doch ~~nach einer~~ finden auch unter den
Arbeitern auf dem Lande, der es sich vom Munde ab-
spart, um solche Kinder aufzunehmen.

192

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr.

